

Beteiligungsbericht

Kreisstadt Unna

2019





Herausgeber:

KREISSTADT UNNA

- Der Bürgermeister -

Redaktion:

KREISSTADT UNNA

- Beteiligungscontrolling -

Rathausplatz 1

59423 Unna

Telefon: 02303/103-374

Telefax: 02303/103-212

E-Mail: julia.heer@stadt-unna.de

Internet: www.unna.de

März 2021

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in diesem Vertrag die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort	2
II. Allgemeiner Teil	
1. Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand	
1.1 Rechtsgrundlagen der wirtschaftlichen Betätigung	3
1.2 Vertretung der Kreisstadt Unna in Unternehmen und Einrichtungen	4
1.3 Berichterstattung über wirtschaftliche Betätigung	5
1.4 Beteiligungscontrolling	6
2. Aufbau des Beteiligungsberichtes	8
3. Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2019	9
3.1 Veränderungen im Berichtsjahr	9
3.2 Beteiligungsportfolio zum 31.12.2019	10
3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna	12
3.4 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander sowie mit der Kreisstadt Unna (Matrix)	14
III. Unternehmensbezogener Teil	15
1. Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner	15
1.1 Unna Marketing - Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH	16
1.2 Stadtbetriebe Unna	29
1.3 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	58
2. Gesellschaften mit fremden Anteilseignern	75
2.1 Partnerschaft Deutschland GmbH	76
2.2 d-NRW	94
3. Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	103
3.1 Stadtwerke Unna GmbH	104
3.2 Logistikzentrum RuhrOst GmbH	127
3.3 Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH	138
4. Beteiligungen auf Kreisebene	145
4.1 Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	146
4.2 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	160
4.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	171
5. Sparkasse UnnaKamen	187
5.1 Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede	188
5.2 Sparkasse UnnaKamen	190
Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung	220

I. Vorwort

Der vorliegende Beteiligungsbericht der Kreisstadt Unna veranschaulicht den gesamten Umfang der städtischen Beteiligungen der Kreisstadt Unna und ermöglicht einen umfassenden Einblick in das zurückliegende Geschäftsjahr 2019. Der Bericht basiert auf den geprüften Jahresabschlüssen 2019 der einzelnen Gesellschaften und ist nach § 117 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens (GO NRW) aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Um bessere Vergleichsmöglichkeiten zu bieten und Entwicklungen der Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen aufzuzeigen, wird gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW das vorangegangene Jahr 2018 ebenfalls abgebildet.

Der Beteiligungsbericht stellt sowohl die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen als auch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung und Zweckverbände dar und informiert über die wirtschaftlichen und finanziellen Verknüpfungen zum Haushalt der Kreisstadt Unna. Die Rahmendaten der einzelnen Gesellschaften werden stichtagsbezogen, d.h. zum 31.12.2019, abgebildet. Die aktuelle Beteiligungsstruktur mit dem Stand zum 31.12.2019 ist auf Seite 10 abgebildet.

Der Beteiligungsbericht dient dem Rat der Kreisstadt Unna sowie auch der Verwaltungsführung als Unterstützung bei der Ausübung der Steuerungs- und Kontrollaufgaben und bildet für die Bürgerinnen und Bürger sowie alle Interessierten eine einheitliche Informationsbasis.

Wir hoffen, Ihnen mit dem Beteiligungsbericht 2019 einen informativen Überblick über die Beteiligungen der Kreisstadt Unna zu geben.

Unna im März 2021



Dirk Wigant
Bürgermeister



Achim Thomae
Stadtkämmerer

II. Allgemeiner Teil

1. Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand

1.1 Rechtsgrundlagen der wirtschaftlichen Betätigung

Die Kommunen sind grundsätzlich berechtigt, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln (**Selbstverwaltungsgarantie** gem. Art. 28 GG und Art. 78 Verf. NRW). Dazu zählt auch das Recht der Kommunen auf wirtschaftliche Betätigung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

Die Kreisstadt Unna darf sich gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Kreisstadt Unna steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Darüber hinaus regelt § 107a GO NRW umfassend die Rahmenbedingungen für energiewirtschaftliche Betätigungen der Gemeinden.

Für Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts gelten die speziellen Voraussetzungen des § 108 GO NRW. Demnach darf die Kreisstadt Unna Unternehmen und Einrichtungen in **privater Rechtsform** nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn unter anderem die Haftung der Kreisstadt Unna auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist, sie sich nicht zur Verlustübernahme in unbestimmter Höhe verpflichtet und der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens auf einen öffentlichen Zweck ausgerichtet ist. Darüber hinaus ist der Gemeinde ein angemessener Einfluss in einem Überwachungsorgan der Gesellschaft (z. B. Aufsichtsrat) durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer geeigneter Weise zu sichern. Im Zuge des Inkrafttretens des Transparenzgesetzes muss zusätzlich gewährleistet sein, dass bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang des Jahresabschlusses der Kreisstadt Unna detailliert und individualisiert auszuweisen ist (vgl. § 108 Absatz 1 Ziffer 9 GO NRW).

Gehören der Kreisstadt Unna **mehr als 50 v.H. der Anteile** an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, müssen in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften die Voraussetzungen des § 108 Abs. 3 GO NRW erfüllt sein (z.B. Aufstellung eines Wirtschaftsplans, fünfjährige Finanzplanung,

Stellungnahme zur öffentlichen Zwecksetzung im Lagebericht, Beachtung der Wirtschaftsgrundsätze des § 109 GO NRW etc.).

Zudem ermöglicht der § 108a GO NRW eine Arbeitnehmervertretung in fakultativen Aufsichtsräten von Unternehmen oder Einrichtungen privater Rechtsform, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50% beteiligt ist.

Weitere Einzelheiten regeln die §§ 107 bis 115 GO NRW.

Neben den zuvor erläuterten Vorschriften finden für die wirtschaftliche Betätigung der Kommune die maßgeblichen Regelungen der folgenden Gesetze Anwendung:

EigVO NRW, HGB, GmbHG, AktG, SpkG NRW.

1.2 Vertretung der Kreisstadt Unna in Unternehmen und Einrichtungen

Die Vertretung der Kreisstadt Unna in den Gremien der Unternehmen ist grundsätzlich in § 113 GO NRW geregelt. Die Kreisstadt Unna hat aufgrund aktueller, höchstgerichtlicher Rechtsprechung sowie entsprechender Ministerialerlasse diese Regelungen für die durch die Kreisstadt Unna in Aufsichtsräte oder Gesellschafterversammlungen der Beteiligungen der Kreisstadt Unna entsandten Mitglieder sowie deren Stellvertreter/innen mit Hilfe einer Verfahrensanweisung konkretisiert.

Die Vertretung der Kreisstadt Unna in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Kreisstadt Unna unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die **Interessen der Kreisstadt Unna zu verfolgen**.

Sie werden vom Rat der Kreisstadt Unna bestellt bzw. vorgeschlagen und sind **an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden (Weisungsrecht des Rates)**. Auf Beschluss des Rates haben sie ihr Amt jederzeit niederzulegen. Weisungsgebundenheit besteht nur dann nicht, wenn besondere gesetzliche Vorschriften dies ausdrücklich bestimmen.

Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat der Kreisstadt Unna bestellter Vertreter die Gemeinde in den o.g. Gremien. Sind zwei oder mehr Vertreter zu bestellen, muss der Bürgermeister oder ein/e von ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r dazu zählen.

Bei Kapitalgesellschaften muss die Kreisstadt Unna darauf hinwirken, dass ihr bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages **das Recht** eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat **zu entsenden**.

Die Vertreter haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten (**Informationspflicht**). Insofern wird die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder bzw. der Mitglieder der Gesellschafterversammlung gegenüber dem Rat der Kreisstadt Unna partiell aufgehoben.

Für die Beurteilung, ob es sich um eine Angelegenheit von besonderer Bedeutung handelt, ist ausschließlich die Sicht des Rates der Kreisstadt Unna maßgebend.

Wird ein/e Vertreter/In der Kreisstadt Unna aus seiner/ihrer Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat die Kreisstadt Unna den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er/sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Kreisstadt Unna schadensersatzpflichtig, wenn ihre Vertretung nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat (**Freistellungsansprüche**).

1.3 Berichterstattung über wirtschaftliche Betätigung

Die rechtliche Grundlage für den Beteiligungsbericht bilden § 117 GO NRW sowie § 53 KomHVO NRW. Inhaltlich gilt für die Erstellung des Beteiligungsberichtes § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW entsprechend. Die Beteiligungen sind demnach zur Mitwirkung verpflichtet und haben der Kreisstadt Unna die erforderlichen Unterlagen unverzüglich einzureichen.

Der Beteiligungsbericht hat Informationen zu sämtlichen verselbstständigten Aufgabenbereichen in öffentlich – rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, so

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Ziele der Beteiligung,
3. die Erfüllung des öffentlichen Zweckes,
4. die Jahresergebnisse der verselbstständigten Aufgabenbereiche,
5. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbstständigten Aufgabenbereiches sowie
6. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Der Beteiligungsbericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Jahresabschlusses zu erstellen und gemäß § 117 GO NRW vom Rat in öffentlicher Sitzung beschließen zu lassen.

Dabei sind im Bericht die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr und das Vorjahr umfasst. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht 2019 informiert über die unmittelbaren und mittelbaren Unternehmensbeteiligungen der Kreisstadt Unna. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbstständigten Aufgabenbereiche der Gemeinde, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung

der Leistungsfähigkeit der Kreisstadt Unna durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2020 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2019. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2019 aus.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Kreisstadt Unna durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Kreisstadt Unna insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

1.4 Beteiligungscontrolling

Die Steuerung und die Betreuung der Beteiligungen der Kreisstadt Unna sind organisatorisch beim Beteiligungscontrolling und der Beteiligungsverwaltung angesiedelt.

Die Aufgabe dieser Bereiche umfasst neben der Verwaltung der Beteiligungen – also z.B. dem Sammeln der beteiligungsrelevanten Daten, der Überwachung der Einhaltung von Gesellschafts-, Steuer- und Gemeindefirtschaftsrecht und der jährlichen Berichterstattung insbesondere die

- Analyse der Unternehmensdaten (Wirtschaftspläne, Berichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen),
- Begleitung bei Veränderungsprozessen,
- Vorbereitung der Entscheidungen des Rates, die im Hinblick auf die Stellung der Kreisstadt Unna als Gesellschafterin zu treffen sind,
- Berichtswesen,
- Abwicklung der Zahlungsströme,
- Durchführung der kommunalaufsichtlichen Anzeigeverfahren gegenüber dem Kreis Unna und den Bezirksregierungen sowie
- Ansprechpartner für die Unternehmungen.

Für Fragen oder Anregungen steht Ihnen Frau Julia Heer (Finanzmanagement/Beteiligungscontrolling) unter 02303/103-374 gern zur Verfügung.

2. Aufbau des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in zwei Teile: einen allgemeinen und einen unternehmensbezogenen Teil.

Im allgemeinen Teil werden Hinweise zum Beteiligungsbericht gegeben sowie das gesamte Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna veranschaulicht und die jeweiligen Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen aufgezeigt.

Der zweite Teil des Beteiligungsberichtes befasst sich mit den unternehmensbezogenen Daten der jeweiligen Beteiligung. Dabei werden alle unmittelbaren Beteiligungen sowie die über die Tochter-/Enkelunternehmen der Kreisstadt Unna (z. B. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH, Stadtwerke Unna GmbH) mittelbaren Beteiligungen einbezogen. Zu den einzelnen Betrieben werden allgemeine Geschäftsangaben sowie die jeweiligen Lageberichte der Geschäftsführung, des Vorstandes bzw. der Betriebsleitung dargestellt.

3. Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2019

3.1 Veränderungen im Berichtsjahr

Das Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna umfasst insgesamt 29 unmittelbare und mittelbare Beteiligungen sowie eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung (Sondervermögen der Kreisstadt Unna). Seit der letzten Berichterstattung haben sich folgende Änderungen im Beteiligungsportfolio ergeben:

Der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 26.09.2019 den Beitritt der Kreisstadt Unna zur d-nrw AöR (Anstalt öffentlichen Rechts) beschlossen.

Die d-nrw AöR ist mit Beschluss des Landtages NRW im Oktober 2016 errichtet worden. Ziel war es, dem staatlichen, kommunalen IT-Unternehmen eine zeitgemäße Rechtsform zu geben. Seit 2002 bereits initiiert und begleitet die d-NRW Kooperationsprojekte im Bereich der Informationstechnik und des E-Governments. Sie hat sich bei zahlreichen kommunal-staatlichen Kooperationsprojekten als Impulsgeber und "neutrale" Durchführungsinstanz bewährt. Dazu gehört der Vergabemarktplatz NRW, das Meldeportal für Behörden, die Verwaltungssuchmaschine NRW oder KiBiz.web.

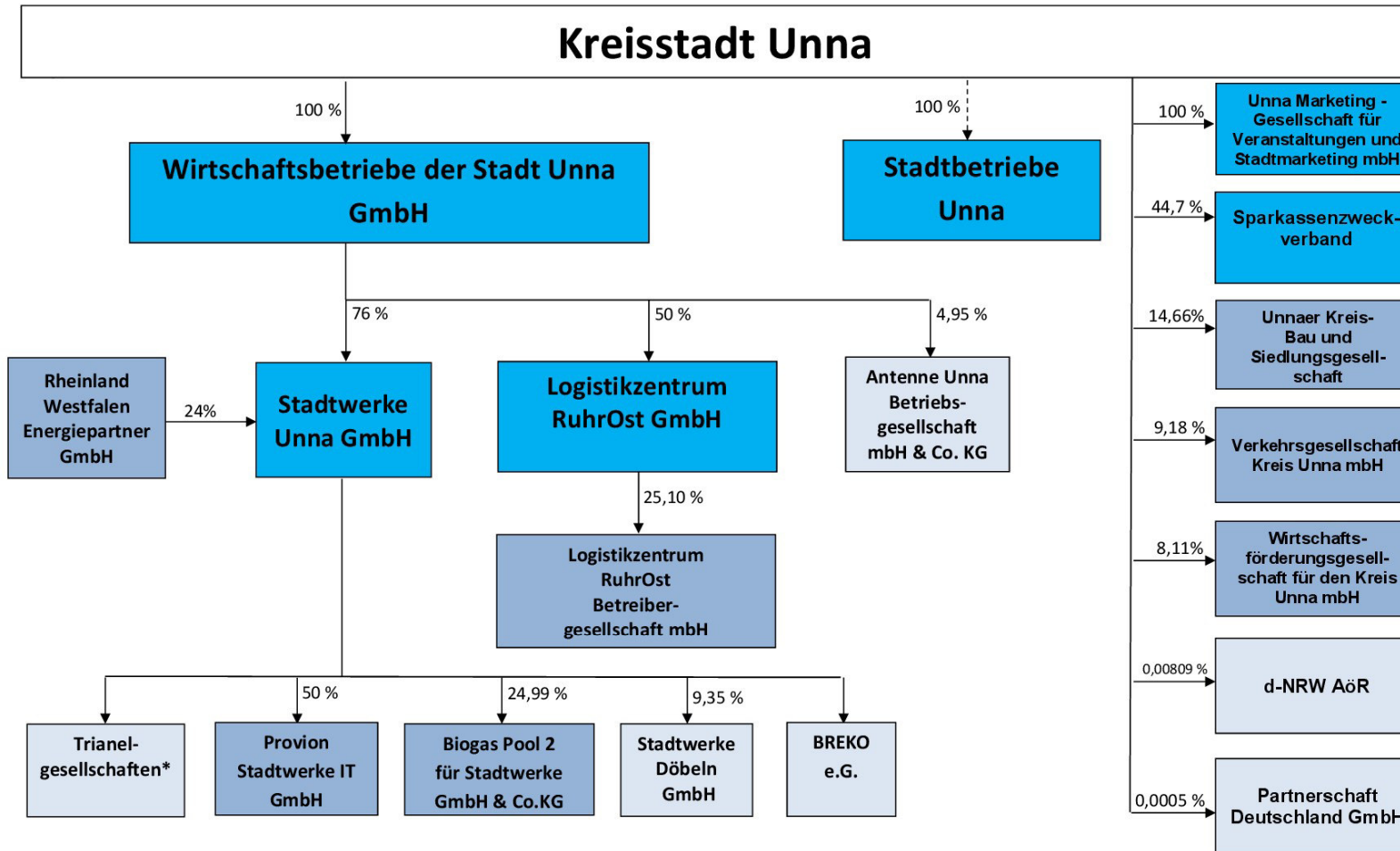
Von besonderer Bedeutung ist die im Gesetz verankerte, gemeinsame Trägerschaft durch Land und Kommunen.

Organe der Anstalt sind der Verwaltungsrat und die Geschäftsführung. Für die kommunalen Träger der Anstalt benennen der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, der Städtetag Nordrhein-Westfalen und der Landkreistag Nordrhein-Westfalen jeweils zwei Mitglieder für den Verwaltungsrat. Die Kommunen, die sich an der Anstalt des öffentlichen Rechts beteiligen, haben daher kein direktes Entsendungsrecht.

Mit Datum vom 12.12.2019 stimmte der Rat der Kreisstadt Unna der Gründung der UnnaWasser & Mehr GmbH (UWM) zu. Nach Abschluss des kommunalaufsichtlichen Verfahrens im August 2020 sowie nach kartellrechtlicher Genehmigung des Zusammenschlusses ist die Gesellschaft im Herbst 2020 durch die Stadtwerke Unna GmbH (SWU) und die Gelsenwasser AG (GW) neu gegründet worden. Die Kreisstadt Unna ist hieran über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH (WBU) mittelbar beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des lokalen Wasserversorgungsnetzes im Stadtgebiet Unna sowie die Übernahme weiterer Infrastrukturdienstleistungen. Innerhalb der UWM wollen die Gesellschafter im Bereich der Trinkwasserversorgung zusammenarbeiten. Mit dieser Zusammenarbeit werden die SWU in der Zukunft erster Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen der Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und auch der Wasserversorgung sein. Die Gesellschaft hat ihre Tätigkeit zum 01.11.2020 aufgenommen. Daher erfolgen diese Ausführungen zunächst nur nachrichtlich.

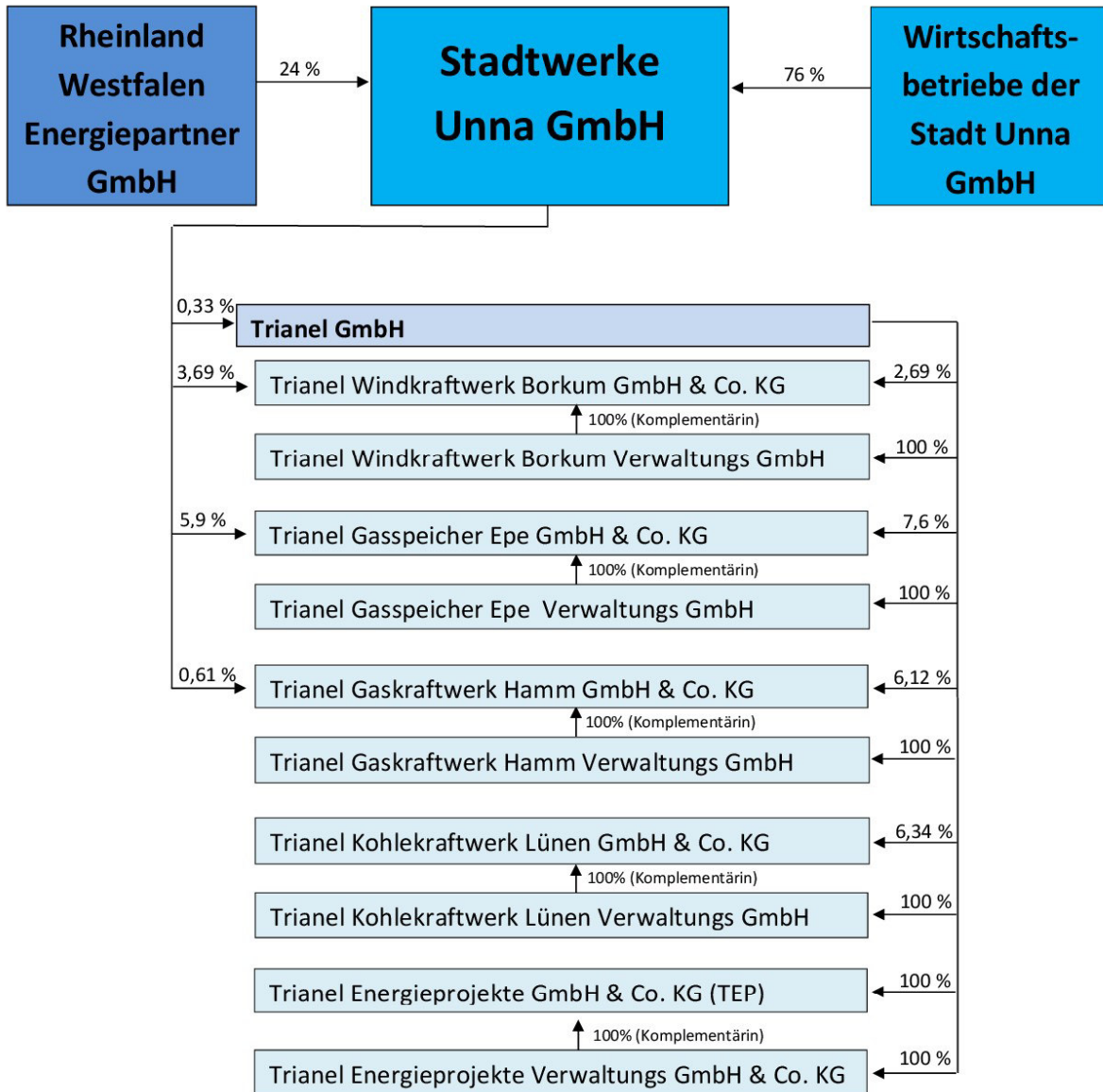
3.2 Beteiligungsportfolio zum 31.12.2019



31.12.2019

*gesondertes Schaubild

Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH an den Trianelgesellschaften



31. 12. 2019

3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna

3.3.1 Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Stadtbetriebe Unna	600.000,00	100,00	600.000,00
Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH	28.800,00	100,00	28.800,00
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	4.650.000,00	100,00	4.650.000,00

3.3.2 Gesellschaften mit fremdem Anteilseigner

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Partnerschaft Deutschland GmbH	2.004.000,00	0,0005	1.000,00
d-NRW AöR	1.235.000,00	0,0809	1.000,00

3.3.3 Beteiligungen über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Stadtwerke Unna GmbH	6.140.000,00	76,00	4.666.400,00
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	100.000,00	50,00	50.000,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	250.000,00	4,95	12.362,63
Beteiligung der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG			
Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH	26.000,00	100,00	26.000,00
Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH			
Provision Stadtwerke IT GmbH	50.000,00	50,00	25.000,00
Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG	1.200.001,00	29,35	300.000,00
Stadtwerke Döbeln GmbH	2.219.650,00	9,35	207.600,00
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	14.000.000,00	5,90	826.000,00
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	18.324.382,31	3,69	704.428,04
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	42.299.003,00	0,61	258.741,00

Trianel GmbH	20.152.575,00	0,35	66.503,50
Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG	15.000.000,00	0,33	49.125,24
BREKO e.G. (ein Genossenschaftsanteil)			500,00
Beteiligung der Logistikzentrum RuhrOst GmbH			
Logistikzentrum RuhrOst Betreibergesellschaft mbH	207.600,00	25,10	50.000,00

Auf eine Aufführung der Enkelgesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

3.3.4 Beteiligungen auf Kreisebene

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	2.600.000,00	14,66	381.150,00
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	3.856.100,00	9,18	353.910,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	3.032.500,00	8,11	245.800,00
Beteiligungen der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH			
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	2.214.500,00	14,29	316.360,00
Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr Lippe GmbH	28.000,00	3,57	1.000,00
Beteiligungen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH			
Technopark Kamen GmbH	105.000,00 €	24,00	25.200,00 €
LÜNTEC Technologiezentrum Lünen GmbH	511.291,88 €	24,00	122.710,05 €
Wirtschaftsförderungszentrum Lünen	52.000,00 €	16,00	8.320,00 €
Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	1.600.000,00 €	14,25	228.000,00 €
newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	100.000,00 €	10,00	10.000,00 €

3.4 Die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander sowie mit der Kreisstadt Unna (Matrix – Stichtag 31.12.2019)

Wesentliche Finanzbeziehungen im Konzern Stadt Geschäftsjahr 2019 (auf volle T€ gerundet)	Kreisstadt Unna	Stadtbetriebe Unna	Wirtschaftsbetriebe Unna	Unna Marketing GmbH	Stadtwerke Unna GmbH
Kreisstadt Unna		Liquiditätskredite 1.810 T€	Liquiditätskredite 2.300 T€ Investitionskredite 15.554 T€	500T€ Zuschuss Kultur	Liquiditätskredite 4.900 T€ Investitionskredite 10.089 T€
		Weitere Finanz- und Leistungsbeziehungen: 27.132 T€	Bürgschaften bis zu 3.068 T€, davon in Anspruch genommen 0,00 €	Weitere Finanz- und Leistungsbeziehungen: 177 T€	Bürgschaften 6.157 T€
			Weitere Finanz- und Leistungsbeziehungen: 2.028 T€		Weitere Finanz- und Leistungsbeziehungen: 3.499 T€
Stadtbetriebe Unna	Finanz- und Leistungsbeziehungen: 6.276 T€				
Wirtschaftsbetriebe Unna	Finanz- und Leistungsbeziehungen: 1.877 T€				Finanz- und Leistungsbeziehungen: 1.307 T€
Unna Marketing GmbH	Finanz- und Leistungsbeziehungen: 59 T€				
Stadtwerke Unna GmbH	Finanz- und Leistungsbeziehungen: 3.617 T€		Finanz- und Leistungsbeziehungen: 4.477 T€		

Zahlungsleistender

II. Unternehmensbezogener Teil

1. Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner

Im ersten Kapitel werden die Unternehmen dargestellt, bei denen die Kreisstadt Unna alleiniger Gesellschafter ist. Hierzu zählen folgende Unternehmen:

- Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH
- Stadtbetriebe Unna
- Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH





1.1 Unna Marketing - Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Parkstraße 44 59425 Unna	Telefon: 02303 96805-0 Fax: 02303 96805-21 E-Mail: info@unna-Marketing.de Internet: www.unna-marketing.de	Gesellschaftsvertrag vom: 29.10.1982 in der Fassung vom: 07.07.2016

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern.</p> <p>Die Gesellschaft organisiert und veranstaltet größere Ereignisse im Stadtgebiet von Unna. Diese sind derzeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Stadtfest, • Un(n)a Festa Italiana, • Weihnachtsmarkt, • Wochenmarkt, • Autobazar, • Kirmessen sowie • diverse Kulturveranstaltungen und Konzerte. <p>Zudem gehören gesellschaftliche Traditionspflege und Erhaltung des stadthistorischen Erbes zu ihren Aufgaben.</p> <p>Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft das Gebäudemanagement sowie die Verwaltung für das Gebäude der Erich Göpfert Stadthalle im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>Weitere Veranstaltungen bzw. auch Märkte können zukünftig von der Gesellschaft durchgeführt werden, wenn dadurch der Gesellschaftszweck gefördert wird. Die Gesellschaft kann auch beratende und organisatorische Hilfestellungen bei Drittveranstaltern im Stadtgebiet Unna leisten.</p> <p>Der Gesellschaft obliegt die Aufgabe des Stadtmarketing mit den Schwerpunkten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerbung, • Tourismusförderung und • Umsetzung des Stadtmarketinghandbuchs.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	28.800,00
	100,00	28.800,00

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Horst Bresan
Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	0,00 €	131.881,68 €	131.881,68 €

Herr Bresan hat auf Grund seines Beamtenstatus einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Die Pensionsansprüche werden im städtischen Haushalt abgebildet.

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2019	2018
Angestellte		
in Vollzeit	7	9
in Teilzeit	2	0
Auszubildende	4	5
Aushilfen	30	29
Gesamt	43	43

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung umfasst 14 Mitglieder. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	RM Volker König
2.	SPD	RM Susanne Herzog
3.	SPD	RM Heike Gutzmerow
4.	SPD	RM Klaus Tibbe
5.	CDU	RM Christa Gosing
6.	CDU	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
7.	CDU	RM Rudolf Fröhlich
8.	GRÜNE	RM Michael Sacher
9.	GRÜNE	RM Ines-Carola Nieders-Mollik
10.	FLU	RM Klaus Göldner
11.	LINKE	RM Petra Ondrejka-Weber
12.	Fraktionslos	RM Ingrid Kroll
13.	Fraktionslos	RM Jessika Tepe
14.		BM Werner Kolter

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	12	244	944
II. Sachanlagen	55.388	45.048	67.669
Summe Aktiva	55.400	45.292	68.613
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	9.502	13.550	15.657
II. Forderungen	156.325	255.116	212.467
III. Kassenbestand	52.638	73.247	113.947
Summe Umlaufvermögen	218.465	341.913	342.071
C. Rechnungsabgrenzungsposten	570	-	-
Summe Aktiva	274.435	387.206	410.684
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	28.800	28.800	28.800
II. Kapitalrücklage	31.518	31.518	31.518
III. Gewinnrücklage	-	-	-
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	68.285	117.016	48.016
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	- 55.376	- 48.732	69.000
Summe Eigenkapital	73.227	128.602	177.334
B. Rückstellungen	59.850	139.723	109.489
C. Verbindlichkeiten	141.358	118.880	123.861
D. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	274.435	387.206	410.684

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	1.338.318	1.098.245	1.361.958
sonstige betriebliche Erträge	513.702	422.598	508.023
Materialaufwand	- 14.323	- 28.229	- 20.189
Personalaufwand	- 956.229	- 864.694	- 860.476
Abschreibungen	- 29.168	- 33.715	- 32.655
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 908.265	- 645.051	- 889.715
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	590	550	2.054
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
Ergebnis nach Steuern	55.376	50.296	69.000
Sonstige Steuern	-	1.564	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	- 55.376	- 48.732	69.000

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2019 wurde der Kreisstadt Unna ein Kassenkredit in Höhe von 0,00 € (Vorjahr: 105.000,00 €) zur Verfügung gestellt.

Zuschuss

Zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Rahmen der Daseinsfürsorge und insbesondere zur Förderung des kulturellen Lebens hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 einen Zuschuss in Höhe von 500.000,00 € erhalten.

Unna Marketing

Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

A. Wirtschaftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen:

Die Unna Marketing — Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH gliedert ihre Aufgaben in eine wirtschaftliche und eine kulturelle Sparte. Diese Darstellung erfolgt im Einklang mit den Ausführungsverordnungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und wird auch im Berichtsjahr fortgesetzt.

Für die Durchführung ihrer kulturellen Aufgaben erhält die Gesellschaft von der Kreisstadt Unna einen Zuschuss, der entsprechend der Vorgaben des Zuschussgebers Verwendung findet. Im Gesellschaftsvertrag haben die Gesellschafter den besonderen Auftrag und die öffentliche Zweck- und Zielsetzung der Gesellschaft insofern begründet, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna insbesondere durch die Unterstützung der örtlichen Kulturträger zu fördern.

Bedingt durch die Großveranstaltung „Un(n)a Festa Italiana“, die im 2jährigen Rhythmus stattfindet sowie durch die aufgrund baulicher Ertüchtigungsmaßnahmen in der Stadthalle Unna verursachten zeitlichen Einschränkungen, treten im Berichtsjahr teilweise erhebliche Abweichungen zum Vorjahr auf.

Für das Hallengeschäft ist die umfassende Brandschutzsanierung im laufenden Betrieb auch im 2. Jahr der Maßnahmen belastend. Trotz großzügiger Baufenster und des zeitweisen Umzugs großer Teile der Belegschaft konnten erneut nicht alle Gewerke im geplanten Zeitstrahl beendet werden, so dass nahezu ganzjährig die belegungsfreie Zeit für Zwischen- und Restarbeiten genutzt werden musste. Aufgrund dieser vielfältigen Störungen konnte der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft im Berichtsjahr nicht wie gewohnt in vollem Umfang operieren. Kurzfristige Einmietungen in der Stadthalle konnten auch 2019 nicht zugelassen werden, viele Spontaneinsätze rund um die Baumaßnahmen lähmten die Mitarbeiterschaft, zwei Umzüge von 9 Arbeitsplätzen in angemietete Übergangsbüros im laufenden Betrieb erforderten zusätzliche Arbeitskapazitäten.

Die baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen werden zunächst bis in das Jahr 2020 und nach einer mehrjährigen Unterbrechung dann erneut im Jahr 2023 und/oder 2024 andauern und sodann die bekannten Probleme verursachen.

Damit die Stadthalle Unna wieder ihren vollen Beitrag als ein wichtiges Instrument des lokalen Stadtmarketings im interkommunalen Wettbewerb um die Konkurrenzfähigkeit Unnas, die Beliebtheit und Sympathiewerte unserer Stadt ausspielen kann, ist eine rasche Zwischenlösung und eine dann folgende zeitlich hochverdichtete Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen unverzichtbar. Als Betreibergesellschaft raten wir der Eigentümerin zudem dringend, in den Zwischenjahren 2021 und 2022 Verschönerungsmaßnahmen einzuplanen, damit ein Neustart 2024 gut gelingen kann. Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Verkehrsdienstleister und Stadttourismus werden davon partizipieren, denn die dort befindlichen Arbeitsplätze werden auch durch ein gut frequentiertes Veranstaltungszentrum gestärkt.

Wissen vermehrt sich, wenn man es teilt: die Stadthalle ist Bühne und Börse für KnowHow-Austausch, sie dient der Netzbildung, sie sorgt für Wissensmehrung. 80% der Veranstaltungen haben lokale Bedeutung für die Stadt und den Kreis Unna.

Trotz fast fünf Monaten Bautätigkeit fanden 2019 in der Stadthalle 142 Veranstaltungen (i.Vj. 131) statt, davon 99 (i.Vj. 95) mit einem Flächenbedarf von mehr als 1000 m². Mit Auf- und Abbau- oder Umbau-, Rüst- und Probetagen war die Stadthalle 2019 an rund 185 Tagen (i.Vj. 190) in Bewegung.

Die Belegung der Stadthalle teilt sich im Jahr 2019 wie folgt auf:

Schule und Bildung	22 % (i.Vj. 25%)
Messen/Tagungen/Feiern	36 % (i.Vj. 40%)
Kulturelle Veranstaltungen	42 % (i.Vj. 34%)

Die eigenen Messen verlieren trotz einiger organisatorischer Änderungen ihre frühere Bedeutung als ein starker Umsatzträger der Gesellschaft. Dieser Trend hält nun schon im dritten Berichtsjahr in Folge an. Über die Zukunft der Messen im Bestand der Gesellschaft wird daher künftig hart zu entscheiden sein.

Im Gesamtwert fällt das auf den Bereich Stadthalle entfallende Umsatzvolumen gegenüber dem Referenzjahr 2017 um TEUR -11 geringer, aber gegenüber dem Vorjahr um TEUR 52 besser aus.

Die Erlöse aus den Großveranstaltungen ohne Wochenmarkt liegen geringfügig über dem Ergebnis des Referenzjahres 2017, dies begründet sich weitestgehend in wetterbedingten Umsatzschwankungen. Die Großveranstaltungen stellen die größte Umsatzgruppe der Gesellschaft dar, im Jahr 2019 waren vor allem die Un(n)a Festa Italiana sowie das Unnaer Stadtfest stärkste Umsatzträger.

Der Wochenmarkt Mitte bleibt bei nahezu Vollbelegung stabil. Veränderungen ergeben sich durch Geschäftswechsel oder reisende Händler mit wechselnden Märkten. Die seltene Nachbesetzung freier Marktflächen gelingt sehr zeitnah. Dieser Trend wird sich auch im folgenden Jahr fortsetzen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben beschäftigt die Gesellschaft in 2019 durchschnittlich 44 Mitarbeiter/innen, von denen 30 als geringfügig oder kurzfristig Beschäftigte eingesetzt werden. Die Gesellschaft ist ein aktiver Ausbildungsbetrieb, so werden weiterhin junge Menschen über Praktikum und Ausbildung an das Berufsleben herangeführt. Auf diese Weise sichert auch die Stadthalle den Zugang der Wirtschaft zu qualifizierten Fachkräften. Im Berichtsjahr wurde der Vertrag mit dem Geschäftsführer auf Wunsch des Gesellschafters neu verhandelt.

Ertragslage der Gesellschaft:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2019 einen Verlust in Höhe von TEUR 55, i.Vj. TEUR 49. Die Umsatzerlöse stiegen im Verhältnis zum Vorjahr um TEUR 240 auf TEUR 1.338. Die sonstigen betrieblichen Erträge fielen um TEUR 91 höher aus. Der Personalaufwand liegt bei TEUR 956. Der Aufwand für Personal ist aufgrund der Tarifsteigerungen, einer Aufhebungsregelung für einen langzeiterkrankten Mitarbeiter sowie einer zeitbefristeten Einstellung signifikant gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 263 auf TEUR 908 gestiegen.

Die Veränderungen der GuV-Posten bzw. Verschiebung innerhalb der GuV-Posten resultieren im Wesentlichen aus der in 2019 durchgeführten Veranstaltung Festa Italiana sowie aus den zeitlichen Einschränkungen der baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen in der Stadthalle Unna.

Für die kulturelle Arbeit der Gesellschaft zahlt die Kreisstadt Unna einen Zuschuss, diese wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Finanzlage der Gesellschaft:

Zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Rahmen der Daseinsfürsorge und insbesondere der Förderung des kulturellen Lebens in der Kreisstadt Unna hat sich die Gesellschafterin Kreisstadt Unna per Ratsbeschluss verpflichtet, der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 einen Zuschuss in Höhe von TEUR 500 zu zahlen. Der Gesamtaufwand der Gesellschaft beläuft sich auf TEUR 1.908 (i.Vj. TEUR 1.572).

Die Gesellschaft finanziert sich somit zu 70 % (i.Vj. 70,0%) über eigene betriebliche Aktivitäten. Bei etwa 60.000 Einwohnern in der Kreisstadt Unna liegt der Gesamtzuschussbedarf für die Gesellschaft somit bei rund 8 € pro Jahr und Einwohner.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wird mit TEUR 73, im Vorjahr TEUR 129, ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote beträgt im Verhältnis zur Bilanzsumme 27%, im Vorjahr 33%.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR 20 (i.Vj. TEUR -31) erwirtschaftet.

Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit TEUR -39 (i.Vj. TEUR -10) und aus Finanzierungstätigkeit TEUR -1 (i.Vj. TEUR 0).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war, wie in den Vorjahren, jederzeit und in vollem Umfang gegeben. Eingehende Rechnungen werden unverzüglich nach Prüfung beglichen. Kredite für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit wurden im Geschäftsjahr, wie bereits in den Vorjahren, nicht in Anspruch genommen.

Vermögenslage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr von TEUR 387 auf TEUR 274 gesunken.

Die Aktiva bestehen zum Stichtag hauptsächlich aus TEUR 218 Umlaufvermögen (i.Vj. TEUR 342) und TEUR 55 Sachanlagen (i.Vj. TEUR 45). Die wesentlichen Positionen im Umlaufvermögen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit TEUR 78 (i.Vj. TEUR 71) sowie Forderungen gegen die Kreisstadt Unna mit TEUR 71 (i.Vj. TEUR 166).

Die Passivseite besteht mit TEUR 73 (i.Vj. TEUR 129) aus Eigenkapital, TEUR 60 (i.Vj. TEUR 140) aus Rückstellungen und TEUR 111 (i.Vj. TEUR 90) aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten sind überwiegend begründet durch die Stichtagsbetrachtung der Bilanz. Die Verringerung der Forderung gegenüber der Kreisstadt Unna hängt im Wesentlichen mit der Rückzahlung eines Darlehens zusammen.

Fazit:

Aufgrund der überwiegend stabilen Geschäftslage und der Eckpunkte der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die Gesellschafterin Kreisstadt Unna durch Beschluss des Rates verpflichtet hat, der Gesellschaft zur Wahrnehmung ihres kulturellen Auftrages einen Zuschuss zu zahlen, war die Geschäftssituation der Unna Marketing — Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH 2019 als gesichert zu bewerten.

Ausgesprochen positiv ist die von der Gesellschaft beeinflusste Wertschöpfungskette zu sehen. Bei einem durchschnittlichen Umsatz von ca. 30 Euro pro Kopf bei rund 700.000 Besuchern bei allen Veranstaltungen der Gesellschaft summiert sich der durch die Arbeit der Gesellschaft initiierte **Gesamtumsatz Dritter in Unna auf über 21 Mio. Euro** für das Berichtsjahr.

Diese Umsätze werden in der Kreisstadt Unna direkt vor Ort unmittelbar bei den Leistungsträgern und Dienstleistern wie Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie und Verkehrsdienstleistungen etc. erzielt, stärken somit deren Umsatzquote und sichern Arbeitsplätze.

B. Nachtragsbericht/Corona-Pandemie

Ende des Jahres 2019 erholte sich die Weltwirtschaft soeben von den gegenseitigen Handelsbeschränkungen der USA und China, als Anfang 2020, zunächst isoliert beim bayrischen KFZ-Zulieferer Webasto, die erste Corona-Infektion in Deutschland festgestellt wurde. Am 28. Januar war die Krankheit diagnostiziert und der Patient Nummer 1 unverzüglich unter Quarantäne gestellt worden. Die Gefahr schien gebannt, aber da waren die seltsamen Eigenschaften: Das Virus war für die allermeisten Menschen recht harmlos, für einen geringen aber eben nicht bekannten Anteil jedoch schwerwiegend und für einen noch geringeren Prozentsatz sogar mit tödlichem Verlauf. Ab Mitte Februar wurde eine weitere viel bedrohlichere Eigenschaft des SARS-CoV-2-Virus bekannt, seine extreme Ansteckungsgefahr und äußerst leichte und schnelle Verbreitung. Die Virologen warnten davor, dass die Gesundheitssysteme bei einer unkontrollierten Ausbreitung der Krankheit kollabieren können. Seitdem wurden auch in Europa drastische Maßnahmen mit teils dramatischen Auswirkungen auf die Binnenmärkte ergriffen, einzig dem Ziel folgend, die Infektionskurve abzuflachen.

In Deutschland erlebte die gesamte Veranstaltungsbranche seit dem 10. März 2020 einen einzigartigen „Lockdown“, der bis zum Redaktionsschluss des Lageberichts anhält und dessen Auswirkungen weit über das Jahresende 2020 hinaus spürbar bleiben werden. Selbst geübte Krisenplanungen werden an die Grenzen der Umsetzbarkeit geführt, grundlegende Analysen und Vorbereitungen auf das Bevorstehende sind aufgrund der dynamischen Entwicklung der Pandemie praktisch nicht möglich. Zwischenzeitliche Lockerungen für breite Teile der Bevölkerungen stehen dabei stets unter dem Vorbehalt des Gesundheitsschutzes für die Allgemeinheit und können jederzeit wieder rückgängig gemacht werden, um eine Ausbreitung des Virus bis zur Verfügbarkeit eines wirksamen Impfstoffes einzudämmen.

Über allem schwebt die Sorge einer erneuten Infektionswelle, dem sogenannten Rebound. Für die großen Veranstaltungen, deren Vorbereitungen viele Monate vor dem eigentlichen Event getroffen werden, ist dieser unsichere Planungsrahmen eine unzumutbare, mit etlichen neuen Risiken behaftete Lage.

Die Corona-Pandemie 2020 stellt daher eine wesentliche Unsicherheit (bestandsgefährdendes Risiko) für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft dar. Ohne zusätzliche Unterstützung droht trotz der Soforthilfe des Landes sowie der aktuellen Regelungen zum Kurzarbeitergeld mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit im Spätherbst 2020 aufgrund der geringen Eigenkapitalausstattung der GmbH die bilanzielle Überschuldung. Der Gesellschafter hat bereits in öffentlicher Ratssitzung am 14.05.2020 signalisiert, dass der Jahresfehlbetrag des Jahres 2020 ausgeglichen werden soll, so dass die wesentliche Unsicherheit (bestandsgefährdendes Risiko) bezüglich einer negativen Unternehmensfortführung beseitigt wäre.

C. Prognose- Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft stellt ihre Aufgaben in einer wirtschaftlichen und einer kulturellen (EU-konformen) Kostenstellenrechnung dar.

Prognosebericht:

Der Wirtschaftsplan 2020, den die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 03.12.2019 einstimmig festgestellt hat, weist ein Ergebnis von TEUR -35 aus. Alle Planungen und Beschlüsse für das Geschäftsjahr 2020 erfolgten ohne Kenntnis der Corona-Pandemie, aber unter Berücksichtigung der erwartbaren und bekannten Entwicklungen. Die Planungsannahmen für den ursprünglichen Wirtschaftsplan 2020 waren eine wachstumsorientierte Anhebung der Umsätze um 2,5%, für die Löhne und Gehälter wurde eine Tarifsteigerung von 3,2% sowie eine Stellenanpassung berücksichtigt, auf der sonstigen Aufwandsseite wurde die allgemeine Teuerungsrate zugrunde gelegt.

Diese Grundlagen und Annahmen für die Aufstellung des Wirtschaftsplans und die Beschlussfassung durch die Gesellschafter sind aufgrund der Corona-Pandemie hinfällig. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der zahlreichen Auflagen für die Eventbranche in 2020 Veranstaltungen, wenn überhaupt, nur stark eingeschränkt stattfinden können. Für Großveranstaltungen mit 1000 und mehr Besuchern besteht keine Planungssicherheit. Den Gesellschaftern wird daher unter Vorbehalt aller Unwägbarkeiten dieser Krise zeitnah ein Nachtragswirtschaftsplan 2020 mit einem voraussichtlichen Fehlbetrag in Höhe von etwa TEUR 255 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

EU-konforme Sparte

- *Förderung des kulturellen Angebotes und der lokalen kulturellen Qualitäten*
- *„Erlebnisstadt Unna“ als regionale Stadtmarke durch Entwicklung des kulturtouristischen Potenzials Unnas*
- *Bewahrung von Traditionsveranstaltungen als historisches Erbe*
- *Sicherheit bei Großveranstaltungen als Qualitätskriterium*
- *Förderung eines stadtgeschichtlichen Bewusstseins*

Aufgrund der regionalen Tätigkeit der Gesellschaft, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern,

steht die kulturelle Tätigkeit der Gesellschaft im Einklang mit den Ausführungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Wirtschaftliche Sparte

- *Dienstleistungsbetrieb des multifunktionalen Kultur- und Veranstaltungszentrums*
- *Beratung und Dienstleistungen für externe Veranstalter*
- *Wertschöpfungskette für den lokalen Handel und Gewerbe*
- *Unnaer Wochenmärkte: Nahversorger und „Szene – Treff“*
- *Ausbau stadttouristischer Angebote*

Die Kreisstadt Unna hat die Gesellschaft durch einen Dienstleistungsvertrag mit der Bewirtschaftung und Vermarktung des Kultur- und Veranstaltungszentrums Erich Göpfert Stadthalle beauftragt. Die Erfüllung des Vertrages erfolgt im Rahmen der Kurzarbeitsvereinbarungen.

Das Zentrum ist eines der wichtigsten Infrastruktureinrichtungen dieser Art in der Region. In 2020 sind die vorerst letzten Sanierungsarbeiten geplant. Es schließt sich eine mehrjährige Baupause an, um dann im Jahr 2023 oder 2024 die endgültige Fertigstellung, insbesondere der Lüftungsanlage, umzusetzen.

Die Wochenmärkte in Unna-Mitte mit ihrem umfassenden Angebot an Frische, Vielfalt und Qualität sind trotz geringer finanzieller Spielräume gefestigt und werden mit geeigneten Marketinginstrumenten im Rahmen der Kurzarbeitsvereinbarungen unterstützt.

Das Potenzial des Städtetourismus liegt als Impulsgeber für Dienstleister der ersten und zweiten Umsatzstufe in der Festigung und im Ausbau von Arbeitsplätzen in der lokalen Wirtschaft. Eine attraktive Freizeitinfrastruktur sowie überdurchschnittliche Gastronomie-, Kultur- und Einkaufserlebnisse stärken als Standortfaktor direkt das Binnenimage und den Freizeitwert Unnas sowie unmittelbar die Lebensqualität der Unnaer.

Das so gewonnene Imageplus wird die Wettbewerbsfähigkeit Unnas im interkommunalen Vergleich und Wettstreit um die besten Fachkräfte stärken und den Zuzug junger Familien anregen.

Eine flankierende Baulandoffensive der Kreisstadt Unna könnte als Treiber diesen Effekt deutlich verstärken. Hier wäre Potenzial für Infrastrukturinvestitionen nach überstandener Krise. Eine Wahrnehmung dieser Aufgaben erfolgt im Rahmen der aktuellen Kurzarbeitsregelung.

Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft führt ein aktives Risikomanagementsystem, welches regelmäßig überarbeitet und den zu erwarteten Ereignissen angepasst wird. Mit diesem System können die Eintrittswahrscheinlichkeit von über 60 Einzelrisiken für die Gesellschaft bewertet werden, ihre Auswirkungen beurteilt und die möglichen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Die Risiken der Corona-Pandemie sind nach einer vollständigen Problemwürdigung aufzunehmen. Beantwortet werden muss zudem die Frage der Kapitalausstattung der Gesellschaft, die nach heutigem Wissen nicht für Krisen des aktuellen Ausmaßes geeignet ist. Für die Gesellschaft existiert ein umfassendes IT-Sicherheitskonzept, das auch die rotierende Erneuerung von Hard- und Software erfasst. Die Umsetzung der EU-DSGVO ist abgeschlossen. Ein be-

triebsinterner Ausschuss für Arbeitsschutz befasst sich mit den Themenfeldern Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft.

Die Folgen der Pandemie sind für die Gesellschaft existenzbedrohend (bestandsgefährdendes Risiko). Es muss davon ausgegangen werden, dass große Teile der Umsätze komplett ausfallen. Im Vergleich der Monatsumsätze 2019 zu 2020 ist für den April ein Umsatzrückgang in Höhe von 95% und für Mai von über 70% zu verzeichnen. Seit dem 10.03.2020 finden in der Unnaer Stadthalle keine Veranstaltungen statt. Angekündigt sind einige Sitzungen der Ratsgremien, die jedoch nur geringe Umsatzgrößen ausmachen. Bislang sind pandemiebedingt in den Monaten März bis August 2020 etwa 50 Veranstaltungen unmittelbar durch Absagen betroffen, es werden bis zum Jahresende in Abhängigkeit der Lockerungsbedingungen weitere Veranstaltungen hinzukommen. Die Durchführung von Großveranstaltungen ist mindestens bis zum 31. August 2020 untersagt. Es liegt die Vermutung nahe, dass nach diesem Termin ggf. unter hohen Auflagen erste Veranstaltungen möglich sein könnten. Das Unnaer Stadtfest, Autoschau, Katharinenkirmes und Weihnachtsmarkt liegen zeitlich außerhalb des Verbotsrahmens. Diese Veranstaltungen finanzieren sich unter optimalen Voraussetzungen durch Erlöse aus Mieten, Provisionen und Sponsoring, zudem können bei gutem Verlauf Deckungsbeiträge erzielt werden, die dann Teile der Personalkosten und allgemeinen Umlagen tragen. Für das laufende Jahr haben die wichtigsten Sponsoren jedoch bereits eine Absage ihrer Unterstützung signalisiert. Die derzeit bekannten Hygieneauflagen lassen eine erheblich geringere Besucherzahl erwarten, somit sind spürbar geringere Provisionserlöse realistisch. Um die Abstandsgebote zu erfüllen, müssen Freiräume geschaffen werden. Erhebliche Mietausfälle wären die unmittelbare Folgewirkung. Das Umsatzausfallrisiko liegt nach heutiger Einschätzung bei deutlich über 50%.

Zudem dürften die Durchführungskosten um den mit den Hygieneauflagen verbundenen Mehraufwand an Personal und Material zunehmen. Organisatorische Auflagen wie bspw. kurze Programmintervalle, die Abstandsgebote, das Tragen von Mund-Nasen-Schutz und ggf. Verweise für Verweigerer drücken die Feststimmung, machen die Veranstaltungen weniger attraktiv. Die Unnaer Großveranstaltungen würden damit als einzigartige Gemeinschaftserlebnisse ihre Sinnggebung verlieren, weil die Stadtgesellschaft vermutlich zu großen Teilen ausgeschlossen würde. Zudem wäre bei einem Infektions-Hotspot infolge einer Großveranstaltung ein Imageschaden für Unna und die Gesellschaft sehr wahrscheinlich. Losgelöst von diesen Bewertungen muss stets auch eine mögliche Infektion im Organisationsteam mit weitreichenden Quarantänefolgen bedacht werden. In diesem Aufgabenkomplex sind bisher Personal- und Planungskosten entstanden, vertragliche Risiken gegenüber Dritten bestehen nicht.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen und Folgewirkungen der Pandemie erfordern die gesamte Kraft der staatlichen Unterstützungsmöglichkeiten, um die Gefahren einer Rezession abzumildern. In 2021 wird die Freizeit- und Veranstaltungsbranche in besonderer Weise von einer Konsumzurückhaltung betroffen sein und sich nur langsam erholen. Die neu erlernten Techniken der Telefon- und Videokonferenzen werden so manche Tagung überflüssig machen, anhaltender KUG-Bezug von mehr als 7 Mio. Beschäftigten in Deutschland wird den Umsatz für Kulturveranstaltungen erschweren, die ohnehin schon vor der Krise bekannte Tendenz zum Social - Cocooning wird durch die Ausgangsbeschränkungen der Krise eher verfestigt.

Um Unna aber auch künftig als die attraktive und aktive Kultur- und Erlebnisstadt in der Region positionieren zu können, sind nachhaltig angelegte wirksame Entscheidungen zu tref-

fen, so besteht z.B. im Bereich der Übernachtungsmöglichkeiten ab der 3-Sterne-Kategorie weiterhin ein für die Größe Unnas zu geringes Bettenangebot. Umsätze von Übernachtungsgästen tragen jedoch zur Vitalität der Innenstadt bei und sind ein wertvoller Baustein zur Stabilisierung der innerstädtischen Entwicklung. Einen nachhaltig positiven Effekt könnte zudem eine Baulandofferte für junge Familien auslösen.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Der durch das SARS-CoV-2-Virus ausgelöste weltweite Lockdown umfasst mit Folgewirkungen große Teile der Wirtschaft und Gesellschaft. Das Umsatzausfallrisiko der GmbH liegt 2020 bei voraussichtlich 75%. Die Erlöse aus Wochenmarkt und für Dienstleistungen sowie die sonstigen betrieblichen Erträge einschließlich der staatlichen Hilfen erhalten die Funktionsfähigkeit der GmbH bis in den Spätherbst 2020, ab spätestens Anfang Oktober muss eine Verbesserung der Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung der GmbH absehbar sein. Im Ergebnis wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rund TEUR 255 erwartet.

Der Gesellschafter hat bereits in öffentlicher Ratssitzung am 14.05.2020 signalisiert, dass der Jahresfehlbetrag des Jahres 2020 ausgeglichen werden soll, so dass die wesentliche Unsicherheit (bestandsgefährdendes Risiko) bezüglich einer negativen Unternehmensfortführung beseitigt wäre.

Unna, 03. Juni 2020

gez. Horst Bresan

Geschäftsführer

Stadtbetriebe Unna



1.2 Stadtbetriebe Unna

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Viktoriastraße 12 59425 Unna	Telefon: 02303 2003-0 Fax: 02303 2003-74 E-Mail: info@stadtbetriebe-unna.de Internet: www.stadtbetriebe-unna.de	Grundsatzbeschluss des Rates der Kreisstadt Unna vom: 21.12.1994 in der Fassung vom: 26.04.2018

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Stadtbetriebe Unna werden nach Maßgabe der Satzung, den Vorschriften der GO NRW und in entsprechender Anwendung der EigVO NRW als organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt.</p> <p>Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist die Durchführung der Aufgaben für folgende Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abwasserwirtschaft • Gewässer (einschließlich Hochwasserschutzanlagen) • Straßenunterhaltung • Abfallwirtschaft • Duale Systeme • Straßenreinigung • Grünflächenpflege • Städtische Friedhöfe

Organe der Gesellschaft
<p>Betriebsleitung Betriebsausschuss Rat der Kreisstadt Unna</p> <p>Die Zuständigkeiten richten sich nach der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung, der Hauptsatzung, der Zuständigkeitsordnung des Rates und der Betriebssatzung.</p>

Betriebsleitung
<p>für den kaufmännischen Bereich: Frank Peters für den technischen Bereich: Ferdinand Blex (bis 30.09.2019)</p>

Vergütung der Geschäftsführung				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Peters	0,00 €	0,00 €	89.314,20 €	89.314,20 €
Blex	0,00 €	0,00 €	69.056,16 €	69.056,16 €
Herr Peters hat auf Grund seines Beamtenstatus einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Die Pensionsansprüche werden im städtischen Haushalt abgebildet.				

Betriebsausschuss			
Der Betriebsausschuss besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren im Betriebsausschuss vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Heike Gutzmerow
2.	SPD	RM Ralph Bürger	RM Wolfgang Ahlers (fraktionslos)
3.	SPD	RM Renate Nick	RM Peter Glowalla
4.	SPD	sB Max Jülkenbeck	RM Annette Thomae
5.	SPD	sB Heinz Steffen	sB Klaus-Jürgen Sievert
6.	SPD	RM Djawad Tadayyon	RM Anja Kolar
7.	SPD	RM Michael Tietze	RM Brigitte Wass
8.	CDU	RM Bernhard Albers	RM Frank-Holger Weber (fraktionslos)
9.	CDU	RM Rolf-Dieter Beyersdorf	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
10.	CDU	RM Werner Clodt	RM Gabriele Meyer
11.	CDU	sB Dominik Mickler	sB Klemens Splittgerber
12.	GRÜNE	sB Michael Griesohn-Kluth	RM Michael Sacher
13.	GRÜNE	N.N.	RM Karl Dittrich
14.	FDP	sB Günter Schmidt	sB Michael Baumhoff
15.	FLU	RM Erich Kreß	RM Gerhard Heckmann (CDU)
16.	LINKE	sB Barbara Möller	N.N.
17.	Fraktionslos	RM Christian Roß	RM Christoph Tetzner
18.	Fraktionslos	N.N.	RM Franz-Josef Klems (FLU)

Vergütung des Betriebsausschusses
<p>Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates/ Betriebsausschusses und die Vergütungssätze der Aufsichts-/ Betriebsausschussmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.</p> <p>Die Ratsmitglieder erhalten für die Ausübung ihres Mandates eine monatliche Pauschale. Mit dieser Pauschale sind die Tätigkeiten im Betriebsausschuss abgegolten.</p> <p>Die sachkundigen Bürger erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines Sitzungsgeldes.</p>

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Betriebsleitung)	2019	2018
Angestellte		
in Vollzeit	70	70
in Teilzeit	15	17
Beamte		
in Vollzeit	5	5
in Teilzeit	0	0
Auszubildende	0	0
Aushilfen	0	0
Gesamt	90	92

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	14.381	17.123	10.756
II. Sachanlagen	97.124.683	95.095.194	92.738.543
III. Finanzanlagen	0	0	351
Summe Aktiva	97.139.064	95.112.317	92.749.650
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	90.649	75.843	80.494
II. Forderungen	1.136.704	624.274	709.352
III. Kassenbestand	352.863	479.019	500.934
Summe Umlaufvermögen	1.580.216	1.197.136	1.290.780
C. Rechnungsabgrenzungsposten	58.986	51.889	32.340
Summe Aktiva	98.778.266	96.361.342	94.072.770
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	600.000	600.000	600.000
II. Kapitalrücklage	9.699.200	9.125.361	7.607.836
III. Bilanzgewinn	2.557.740	2.170.185	1.717.546
Summe Eigenkapital	12.856.970	11.895.546	9.925.382
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	11.111.340	11.136.590	11.286.039
C. Empfangene Ertragszuschüsse	2.477.225	2.717.303	2.953.365
D. Rückstellungen	3.716.964	4.541.151	4.947.567
E. Verbindlichkeiten	63.961.092	61.534.195	60.564.768
F. Rechnungsabgrenzungsposten	4.654.674	4.536.557	4.395.649
Summe Passiva	98.778.266	96.361.342	94.072.770

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2019	2018	2017
Anlagenintensität	98,3 %	98,7 %	98,6 %
Eigenkapitalquote	24,7 %	24,6 %	24,0 %
Anlagendeckungsgrad II	88,5 %	83,5 %	87,0 %
Investitionen	2019	2018	2017
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	4.440	4.947	6.217

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	29.609.200	29.489.186	29.259.347
Andere aktivierte Eigenleistungen	286.262	291.623	317.177
sonstige betriebliche Erträge	1.012.914	1.292.959	1.372.400
Materialaufwand	-16.462.414	- 16.704.912	- 16.369.066
Personalaufwand	-4.834.211	- 4.935.267	- 5.007.732
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.608.075	- 2.583.382	- 3.612.928
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.368.672	- 1.996.203	- 2.046.358
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	129	360
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	501	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.555.830	- 1.642.882	- 1.761.622
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	- 407
Ergebnis nach Steuern	3.079.173	3.211.754	2.151.169
Sonstige Steuern	-9.420	- 9.161	- 10.362
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.069.753	3.202.593	2.140.807
Gewinnvortrag	121.541	161.676	180.980
Einstellung in Rücklagen	-633.524	- 1.194.084	- 604.241
Bilanzgewinn	2.557.770	2.170.185	1.717.546

Verwendung des Jahresergebnis 2019

Der Jahresüberschuss 2019 in Höhe von 3.069.753,38 € soll wie folgt verwendet werden:

Zuführung allgemeine Rücklage aus PRA-Auflösung	133.524,18	€
Zuführung zweckgebundene Rücklagen	500.000,00	€
Abführung an städtischen Haushalt	2.000.000,00	€

Verrechnung des Jahresüberschusses 2019 im steuerpfl. Drittbereich	15.241,17	€
Zuführung allgemeine Rücklage	420.988,03	€

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2019 hat die Kreisstadt Unna den Stadtbetrieben Unna einen Kassenkredit von 1.810.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Lagebericht Jahresabschluss 2019

I Grundlagen des Unternehmens

I.1 Gründung des Eigenbetriebes

Der Rat der Stadt Unna hat am 16.06.1994 die Umgründung des Regiebetriebes Stadtbetriebe in eine entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW geführte, eigenbetriebsähnliche Einrichtung (im Folgenden kurz Eigenbetrieb) zum 01.01.1995 beschlossen.

I.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebes

I.2.1 Gegenstand

Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist in zwei grundsätzliche Kategorien zu gliedern. In einen originären Aufgabenkreis, in dem die Aufgaben durch die Stadtbetriebe Unna eigenverantwortlich abgewickelt und im Wesentlichen über Gebühreneinnahmen finanziert werden und einen Auftragsbereich, wo Dezernate der Stadtverwaltung Unna als Auftraggeber Leistungen der Stadtbetriebe Unna in Anspruch nehmen und dafür grundsätzlich kostendeckende Entgelte erbringen. Darüber hinaus nimmt der Betrieb Aufgaben im steuerpflichtigen Drittbereich wahr.

Mit der Änderung der Betriebssatzung der Stadtbetriebe Unna (Vorlage Nr. 0072/04, Ratsbeschluss vom 16.12.2004) wurden der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Stadtbetriebe Unna die gesamten Aufgaben der Abwasserwirtschaft, Abfallentsorgung, Duales System, Straßenreinigung, Friedhöfe und Hochwasserschutz übertragen. Seitdem gliedern sich die Aufgabenbereiche wie folgt:

Originärer Bereich

- Abwasserwirtschaft
- Abfallwirtschaft
- Straßenreinigung (seit 01.01.2012 ohne Winterdienst)
- Städtische Friedhöfe
- Gewässerunterhaltung
- Hochwasserschutz

Auftragsbereich

- Straßenunterhaltung
- Grünflächenunterhaltung
- Winterdienst (seit 01.01.2012)
- Sonstige diverse Einzelaufträge

Steuerpflichtiger Drittbereich

- Leistungen im Rahmen Duale Systeme
- Grabpflege
- Sonstige Leistungen an Dritte

I.2.2 Organisation

Organe der Stadtbetriebe Unna sind die Betriebsleitung, der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna und der Rat der Kreisstadt Unna.

Die Aufbauorganisation sieht seit 1995 eine Gliederung in Hilfsbetriebe und Leistungsbereiche vor. Entsprechend ist die Kostenrechnung gegliedert.

<u>Verwaltung</u>	<u>Allg. Dienste</u>	<u>Originärer Bereich</u>	<u>Auftragsbereich Stadt</u>	<u>Drittbereich</u>
Kfm. Bereich	Werkstatt	Abwasserwirtschaft Abfallwirtschaft Straßenreinigung Städtische Friedhöfe Gewässerunterhaltung Hochwasserschutz	Straßenunterhaltung Grünflächenpflege Winterdienst Sonstige Auftragsleistungen	Duale Systeme Grabpflege Sonstige Leistungen an Dritte

II. **Wirtschaftsbericht**

II.1 **Geschäftsverlauf**

II.1.1 **Allgemeines zur Erfolgsrechnung**

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2019 bis 2023, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 13. Dezember 2018 beschlossen wurde, geht von einer gemittelten Ergebnisabführung in Höhe von jährlich 1.200 T€ aus.

Damit ergaben sich für die Wirtschaftsplanjahre 2018 bis 2023 der Stadtbetriebe Unna nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Ergebnisabführung	1.200 T€	1.200 T€	1.200 T€	1.200 T€	1.200 T€	

Das Wirtschaftsjahr 2023 enthält keine Gewinnabführungsveranschlagung, da über die in 2024 gegebenenfalls zu erfolgende Gewinnabführung für das Wirtschaftsjahr 2023 im Haushaltssicherungskonzept der Kreisstadt Unna keine Angaben vorliegen.

Der Wirtschaftsplan 2019 wies einen Planüberschuss in Höhe von 1.448 T€ aus. Dabei beträgt der Saldo aus dem Gewinn des Originären Bereichs (4.685 T€) abzüglich des Verlustes des Auftragsbereichs (3.240 T€) 1.445 T€ und erfüllte damit die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für 2019.

Insgesamt wurde im Wirtschaftsjahr 2019 ein vorläufiger Jahresüberschuss lt. Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 3.069.753,38 € erwirtschaftet.

Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2019	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018
Originärer Bereich	+ 4.685.000,00 €	+ 6.209.235,79 €	+ 6.169.741,28 €
Auftragsbereich	- 3.240.000,00 €	- 3.154.723,58 €	- 2.927.013,00 €
Drittbereich	+ 3.000,00 €	+ 15.241,17 €	- 40.135,60 €
Gesamt	+ 1.448.000,00 €	3.069.753,38 €	3.202.592,68 €

Von diesem vorläufigen Jahresüberschuss sollen der Allgemeinen Rücklage die Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof in Höhe von 133.524,18 € zugeführt werden. Es verbliebe so ein Jahresgewinn in Höhe von 2.936.229,20 €, von dem der Gewinn des steuerlichen Drittbereichs in Höhe von 15.241,17 € nach 2020 vorgetragen werden könnte.

Zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes wäre eine Zuführung zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 2.936.229,20 € angezeigt.

Aufgrund der Beschlusslage des Rates der Kreisstadt Unna vom 5. März 2020 sollen 2.000.000 € an den städtischen Haushalt abgeführt werden.

Wegen der bestehenden besonderen Problematiken des Ententeiches im Bornekamp (Undichtigkeiten, Verschlammung, Teich im Hauptschluss) und des Teiches des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II (Verschlammung) schlägt die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vor, für die Sanierung des Ententeiches im Bornekamp, für die in Vorjahren insgesamt 900.000,00 € in eine zweckgebundene Rücklage eingestellt wurden, weitere 100.000,00 € für die Gewässerunterhaltung Ententeich Bornekamp einzustellen. Des Weiteren sollen 300.000,00 € für die Grünpflege von Wallanlagen sowie 100.000,00 € für den Rückbau der Sohlshalen des Kortelbachs in zweckgebundene Rücklagen eingestellt werden.

Ausgehend vom o. g. verbleibenden Jahresgewinn in Höhe von 2.936.229,20 € und den Zuführungen zu den zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von insgesamt 500.000,00 € verbleibt ein Betrag in Höhe von 2.436.229,20 €. Hiervon soll ein Betrag in Höhe von 2.000.000,00 € an den Haushalt der Kreisstadt Unna abgeführt werden. Gegenüber den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes wird damit ein überplanmäßiger Betrag in Höhe von 800.000,00 € abgeführt. Von dem verbleibenden Betrag in Höhe von 436.229,20 € sollen 15.241,17 € auf neue Rechnung vorgetragen werden und 420.988,03 € der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Passt man das Ergebnis des Geschäftsjahres 2019 um die Zuführung der Passiven Rechnungsabgrenzung Friedhof zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 133.524,18 € an, um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu ermöglichen, ergibt sich folgender Vergleich zum Erfolgsplan 2019 und zum Ergebnis 2018:

Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2019	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018
Originärer Bereich	+ 4.685.000,00 €	+ 6.075.711,61 €	+ 6.036.213,01 €
Auftragsbereich	- 3.240.000,00 €	- 3.154.723,58 €	- 3.043.409,56 €
Drittbereich	+ 3.000,00 €	+ 15.241,17 €	- 40.135,60 €
Gesamt	+ 1.448.000,00 €	+ 2.936.229,20 €	+ 2.952.667,85 €

Das obige Ergebnis des Gesamtbetriebes hat sich gegenüber der Planung um 1.488 T€ verbessert und gegenüber dem Jahresergebnis 2018 um 17 T€ verschlechtert. Gegenüber der Planung ergaben sich Verbesserungen im Originären Bereich um 1.391 T€, im Auftragsbereich um 85 T€ und im Drittbereich um 12 T€. Gegenüber 2018 ergaben sich Verschlechterungen im Auftragsbereich um 112 T€, während sich Verbesserungen im Originären Bereich um 40 T€ und im Drittbereich um 55 T€ ergaben.

Im Einzelnen haben sich die Ergebnisse in den Sparten wie folgt entwickelt:

Bereich	Planung	Ergebnis	Ergebnis	Veränderungen Ergebnis	
	2019	2019	2018	2019 zu Planung	Ergebnis
	€	€	€	2019	2018
	€	€	€	€	€
Abfallwirtschaft	+ 18.000	+ 13.961	+ 44.861	- 4.039	- 30.900
Städtische Friedhöfe *	- 83.000	- 103.588	- 35.197	- 20.588	- 68.391
Straßenunterhaltung	+ 0	- 76.611	- 43.900	- 76.611	- 32.711
Verschlechterungen	+ 65.000	- 166.238	- 34.236	- 101.238	- 132.002
Abwasserwirtschaft	+ 5.217.000	+ 6.443.059	+ 6.321.647	+ 1.226.059	+ 121.412
Straßenreinigung	+ 15.000	+ 36.138	+ 19.571	+ 21.138	+ 16.567
Gewässerunterhaltung	- 133.000	- 101.656	- 124.962	+ 31.344	+ 23.306
Hochwasserschutz	- 349.000	- 212.202	- 189.707	+ 136.798	- 22.495
komm. Anteil	- 3.127.000	- 3.119.162	- 3.101.026	+ 7.838	- 18.136
Straßenunterhaltung					
Grünflächenpflege	+ 0	+ 34.572	+ 188.893	+ 34.572	- 154.321
Komm. Anteil	- 113.000	- 112.486	- 112.464	+ 514	- 22
Grünflächenpflege Winterdienst *	+ 0	+ 92.389	+ 0	+ 92.389	+ 92.389
Sonstige Auftragsleistungen Stadt	+ 0	+ 26.574	+ 25.087	+ 26.574	+ 1.487
Drittbereich	+ 3.000	+ 15.241	- 40.135	+ 12.241	+ 55.376
Verbesserungen	+ 1.513.000	+ 3.102.467	+ 2.986.904	+ 1.589.467	+ 115.563
Gesamt	+ 1.448.000	+ 2.936.229	+ 2.952.668	+ 1.488.229	- 16.439

* nach Rücklagenzuführung Friedhöfe 2018 und 2019 und Winterdienst 2018

Das laut Wirtschaftsplan 2019 mit einem Gesamtüberschuss von 1.448 T€ prognostizierte Ergebnis konnte damit deutlich übertroffen werden.

Begründet ist die deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses 2019 zu einem großen Teil in der Anpassung der bilanziellen Abschreibung an die kalkulatorische Abschreibung im Bereich Abwasserwirtschaft sowie in der Auflösung von Altrückstellungen. Des Weiteren ergaben sich deutlich geringere Zinsaufwendungen.

Der Abschreibungssatz für das Kanalvermögen betrug handelsrechtlich bis zum Jahresabschluss 2017 2,00 v. H., die Abschreibung erfolgte über 50 Jahre. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 wurde dieser Abschreibungssatz an den kalkulatorischen Abschreibungssatz in Höhe von 1,49 v. H. angepasst, so dass die handelsrechtliche Abschreibung ebenfalls über 67 Jahre erfolgt. In dem Planansatz 2019 ist noch die Abschreibung über 50 Jahre angenommen, so dass die Ist- Abschreibungen 2019 unter Berücksichtigung der Abschreibungsdauer von 67 Jahren um 591 T€ unter dem Planansatz liegen.

Der Auflösung von Altrückstellungen in Höhe von insgesamt 329 T€ entfiel auf den Bereich Abwasserwirtschaft. Die Auflösung von Altrückstellungen im Gebührenbereich Abwasserwirtschaft wurde der Gebührenaussgleichspflichtigkeit Abwasserwirtschaft zugeführt.

II.1.2 Verwaltung und Allgemeine Dienste (vor Verrechnung)

Bereich	Plan 2019	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018
Verwaltung, Rechnungswesen, Controlling	- 1.625.000,00 €	- 1.497.945,52 €	- 1.512.272,87 €
Allgemeine Dienste	- 390.000,00 €	- 255.721,83 €	- 184.233,07 €
Gesamt	- 2.015.000,00 €	- 1.753.667,35 €	- 1.696.505,94 €

II.1.3 Originärer Bereich

Bereich	Plan 2019	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018
Abwasserwirtschaft	+ 5.217.000,00 €	+ 6.443.058,76 €	+ 6.321.646,59 €
Abfallwirtschaft	+ 18.000,00 €	+ 13.961,01 €	+ 44.860,95 €
Straßenreinigung	+ 15.000,00 €	+ 36.137,87 €	+ 19.571,31 €
Städtische Friedhöfe *	- 83.000,00 €	- 103.588,01 €	- 35.196,82 €
Gewässerunterhaltung	- 133.000,00 €	- 101.656,01 €	- 124.961,73 €
Hochwasserschutz	- 349.000,00 €	- 212.202,01 €	- 189.707,29 €
Gesamt	+ 4.685.000,00 €	+ 6.075.711,61 €	+ 6.036.213,01 €

* nach Rücklagenzuführung Friedhöfe 2018 und 2019

Bereich Abwasserwirtschaft

Im Jahr 2019 wurden insgesamt rd. 3.058.000 m³ Schmutzwasser und für rd. 6.831.000 m² versiegelte Flächen Niederschlagswasser gesammelt und abgeleitet. Die Gebühr je Kubikmeter Schmutzwasser betrug 2,73 € und je Quadratmeter versiegelter Fläche wurden 1,49 € Niederschlagswassergebühr erhoben.

Insgesamt hat der Bereich Abwasserwirtschaft ein Ergebnis von 6.443 T€ erwirtschaftet und damit den Planansatz um 1.226 T€ übertroffen.

Das Ergebnis ist im Wesentlichen durch zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Abschreibungen (+ 960 T€) und Zinsen (+ 269 T€) gekennzeichnet.

Bereich Abfallwirtschaft

Für die Abfallbeseitigung waren in 2019 rd. 17.125 Restmüllgefäße und rd. 10.316 Biomüllgefäße im Stadtgebiet vorhanden; das entsprach je nach Gefäßgröße und Leerungsrhythmus rd. 53.211.200 Volumenliter Restmüll und rd. 28.281.000 Volumenliter Biomüll. Bei 14-täglicher Leerung eines 80 Litergefäßes betrug die Restmüllgebühr 151,49 € und die Biomüllgebühr 72,67€.

Das Ergebnis für den Bereich Abfallwirtschaft betrug 14 T€ und lag damit um 4 T€ unter dem Planansatz von 18 T€.

Das Ergebnis ist im Wesentlichen durch zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Abschreibungen und Zinsen (- 15 T€) geprägt, denen Verbesserungen bei den Gebühren (+ 10 T€) (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) gegenüberstehen.

Bereich Straßenreinigung

Der Bereich hat in 2019 für insgesamt 236.337 Frontmeter Reinigungsleistungen erbracht. Die Gebühr betrug je Frontmeter 2,86 € bei allgemeiner Reinigung und 53,28 € je Frontmeter für Reinigungen in der Fußgängerzone.

Das Ergebnis betrug 36 T€ und war damit um 21 T€ besser als geplant.

Das Ergebnis ist im Wesentlichen durch zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Abschreibungen und Zinsen (+ 19 T€) und sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 9 T€) gekennzeichnet, denen insbesondere Verschlechterungen bei den Umlagen (- 7 T€) gegenüberstehen.

Bereich Friedhof

Insgesamt hat es in 2019 489 Bestattungen gegeben, davon 143 Erdbestattungen und 346 Urnenbestattungen. In den Trauerhallen (Südfriedhof, Niedermassen) haben 233 Trauerfeiern stattgefunden.

Unter Berücksichtigung der Zuführung zum Passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 134 T€ ergab sich ein Ergebnis von – 104 T€, welches um 21 T€ schlechter war als geplant.

Das Ergebnis ist im Wesentlichen durch zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Zinsen (- 75 T€) und insbesondere Verbesserungen bei der passiven Rechnungsabgrenzung (+ 65 T€) gekennzeichnet.

Bereich Gewässerunterhaltung

Neben den regelmäßigen Aufgaben der Gewässerunterhaltung wurde in 2019 die Sanierung der Gewässerverrohrung an der Stockumer Dorfstraße im Auftrag der Kreisstadt Unna durchgeführt, Restarbeiten zogen sich bis ins Jahr 2020.

Ferner ergaben sich Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 60 T€. Die übrigen Erträge und Aufwendungen lagen saldiert um 1 T€ unter Plan, so dass sich mit dem Ergebnis von – 102 T€ gegenüber der Planung (- 133 T€) eine Verbesserung in Höhe von 31 T€ ergab.

Bereich Hochwasserschutz

Im Jahr 2019 wurden über die regelmäßigen Aufwendungen zum Hochwasserschutz hinaus keine größeren Einzelmaßnahmen durchgeführt.

Die geplanten Erträge und Aufwendungen führten per Saldo gegenüber der Planung von – 349 T€ zu einer Ergebnisverbesserung um 137 T€, so dass das Ergebnis – 212 T€ betrug.

II.1.4 Auftragsbereich Stadt

Bereich	Plan 2019	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018
Straßenunterhaltung	+ 0,00 €	- 76.611,15 €	- 43.899,87 €
Anteile Kreisstadt Unna	- 3.127.000,00 €	- 3.119.162,09 €	- 3.101.026,15 €
Straßenunterhaltung gesamt	- 3.127.000,00 €	- 3.195.773,24 €	- 3.144.926,02 €
Grünflächenpflege	+ 0,00 €	+ 34.572,48 €	+ 188.892,73 €
Anteil Kreisstadt Unna	- 113.000,00 €	- 112.486,35 €	- 112.463,66 €
Grünflächenpflege gesamt	- 113.000,00 €	+ 77.913,87 €	+ 76.429,07 €
Winterdienst *	+ 0,00 €	+ 92.389,07 €	+ 0,00 €
Sonstige Auftragsleistungen	+ 0,00 €	+ 26.574,46 €	+ 25.087,39 €
Gesamt	- 3.240.000,00 €	- 3.154.723,58 €	- 3.043.409,56 €

* nach Rücklagenzuführung 2018

Bereich Straßenunterhaltung

Im Bereich der Straßenunterhaltung wurden für die Kreisstadt Unna Unterhaltungsleistungen für Straßen und Straßengrün erbracht, die pauschal von der Kreisstadt Unna abgegolten werden. Der erwirtschaftete Verlust in Höhe von 76 T€ ist insbesondere dadurch entstanden, dass mehr Fremdleistungen in Anspruch genommen wurden, womit aber höhere Pflegestandards erreicht werden konnten.

Des Weiteren werden im Rahmen der Straßenunterhaltung die Niederschlagswassergebühren in Höhe von 2.924 T€ für die versiegelten städtischen Flächen sowie der kommunale Anteil an der Straßenreinigung in Höhe von 126 T€ von den Stadtbetrieben für die Kreisstadt Unna übernommen.

Plan 2019	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018	
Niederschlagswassergebühren Kreisstadt Unna	- 2.925.000,00 €	- 2.924.217,38 €	- 2.907.094,24 €
Kommunaler Anteil Straßenreinigung Kreisstadt Unna	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €
Umlagen Verwaltung / Dienste	- 76.000,00 €	- 68.944,71 €	- 67.931,91 €
Anteile Kreisstadt Unna gesamt	- 3.127.000,00 €	- 3.119.162,09 €	- 3.101.026,15 €

Bereich Grünflächenpflege

Im Bereich der Grünflächenpflege werden zum einen die Spielplätze und Grünanlagen der städtischen Liegenschaften pflegerisch betreut. Dafür wurde in 2019 ein Ergebnis von 35 T€ erzielt, geplant war ein ausgeglichenes Ergebnis.

Zum anderen werden die Kostenanteile der Kreisstadt Unna für die Nutzung des Süd- und des Westfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlagen in Höhe von 112 T€ durch die Stadtbetriebe getragen.

Bereich Winterdienst

Im Bereich Winterdienst werden mit einem 18%-Punkte-Anteil an der Erhebung der Grundsteuer B der Kreisstadt Unna Umsatzerlöse erzielt, in 2019 waren dies 405 T€.

Aufgrund des milden Winters sind gegenüber der Planung geringere Aufwendungen für Streu- und Räumarbeiten entstanden. Insgesamt ergab sich ein Ergebnis in Höhe von 92 T€.

Bereich Sonstige Auftragsleistungen

Der Bereich Sonstige Auftragsleistungen beinhaltet im Wesentlichen Leistungen für städtische Toilettenanlagen, Parkplätze, Brunnen, Sportplätze und Kfz-Reparaturen für das Rathaus.

Gegenüber dem Planansatz von 0 T€ konnte insbesondere aufgrund geringerer Unterhaltungs- und Reparaturleistungen eine Verbesserung von 26 T€ erzielt werden.

II.1.5 Drittbereich

Bereich	Plan 2019	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018
Duale Systeme	+ 1.000,00 €	+ 17.112,34 €	- 39.649,80 €
Grabpflege	+ 1.000,00 €	- 1.076,90 €	+ 3.419,29 €
Sonstige Leistungen an Dritte	+ 1.000,00 €	- 794,27 €	- 3.905,09 €
Gesamt	+ 3.000,00 €	+ 15.241,17 €	- 40.135,60 €

Im Drittbereich werden Leistungen im Rahmen der Dualen Systeme, der Grabpflege und sonstiger Leistungen erbracht. Die Stadtbetriebe stehen dabei in Konkurrenz zu anderen Anbietern und erbringen steuerpflichtige Leistungen.

Bereich Duale Systeme

Die Stadtbetriebe stehen als Mittler für die haushaltsnahe Sammlung und Entsorgung von gebrauchten Verkaufsverpackungen zwischen den Bürgern und den Betreibern der dualen Systeme. In 2019 wurde ein Überschuss in Höhe von 17 T€ erwirtschaftet.

Bereich Grabpflege

Die Stadtbetriebe bieten Privatpersonen die pflegerischen Arbeiten von Gräbern auf den städtischen Friedhöfen gegen Entgelt an. In 2019 wurde ein Verlust von 1 T€ erwirtschaftet.

Die Entwicklung dieses Bereiches ist in den kommenden Wirtschaftsjahren verstärkt zu beobachten, um eine Stabilisierung zu erreichen.

Bereich Sonstige Leistungen an Dritte

Der Bereich Sonstige Leistungen an Dritte beinhaltet im Wesentlichen Reinigungsleistungen für private Dritte. Es ergab sich ein Verlust in Höhe von 1 T€.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Umsatzerlöse im Bereich Sonstige Leistungen an Dritte in den letzten Jahren erheblich reduziert haben.

II.2 Lage

II.2.1 Ertragslage

a) Aufwendungen und Erträge

Die Aufwendungen und Erträge* im Wirtschaftsjahr 2019 stellen sich wie folgt dar:

	Verwaltung / Allg. Dienste €	Originärer Bereich €	Auftrags- bereich €	Dritt- bereich €
Umsatzerlöse *	7.425,84	26.159.490,47	3.277.613,30	231.726,57
Umsatzerlöse ILV	268.349,10	3.588.996,77	1.259.505,17	168.932,58
Gebührenabschluss	0,00	- 200.580,85	0,00	0,00
Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
aktivierte Eigenleistungen	13.652,00	271.732,00	877,50	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	47.359,60	941.953,21	19.351,01	4.249,96
Erträge gesamt	336.786,54	30.761.591,60	4.557.346,98	404.909,11
Materialaufwand:				
- Lieferungen	14.932,43	321.366,10	165.443,47	31.381,55
- Leistungen	21.880,35	11.348.844,71	4.552.824,01	5.741,05
- Leistungen ILV	60.289,39	3.589.066,86	1.442.479,34	193.948,03
Personalaufwand:				
- Lohn/Gehalt	802.765,03	2.168.997,13	612.053,58	86.078,12
- Sozialaufwand	117.430,18	408.127,85	134.070,43	16.885,14
- Altersversorgung	187.755,09	251.228,61	42.061,85	6.758,18
Abschreibungen	24.826,00	2.441.357,00	140.850,00	1.042,00
Sonstiger betrieblicher Aufwand	858.045,61	1.344.612,62	151.319,42	14.694,39
Zinsen und ähnlicher Aufwand	0,00	1.550.788,10	5.041,44	0,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	2.529,81	3.409,42	3.271,32	209,42
Aufwendungen gesamt	2.090.453,89	23.427.798,40	7.249.414,86	356.737,88
Zwischensumme	-1.753.667,35	7.333.793,20	- 2.692.067,88	+ 48.171,23
Umlagen	1.753.667,35	- 1.258.081,59	- 462.655,70	- 32.930,06
Jahresergebnis 2019 *	0,00	+ 6.075.711,61	- 3.154.723,58	+ 15.241,17

* nach Rücklagenzuführung Passive Rechnungsabgrenzung Friedhöfe

b) Entwicklung der Ergebnisse

	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019
	€	€
Abwasserwirtschaft	+ 6.321.646,59	+ 6.443.058,76
Abfallwirtschaft	+ 44.860,95	+ 13.961,01
Straßenreinigung	+ 19.571,31	+ 36.137,87
Städtische Friedhöfe	- 35.196,82	- 103.588,01
Gewässerunterhaltung	- 124.961,73	- 101.656,01
Hochwasserschutz	- 189.707,29	- 212.202,01
Summe Originärer Bereich	+ 6.036.213,01	+ 6.075.711,61
Straßenunterhaltung	- 43.899,87	- 76.611,15
Kommunale Anteile	- 3.101.026,15	-3.119.162,09
Grünflächenpflege	+ 188.892,73	+ 34.572,48
Kommunaler Anteil	- 112.463,66	- 112.486,35
Winterdienst	+ 0,00	+ 92.389,07
Sonstige Auftragsleistungen	+ 25.087,39	+ 26.574,46
Summe Auftragsbereich	- 3.043.409,56	- 3.154.723,58
Duale Systeme	- 39.649,80	+ 17.112,34
Grabpflege	+ 3.419,29	- 1.076,90
Sonstige Dritteleistungen	- 3.905,09	- 794,27
Summe Drittbereich	- 40.135,60 ¹	+ 15.241,17
Vorläufiges Ergebnis	+ 2.952.667,85	+ 2.936.229,20 ²
Ergebnisverwendung:		
Zuführung zur Rücklage Grünpflege von Wallanlagen	0,00	- 300.000,00
Zuführung zur Rücklage Rückbau der Sohlschalen des Kortelbachs	0,00	-100.000,00
Zuführung zur Rücklage Gewässerunterhaltung Ententeich Bornekamp	- 500.000,00	- 100.000,00
Zuführung zur Rücklage HRB Bornekamp II	- 444.158,88	0,00
Gewinnabführung	- 2.048.644,57	- 2.000.000,00
Gesamtergebnis	- 40.135,60 ³	+ 436.229,20 ⁴

¹ nach Einstellung in die Rücklagen in Höhe von 134 T€ (Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof) und 116 T€ (Winterdienst)

² nach Einstellung in die Rücklage in Höhe von 134 T€ (Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof)

³ nach Gewinnabführung und Einstellung in die zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von 500 T€ (Ententeich Bornekamp) und 444 T€ (Teich Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II)

⁴ nach Gewinnabführung und Einstellung in die zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von 500 T€ (Ententeich Bornekamp/Pflege Wallanlagen/Rückbau der Sohlschalen des Kortelbachs)

Siehe auch Erläuterungen unter Punkt II.1.1 Allgemeines zur Erfolgsrechnung.

c) Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter und Personalkosten

Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

	2018	2019
Tarifbeschäftigte	81	83
Beamtinnen / Beamte	5	5
Gesamt	86	88

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich damit im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um zwei erhöht.

Die Personalkosten haben sich wie folgt entwickelt:

	Wirtschaftsjahr 2019 €	Wirtschaftsjahr 2018 €	Veränderung €
• Löhne	2.235.343,29	2.203.911,21	+ 31.432,08
• Gehälter	1.301.091,11	1.280.321,63	+ 20.769,48
• Beamtenbesoldung	349.371,72	339.030,36	+ 10.341,36
• Rückstellung für Altersteilzeit	- 278.387,08	- 139.809,00	- 138.578,08
• Rückstellung für Lebensarbeitszeit	6.906,52	6.713,70	+ 192,82
• Alimentationsrückstellungen	11.644,00	11.644,00	+ 0,00
• Urlaubs- / Gleitzeitrückstellung	16.848,00	62.880,00	- 46.032,00
• Aushilfsvergütungen	12.543,07	12.800,31	- 257,24
• Übrige	14.533,23	15.140,98	- 607,75
• Soziale Abgaben	1.164.317,33	1.142.633,45	+ 21.683,88
<u>davon</u>			
Sozialer Aufwand gesamt	(676.513,60)	(737.767,41)	(- 61.253,81)
Altersversorgung gesamt	(487.803,73)	(404.866,04)	(+ 82.937,69)
Beihilferückstellungen	(50.537,00)	(28.999,00)	(+ 21.538,00)
Pensionsrückstellung	(207.917,00)	(136.972,00)	(+ 70.945,00)
Summe Personalkosten	<u>4.834.211,19</u>	<u>4.935.266,64</u>	<u>- 101.055,45</u>

II.2.2 Finanzlage

a) Strukturbilanz

Aktiva	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	+ / – Vj.
	T€	T€	T€	T€
<u>Langfristig gebundenes Vermögen</u>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	17	14	- 3
Sachanlagen	92.739	95.095	97.125	+ 2.030
Finanzanlagen	0	0	0	0
Anlagevermögen	92.750	95.112	97.139	+ 2.027
Langfristige Kundenforderungen	47	43	44	0
	92.797	95.155	97.183	+ 2.027
<u>Kurzfristig gebundenes Vermögen</u>				
Vorräte	80	76	91	+ 15
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	231	266	250	- 15
Forderungen gegen die Kreisstadt Unna	424	323	824	+ 501
Sonstige Vermögensgegenstände	8	10	19	+ 9
Geldmittel	501	479	353	- 126
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	32	52	59	+ 7
	1.276	1.206	1.595	+ 389
Gesamtvermögen	94.073	96.361	98.778	+ 2.417
Passiva				
	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	+ / – Vj.
	T€	T€	T€	T€
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
Stammkapital	600	600	600	+ 0
Allgemeine Rücklagen	5.670	6.074	6.208	+ 134
Zweckgebundene Rücklagen	1.937	3.051	3.491	+ 440
Bilanzgewinn	162	121	558	+ 437
bilanzielles Eigenkapital	8.369	9.846	10.857	+ 1.011
Sonderposten für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	11.286	11.137	11.111	- 26
Empfangene Ertragszuschüsse	2.953	2.717	2.477	- 240
	22.608	23.700	24.445	+ 745
<u>Langfristiges Fremdkapital (> 5 Jahre)</u>				
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	39.191	35.376	40.691	+ 5.315
Sonstige Verbindlichkeiten	279	219	0	- 219
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	4.396	4.537	4.655	+ 118
	43.866	40.132	45.346	+ 5.214
<u>Mittelfristiges Fremdkapital (1 < Jahre > 5)</u>				
Sonstige Rückstellungen	1.493	1.316	935	- 381
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	9.670	10.762	11.550	+ 788
Sonstige Verbindlichkeiten – Gebührenaussgleich	2.907	3.359	3.488	+ 129
Sonstige Verbindlichkeiten	146	162	226	+ 64
	14.21	15.599	16.199	+ 600
<u>Kurzfristiges Fremdkapital (< 1 Jahr)</u>				
Sonstige Rückstellungen	3.455	3.225	2.782	- 443
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	2.946	2.844	3.143	+ 299
Erhaltene Anzahlungen	192	189	186	- 3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	739	1.047	1.037	- 10
Verbindlichkeiten gegenüber der Kreisstadt Unna	3.285	6.237	2.215	- 4.022
Sonstige Verbindlichkeiten - Gebührenaussgleich	1.111	1.182	1.253	+ 71
Sonstige Verbindlichkeiten	99	157	172	+ 15
Gewinnausschüttung an die Kreisstadt Unna	1.556	2.049	2.000	- 49
	13.383	16.930	12.788	- 4.142
Gesamtkapital	94.073	96.361	98.778	+ 2.417

b) Kapitalflussrechnung gemäß DRS 21 ¹

	2018		2019	
	T€	T€	T€	T€
Periodenergebnis	+ 2.009		+ 2.436	
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 2.583		+ 2.608	
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 406		- 824	
+/- Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen/Erträge	- 647		- 653	
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzu- ordnen sind	+ 52		- 516	
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der In- vestitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+ 850		+ 354	
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 0		+ 79	
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	+ 1.643		+ 1.556	
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		+ 6.084		+ 5.040
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 4.946		- 4.714	
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit		- 4.946		- 4.714
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	+ 1.162		+ 574	
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	- 1.200		- 2.049	
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	+ 0		+ 9.000	
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	- 2.816		- 2.590	
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	+ 261		+ 388	
- Gezahlte Zinsen	- 1.652		- 1.565	
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 4.245		+ 3.758
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit, Investitions- tätigkeit und Finanzierungstätigkeit)		- 3.107		+ 4.084
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		- 2.434		- 5.541
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode		- 5.541		- 1.457

¹ Der Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 „DRS 21“, welcher im Rahmen der Erstellung von Konzernabschlüssen zu beachten ist, wurde am 8. April 2014 bekannt gemacht. Die erstmalige Anwendung war verpflichtend für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2014 begannen.

c) Investitionen

Folgende Neuinvestitionen (einschließlich Anlagen im Bau) wurden 2019 getätigt:

Entwicklung des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände		€
Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 01.01.2019		95.112.317,00
Zugang 2019		
	• Immaterielle Wirtschaftsgüter	845,00
	• Grundstücke	212.750,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	94.174,00
	• Abwassersammlungsanlagen	683.388,00
	• Spezialfahrzeuge	9.020,00
	• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	258.824,00
	• Anlagen im Bau	<u>3.455.024,00</u>
	Summe Zugänge	<u>4.714.025,00</u>
Umbuchungen 2019		
	• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
	• Grundstücke	0,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	0,00
	• Abwassersammlungsanlagen	1.833.483,00
	• Spezialfahrzeuge	0,00
	• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00
	• Anlagen im Bau	<u>-1.833.483,00</u>
	Summe Umbuchungen	<u>0,00</u>
Abgang 2019		
	• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
	• Grundstücke	0,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	0,00
	• Abwassersammlungsanlagen	0,00
	• Spezialfahrzeuge	- 174.734,00
	• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	- 56.553,00
	• Anlagen im Bau	<u>43.002,00</u>
	Summe Abgänge	<u>- 274.289,00</u>
Buchwert vor Abschreibungen 2019		99.552.053,00
Abschreibungen 2019		- 2.608.075,00
Abschreibungen Abgang 2019		195.086,00
Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 31.12.2019		97.139.064,00

Im Wirtschaftsjahr 2020 sind Investitionen in Höhe von 12.701 T€ geplant.

II.2.3 Vermögenslage

a) Eigenkapital und Liquidität

Ermittlung der Eigenkapitalquote:

Bilanzsumme 31.12.2019	98.778.265,87 €
Stammkapital	600.000,00 €
Allgemeine Rücklage	6.207.789,13 €
abzgl. Verlustvortrag	0,00 €
Bilanzgewinn	557.769,91 €
Zweckgebundene Rücklagen	3.491.410,90 €
Kanalanschlussbeiträge	2.477.225,45 €
Investitionszuschüsse	11.111.340,00 €
wirtschaftliches Eigenkapital ¹	24.445.535,39 €

¹ nach Gewinnabführung in Höhe von 2.000.000,00 €

Eigenkapitalquote somit 24,7 v. H.

Jahresbezogen konnte die Liquidität im Wirtschaftsjahr 2019 durch die Inanspruchnahme von Kassenkrediten der Kreisstadt Unna jederzeit sichergestellt werden. An 354 Tagen wurden Kassenkredite der Kreisstadt Unna in Anspruch genommen, an 11 Tagen wurden Kassenkredite an die Kreisstadt Unna gewährt.

Es wurde im abgelaufenen Wirtschaftsjahr ein Kredit aufgenommen. Damit betragen die gesamten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (ohne Zinsabgrenzung) per 31.12.2019 55.265 T€. Der Schuldenstand hat sich damit gegenüber dem 31.12.2018 (48.855 T€) um 6.410 T€ erhöht.

b) Zweckgebundene Rücklagen

Entwicklung	Stand	Verbrauch	Zuführung	Stand
	01.01.2019			31.12.2019
	EUR	EUR	EUR	EUR
Gebührenausgleichsrücklagen				
- Abwasserwirtschaft	89.067,41	0,00	0,00	89.067,41
- Abfallwirtschaft	180.997,76	0,00	0,00	180.997,76
Winterdienst	843.459,26	0,00	0,00	843.459,26
Gewässerunterhaltung	867.571,63	59.685,16	100.000,00	907.886,47
Hochwasserschutz	900.000,00	0,00	0,00	900.000,00
Grünpflege von Wallanlagen	0,00	0,00	300.000,00	300.000,00
Rückbau der Sohlschalen des Kortelbaches	0,00	0,00	100.000,00	100.000,00
Weiterentwicklung Unna	170.000,00	0,00	0,00	170.000,00
	<u>3.051.096,06</u>	<u>59.685,16</u>	<u>500.000,00</u>	<u>3.491.410,90</u>

Bei den Gebührenausgleichsrücklagen handelt es sich um Rücklagen für die Bereiche Abwasser- und Abfallwirtschaft, die vor dem 01. Januar 1999 gebildet wurden.

Die Zuführungen in 2019 betreffen die Gewässerunterhaltung Ententeich Bornekamp in Höhe von 100 T€, die Grünpflege von Wallanlagen in Höhe von 300 T€ und den Rückbau der Sohl-schalen des Kortelbachs in Höhe von 100 T€.

c) Gebührenausgleichsverbindlichkeiten

Die Gebührenausgleichsverbindlichkeiten nach KAG NRW haben sich in 2019 wie folgt entwickelt:

Entwicklung	Stand	Verbrauch	Zuführung	Stand
	01.01.2019			31.12.2019
	EUR	EUR	EUR	EUR
Gebührenausgleich gem. KAG NRW				
- Abwasserwirtschaft	1.944.535,45	-541.960,02	405.596,98	1.808.172,41
- Abfallwirtschaft	1.869.390,06	-410.000,00	691.535,69	2.150.925,75
- Straßenreinigung	279.666,21	-100.000,00	55.735,31	235.401,52
- Friedhöfe	447.203,74	-131.000,00	230.672,89	546.876,63
	<u>4.540.795,46</u>	<u>-1.182.960,02</u>	<u>1.383.540,87</u>	<u>4.741.376,31</u>

II.3 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

II.3.1 Kennzahlen

	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2018</u>	<u>31.12.2019</u>	<u>Veränderung</u>
<u>Anlagevermögen</u>				
Gesamtvermögen				
Anlagenintensität in %	98,6 %	98,7 %	98,3 %	- 0,4%-Punkte
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
Gesamtkapital				
Eigenkapitalquote in %	24,0 %	24,6 %	24,7 %	+ 0,1%-Punkte
Wirtschaftliches Eigenkapital und Lang- und Mittelfristiges <u>Fremdkapital</u>				
Anlagevermögen				
Anlagendeckungsgrad II in %	87,0 %	83,5 %	88,5 %	+ 5,0%-Punkte
<u>Liquidität zum Bilanzstichtag</u>	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2018</u>	<u>31.12.2019</u>	<u>Veränderung</u>
	T€	T€	T€	T€
Kurzfristige Fremdkapital	- 13.383	- 16.930	- 12.788	+ 4.142
Liquide Mittel I. und II. Ordnung	1.196	1.130	1.505	+ 375
Unterdeckung (-)/Überdeckung I	- 12.187	- 15.800	- 11.283	+ 4.517
Liquide Mittel III. Ordnung	80	76	90	+ 14
Unterdeckung (-)/Überdeckung II	- 12.107	- 15.724	- 11.193	+ 4.531

II.3.2 Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein

Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung in allen Sparten stehen Verantwortung und Nachhaltigkeit gegenüber den Kundinnen und Kunden, den Bürgerinnen und Bürgern, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Umweltschutz im Mittelpunkt unseres Handelns.

Wichtige Stichwörter in diesem Zusammenhang sind Kundenzufriedenheit, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsschutz (Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), Weiterbildung und Qualifizierung sowie das Qualitäts- und Umweltmanagement im Bereich Abwasserwirtschaft.

Die Stadtbetriebe Unna sind seit 2003 im Bereich Abwasserwirtschaft nach der Qualitätsmanagement-Norm DIN EN ISO 9001 sowie der Umweltmanagement-Norm DIN EN ISO 14001 zertifiziert.

Mit Veröffentlichung der aktuellen Versionen der ISO 9001 und der ISO 14001 durch die Internationale Organisation für Normung (ISO - International Organization for Standardization, Genf) im September 2015 wurde allen bereits zertifizierten Unternehmen oder Organisationen mit einer dreijährigen Übergangsfrist bis September 2018 die Möglichkeit zur Zertifizierung nach den aktuellen Normen gegeben.

Die Stadtbetriebe Unna haben sich nach den neuen Normen zertifizieren lassen und eine entsprechende Anpassung der Regelwerke und Arbeitsweisen durchgeführt. Der Übergang auf die neuen Normen erfolgte in einem zweistufigen Verfahren, bestehend aus einer Bereitschaftsbewertung und dem eigentlichen Systemaudit / Rezertifizierungsaudit.

Dieses Verfahren konnte im Juli 2018 erfolgreich abgeschlossen und im Jahr 2019 fortgeführt werden.

III. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) wird als Erweiterung im Rahmen der Jahresabschlussprüfung vorgenommen. Dabei wird der vom IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.) nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichte IDW PS 720 - Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG - beachtet. Die erforderlichen Feststellungen werden im Prüfungsbericht dargestellt.

Die Prüfung hat keine Feststellungen oder Besonderheiten ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung waren.

IV. Risikomanagement

IV.1 Allgemeines

Gemäß § 10 Abs. 1 Eigenbetriebsverordnung NRW ist für die dauernde technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu sorgen. Hierzu ist u.a. ein Überwachungssystem einzurichten, das es ermöglicht, etwaige bestandsgefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Risikofrüherkennung gehören insbesondere

- die Risikoidentifikation,
- die Risikobewertung,
- Maßnahmen der Risikobewältigung einschließlich der Risikokommunikation,
- die Risikoüberwachung / Risikofortschreibung und
- die Dokumentation.

Als rechtlich unselbstständiges Sondervermögen der Kreisstadt Unna sind die Stadtbetriebe Unna nicht insolvenzgefährdet. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht. Die Risiken und die Risikobewertung werden regelmäßig fortgeschrieben.

IV.2 Risikoaspekte des Wirtschaftsjahres 2019

Die Problematik der Raumluftbelastung durch Keramikfaser besteht, wenn auch in nur geringem Maße, weiter. Im September 2020 wurden die bisher letzten Kontrollmessungen durchgeführt. Dabei wurde in fünf Räumen erneut eine minimale Belastung mit Keramikfasern festgestellt. Die Nachreinigung erfolgte vom 26. - 30. Oktober 2020.

Um für die Zukunft eine Raumluftbelastung durch Keramikfasern im Gebäude auszuschließen, enthielt der Vermögensplan 2017 einen Planungskostenansatz in Höhe von 140 T€, um eine alternative Unterbringung auf dem Betriebsgelände planen zu können.

Zwischenzeitlich wurde der Beschluss für ein neues Verwaltungsgebäude und eine Fahrzeughalle an der Viktoriastraße 11 gefasst und die Errichtung der Gebäude ist so weit fortgeschritten, dass absehbar ist, dass das Verwaltungsgebäude im ersten Quartal 2021 bezugsfertig ist.

Der im Laufe des Planungs- und Umsetzungsprozesses veranschlagte und genehmigte Kostenrahmen hat sich von 3.225 T€ auf 4.580 T€ erhöht.

Aktuell wurden schon die Gewerke 1. Bauabschnitt der Erdarbeiten, Rohbau und Hallenneubau im zweiten Halbjahr 2020 schlussgerechnet, so dass der reduzierte Mehrwertsteuersatz sich bei den Baukosten positiv auswirkt. Es ist absehbar, dass noch weitere Einzelgewerke im Jahr 2020 schlussgerecht werden können.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadtbetriebe Unna ist wesentlich geprägt durch die Erhebung der Gebühren nach dem Kommunalabgabensetz NRW. Es sind Tendenzen erkennbar, dass insbesondere die bisherigen obergerichtlich festgelegten Grundsätze zur Ermittlung und zum Umfang der ansatzfähigen kalkulatorischen Kosten obergerichtlich neu überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Folge wäre, dass wirtschaftliche Spielräume der Stadtbetriebe Unna minimiert würden.

Für die Zukunft sind die Risiko- und Gefährdungspotentiale weiterhin regelmäßig zu überprüfen und an sich ergebende aktuelle Notwendigkeiten anzupassen.

Die Chancen, die sich für den Betrieb im Hinblick auf die Eröffnung und Positionierung zu neuen Geschäftsfeldern ergeben könnten, werden seitens der Betriebsleitung in einem kontinuierlichen Prozess unterjährig überprüft.

V. Prognosebericht

V.1 Ausblick auf das Geschäftsjahr 2020

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2019 bis 2023, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seinen Sitzungen am 13. Dezember 2018 beschlossen wurden, führen die Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ bis ins Jahr 2022 fort.

Damit ergaben sich für die Wirtschaftsplanjahre 2018 bis 2023 der Stadtbetriebe Unna nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Ergebnisabführung	1.200 T€	1.200 T€	1.200 T€	1.200 T€	1.200 T€	

Das Wirtschaftsjahr 2023 enthält keine Gewinnabführungsveranschlagung, da über die in 2024 gegebenenfalls zu erfolgende Gewinnabführung für das Wirtschaftsjahr 2023 im Haushaltssicherungskonzept der Kreisstadt Unna keine Angaben vorliegen.

Der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 05. März 2020 die Erhöhung der Ergebnisabführung der Stadtbetriebe Unna um 800 T€ auf 2.000 T€ für die Haushaltsplanjahre 2020 bis 2023 mehrheitlich abgelehnt. Beschlossen wurde die einmalige Anhebung auf 2.000 T€ für das Haushaltsjahr 2020, d.h. das Wirtschaftsjahr 2019 der Stadtbetriebe Unna.

Damit bleibt die Ergebnisabführungsverpflichtung bei 1.200 T€ für das Wirtschaftsjahr 2020.

Der am 12. Dezember 2019 vom Rat der Kreisstadt Unna beschlossene Wirtschaftsplan 2020 der Stadtbetriebe Unna weist einen Planüberschuss in Höhe von 2.614 T€ aus. Damit ergibt sich aus dem Gewinn des Originären Bereichs in Höhe von 5.361 T€ abzüglich des Verlustes des Auftragsbereichs in Höhe von 2.709 T€ ein Saldo in Höhe von 2.652 T€, mit dem die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für das Wirtschaftsplanjahr 2020 erfüllt werden kann.

Wesentliche Ursachen für die planerische Zielerreichung in 2020 sind die Ausweitung des bilanziellen Überschusses im Bereich Abwasserwirtschaft auf 5.997 T€ (+780 T€ gegenüber 2019), die sich aus der Anpassung der bilanziellen Abschreibungen ergibt, sowie die Ergebnisse der Zweiterhebung der Niederschlagswasserflächen im Rahmen des Gebührenhaushaltes Abwasserwirtschaft.

Ausgehend von den Planzahlen 2020, den Entwicklungen in den Monaten Januar bis September 2020 sowie den voraussichtlichen Entwicklungen der kommenden Monate kann zurzeit von folgenden Prognosen ausgegangen werden:

	Plan 2020	Prognose 2020	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018
	€	€	€	€
Abwasserwirtschaft	+ 5.997.000	+ 6.600.000	+ 6.443.058,76	+ 6.321.646,59
Abfallwirtschaft	+ 18.000	+ 4.000	+ 13.961,01	+ 44.860,95
Straßenreinigung	+ 15.000	+ 15.000	+ 36.137,87	+ 19.571,31
Städtische Friedhöfe	- 77.000	- 117.000	- 103.588,01	- 35.196,82
Gewässerunterhaltung	- 176.000	- 166.000	- 101.656,01	- 124.961,73
Hochwasserschutz	- 416.000	- 336.000	- 212.202,01	- 189.707,29
Summe Originärer Bereich	+ 5.361.000	+ 6.000.000	+ 6.075.711,61	+ 6.036.213,01
Straßenunterhaltung	- 100.000	- 150.000	- 76.611,15	- 43.899,87
Anteile Kreisstadt Unna	- 2.496.000	- 2.496.000	- 3.119.162,09	- 3.101.026,15
Grünflächenpflege	+ 0	- 70.000	+ 34.572,48	+ 188.892,73
Anteil Kreisstadt Unna	- 113.000	- 113.000	- 112.486,35	- 112.463,66
Winterdienst	+ 0	+ 0	+ 92.389,07	+ 0,00
Sonstige Auftragsleistungen	+ 0	+ 15.000	+ 26.574,46	+ 25.087,39
Summe Auftragsbereich	- 2.709.000	- 2.814.000	- 3.154.723,58	- 3.043.409,56

Gewinn (+) / Verlust (-)	+ 2.652.000	+ 3.186.000	+ 2.920.988,03	+ 2.992.803,45
Duale Systeme	- 40.000	- 30.000	+ 17.112,34	- 39.649,80
Grabpflege	+ 1.000	+ 1.000	- 1.076,90	+ 3.419,29
Sonstige Drittleistungen	+ 1.000	+ 0	- 794,27	- 3.905,09
Summe Drittbereich	- 38.000	- 29.000	+ 15.241,17	- 40.135,60
Gesamtergebnis	+ 2.614.000	+ 3.157.000	+ 2.936.229,20	+ 2.952.667,85

Die Gebührenkalkulation 2020 im Bereich **Abwasserwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Die Entwicklung des Gebührenbereichs verläuft im Wesentlichen planungskonform im Rahmen der Kalkulation. Nach den derzeit vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass eine 100%-ige Kostendeckung erreicht werden kann bzw. eine leichte Überdeckung, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abwasserwirtschaft zugeführt würde.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2020 beläuft sich auf 5.997 T€ und kann voraussichtlich um ca. 603 T€ überschritten werden.

Die Gebührenkalkulation 2020 im Bereich **Abfallwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte ein ausgeglichenes Ergebnis (0 T€).

Aufgrund gegenüber der Kalkulation erhöhter Gefäßzahlen ist davon auszugehen, dass sich Gebührenmehreinnahmen ergeben werden. Hierdurch können voraussichtlich die Mehrkosten im Rahmen der Corona-Krise für Fahrzeugmieten und zusätzliches Personal im Wesentlichen ausgeglichen werden.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2020 beläuft sich auf 18 T€ und wird voraussichtlich nicht erreicht werden können; aufgrund fehlender Erlöse aus Fahrzeugverkäufen wird sich das bilanzielle Ergebnis auf rund 4 T€ belaufen.

Die Gebührenkalkulation 2020 im Bereich **Straßenreinigung** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte ein ausgeglichenes Ergebnis (0 T€). Nach den derzeit vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass eine 100%-ige Kostendeckung erreicht werden kann.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2020 beläuft sich auf 15 T€ und wird voraussichtlich erreicht werden können.

Die Gebührenkalkulation 2020 im Bereich **Friedhofswesen** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H., einen grünpolitischen Anteil von 110 T€ und prognostizierte ein ausgeglichenes Ergebnis (0 T€).

Nach den zurzeit vorliegenden Zahlen könnten sich im Jahresabschluss niedrigere Bestattungszahlen (483 statt 505), niedrigere Zahlen bei den Graberwerben (259 statt 280) sowie leichte Verschlechterungen bei den Verlängerungen (2.380 statt 2.400 Jahre) ergeben. Bei den Trauerfeiern ist ein deutlicher Rückgang (143 statt 230) zu erwarten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Corona-Krise in den kommunalen Trauerhallen des Südfriedhofes und des Friedhofes Niedermassen vom 10. März 2020 bis 14. Mai 2020 keine Trauerfeiern stattgefunden haben und sich seitdem die Zahl der monatlichen Trauerfeiern lediglich auf 7 bis 13 Trauerfeiern beläuft.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2020 beläuft sich auf – 77 T€ und ist neben dem Gebührenabschluss stark davon abhängig, in welcher Höhe aus den vereinnahmten Erwerbsgebühren Friedhof Beträge im Rahmen der passiven Rechnungsabgrenzung für die Nutzungszeiten abgegrenzt werden müssen. Die jährlichen Abgrenzungsbeträge für die Jahre 2012 bis 2019 variieren zwischen 361 T€ und 485 T€. Für die Wirtschaftsplanung 2020 wurde eine passive Rechnungsabgrenzung in Höhe von 457 T€ zugrunde gelegt.

Nach den zurzeit vorliegenden Daten kann davon ausgegangen werden, dass sich das bilanzielle Planergebnis in Höhe von – 77 T€ um rd. 40 T€ (aufgrund der Unterdeckung des Gebührenhaushaltes 2020) verschlechtern könnte.

Die Veranschlagung 2020 des Bereiches **Gewässerunterhaltung** enthält ein Plandefizit in Höhe von 176 T€. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um ca. 10 T€ unterschritten werden.

Die Veranschlagung 2020 des Bereiches **Hochwasserschutz** enthält ein Plandefizit in Höhe von 416 T€. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um ca. 80 T€ unterschritten werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2020 ist für den Bereich **Straßenunterhaltung (Unterhaltungsaufwand)** ein Plandefizit in Höhe von 100 T€ ausgewiesen. Aufgrund der Trockenheit des letztjährigen und auch diesen Sommers sind die Aufwendungen für Baumfällungen und die Beseitigung des Eichenprozessionsspinners deutlich gestiegen. Zurzeit muss davon ausgegangen werden, dass für den Bereich Straßenunterhaltung (Unterhaltungsaufwand) die Unterdeckung von 100 T€ um rd. 50 T€ überschritten wird.

Der Wirtschaftsplan 2020 weist im Bereich **Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 2.496,0 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Niederschlagswassergebühren Straße in Höhe von 2.367,0 T€ (2.307,0 T€ Niederschlagswassergebühren zuzüglich 60,0 T€ Umlagen) und den kommunalen Anteil Straßenreinigung in Höhe von 129,0 T€ (126,0 T€ Anteil Straßenreinigung zuzüglich 3,0 T€ Umlagen).

Aufgrund der Veranlagung und Zahlung für 2020 ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht werden wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2020 ist für den **Grünbereich (Unterhaltungsaufwand)** ein ausgeglichenes Planergebnis veranschlagt. Aufgrund der Trockenheit des letztjährigen und auch diesen Sommers sind die Aufwendungen für Baumfällungen und die Beseitigung von Totholz (z. B. für die Bereiche Schulen, Spielplätze, Immobilienmanagement und Park- und Grünanlagen) deutlich angestiegen. Hinzu kommen Belastungen aus der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners.

Für 2020 wird davon ausgegangen, dass sich eine Unterdeckung von 70 T€ ergeben könnte.

Der Wirtschaftsplan 2020 weist für den **Grünbereich (Anteil Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 113,0 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Zahlungen des grünpolitischen Anteils für die Funktion des West- und Südfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlage in Höhe von 113,0 T€ (110 T€ grünpolitischer Anteil zuzüglich 3,0 T€ Umlagen). Es ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht werden wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2020 ist für den Bereich **Winterdienst** ein ausgeglichenes Planergebnis veranschlagt.

Für 2020 hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Salzsilos zu leeren, um bauliche Kontrollen und Maßnahmen durchführen zu können. Die Kosten für die Leerung und Wiederbefüllung der Salzsilos und die Zwischenlagerung des Salzes belaufen sich auf ca. 35 T€, die Kosten für die baulichen Kontrollen und Maßnahmen belaufen sich auf ca. 10 T€.

Der Bestand der bestehenden zweckgebundenen Rücklage für den Winterdienst beläuft sich zum 31.12.2019 auf ca. 843 T€. Der verfügbare Bestand beträgt 443 T€.

Aufgrund dieser bestehenden zweckgebundenen Rücklage für den Bereich Winterdienst kann davon ausgegangen werden, dass das Planergebnis – auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Unterhaltungskosten von ca. 45 T€ und einem Starkwinter in der zweiten Jahreshälfte 2020 – erreicht werden wird.

Im Bereich **Sonstige Auftragsleistungen** kann für 2020 von einer Überdeckung von rd. 15 T€ ausgegangen werden.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2020 wurde für den Bereich **Duale Systeme** eine Unterdeckung in Höhe von 40 T€ eingeplant.

In den Monaten März und April 2020 hatten sich die Papiererlöse aufgrund der Corona-Krise positiv entwickelt, sind seitdem jedoch wieder stark rückläufig. Zurzeit wird für 2020 davon ausgegangen, dass sich eine Unterdeckung von ca. 30 T€ ergeben wird.

Der Bereich **Grabpflege** hatte sich in den letzten Wirtschaftsjahren deutlich verschlechtert, was im Wesentlichen auf Mehrbelastungen im Rahmen der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Personal) zurückzuführen war.

Für das Wirtschaftsjahr 2020 kann weiterhin von einer maximalen Überdeckung von ca. 1 T€ ausgegangen werden.

Im Bereich **Sonstige Drittleistungen** ist auch für 2020 davon auszugehen, dass das Planergebnis in Höhe von 1 T€ nicht erreicht werden kann.

Zusammenfassend kann damit zurzeit davon ausgegangen werden, dass der im Wirtschaftsplan 2020 veranschlagte Gewinn im Originären Bereich in Höhe von 5.361 T€ um 639 T€ überschritten werden wird. Im Auftragsbereich werden sich aller Voraussicht nach Verschlechterungen gegenüber der Planung (– 2.709 T€) um 105 T€ auf – 2.814 T€ ergeben. Saldiert wird sich damit das Ergebnis 2020 voraussichtlich auf + 3.186 T€ (6.000 T€ Gewinn Originärer Bereich abzüglich Verlust Auftragsbereich 2.814 T€) belaufen, so dass damit das Ziel einer Gewinnabführung für 2020 in Höhe von 1.200 T€ erreicht werden kann.

Im Rahmen des Finanzcontrollings werden alle relevanten Aufgaben und Prozesse überprüft, um entsprechende Gegensteuerungen im Hinblick auf die Zielerreichung zu ermöglichen.

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Am 30.01.2020 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den internationalen Gesundheitsnotstand aufgrund des Ausbruchs des Corona-Virus ausgerufen. Seit dem 11.03.2020 stuft die WHO die Verbreitung des Corona-Virus als Pandemie ein.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise sind für die Stadtbetriebe derzeit nicht genau quantifizierbar. Um das Risiko einer gegenseitigen Ansteckung zu minimieren, wurden die Arbeitszeiten der verschiedenen Bereiche gestaffelt, damit sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gewerblichen Bereich möglichst wenig begegnen bzw. im Verwaltungsbereich im wöchentlichen Wechsel Arbeit vor Ort bzw. im „Home-Office“ eingeführt. Nachdem entsprechende Schutzmaßnahmen in den Büros umgesetzt wurden, wird seit dem 06. Juli 2020 im Verwaltungsbereich wieder in normaler Besetzung gearbeitet; die gestaffelten Arbeitszeiten im gewerblichen Bereich werden mittelfristig beibehalten.

Bislang sind Mehrkosten für ein zusätzlich angemietetes Müllsammelfahrzeug, für zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Schutzausrüstung und zusätzliche Reinigungen angefallen. Im Bereich Friedhöfe sind Mindereinnahmen aufgrund der Nicht-Nutzung der Trauerhalle zu verzeichnen. Inwieweit diese und ggf. weitere Mehrkosten bzw. Mindereinnahmen durch die Gebührenhaushalte oder zusätzliche Abrechnungen mit der Kreisstadt Unna refinanziert werden können, ist zurzeit nur begrenzt einzuschätzen.

V.2 Weitere Entwicklung der Stadtbetriebe

Mittelfristig ist davon auszugehen, dass sich die Gewinne reduzieren werden. Die Entlastung, die sich aus der Anpassung der Abschreibungen im Bereich Abwasserwirtschaft und der Reduzierung der Gebühren für die kommunalen Straßen, die von den Stadtbetrieben Unna für die Kreisstadt Unna gezahlt werden, ergeben haben, lassen sich nicht dauerhaft fortschreiben. Steigende Niederschlagswassergebühren und Zuwächse der kommunalen Straßenflächen werden zu steigenden Gebührenübernahmen für die Kreisstadt Unna und damit sinkenden Gewinnen führen; hinzu kommen die Auswirkungen der Veränderung des kalkulatorischen Zinssatzes in den kommenden Jahren.

In den vergangenen Jahren wurden - um den finanziellen Vorgaben entsprechen zu können - freiwerdende Stellen nicht extern, sondern intern besetzt. Diese internen Besetzungen erfolgten zu Lasten des Bereichs Grünflächenpflege, der damit personell ausgedünnt wurde.

Seit 2015 ist es den Stadtbetriebe Unna nur noch möglich, für einen Teil der städtischen Pflegebereiche die Grünpflegeleistungen selbst zu erbringen. Für die anderen Bereiche werden die Leistungen ausgeschrieben und fremdvergeben.

Mit diesem Vorgehen ist auch das Ziel verbunden, durch den konkreten Vergleich der Leistungen und Kosten der Stadtbetriebe Unna und der Fremdfirmen eine Grundsatzentscheidung über eine Eigenerledigung oder eine Fremderledigung von Grünflächenleistungen treffen zu können.

Aktuell ist die Grünflächenpflege für die Bereiche Schulen, Kinder- und Jugendbüro komplett und für den Bereich Immobilienmanagement anteilig bis 2023 sowie für den Bereich Straßenbegleitgrün anteilig bis 2024 fremdvergeben.

Unna, den 15. Dezember 2020



Frank Peters
Betriebsleiter

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna



1.3 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@wirtschaftsbetriebe-unna.de Internet: www.wirtschaftsbetriebe-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 16.12.2010

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH ist als Holdinggesellschaft an verschiedenen Gesellschaften, wie der Stadtwerke Unna GmbH, der Logistikzentrum RuhrOst GmbH sowie der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG beteiligt.

Die Gesellschaft ist operativ tätig auf den Gebieten der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungs- und des Fuhrparkmanagements sowie der Vermietung und Verpachtung.

Zu den weiteren Tätigkeiten gehören die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs sowie der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen und die kleinräumige Wirtschaftsförderung.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	4.650.000,00
Gesamt	100,00	4.650.000,00

Beteiligungen der WBU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Stadtwerke Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	50,00	50.000,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	4,95	12.362,63

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Ines Brüggemann (seit 01.04.2019)
Achim Thomae (seit 01.04.2019)
Karl-Gustav Mölle (bis 31.03.2019)

Vergütung der Geschäftsführung				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Name	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Ines Brüggemann	0,00 €	4.228,11 €	104.125,00 €	108.353,11 €
Achim Thomae	0,00 €	0,00 €	9.899,96 €	9.899,96 €
Karl-Gustav Mölle	0,00 €	274,22 €	125,81 €	400,03 €

Herr Thomae ist Kämmerer der Kreisstadt Unna und bezieht von dieser seine Vergütung.

Aufsichtsrat			
Der Aufsicht besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Sebastian Laaser	RM Anja Kolar
2.	SPD	RM Michael Tietze	RM Andrea Flessenkämper
3.	SPD	RM Brigitte Wass	RM Gudrun Friese-Kracht (fraktionslos)
4.	SPD	RM Susanne Herzog	RM Bernd Dreibusch
5.	SPD	RM Volker König	RM Peter Glowalla
6.	CDU	RM Gerhard Heckmann	RM Christa Gosing
7.	CDU	RM Gabriele Meyer	RM Rudolf Fröhlich
8.	CDU	RM Bernhard Albers	RM Erich Kreß (FLU)
9.	CDU	RM Werner Clodt	RM Franz Rottinger
10.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Ines-Carola Nieders-Mollik
11.	GRÜNE	RM Michael Sacher	RM Karl Dittrich
12.	FLU	RM Klaus Göldner	RM Franz-Josef Klems
13.	FDP	RM Günter Schmidt	sB Sven Albert
14.	Fraktionslos	RM Wolfgang Ahlers	RM Heike Gutzmerow (SPD)
15.	Fraktionslos	RM Ingrid Kroll	RM Djawad Tadayyon (SPD)
16.	Fraktionslos	RM Christoph Tetzner	RM Silke Hähnel (LINKE)
17.	Fraktionslos	RM Frank-Holger Weber	RM Rainer Engel (CDU)
18.		BM Werner Kolter	BG Kerstin Heidler

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 15.12.2019	RM Klaus Tibbe	RM Michael Tietze
ab 16.12.2019	RM Michael Tietze	RM Andrea Flessenkämper
bis 25.09.2019	RM Bernd Dreisbuch	RM Susanne Herzog
ab 26.09.2019	RM Susanne Herzog	RM Bernd Dreisbusch

Vergütung des Aufsichtsrates	
<p>Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.</p> <p>Der Jahresabschluss 2019 der WBU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 40.750,00 € (Vorjahr: 36.825,00 €) aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:</p>	
RM Frank Holger Weber (Vorsitzender)	3.000,00 €
RM Bernd Dreisbusch (stv. Vorsitzender bis 25.09.2019)	1.800,00 €
RM Wolfgang Ahlers	2.100,00 €
RM Bernhard Albers	1.950,00 €
RM Werner Clodt	2.100,00 €
RM Klaus Göldner	2.100,00 €
RM Gerhard Heckmann	2.100,00 €
RM Susanne Herzog	600,00 €
BM Werner Kolter	2.100,00 €
RM Volker König	2.100,00 €
RM Ingrid Kroll	1.800,00 €
RM Sebastian Laaser	1.600,00 €
RM Gabriele Meyer	1.950,00 €
RM Michael Sacher	2.100,00 €
RM Günter Schmidt	2.100,00 €
RM Ismet Sacit Soyubey	2.100,00 €
RM Christoph Tetzner	1.950,00 €
RM Klaus Tibbe	1.650,00 €
RM Michael Tietze	450,00 €
RM Brigitte Wass	1.950,00 €
Stellvertreter:	
Anja Kolar	300,00 €
Gudrun Friese-Kracht	150,00 €
Rudolf Fröhlich	150,00 €
Erich Kreß	150,00 €
Djawad Tadayyon	300,00 €

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Unna GmbH entspricht dem Rat der Kreisstadt Unna der jeweiligen Wahlperiode.

Anzahl der Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt im Geschäftsjahr 2019 einen technischen Prokuristen und zwei Geschäftsführer (ab dem 01.04.2019).

Ansonsten hat die Gesellschaft kein eigenes Personal. Zur Erfüllung der übrigen Aufgaben bedient sie sich im Wesentlichen der Dienste der Stadtwerke Unna GmbH im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	16.596.188	17.321.870	17.648.424
III. Finanzanlagen	10.038.800	9.821.800	9.335.600
Summe Aktiva	26.634.988	27.143.670	26.984.024
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	818.060	965.465	950.948
II. Forderungen	4.379.572	4.471.360	4.975.876
III. Kassenbestand	325.607	417.825	497.520
Summe Umlaufvermögen	5.523.239	5.854.650	6.424.344
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe Aktiva	32.158.227	32.998.320	33.408.368
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	4.650.000	4.650.000	4.650.000
II. Kapitalrücklage	278.683	278.683	278.683
III. Gewinnrücklage	3.073.131	3.073.131	2.519.932
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	2.698.901	1.861.335	397.645
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	993.244	837.566	2.016.890
Summe Eigenkapital	11.693.960	10.700.715	9.863.150
B. Investitionszuschüsse	50.039	51.915	0
C. Rückstellungen	1.377.657	1.254.906	1.212.514
D. Verbindlichkeiten	19.022.711	20.990.783	22.332.705
E. Rechnungsabgrenzungsposten	13.860	0	0
Summe Passiva	32.158.227	32.998.320	33.408.368

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2019	2018	2017
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	82,8	82,3	80,8
Eigenkapitalquote	36,4	32,4	29,5
Fremdkapitalquote	63,5	67,4	70,5
Anlagendeckungsgrad	43,9	39,4	36,6
Investitionen	2019	2018	2017
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	319	1.089	980

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	4.060.178	3.669.691	3.942.472
Erhöhung/Verminderung des Bestandes	- 147.405	14.518	2.158
Andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	-
sonstige betriebliche Erträge	131.234	79.457	52.696
Materialaufwand	- 1.671.999	- 1.548.126	- 1.784.923
Personalaufwand	- 178.132	- 156.468	- 153.533
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 824.754	- 842.249	- 830.167
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.387.417	- 2.959.620	- 2.182.166
Erträge aus Beteiligungen	11.798	30.103	16.094
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	3.573.739	3.510.813	4.066.055
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.848	1.457	1.575
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	793	12.327	6.836
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	- 96.425	- 89.309	- 86.495
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 223.951	- 218.575	- 354.578
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 1.256.263	- 666.453	- 533.325
Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	993.244	837.566	2.016.889

Finanzielle Verpflichtungen

Zwischen der WBU (Organträgerin) und der SWU (Organgesellschaft) wurde ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, wonach die SWU verpflichtet ist, ihren gesamten Ge-

winn an die WBU abzuführen. Im Gegenzug verpflichtet sich die WBU, die Verluste der Organgesellschaft abzudecken. Zudem besteht eine ertragsteuerliche Organschaft mit der SWU.

Darüber hinaus übernimmt die SWU auf Grundlage eines Betriebsführungsvertrages die technische und kaufmännische Betriebsführung der WBU. Der hierdurch entstandene Aufwand beträgt wie im Vorjahr 222 T€.

Verwendung des Jahresergebnis 2019

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2019 der WBU am 25.06.2020 festgestellt und beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von 993.244,44 € und den Gewinnvortrag von 2.698.901,14 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Ausleihungen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2019 hat die WBU ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 2.300 T€ (Vorjahr: 3.500 T€) bei der Kreisstadt Unna in Anspruch genommen. Hierfür wurden der Gesellschaft 14.125,99 € an Zinsen in Rechnung gestellt.

Darüber hinaus wurden bei der Kreisstadt Unna langfristige Darlehen für Investitionen in Höhe von 15.545 T€ (Vorjahr: 16.495 T€) in Anspruch genommen. Die WBU hat für die gegebenen Darlehen Zinsen in Höhe von 201.290,87 € gezahlt.

Bürgschaften

Die Kreisstadt Unna hat einen Liquiditätsbedarf in Höhe von 3.068 T€ verbürgt, von dem zum 31.12.2019 0,00 € (Vorjahr 0,00 €) in Anspruch genommen wurden. Es ist im Jahr 2019 keine Avalprovision angefallen.

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Die WBU weist zum Bilanzstichtag 31.12.2019 ein an die LZR gewährtes Darlehen in Höhe von 370 T€ (Vorjahr: 153 T€) aus.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

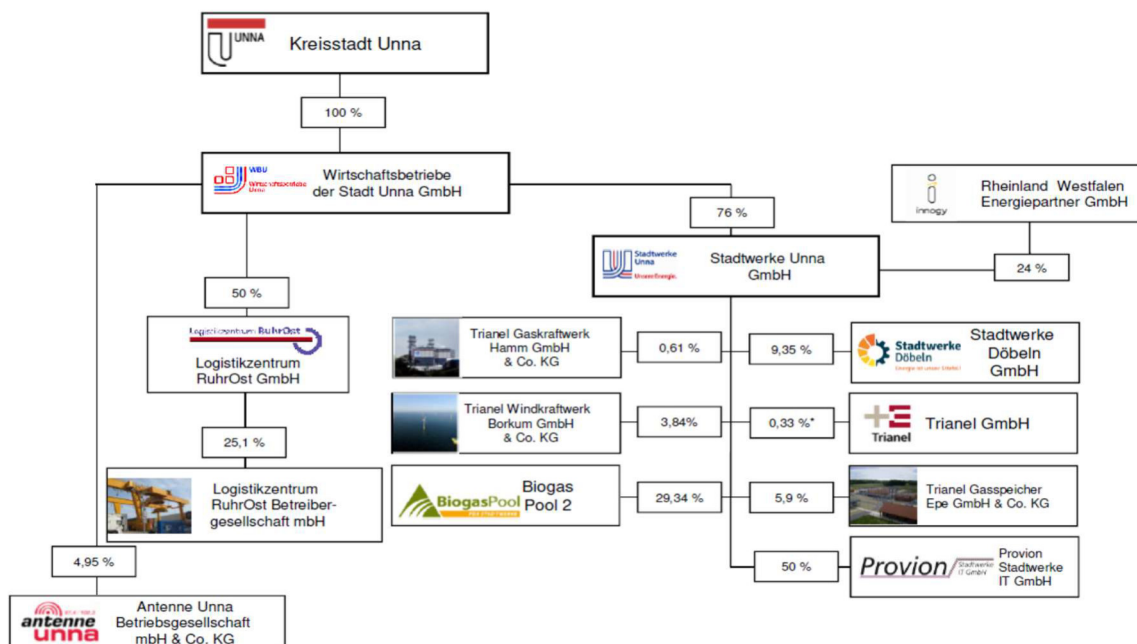
I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Gegenstand der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH (WBU) ist die Energieerzeugung, die Wassergewinnung und -versorgung, die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs, die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Gleisanlagen in der Kreisstadt Unna, die Beteiligung an der Lokalrundfunk-KG, der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen, die Übernahme weiterer Leistungen für die Kreisstadt Unna, insbesondere auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungsmanagements und des Fuhrparkmanagements sowie die kleinräumige Wirtschaftsförderung und die Erfüllung weiterer Aufgaben, die von der Kreisstadt Unna als 100%iger Gesellschafterin zugewiesen werden können.

Aufgrund dieser zahlreichen Geschäftsfelder im Bereich der Daseinsvorsorge ist die WBU mit ihren Tochtergesellschaften als Erbringer vielfältiger Dienstleistungen ein wesentlicher Treiber des öffentlichen Lebens in der Kreisstadt und trägt in besonderem Maße zur Haushaltskonsolidierung der Kreisstadt Unna bei.

Mit der Organgesellschaft Stadtwerke Unna GmbH (SWU) besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, der die Gewinnabführung an die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH bzw. die Übernahme von Verlusten durch die WBU sowie Ausgleichszahlungen an den Minderheitsgesellschafter der Stadtwerke Unna GmbH regelt.

Die Beteiligungsstruktur zum 31. Dezember 2019 kann dem nachfolgenden Schaubild entnommen werden:



Wesentliche Veränderungen hat es im Jahresverlauf nicht gegeben.

II. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung der WBU ist von der Nutzung der Infrastruktureinrichtungen, des Verkaufs von Grundstücken in den Industriegebieten UN-70 und UN-104 sowie insbesondere von der Ergebnisabführung der Stadtwerke Unna GmbH abhängig. Aufgabenbedingt wird das reine Eigengeschäft der Gesellschaft in den kommenden Jahren, d.h. ohne Berücksichtigung der Beteiligungsergebnisse, weiterhin voraussichtlich negativ sein.

Die Vermarktung der noch bei der WBU im Bestand befindlichen Grundstücke ist von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Im Berichtsjahr wurden zwei Grundstücke veräußert. Die Vermietung der Immobilien ist ebenfalls von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig, jedoch in geringerem Maße, da für beide Immobilien langfristige Miet- bzw. Pachtverträge mit der Option auf Verlängerung abgeschlossen wurden.

Bei den Parkeinrichtungen wurden im Wirtschaftsjahr keine Anpassungen bei den Eintritts- bzw. Parkpreisen vorgenommen. Die im Jahr 2018 durchgeführte Bauwerksprüfung im Parkhaus Massener Straße führt im Jahr 2019 zur Planung der Sanierung des Gebäudes; diese soll im Jahr 2020 umgesetzt werden. In 2019 wurde darüber hinaus sowohl in der Tiefgarage am Bahnhof als auch in der Tiefgarage am Neumarkt eine Bauwerksprüfung durchgeführt. Die Tiefgarage Neumarkt wurde im Mai 2019 für eine weitergehende technische Überprüfung für knapp drei Wochen geschlossen. Maßnahmen zur Sicherung des Gebäudes wurden in diesem Zusammenhang kurzfristig ergriffen. Die Planung der notwendigen Sanierung der Tiefgarage Neumarkt und deren Umsetzung erfolgen in den Jahren 2020 ff. In der Tiefgarage am Bahnhof wurden kleinere Mängel festgestellt, die im laufenden Betrieb saniert werden.

Die Ergebnisentwicklung der Tochtergesellschaft Stadtwerke Unna GmbH hängt neben der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere von der energiepolitischen und -wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Ziel ist es weiterhin, die wirtschaftliche Lage der WBU durch gezielte Maßnahmen zu verbessern.

Eissporthalle

Der Rat der Kreisstadt Unna stellte in seiner Sitzung am 06.06.2019 den Erfolg des Bürgerentscheides vom 26.05.2019 fest. Mit diesem Bürgerentscheid wurden die Nummern 1. — 3. des Beschlusses des Rates der Kreisstadt Unna vom 28.06.2018 aufgehoben. Demnach ist die Eissporthalle zu erhalten und ein Bauleitplanverfahren zur Ausweisung von Wohnbebauung auf geeigneten angrenzenden Flurstücken einzuleiten.

Zur Umsetzung des Bürgerentscheides und zur Begleitung des Prozesses ist durch die Verwaltung eine Projektgruppe unter Leitung des Bürgermeisters gegründet worden. Sie hat in den vergangenen Monaten mit dem KJEC und der Bürgerinitiative „Unna.braucht.Eis“ das weitere Vorgehen zur Umsetzung des Bürgerentscheides besprochen. Die Gespräche haben gezeigt, dass zahlreiche Fragestellungen in planerischer, baulicher, technischer, steuerlicher, rechtlicher, vergaberechtlicher und auch finanzwirtschaftlicher Hinsicht zu klären sind.

2. Bauabschnitt auf der Tiefgarage am Bahnhof

Nachdem im Jahr 2017 erfolgreich ein europaweit ausgeschriebener Architekturwettbewerb stattgefunden hat, wurden vom 1. Preisträger des Wettbewerbs für den Neubau des Büro- und Geschäftshauses im 1. Halbjahr 2018 Pläne und eine Kostenberechnung erstellt. Aufgrund der deutlichen Budgetüberschreitung des Projektes wurde Mitte des Jahres 2018 von einer Realisierung des Neubaus abgesehen. Sollte das Projekt auf absehbare Zeit nicht rea-

lisiert werden, so wirken sich die bis heute angefallenen Aufwendungen in Höhe von rd. 540 T€ negativ auf das Ergebnis aus. Die erstellten Planentwürfe ermöglichen dennoch die eigene Umsetzung des Projektes oder ein Angebot des Bauvorhabens am Markt.

3. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die WBU schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von 993 T€ ab und liegt damit deutlich über den Erwartungen der prognostizierten Entwicklung im Wirtschaftsplan 2019 (Jahresfehlbetrag 50 T€). Der Jahresüberschuss entspricht einer Ergebnisverbesserung von 155 T€ gegenüber dem Vorjahr. Weitere Erläuterungen gibt die Beschreibung der Ertragslage.

Ertragslage

Im Vorjahresvergleich verbessert sich das negative ordentliche Betriebsergebnis um 843 T€ auf -900 T€.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 390 T€ gestiegen.

Die Umsatzerlöse aus dem IT-Konzept Unit.21 (+78 T€) und aus dem Beschaffungsmanagement (+192 T€) sind im Vorjahresvergleich gestiegen. Der Materialaufwand ist, analog zu den Umsatzerlösen aus dem IT- Konzept Unit.21 und dem Beschaffungsmanagement im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (+124 T€).

Die Erlöse aus Vermietung und Verpachtung sind im Vorjahresvergleich um -74 T€ gesunken. Die Parkerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 28 T€ leicht gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten die Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 100 T€ für etwaige Schadensersatzverpflichtungen im Zusammenhang mit einem Bombenfund auf einem bereits veräußerten Grundstück.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken (-558 T€). Dies hängt im Wesentlichen mit deutlich geringeren Aufwendungen im Bereich der Eissporthalle im Vergleich zum Vorjahr zusammen.

Das Beteiligungsergebnis liegt mit 3.491 T€ um 37 T€ über dem Niveau des Vorjahres und wird unverändert von der Ergebnisabführung der SWU geprägt.

Das negative Zinsergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen (+17 T€); dies liegt hauptsächlich an der zu verzinsenden Umsatzsteuernachzahlung aus der Betriebsprüfung für die Jahre 2015 - 2017.

Im Jahr 2019 hat sich der Steueraufwand im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht (576 T€).

Zusammengefasst ergeben die beschriebenen Effekte eine Erhöhung des Jahresergebnisses vor Ertragsteuern um 745 T€ auf 2.249 T€ gegenüber 1.504 T€ im Vorjahr. Unter Berücksichtigung des Steueraufwandes in Höhe von 1.256 T€ beläuft sich der Jahresüberschuss 2019 auf 993 T€.

Finanzlage

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird neben der Ergebnisabführung der SWU aus externen Finanzierungsquellen gedeckt. Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der WBU Bankdarlehen sowie Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna zur Verfügung.

Der Gesamtbestand an langfristigen Darlehen beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2019 12.094 T€ (Vorjahr: 15.545 T€).

In der nachfolgenden Kapitalflussrechnung werden die wesentlichen finanziellen Vorgänge des Geschäftsjahres 2019 dargestellt. Hieraus ergeben sich die Ursachen für die Veränderung der flüssigen Mittel.

	2019	2018
	T€	T€
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (operativer Bereich)		
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung (+)/-fehlbetrag (-) Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Ggst. des Anlagevermögens	993	838
Zunahme (+)/Abnahme (-) der langfristigen Rückstellungen	825	842
Auflösung (-) von Ertrags-/Investitionszuschüssen	- 2	86
Cashflow nach DVFA/SG	1.816	1.766
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen sowie anderer Aktiva	239	- 90
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	196	206
Zunahme (+)/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	123	
Cashflow aus Veränderungen des Working Capital	558	116
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Ggst. des Anlagevermögens	3	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.377	1.882
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	102	- 516
Einzahlungen (+) aus Abgängen von Finanzanlagevermögen		87
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	217	- 573
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 319	- 1.002
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
Auszahlungen (-) aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	- 2.150	- 1.012
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 2.150	- 959
4. Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe 1-3)	- 92	- 79
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	418	497
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	326	418
5. Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	326	418
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	326	418

Vermögenslage

Im Jahr 2019 betrug das Investitionsvolumen insgesamt 319 T€; hiervon entfallen 102 T€ auf das Sachanlagevermögen.

Die Finanzanlagen haben sich um 217 T€ erhöht. Es erfolgte keine Einzahlung in die Kapitalrücklage der SWU. Vielmehr ist die Erhöhung der Finanzanlagen auf die Steigerung der Ausleihung an das Beteiligungsunternehmen Logistikzentrum Ruhrost GmbH um 217 T€ zurückzuführen.

Die Restbuchwerte des Anlagevermögens betragen zum Bilanzstichtag 26.635 T€ und haben sich somit um 509 T€ gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern belaufen sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 17.880 T€ (Vorjahr 19.995 T€).

Die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag betrug 36,4 % (Vorjahr 32,4 %).

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist.

5. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche, nicht finanzielle Leistungsindikatoren kommen bei der WBU nicht zum Einsatz.

6. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafterin Kreisstadt Unna hat mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der WBU die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gemäß § 2 (4) des Gesellschaftsvertrages ist die Gesellschaft nach den Wirtschaftsgrundsätzen gem. § 108 Abs. 3 Nr. 3 und § 109 GO NRW so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen im Berichtsjahr entsprechend ihrer Aufgabenstellung laut Gesellschaftsvertrag tätig war und somit den öffentlichen Zweck erfüllt hat.

III. Chancen- und Risikobericht

Das frühzeitige Erkennen und Bewerten der Risiken sowie ein effizientes Gegensteuern sind wichtige Voraussetzungen für die Steuerung des Unternehmensergebnisses. Ziel ist es, sowohl strategische als auch geschäftsspezifische Risiken zu identifizieren, zu analysieren, zu überwachen und durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren bzw. zu reduzieren.

Um auf die spezifischen Risiken, denen der Konzern Kreisstadt Unna ausgesetzt ist, frühzeitig reagieren zu können, wird eine Reihe von Management- und Kontrollsystemen angewendet. Hierzu gehören Halbjahresberichte über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft sowie regelmäßige Berichterstattungen der Tochtergesellschaften SWU und Logistikzentrum RuhrOst GmbH.

Bei der WBU bestehen Risiken im Bereich der Grundstücksvermarktung für die verbleibenden Restflächen. Es muss damit gerechnet werden, dass die insgesamt im Eigentum der Gesellschaft befindlichen und vermarktbareren Grundstücksflächen zum 31. Dezember 2019 von 13.260 m² im Bereich des Bebauungsplanes UN-70 und UN-104 nicht zu dem notwendigen Verkaufspreis veräußert werden können. Im Berichtsjahr wurden zwei Grundstücke mit ca. 2.350 m² veräußert. Der Verkauf von kleineren Flächen kann dazu führen, dass nicht zu vermarktende Restflächen entstehen. Hier besteht das Risiko, dass Korrekturen hinsichtlich der Werthaltigkeit des Vorrats-Vermögens vorgenommen werden müssen.

Die Liquidität wird laufend beobachtet. Zur Sicherstellung der aktuellen Liquidität hat die WBU die Möglichkeit, sowohl kurzfristige als auch langfristige Kredite bei der Kreisstadt Unna aufzunehmen.

Technischen Risiken im Bereich der Immobilien, insbesondere bei den Parkeinrichtungen und der Schwimmsporthalle, wird mit regelmäßigen Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet. Altersbedingt kommen in den Parkeinrichtungen Sanierungsmaßnahmen auf die Gesellschaft zu. Entsprechende Konzepte werden umgesetzt, wie z.B. im Parkhaus Massener Straße; andere Konzepte (z.B. für die Tiefgarage am Neumarkt) werden derzeit erstellt; entsprechende Umsetzung dieser Konzepte wird folgen. Darüber hinaus wird zukünftig in sämtlichen Einrichtungen der WBU ein regelmäßiges Gebäudemonitoring stattfinden; d.h. in den Tiefgaragen am Bahnhof und am Neumarkt, im Parkhaus Massener Straße, in der Schwimmsporthalle und im Büro- und Geschäftshaus auf der Tiefgarage am Bahnhof werden in regelmäßigen Intervallen technische Überprüfungen und, in größeren Zeitabständen, Bauwerksprüfungen stattfinden.

Gleichzeitig bietet sich hier die Chance, die Attraktivität der Einrichtungen zu steigern. Bei den Parkeinrichtungen bestehen historisch bedingt aufgrund der baulichen Gegebenheiten, insbesondere durch niedrigere Einfahrtshöhen oder schmale Parkplätze, Risiken, die die Attraktivität der Parkeinrichtungen - im Vergleich zu neueren Parkanlagen - beeinträchtigen könnten. Gegenüber den oberirdischen und sonstigen Parkeinrichtungen von Dritten zeichnen sich die Parkimmobilien durch ihre sehr zentrumsnahe Lage aus.

Die Nutzung der Schwimmsporthalle ist insbesondere in den Sommermonaten geringer, da in dieser eher warmen Periode des Jahres weniger die Hallenbäder, sondern eher die Freibäder in der Region von der Bevölkerung genutzt werden. Die umliegenden Kommunen verfügen ebenfalls über Schwimmeinrichtungen, so dass hier eine grundsätzliche Konkurrenzsituation herrscht.

Hinsichtlich der Eissporthalle bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Die aktuell aus der vergaberechtlichen Prüfung gewonnenen Erkenntnisse führen dazu, dass verschiedene Alternativen der praktischen Umsetzung von Sanierung und laufendem Betrieb untersucht werden. Parallel sollen mit Hilfe des Projektplaners Grundlagen geschaffen werden, so dass die politischen Gremien über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten in baulicher Hinsicht beraten und entscheiden können.

Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus (COVID-19) weltweit ausgebreitet. Auch in Deutschland hat die Pandemie seit Februar 2020 zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen als auch im Wirtschaftsleben geführt. Die Gesellschaft geht im Einklang mit volkswirtschaftlichen Prognosen von einer erheblichen Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage aus. Die Eintrübungen, die wirtschaftliche Stabilität der Kundschaft, die gesundheitlichen Risiken sowie die politischen Maßnahmen zum Umgang mit der Pandemie erzeugen wirt-

schaftliche Risiken für die WBU und ihre Beteiligungen (vor allem SWU), die aufgrund der Dynamik der Pandemie in ihrem Umfang derzeit kaum abzuschätzen sind.

Die Pandemie trifft die WBU seit Mitte März insbesondere durch die Schließung der Schwimmsporthalle und durch einen Rückgang der Auslastung in den Parkeinrichtungen. Dies führt zu deutlichen Einnahmeverlusten gegenüber dem Wirtschaftsplan. Zudem sind Preisanpassungen in dieser Zeit nicht umsetzbar. Im Bereich der Immobilien kommt es zu Zahlungsaufschüben der Mietzahlungen und zukünftig eventuell auch zu Mietausfällen.

Trotz einer Vielzahl von initiierten Vorbeugungs- und Gegenmaßnahmen in allen Teilen des Unternehmens ist eine konkrete Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2020 gegenwärtig schwierig.

Zwischen der WBU und der SWU besteht ein steuerlicher Querverbund. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat im Rahmen eines Klageverfahrens dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Frage gestellt, ob die deutsche Regelung zum steuerlichen Querverbund eine rechtswidrige Beihilfe darstellt. Die Klage wurde zurückgenommen und somit besteht zunächst keine Gefahr für den steuerlichen Querverbund in Deutschland. Es muss jedoch ernsthaft damit gerechnet werden, dass der BFH bei zukünftigen Gerichtsverfahren nicht zögert, die Rechtsfrage erneut dem EuGH zur Prüfung vorzulegen. Sollte der EuGH den Beihilfeverdacht bestätigen, schließt sich ein Prüfverfahren der Europäischen Kommission an.

Über die Tochtergesellschaft SWU bestehen mittelbare Risiken. Die SWU als Energieversorgungsunternehmen unterliegt insbesondere branchenspezifischen Risiken. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb). Neben dem allgemeinen Risikomanagementhandbuch für das Gesamtunternehmen wurden spezielle Risikomanagementhandbücher für die Strom- sowie Gas- und Wärmebeschaffung im Unternehmen etabliert. Die Implementierung der Beschaffungsrisikohandbücher führt dazu, dass sich die SWU den Anforderungen der marktorientierten Beschaffungsvorgänge leichter stellen kann.

Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass Risiken, die den Fortbestand der WBU gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2019 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2020 gegenwärtig erkennbar sind.

IV. Prognosebericht

Die zukünftige Entwicklung wird durch eine weitere Konsolidierung im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna geprägt sein. Die bereits seit 2012 aktiv betriebene Entschuldungspolitik soll auch in der Zukunft weiter fortgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Gesellschaft nachhaltig verbessert werden und zu entsprechenden Konsolidierungsbeiträgen führen können.

Die im Jahr 2017 abgeschlossene Umstrukturierung des Kreditportfolios wirkt nachhaltig positiv auf das Unternehmensergebnis und trägt so zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses bei.

Darüber hinaus soll durch eine aktive Ertragspolitik bei gleichzeitiger Reduzierung der Aufwendungen durch entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen eine Verbesserung im Bereich des Eigengeschäftes der WBU vorangetrieben werden. Hierunter fallen geplante Preisadjustierungen sowohl im Bereich der Parkeinrichtungen als auch im Bereich der Schwimmsporthalle, so dass mit Mehrerlösen zu rechnen ist. Diese Vorgehensweise soll sich — bedarfsgerecht — in regelmäßigen Abständen wiederholen.

Grundstücksverkäufe werden nicht geplant, so dass außerplanmäßige Verkäufe das geplante Jahresergebnis zusätzlich positiv beeinflussen.

Daneben erfolgt eine Portfolio-Optimierung im Immobilienbereich im Rahmen einer permanenten Betreuung und Bestandspflege der Immobilien der WBU. Es werden vorausschauende Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen getätigt, so dass auch zukünftig eine hohe Verfügbarkeit der Anlagen dargestellt werden kann. In sämtlichen Einrichtungen der WBU wird zukünftig ein regelmäßiges Gebäudemonitoring stattfinden; d.h. in den Tiefgaragen am Bahnhof und am Neumarkt, im Parkhaus Massener Straße, in der Schwimmsporthalle und im Büro- und Geschäftshaus auf der Tiefgarage am Bahnhof werden in regelmäßigen Intervallen technische Überprüfungen und, in größeren Zeitabständen, Bauwerksprüfungen stattfinden.

Die Sanierung des Parkhauses Massener Straße hat bereits begonnen und ist für die Zeit von März bis November 2020 geplant.

Aufgrund der deutlichen Budgetüberschreitung wurde Mitte des Jahres 2018 von einer Realisierung des 2. Bauabschnitts auf der Tiefgarage am Bahnhof abgesehen. Die erstellten Planentwürfe ermöglichen jederzeit die Aufnahme und Weiterführung der Umsetzung des Projektes. Gleichwohl besteht darüber hinaus die Möglichkeit, das Bauvorhaben weiter am Markt anzubieten.

Für das Jahr 2020 sind Investitionen in Höhe von 105 T€ geplant.

Aufgrund des Bürgerentscheids vom 26.05.2019 ist die Kreisstadt Unna verpflichtet, für den Erhalt der Eissporthalle zu sorgen. In diesem Zusammenhang hat die Kreisstadt Unna eine Stellungnahme in vergaberechtlicher Hinsicht eingeholt. Die Stellungnahme kommt zu dem Ergebnis, dass das vorgelegte Konzept der Bürgerinitiative dem Vergaberecht unterliegt und damit eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist. Die aktuell aus der vergaberechtlichen Prüfung gewonnenen Erkenntnisse führen dazu, dass verschiedene Alternativen der praktischen Umsetzung von Sanierung und laufendem Betrieb untersucht werden. Parallel werden mit Hilfe des Projektplaners Grundlagen geschaffen, so dass die politischen Gremien über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten in baulicher Hinsicht beraten und entscheiden können.

Insgesamt sollen durch die an den unterschiedlichen Stellen eingeleiteten Maßnahmen die Ergebnisse der WBU weiterhin verbessert werden, um das langfristige Ziel einer Gewinnabführung an die Kreisstadt Unna erfüllen zu können.

Im Rahmen der Betrachtung der zukünftigen Entwicklung muss auch die Marktsituation der SWU berücksichtigt werden. Die Wirtschaftsplanung sieht ein erwartetes Jahresergebnis vor Ertragsteuern von 4.500 T€ und eine Gewinnabführung von 3.650 T€ vor. Inwieweit dieses Planziel vor dem Hintergrund der Covid-19 Pandemie erreicht werden kann, kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht abschließend beurteilt werden, da insbesondere die weitere wirtschaftliche Entwicklung nicht eingeschätzt werden kann.

Die WBU plant für das Geschäftsjahr 2020 ein operatives Ergebnis von -2.296 T€. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses (2.491 T€) wird ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 195 T€ erwartet. Das geplante Jahresergebnis liegt bei -785 T€.

Unna, 18. Mai 2020

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

gez. Ines Brüggemann

Achim Thomae

2. Gesellschaften mit fremden Anteilseignern

Im zweiten Kapitel werden die Unternehmen dargestellt, bei denen die Kreisstadt Unna neben anderen Anteilseignern Gesellschafter ist. Hierzu zählen folgende Unternehmen:

- Partnerschaft Deutschland GmbH
- d-NRW

Partnerschaft Deutschland GmbH



2.1 Partnerschaft Deutschland GmbH

Anschrift: Friedrichstr. 149 10117 Berlin	Kontakt: Telefon: 030 25 76 79-0 Fax: 030 25 76 79-199 E-Mail: info@pd-g.de Internet: www.pd-g.de	Gründung: Gesellschaftsvertrag vom: 29.10.1982 in der Fassung vom: 07.07.2016
--	--	--

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i. S. d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen.</p> <p>Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.</p> <p>Die Partnerschaft Deutschland wird zu 100 % von öffentlichen Gesellschaftern getragen, welche die angebotenen Leistungen Inhouse, d. h. ausschreibungsfrei, beauftragen können. Neben zahlreichen kommunalen Anteilseignern halten der Bund, einige Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände Anteile an der Partnerschaft Deutschland GmbH.</p>

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	0,0005	1.000,00
Weitere öffentliche Gesellschafter	99,9995	2.003.000,00
	100,00	2.004.000,00

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung				
Stéphane Beemelmans				
Claus Wechselmann				
Vergütung der Geschäftsführung				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Beemelmans	20.300,00		227.700,00	258.300,00
Wechselmann	45.000,00		240.400,00	297.400,00

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2019	2018
Direktoren / Senior Manager	29	k. A.
Manager	49	k. A.
Senior Consultant	45	k. A.
Consultant	70	k. A.
Interne Mitarbeiter	35	k. A.
Aushilfen	28	k. A.
Summe	256	160

Aufsichtsrat

Die Partnerschaft Deutschland verfügt über einen fakultativen Aufsichtsrat. Die Verteilung der Aufsichtsratsmandate erfolgt nicht entsprechend dem Umfang der Beteiligung, sondern nach Gesellschaftsgruppen. Hierfür ist durch alle Gesellschafter eine Gesellschaftervereinbarung unterzeichnet worden. Mit dieser wird auch die Stimmkraft des Bundes als Mehrheitsgesellschafter in der Gesellschafterversammlung begrenzt.

Die Kommunen werden über die kommunalen Spitzenverbände im Aufsichtsrat vertreten.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	357.231	229.689	87.537
II. Sachanlagen	1.288.268	903.692	634.296
III. Finanzanlagen	0	0	2.000.000
Summe Anlagevermögen	1.645.499	1.133.381	2.721.833
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4.454.990	2.311.376	1.278.383
II. Forderungen	11.159.386	11.110.473	8.496.872
III. Kassenbestand	11.065.459	11.770.086	5.343.513
Summe Umlaufvermögen	26.679.835	25.191.936	15.118.768
C. Rechnungsabgrenzungsposten	720.549	287.903	215.190
Summe Aktiva	29.045.882	26.613.219	18.055.791
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.004.000	1.002.000	1.002.000
II. Kapitalrücklage	3.608.073	3.608.073	3.608.073
III. Gewinnrücklage	5.421.920	3.617.824	1.725.623
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	2.898.265	3.858.143	2.838.302
Summe Eigenkapital	13.932.257	12.086.040	9.173.998
B. Rückstellungen	4.567.319	8.677.546	3.855.259
C. Verbindlichkeiten	10.546.306	5.849.633	5.026.534
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe Passiva	29.045.882	26.613.219	18.055.791

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	52.449.834	42.435.159	25.301.928
sonstige betriebliche Erträge	475.285	90.523	101.899
Materialaufwand	- 23.105.221	- 19.973.479	- 9.773.885
Personalaufwand	- 20.163.128	- 13.567.361	- 9.422.293
Abschreibungen	- 554.792	- 357.906	- 206.428
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 7.016.083	- 4.104.965	- 2.570.623
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.102	7.010	38.069
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 993	- 3.233	- 2.449
Ergebnis nach Steuern	2.898.852	3.858.450	2.838.729
Sonstige Steuern	- 588	- 307	- 427
Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	2.898.265	3.858.143	2.838.302

Verwendung des Jahresergebnis 2019

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2019 der Partnerschaft Deutschland am 23.06.2020 festgestellt und beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von 2.898.264,62 € (Vorjahr: 2.806.095,54 €) im Hinblick auf eventuelle wirtschaftliche Belastungen aus der Corona-Pandemie ausnahmsweise in voller Höhe der Gewinnrücklage zuzuführen.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Unternehmensstruktur

Die Gesellschaft liegt zu 100 Prozent in den Händen öffentlicher Gesellschafter. Gesellschafter der PD sind ausschließlich Körperschaften der öffentlichen Hand oder deren Einrichtungen. Den Gesellschaftern der PD steht die Möglichkeit der Inhouse-Vergabe ebenso wie den ihnen unterstellten und nachgeordneten Behörden und Institutionen offen. Die PD kann damit ohne Ausschreibung durch öffentliche Auftraggeber beauftragt werden (vergabefreie Beauftragung nach § 108 GWB). Gesellschafter können die PD für ein breites und umfassendes Portfolio an Beratungsfeldern beauftragen und deren Beratung zu und in allen Projektphasen in Anspruch nehmen. Die Zusammenarbeit zwischen der PD und ihren Gesellschaftern ist in der im Dezember 2016 geschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt, die das Leistungsangebot und das Vergütungsmodell beinhaltet.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben sowie allen damit zusammenhängenden Geschäften und Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche (§ 2 des Gesellschaftsvertrages).

Die PD ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber in den Bereichen strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Hochbau und Infrastruktur. Sie unterstützt ihre Mandanten dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektmanagement, steuert Vergabeverfahren und Projekte und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilienvorhaben.

Zum 31.12.2019 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10.020 Geschäftsanteile, die sich wie folgt auf die Gesellschafter verteilen:

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Bundesrepublik Deutschland	7.884
PD – Beteiligungsverein „Forschung und Medizin“	180
PD – Beteiligungsverein Kommunale Großkrankenhäuser e.V.	180
Land Mecklenburg – Vorpommern	100
Land Nordrhein – Westfalen	100
Land Baden – Württemberg	100
Land Bremen	100

Land Hamburg	100
Land Hessen	100
Land Niedersachsen	100
Land Sachsen – Anhalt	100
Land Schleswig – Holstein	100
Republik Zypern	100
Kreis Mettmann	25
Kreis Paderborn	25
Stadt Bremen	25
Stadt Duisburg	25
Stadt Nürnberg	25
Stadt Wuppertal	25
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	20
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben An- stalt des öffentlichen Rechts	20
Dataport Anstalt des öffentlichen Rechts	20
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)	20
LifBi – Leibniz – Institut für Bildungsverläufe e.V.	20
Regio iT Gesellschaft für Informationstech- nologie mbH	20
Sächsische Aufbaubank – Förderbank An- stalt des öffentlichen Rechts	20
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialfor- schung gGmbH	20
Hochsauerlandkreis	15

Kreis Herzogtum Lauenburg (Ratzeburg)	15
Kreis Ostholstein	15
Landkreis Celle	15
Landkreis Dachau	15
Landkreis Dahme – Spreewald	15
Landkreis Görlitz	15
Landkreis Nienburg/Weser	15
Landkreis Sigmaringen	15
Main – Taunus – Kreis	15
Stadt Braunschweig	15
Stadt Aachen	15
Burgenlandkreis	15
Stadt Recklinghausen	15
Stadt Remscheid	15
Stadt Solingen	15
Landkreis Lichtenfels	10
Stadt Castrop - Rauxel	10
Stadt Dormagen	10
Stadt Lüneburg	10
Stadt Ratingen	10
Stadt Unna	10
Stadt Bad Hersfeld	5
Stadt Barsinghausen	5
Stadt Ennepetal	5
Stadt Dillenburg	5
Stadt Erkrath	5

Stadt Gelnhausen	5
Stadt Halle (Westfalen)	5
Stadt Hamminkeln	5
Stadt Kamp – Lintfort	5
Stadt Lengerich (Westfalen)	5
Stadt Mettmann	5
Stadt Monheim	5
Stadt Papenburg	5
Stadt Rheinberg	5
Stadt Sehnde	5
Stadt Taunusstein	5
Stadt Waren (Müritz)	5
Gemeinde Holzkirchen	2
Gemeinde Merzenich	2
Gemeinde Növenich	2
Gemeinde Zöllnitz	2
Samtgemeinde Lachendorf	2
Stadt Hüfelfeld	2
Stadt Brake	2
Stadt Pattensen	2
Deutscher Landkreistag e.V.	1
Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.	1
Deutscher Städtetag (OST)	1

* Anzahl der Geschäftsanteile im Nennwert von je 200 Euro

Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat am 18. Juni 2019 entschieden, die bisherigen 7.680 PD-eigenen Geschäftsanteile einzuziehen. Damit soll perspektivisch eine noch stärkere Einbindung aller Gesellschaftergruppen erreicht werden. Zur Glättung des Nominalwertes eines Anteils wurde der Anteilswert von 100 Euro auf 200 Euro je Geschäftsanteil erhöht.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus vier Vertretern des Bundes, zwei Vertretern der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände, einem Vertreter der Länder, einem Vertreter der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und sonstigen öffentlichen Auftraggeber sowie einem Vertreter der Privatwirtschaft. Die Gesellschaft verfügt über einen Beirat, der die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Gesellschaft in strategischen Fragen, bei der Entwicklung und Evaluierung neuer Geschäftsideen, der Entwicklung neuer Kooperationsmodelle und der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bau, Infrastruktur, IT und Verwaltungsmodernisierung, berät. Zu Beginn des Jahres 2019 bestand der Beirat aus 17 Mitgliedern. Diese Zahl reduzierte sich im ersten Quartal auf 16 und im zweiten Quartal auf 15, was letztlich dem Zielwert bei Erhaltung der Diversität der Mitgliederzusammensetzung entspricht. Die Mitglieder des Beirats wurden von der Geschäftsführung gemäß § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags nach Billigung durch den Aufsichtsrat benannt. Im April 2019 fand die dritte Beiratssitzung zum Thema „Fachkräftebedarf der öffentlichen Verwaltung“ in Berlin statt.

1.2 Unternehmenssteuerung

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt auch im Geschäftsjahr 2019 durch die Geschäftsführung, die regelmäßige vergleichende Analysen von Wirtschaftsplanung, Forecast und Ist-Entwicklung auf Basis der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung der Gesellschaft einerseits betreffend das Gesamtunternehmen sowie andererseits für die einzelnen Unternehmensbereiche durchführt. Die Einhaltung von Einzelansätzen des Wirtschaftsplanes wurde im Rahmen von Soll-Ist-Vergleichen vorgenommen. Abweichungen von den Erwartungswerten der Projekte werden laufend zeitnah beobachtet, analysiert und in regelmäßigen Besprechungen zwischen Geschäftsführung/Geschäftsleitung und kaufmännischer Leitung erörtert. Gleiches gilt für nicht projektbezogene Planabweichungen. Die Ergebnisentwicklung des Unternehmens wird monatlich anhand des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) und die Liquidität anhand der Entwicklung des CashFlows verfolgt. Ab November 2019 wurde die Position des CDOO (Chief Digital and Operations Officer) als zusätzliche Steuerungsfunktion auf operativer Ebene eingerichtet.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich strategische Verwaltungsmodernisierung

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wünschen sich Verwaltungen als moderne Dienstleister, die zuverlässigen Service bieten und effizient haushalten. Um dieses Qualitätsniveau zu erreichen, müssen Strukturen und Abläufe häufig neu ausgerichtet werden. Demografische und regulatorische Rahmenbedingungen sind hierbei ebenso zu berücksichtigen wie der von der Digitalisierung vorangetriebene Wandel, der viele Lebensbereiche erfasst.

Zentrale Anforderungen für die Bundesverwaltung sind im E-Government-Gesetz (EGovG) und im Regierungsprogramm „Digitale Verwaltung 2020“ beschrieben. Darin werden die Bundesbehörden u. a. verpflichtet, bis 2020 ihre Akten elektronisch zu führen (§ 6 EGovG) sowie ihre Verwaltungsabläufe im Zuge der Digitalisierung unter Nutzung gängiger Methoden zu dokumentieren, analysieren und optimieren (§ 9 EGovG). Darüber hinaus hat die Erweiterung des Artikels 91 zum Onlinezugangsgesetz (OZG) geführt und die Bundesregierung hat eine KI-Strategie vorgelegt, die die zunehmende Bedeutung neuer Technologien unterstreicht. Diesen Anforderungen unterstehen in vergleichbarem Umfang die Länder, die sich entsprechende E-Government-Gesetze gegeben haben und zugleich – gemeinsam mit den Kommunen - zur Umsetzung des OZG verpflichtet sind.

Aufgrund der großen Nachfrage nach Unterstützung bei der Bearbeitung vorgenannter Aspekte wächst der Bereich mit Projekten auf allen drei föderalen Ebenen und hat sich als anerkannter Berater für Organisations- und Strategieberatung etabliert.

2.1.2 Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Hochbau / Infrastruktur

Auch im Bereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung steht die öffentliche Hand vor großen Herausforderungen, um öffentliche Infrastruktur und Immobilien mit begrenzten Haushaltsmitteln zu modernisieren, instand zu halten und zu pflegen. Auf Bundes-, Landes- und besonders auf kommunaler Ebene sind in den letzten Jahren die Nettoinvestitionen zum Teil drastisch gesunken. Auf kommunaler Ebene wird eine Investitionslücke von 126 Milliarden Euro eingeräumt. Dabei ist die Situation einerseits durch einen eklatanten Fachkräftemangel in den zuständigen Ämtern, andererseits aber durch eine große Verfügbarkeit an staatlichen Fördermitteln bei gleichzeitiger hoher Auslastung der Bauwirtschaft im Privatsektor gekennzeichnet. Unterstützungs- und Beratungsbedarf der öffentlichen Hand besteht daher insbesondere bei Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, beim Projektcontrolling, bei der Vertragsgestaltung und Vergabeverfahren, bei der effektiven und effizienten Steuerung von aufwendigen Infrastrukturprojekten sowie deren kosten-, termin- und qualitätsgerechter Realisierung, was angesichts einer sehr hohen Auslastung der Bauwirtschaft eine große Herausforderung darstellt.

Diese Themen sind zentrale Felder unseres Beratungsangebotes, sodass die PD auf allen drei föderalen Ebenen ihre Marktposition ausbauen konnte. Nach wie vor besonders ausgeprägt ist die Marktposition der PD im Segment der Großprojekte insbesondere auf Bundesebene; jedoch hat die Gesellschaft ihre Beratungstätigkeit im kommunalen Umfeld und im Bereich Gesundheitswesen deutlich ausgebaut. Der Geschäftsbereich hat sich insbesondere durch seine Projektvielfalt in Verbindung mit der Erweiterung des Unternehmensgegenstandes von der Marktentwicklung im ÖPP-Markt hin zu einer ganzheitlichen Beratung im Bereich Hochbau / Infrastruktur im positiven Sinne durch deutliches Wachstum entkoppelt. Im kommunalen Bereich dominierten die Themen Wohnungsbau und Schulmodernisierung. Ein übergreifendes Thema ist die Nachhaltigkeit, die sowohl im Bereich Bau als auch im Bereich Nutzung kontinuierlich an Bedeutung gewinnt.

2.1.3 Wettbewerb

Die PD steht als Beratungsunternehmen im Wettbewerb mit anderen Beratern. Hierzu gehören neben großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Strategieberatungsgesellschaften auch kleinere, vor allem regionale Berater. Da diese Berater - im Gegensatz zur PD -

neben der öffentlichen Hand auch private Unternehmen beraten können, ist ihr Marktpotential deutlich höher. Trotzdem konnten beide Geschäftsbereiche der PD gegenüber dem Vorjahr ein sehr dynamisches Umsatzwachstum verzeichnen. Neben erfolgreicher Projektarbeit haben sich hier auch die Vorteile der Inhouse-Vergabe, die jeder Gesellschafter nutzen kann, positiv ausgewirkt.

2.2 Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief in 2019 überaus erfolgreich. Die Gesellschaft konnte wie bereits in den letzten Geschäftsjahren die im Wirtschaftsplan 2019 zum Ausdruck gekommenen Wachstumserwartungen deutlich übertreffen. Es ist der Gesellschaft zudem gelungen, im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung und auch im Bereich Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung ihre Marktposition weiter zu stärken.

Mit der 2018 in Düsseldorf gegründeten Betriebsstätte hat die Gesellschaft auf veränderte Markt- und Kundenanforderungen reagiert. Die Schaffung einer größeren Kundennähe und die Möglichkeit einer kurzfristigen und unmittelbaren Ansprache waren dabei ebenso wichtige Beweggründe wie die Tatsache, dass insbesondere regionale Kunden-Berater mit entsprechender Regionalkompetenz bevorzugt werden und eine verstärkte Vernetzung der PD in kommunal- und landespolitischen Netzwerken als notwendig erachtet wurde. Die wirtschaftlichen Planvorgaben, die an die Gründung der Betriebsstätte geknüpft waren, wurden im Berichtsjahr deutlich übertroffen.

Mitte 2019 konnte eine weitere Betriebsstätte in Hessen, in Frankfurt / Main, eröffnet werden, die die Kunden / Gesellschafter im gesamten südwestdeutschen Raum betreut. Auch für Frankfurt / Main wurden die Erwartungen übertroffen.

Im Zuge des Wachstums der Gesellschaft wurden auch die Corporate Functions neu strukturiert. Die bestehenden Bereiche Marketing / Kommunikation, Finanzen, Personal, Recht und Gesellschafterbetreuung und interne IT / Organisation wurden erfolgreich fortgeführt und weiterentwickelt.

Die Geschäftsführer Stéphane Beemelmans und Claus Wechselmann zeichneten im Geschäftsjahr 2019 für folgende Bereiche Verantwortung:

Stéphane Beemelmans	Claus Wechselmann
Bundesbau, Kommunalberatung, Gesundheitswesen	Strategische Verwaltungsmodernisierung
Finanzen, Recht, IT, Organisation, Gesellschafterbetreuung	Personal, Marketing/ Kommunikation

Aus dem Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung gehören Herr Dr. Peter-Roman Persch (seit 2016) und Herr Dr. Norbert Ahrend (seit 2017), der im November 2019 zum CDOO ernannt wurde und seit 2019 Frau Yvonne Balzer sowie aus dem Bereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung Herr Karl-Heinz Heller (seit 2018) und seit 2019 Herr Dr. Uwe Schmidt zur Geschäftsleitung. Darüber hinaus gehörte Frau Britta Thiel (CFO) bis November 2019 der Geschäftsleitung an.

Das Leistungsangebot sowie das Vergütungsmodell der Gesellschaft sind in der im Dezember 2016 mit den Gesellschaftern für einen unbefristeten Zeitraum geschlossenen Eckpunk-

tevereinbarung festgelegt. Es ist beabsichtigt, die Gesellschafterzahl in den Folgejahren weiterhin durch den Verkauf von Anteilen des Bundes an interessierte öffentliche Auftraggeber aus Ländern (Gruppe 2), Kommunen (Gruppe 3), öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Gruppe 4) sowie öffentlichen Unternehmen und sonstigen öffentlichen Auftraggebern (Gruppe 5) zu steigern.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von rd. 2.898 T€ abgeschlossen und liegt damit um rund 623 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich das Jahresergebnis um rd. 960 T€.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

Geschäftsjahr	2015	2016	2017	2018	2019
Gesamtleistung (T€)					
Ohne sonstige betriebliche Erträge	9.286	11.396	25.961	43.468	54.578
Deckungsbeitrag 1 (T€)	6.327	8.051	16.289	23.585	31.952
Jahresüberschuss (T€)	1.064	1.324	2.838	3.858	2.898

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die Steigerung der Beratungstätigkeit der Gesellschaft in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der immer stärker werdenden Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina der Hauptkunden kontinuierlich. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, weiterhin auszuweiten.

Mit der Steigerung der Gesamtleistung einhergehend sind auch die Kosten in Summe angestiegen. Wesentliche Einflussfaktoren sind die Steigerung der Personalkosten aufgrund des überplanmäßigen Personalaufbaus, damit einhergehend erhöhte Mietkosten für zusätzliche Büroräume in Berlin und Düsseldorf und der Neuanmietung in Frankfurt/Main und die damit verbundenen Aufwendungen für die Büroausstattung, gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen und höhere Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen für rechtliche und technische Beratungsleistungen, für spezialisierte Fremdleistungen bzw. zum Kapazitätsausgleich gegenüber dem Vorjahr.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild:

	PLAN (T€)	IST (T€)	Σ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	44.386	55.053	10.667
Kosten	- 41.111	- 50.840	- 9.729
davon Personalkosten	- 18.440	- 20.183	-1.743
Zinsergebnis, Steuern	- 1.000	- 1.315	- 315
Jahresüberschuss	2.275	2.898	623

Die Gesellschaft verfügt zu Ende des Jahres 2019 über direkte Geldmittel in Höhe von 11,1 Mio. €. Die in Tagesgeldern angelegte Liquiditätsreserve in Höhe von rund 0,3 Mio. € wurde im 2. Quartal 2019 aufgelöst. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgte keine Neuanlage der ausgelaufenen Position. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 0,7 Mio. € reduziert, was aus getätigten Investitionen resultiert.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich vor allem im Zusammenhang mit der Ausweitung des Geschäftsvolumens. Die Rückstellungen konnten gegenüber dem Vorjahr reduziert werden.

Das Eigenkapital liegt mit rund 13,8 Mio. € bei rund 48% der Bilanzsumme leicht über dem Vorjahr und dem 8,4-fachen des Anlagevermögens. Diese Veränderung ist sowohl auf Investitionen in Sachanlagen als auch in Immaterielle Vermögensgegenstände zurückzuführen.

Prognose-Ist-Vergleich: Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung und operativem Jahresergebnis deutlich übertroffen. Der ausschlaggebende Faktor dafür ist - wie vorstehend ausgeführt - der deutliche Anstieg der Gesamtleistung. Damit einhergehend sind gegenüber der Prognose weiterhin hohe Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen angefallen und dies trotz des überplanmäßig aufgebauten Personalkörpers, der immer erst eingearbeitet und in die Prozesse integriert werden muss. Durch den Personalaufbau stiegen die Personalkosten gegenüber der Annahme der Wirtschaftsplanung deutlich an. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in der Berichtsperiode stiegen gegenüber der Vorjahresprognose auf Grund von hohen Personalbeschaffungskosten und bezogene Leistungen durch externe Dienstleister.

Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern betrug im Geschäftsjahr 2019 rund 4.213 T€ und liegt damit um rund 939 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Ergebnis vor Zinsen und Steuern um rund 1.342 T€ reduziert.

Der Cash-Flow betrug insgesamt ./ 698 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 11.072 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug

1.424 T€, aus der Investitionstätigkeit ./ 1.065 T€ und der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit ./ 1.059 T€, bedingt durch die Gewinnausschüttung 2018 an die Gesellschafter.

Die PD hat während des Geschäftsjahres ohne die Geschäftsführer durchschnittlich 256 Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 160 Arbeitnehmern im Geschäftsjahr 2018.

Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeiterförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen und fortgeführt, z.B.

- Das bestehende Personalentwicklungskonzept wird weiterhin zielgerichtet angewendet um attraktive Karriere- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten zu bieten.
- Die PD fördert die Gleichstellungskultur um - insbesondere im Beratungsbereich - den Anteil von Frauen zu steigern, vor allem durch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; z. B. durch Teilzeitmöglichkeiten oder Entwicklungspläne, die Unterbrechungen wegen Elternzeit berücksichtigen.
- Es finden jährliche Zielvereinbarungs-/ Personalentwicklungsgespräche mit allen Beschäftigten statt.
- Als Bestandteil einer gezielten Personalentwicklung finden regelmäßig Weiterbildungen zum Auf-/Ausbau allgemeiner Beraterkompetenzen sowie fachlich-methodischen Themen statt, die durch zahlreiche individuelle Weiterbildungsmaßnahmen ergänzt werden, die sich i.d.R. aus den Personalentwicklungsgesprächen ergeben.
- In Kooperation mit der Hertie School of Governance wurde die Einführungsveranstaltung für neue Mitarbeiter weiterentwickelt, die diesen an 2,5 Tagen die Herausforderungen und Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung vermittelt und somit einen guten Einstieg in dieses besondere Beratungsumfeld ermöglicht.
- Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.
- Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement wurde fortgeführt. Die Maßnahmen dienen dem Ziel, die langfristige Erhaltung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter zu fördern und damit krankheitsbedingte Abwesenheiten oder Einschränkungen in der Produktivität zu reduzieren. Darüber hinaus sollen die Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter und damit die Mitarbeiterbindung erhöht werden.
- Auch in 2019 wurde ein StaffDay veranstaltet, bei dem sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an zwei Tagen u.a. mit dem Thema „Rebranding“ der PD beschäftigt haben und eine weitergehende Bearbeitung wichtiger Themen aus den Barcamp-Sessions verabredet wurde.
- Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.
- Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.
- Im Rahmen unseres ökologischen Engagements haben wir seit 2016 jährlich heimische Bäume in der Region Brandenburg und erstmalig 2019 in der Region Nordrhein-Westfalen gepflanzt.
- Während unserer Büro- und Beraterarbeit achten wir auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzen – wenn möglich – alternative Besprechungsmedien.
- Mitte 2019 wurde eine Betriebsstätte in Frankfurt/Main eröffnet. Darüber hinaus wurden zusätzliche Flächen in der Büroliegenschaft in Düsseldorf angemietet, um dem erhöhten Platzbedarf aufgrund des Unternehmenswachstums Rechnung zu tragen und eine attraktive und den Bedürfnissen entsprechende Arbeitsumgebung zur Verfügung zu stellen.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose- und Chancenbericht

Die Gesellschaft sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung und Bau/ Infrastruktur/ Kommunalberatung und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in den thematischen Schwerpunkten Verwaltungsmodernisierung, öffentliche IT, Immobilien und Infrastruktur sowie im Gesundheitswesen auf allen föderalen Ebenen.

Die Gesellschaft bietet umfangreiche Beratung und Lösungsansätze für strategische und organisatorische Veränderungsvorhaben oder zu Beschaffungsalternativen an. Das Leistungsspektrum der PD erstreckt sich darüber hinaus als wirtschaftlicher Berater auf den gesamten Projektlebenszyklus. In integrierten Projektansätzen werden vertikale und horizontale Kooperationen innerhalb der Verwaltung wie auch Kooperationen mit Privaten oder gemeinnützigen Organisationen beraten.

Eine ganzheitliche Projektherangehensweise zeichnet unsere Beratungstätigkeit aus und ermöglicht, in laufenden Projekten sowie bei grundsätzlichen Vorüberlegungen, Lösungsmöglichkeiten systematisch zu prüfen und zu besseren Ergebnissen zu gelangen. Eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit führt zu Wissensaustausch und Synergieeffekten, von denen die Kunden profitieren.

Neben der Umsetzungsbegleitung von Großprojekten und komplexen Immobilienvorhaben steht die Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei strategisch wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten im Fokus. Darüber hinaus werden die Kommunalberatung und das Gesundheitswesen einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bilden. Im Bereich Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen oder die Ausstattung mit innovativer Medizintechnik im Mittelpunkt, die häufig durch komplexe Partnerschaftsmodelle abgebildet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur zunehmend an Bedeutung für die Haushaltsplanung der öffentlichen Hand gewinnt.

Für 2020 sind neben den bestehenden Betriebsstätten Büros an weiteren zwei Standorten geplant, um einen Büroarbeitsplatz für eine begrenzte Anzahl an Mitarbeitern in Kundennähe zur Verfügung zu stellen. Als erster Bürostandort wurde Hamburg gewählt.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2020, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 5. Dezember 2019 beschlossen wurde, und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2021-2024 sehen für das Gesamtunternehmen ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei erwarten wir im Zeitraum 2021 – 2024 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 50%.

Für 2020 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer moderat steigenden Gesamtleistung bei einer gleichzeitig signifikanten Reduzierung der projektbezogenen Fremdleistungen gerechnet. Der Anteil der Eigenleistung steigt gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 30%. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau im Vorjahr und die Vorgaben aus der 2019 beschlossenen Strategie zum Tragen. Das angestrebte operative Jahresergebnis liegt etwas über dem Vorjahresniveau. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind Kosten im Personalbe-

reich (weiterführender Mitarbeiteranstieg im operativen Bereich und Personalentwicklung) und im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (i.W. Raumkosten, Marketingkosten, Weiterbildung, nicht projektbezogene Reisekosten, interne Beratungskosten).

3.2 Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind.

Risiken im Beratungsgeschäft können in zwei Fallgruppen eingeteilt werden:

- Externe Risiken: Externe Risiken ergeben sich für Beratungsunternehmen in Form von Rahmenbedingungen und Markteinflüssen, die nicht unmittelbar beeinflusst werden können. In erster Linie sind dies Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage (rückläufige Steuereinnahmen können die Investitionstätigkeit beeinflussen), dem Wettbewerb und der Konjunktur.
- Interne Risiken: Im Gegensatz zu den externen Risiken sind die internen Risiken durch Entscheidungen und Handlungen des Beratungsunternehmens selbst bedingt. Risiken aus der Leistungserstellung, im finanzwirtschaftlichen Bereich, aus der Organisation und dem Management des Unternehmens bzw. der einzelnen Projekte gehören in diese Kategorie. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar. Daneben zählen zu den internen Risiken der Gesellschaft auch informationstechnische Risiken, wie die IT-Verfügbarkeit (Havarie) oder die Abhängigkeit von „Schlüsselpersonen“ in bestimmten Projektphasen (Mitarbeiterabhängigkeit).

Um eine Auswirkung von Risiken auf eine Unternehmung abschätzen zu können, müssen die identifizierten Risiken bewertet werden. Die Bewertung erfolgt üblicherweise in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt.

Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt die Gesellschaft wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein.

Das Risikomanagementsystem der PD besteht aus mehreren Modulen.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zeiterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken verschiedene Szenarien zu simulieren und Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren. Da sich die Vorbereitung und Umsetzung von ÖPP- und konventionellen Großprojekten über längere Zeiträume - bis zur abschließenden Vergabe der Projekte teilweise über zwei Jahre - erstreckt, ist die mittelfristige Marktentwicklung in der Risikoanalyse zu berücksichtigen.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationmöglichkeiten (z. B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Die Risikogewichtung und deren Eintrittswahrscheinlichkeit werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten und Prognosen vorgenommen. Über das Ergebnis der Prüfung wird dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

Berlin, den 11. Mai 2020

PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH, Berlin

Stéphane Beemelmans Claus Wechselmann

Geschäftsführer Geschäftsführer

d-NRW AöR



2.2. d-NRW AöR

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Rheinische Straße 1 44137 Dortmund	Telefon: 0231 22243810 Fax: 0231 22243811 E-Mail: info@d-nrw.de Internet: www.d-nrw.de	Errichtungsgesetz vom: 25.10.2016 mit Wirkung zum 01.07.2017 in der Fassung vom: 02.02.2018

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Auf-bau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	0,0809	1.000,00
Weitere öffentliche Gesellschafter	99,9191	1.234.000,00
	100,00	1.235.000,00

Organe der Anstalt

Geschäftsführung
Verwaltungsrat

Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp

Markus Both (stellv. Geschäftsführer)

Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Mitglied	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Dr. Roger Lienenkamp	8.283,60	144.607,68	152.891,28
Markus Both		118.218,52	118.218,52

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2019	2018
Summe	33	k. A.

Verwaltungsrat

Für die kommunalen Träger der Anstalt benennen der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, der Städtetag Nordrhein-Westfalen und der Landkreistag Nordrhein-Westfalen jeweils zwei Mitglieder für den Verwaltungsrat.

Die Kommunen, die an der Anstalt des öffentlichen Rechts beteiligt sind, haben daher kein direktes Entsendungsrecht.

Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2019	2018
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.406.000,00	515,00
II. Sachanlagen	77.792,44	44.927,50
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	77.792,44	44.927,50
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	4.046.015,30	419.120,24
II. Forderungen	322.034,98	174.912,84
III. Kassenbestand	9.913.388,41	6.222.485,34
Summe Umlaufvermögen	14.281.438,69	6.816.518,42
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.130,50	0,00
Summe Aktiva	14.360.361,63	6.861.445,92
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.238.000,00	1.228.000,00
II. Kapitalrücklage	1.528.752,40	1.528.752,40
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00	0,00
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	2.766.752,40	2.756.752,40
B. Rückstellungen	1.274.404,24	1.904.378,21
C. Verbindlichkeiten	10.319.204,99	2.200.315,31
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Passiva	14.360.361,63	6.861.445,92

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2019	2018
	in €	in €
Umsatzerlöse	10.779.090,93	12.796.618,89
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- 41.902,23	15.102,23
sonstige betriebliche Erträge	19.732,51	7.282,96
Materialaufwand	-6.812.702,78	-11.027.255,91
Personalaufwand	-1.749.927,88	-1.358.217,17
Abschreibungen	-34.570,55	-27.838,88
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-453.697,39	-390.412,21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-18.125,63	-15.089,91
Ergebnis nach Steuern	1.687.896,98	190,00
Sonstige Steuern	-1.687.896,98	-190,00
Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	0,00	0,00

Verwendung des Jahresergebnis 2019

Für das Geschäftsjahr 2019 wird wie im Vorjahr 2018 ein Jahresergebnis von 0€ ausgewiesen. Nach § 11 des Errichtungsgesetzes d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Lagebericht der d-NRW AöR für das Wirtschaftsjahr 2019

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018 und durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. Juni 2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14. Juli 2020 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2019 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 234 nordrhein-westfälischen Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und der beiden Landschaftsverbände), die der Anstalt im Errichtungsjahr beigetreten sind. 34 kommunale Beitritte, die im Verlauf des Jahres 2019 beschlossen und erklärt worden sind, werden mit Beginn des Folgejahres wirksam.

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einer gesamtwirtschaftlich gedämpften Konjunktorentwicklung konnte sich der Dienstleistungssektor in 2019 mit einer robusten Beschäftigungsentwicklung und ordentlichen Ergebnissen behaupten. Dies gilt insbesondere auch für die IT-Branche, die trotz der schwächeren Gesamtkonjunktur eine hohe Binnennachfrage im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung als Grundlage für weiterhin gute Umsätze verzeichnen konnte.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich E-Gewerbe, die Weiterentwicklung des Gewerbeservice-Portals NRW, die Umsetzung verschiedener „nrwGOV-Projekte“, das öffentliche Auftragswesen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online-Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, der Landesredaktion FIM, und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die d-NRW Betriebs-GmbH & Co. KG, Bochum, die d-NRW Gesellschaft für Softwareentwicklung und Beratung mbH, Düsseldorf, sowie die cosinex GmbH, Bochum, die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching sowie die sciencentric AG, Düsseldorf. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2019 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2019 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2019 im Durchschnitt 33 Mitarbeiter beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Die d-NRW AöR wurde, der Empfehlung des IT-Kooperationsrates Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) entsprechend, als zentrale OZG-Koordinierungsstelle für Nordrhein-Westfalen beauftragt.

Im September 2019 erfolgte im Zusammenhang mit einer europaweiten Ausschreibung für IT-Unterstützungsleistungen (Gesamtvolumen 40 Mio. €) in sieben verschiedenen Bereichen die Zuschlagserteilung für Rahmenvereinbarungen mit insgesamt 14 verschiedenen Partnern.

Am 19.11.2019 trat der von der Landesregierung bestellte Verwaltungsrat der d-NRW AöR zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In diesem Termin wurden die Satzung der d-NRW AöR sowie die Geschäftsordnungen für den Verwaltungsrat und die Geschäftsführung der Anstalt beschlossen.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 10.779 verzeichnen.

Bereinigt um Erlösschmälerungen, die sich aus anstehenden einmaligen Umsatzsteuerkorrekturen für die Jahre 2017-2019 in Höhe von TEUR 4.788 ergeben, steigen die Umsatzerlöse um TEUR 2.770 auf TEUR 15.567. Korrespondierend zu den Erlösschmälerungen sinken die Fremdleistungen in gleicher Höhe.

Hintergrund der Umsatzsteuerkorrekturen ist eine im Frühjahr 2020 mit dem Ministerium der Finanzen NRW erfolgte Verständigung, wonach eine rechtssichere Einstufung der d-NRW AöR als Nichtunternehmerin nur dann in Betracht kommt, wenn Aufgaben erfüllt werden, die auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung der öffentlichen Verwaltung vorbehalten sind, § 2b Abs. 3 Nr. 1 UStG. Die verschärften umsatzsteuerlichen Anforderungen für die Qualifizierung als Nichtunternehmer dienen der Vermeidung von jedweden Wettbewerbsbeeinträchtigungen. Für die Zeit seit der Gründung der d-NRW AöR, die bezogen auf die eigenen Leistungen bislang als Nichtunternehmerin agiert hat, hat sich dementsprechend ein Korrekturbedarf hinsichtlich der Nacherhebung der Umsatzsteuer ergeben, der mit TEUR 1.739 in den sonstigen Steuern ausgewiesen wird. Dagegen stehen Vorsteuererstattungsansprüche in Höhe von TEUR 88.

Die im Allgemeinen gute Entwicklung der d-NRW AöR spiegelt sich in der Bilanzsumme wider, die sich gegenüber 2018 von TEUR 6.861 um TEUR 7.499 auf TEUR 14.360 mehr als verdoppelt hat.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

wesentliche Bilanzposten	31.12.2018	31.12.2019	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	45	78	+33
Umlaufvermögen	6.816	14.281	+7.465
Passiva			
Eigenkapital	2.757	2.767	+10
Fremdkapital	4.104	11.594	+7.490
Bilanzsumme	6.861	14.360	+7.499

Im Vergleich zum 31.12.2018 hat sich das Umlaufvermögen um TEUR 7.465 erhöht. Grund dafür sind gestiegene Geldmittel (TEUR +3.691), erhöhte Vorräte (TEUR +3.627), insbesondere in Form von bereits geleisteten Anzahlungen, sowie zusätzliche Forderungen (TEUR +147).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital geringfügig verändert (+TEUR 10) und das Fremdkapital um TEUR 7.490 deutlich gestiegen. Beim Fremdkapital sind insbesondere die Positionen „erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen“ (+TEUR 5.242) „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 1.228) und „sonstige Verbindlichkeiten“, die sich im Wesentlichen aus der Umsatzsteuerpflichtigkeit ergeben (+TEUR 1.651), im Vergleich zum 31.12.2018 gestiegen. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr 2018 rückläufig (-TEUR 630).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2019 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum 31.12.2019 wegen der deutlich höheren Bilanzsumme, insbesondere aufgrund der gestiegenen Verbindlichkeiten, auf 19,3- % (31.12.2018 40,2 %) gesunken.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 9.913 (31.12.2018: TEUR 6.222).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 88,3% (Vorjahr: 155,9%)

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2019 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Öffentliches Auftragswesen, E-Gewerbe, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Schulwesen, Landesredaktion, Verwaltungssuchmaschine, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal, KiBiz, und EA-Portal sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2018 TEUR	2019 TEUR	+/- Vj. TEUR
Betriebserträge	12.819	10.757	-2.062
Betriebsaufwendungen	-12.804	-10.739	+2.065
Finanzergebnis	-15	-18	
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2019 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Für das Berichtsjahr 2019 hat sich durch die umsatzsteuerlichen Nachberechnungen für die Jahre 2017 bis 2019 eine Kostenunterdeckung von TEUR 821 ergeben. In gleicher Höhe wurde die Rückstellung für Ausgleichsverpflichtung in Anspruch genommen. Sie beträgt nunmehr insgesamt TEUR 577 (Vorjahr: TEUR 1.398).

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen

	2018 TEUR	2019 TEUR	+/- Vj. TEUR
Projekterlöse	6.341	7.946	+1.605
Dienstleistungen ohne USt.	6.856	6.410	-446
Nutzungsgebühren Regionale Vergabemarktplätze	341	390	+49
übrige Umsatzerlöse	7	0	-7
	13.545	14.746	+1.201
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-748	821	+1.569
Erlösschmälerungen wegen Korrektur Umsatzsteuer 2017 - 2019	0	-4.788	-4.788
	12.797	10.779	-2.018

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Bereinigt um Aufwandsschmälerungen, die sich aus anstehenden einmaligen Umsatzsteuerkorrekturen für die Jahre 2017-2019 in Höhe von TEUR 4.784 ergeben, steigen die Fremdleistungen um TEUR 570 auf TEUR 11.597.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 454 (Vorjahr: TEUR 390) betreffen im Wesentlichen die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin im Wachstum befindlichen Anstalt – z.B. Raummiete TEUR 142 (Vorjahr: TEUR 120), Rechts- und Beratungskosten TEUR 59 (Vorjahr: TEUR 30) sowie Reisekosten TEUR 20.770 (Vorjahr: TEUR 18.079).

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Die neue Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts bietet die Chance, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren. Unterstützend könnte sich dabei die aktuelle Corona-Pandemie auswirken, die der Digitalisierung der Verwaltung einen zusätzlichen Schub verleiht.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Unwägbarkeiten bestehen in steuerlicher Hinsicht – trotz der zwischenzeitlichen Verständigung hinsichtlich der engen Voraussetzungen für die Anerkennung einer Nichtunternehmenshaftung (s.o.) – dadurch, dass das Verfahren zur Umsatzsteuersonderprüfung der d-NRW AöR noch nicht abgeschlossen ist. Im Übrigen steht noch die Feststellung aus, ob die d-NRW AöR einen ertragssteuerpflichtigen Betrieb gewerblicher Art (BgA) begründet und dementsprechend auch Körperschafts- und Gewerbesteuern zu entrichten hat.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen.

Dortmund, 19.08.2020

gez. Dr. Roger Lienenkamp

3. Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

- Stadtwerke Unna GmbH
- Logistikzentrum RuhrOst GmbH
- Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Stadtwerke Unna GmbH



3.1. Stadtwerke Unna GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@sw-unna.de Internet: www.stadtwerke-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 10.04.2014

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Die Gesellschaft hat als Aufgabe die Energieversorgung und -erzeugung sowie die Telekommunikation. Dazu gehören die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Strom, Gas und Wärme dienen, sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte und Dienstleistungen. Darüber hinaus hat sie die Übernahme von Betriebsführungsaufgaben für Einrichtungen der Kreisstadt Unna sowie für Gesellschaften, an denen die Kreisstadt Unna beteiligt ist, als Aufgabe.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Rheinland Energiepartner GmbH	24,00	1.473.600,00
Gesamt	100,00	6.140.000,00

Beteiligungen der SWU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Provision Stadtwerke IT GmbH	50,00	25.000,00
Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG	29,35	300.000,00
Stadtwerke Döbeln GmbH	9,35	207.600,00
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	5,90	826.000,00
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	3,69	704.428,04
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	0,61	258.741,00
Trianel GmbH	0,33	66.503,50
BREKO e.G.	1 Geschäftsanteil	500,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Enkelgesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH verzichtet.		

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführung Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung			
Jürgen Schäpermeier			
Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	7.000,00 €	200.000,00 €	207.000,00 €

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Anja Kolar	RM Michael Tietze
2.	SPD	RM Gudrun Friese-Kracht	RM Heike Gutzmerow
3.	SPD	RM Ralph Bürger	RM Volker König
4.	SPD	RM Wolfgang Ahlers	RM Brigitte Wass
5.	CDU	RM Rolf-Dieter Beyersdorf	RM Gerhard Heckmann
6.	CDU	RM Gabriele Meyer	RM Bernhard Albers
7.	CDU	RM Franz Rottinger	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
8.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Björn Merkord
9.	Piraten	RM Christoph Tetzner	RM Michael Sacher
10.		BM Werner Kolter	StK Achim Thomae.
Folgende Mitglieder waren als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten:			
11.	SWU	Dirk Brämer	Petra Wiechert
12.	SWU	Roland Flack	Kristina Krüger
13.	SWU	Frank Weiland	Achim Schwirkmann
14.	SWU	Peter Espeloer	Karsten Pfütznier
15.	SWU	Oliver Kolb	Jan-Christof Kornatz
16.	SWU	Olaf Kikul	Dennis Scheuer
Folgende Vertreter der Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH waren im Aufsichtsrat vertreten:			
17.	RWE	Frank Kramer	
18.	RWE	Dirk Wißel	

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 05.07.2019	BM Werner Kolter	N.N.
ab 05.07.2019	BM Werner Kolter	StK Achim Thomae

Vergütung des Aufsichtsrates	
<p>Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.</p> <p>Der Jahresabschluss 2019 der SWU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 11.700,00 € (Vorjahr 13.575,00 €) aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:</p>	
BM Herr Werner Kolter	1.200,00 €
Frau Gabriele Meyer	900,00 €
Herr Wolfgang Ahlers	600,00 €
Herr Rolf-Dieter Beyersdorf	600,00 €
Herr Ralph Bürger	450,00 €
Frau Gudrun Friese-Kracht	600,00 €
Frau Anja Kolar	600,00 €
Herr Franz Rottinger	450,00 €
Herr Ismet Sacit Soyubey	600,00 €
Herr Christoph Tetzner	450,00 €
Herr Wolf Rüdiger Schmidt	150,00 €
Herr Volker König	150,00 €

Gesellschafterversammlung:
Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Unna GmbH entspricht dem Haupt- und Finanzausschuss der jeweiligen Wahlperiode.

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2019	2018
Angestellte		
in Vollzeit	118	123
in Teilzeit	26	21
Auszubildende	7	8
Aushilfen	2	2
Gesamt	153	154

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.047.367	1.101.071	1.119.533
II. Sachanlagen	53.676.510	48.984.919	45.757.150
III. Finanzanlagen	16.874.740	18.090.548	18.877.838
Summe Aktiva	71.598.616	68.176.538	65.754.521
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	502.658	544.286	557.339
II. Forderungen	15.024.082	13.969.587	11.811.825
III. Kassenbestand	923.993	1.990.555	2.343.187
Summe Umlaufvermögen	16.450.733	16.504.428	14.712.351
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.114.980	2.571.270	3.012.341
Summe Aktiva	90.164.329	87.252.236	83.479.213
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	6.140.000	6.140.000	6.140.000
II. Kapitalrücklage	7.134.338	7.134.338	6.406.443
III. Gewinnrücklage	3.291.820	3.291.820	3.291.820
Summe Eigenkapital	16.566.158	16.566.158	15.838.263
B. Empfangene Ertragszuschüsse	8.538.718	7.901.967	7.384.777
C. Investitionszuschüsse	107.782	110.628	101.762
D. Rückstellungen	3.359.995	5.164.213	3.666.324
E. Verbindlichkeiten	61.591.677	57.509.271	56.488.087
F. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	90.164.329	87.252.236	83.479.213

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2019	2018	2017
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	79,0%	78,1%	80,0%
Eigenkapitalquote	18,4%	19,0%	18,9%
Fremdkapitalquote	72,0%	71,8%	81,0%
Anlagendeckungsgrad	23,1%	24,3%	24,0%
Investitionen	2019	2018	2017
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	8.139	6.417	6.343

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	70.104.714	72.112.339	78.419.137
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.598.682	1.205.813	1.224.315
sonstige betriebliche Erträge	323.325	198.836	388.463
Materialaufwand	- 46.548.469	- 48.946.172	- 53.938.953
Personalaufwand	- 10.895.803	- 10.685.345	- 10.373.386
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 3.355.517	- 3.188.001	- 4.341.865
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 6.758.179	- 6.621.674	- 6.528.964
Erträge aus Beteiligungen	299.590	484.414	543.697
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	614.424	746.373	748.153
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25.198	43.323	22.385
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 903.888	- 1.011.429	- 1.222.043
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 1.421.871	- 739.823	- 660.669
Ergebnis nach Steuern	3.082.206	3.598.655	4.280.270
Sonstige Steuern	-	-	36.228
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	- 3.082.206	- 3.598.655	- 4.244.042
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	-	-	-

Verwendung des Jahresergebnisses 2019

Die Gesellschafterversammlung hat am 18.06.2020 den Jahresabschluss 2019 festgestellt. Das Jahresergebnis belief sich vor Gewinnabführung auf 3.082 T€. Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wurde der Gewinn im Jahr 2019 an die WBU abgeführt.

Bürgschaften

Der von der Kreisstadt Unna verbürgte Betrag zugunsten der Stadtwerke Unna GmbH beläuft sich zum 31.12.2019 auf 6.157 T€ (Vorjahr: 6.859 T€).

Für die von der Kreisstadt Unna hingegebenen Kommunalbürgschaften wurde im Wirtschaftsjahr 2019 eine Avalprovision in Höhe von 30.398,09 € gezahlt.

Darlehen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2019 hat die SWU ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 4.900 T€ (Vorjahr 3.800 T€) bei der Kreisstadt in Anspruch genommen. Hierfür wurde der Gesellschaft 19.326,66 € an Zinsen in Rechnung gestellt.

Die SWU weist zum Bilanzstichtag 31.12.2019 langfristige Darlehen bei der Kreisstadt Unna in Höhe von 10.089 T€ (Vorjahr:10.903 T€) aus. Die SWU hat für die gegebenen Darlehen Zinsen von 152.645,91 € gezahlt.

Ausleihungen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2019 weist die SWU ein Darlehen in Höhe von insgesamt 4.451 T€ an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG sowie an die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG aus.

Haftungsverhältnisse

Die Stadtwerke Unna GmbH hat eine Patronatserklärung zugunsten der Verpflichtungen der Trianel GmbH in Höhe von insgesamt 779 T€ abgegeben.

Konzessionsabgaben

Aufgrund der zwischen der Kreisstadt Unna und der Stadtwerke Unna GmbH geschlossenen Konzessionsabgabeverträge erhält die Kreisstadt Unna jährlich Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Fernwärme.

Folgende Konzessionsabgaben wurden von der Stadtwerke Unna GmbH gezahlt:

Konzessionsabgabe	2019	2018
Strom	1.790.560,21 €	1.812.227,67 €
Gas	217.689,34 €	228.997,16 €
Fernwärme	57.043,22 €	54.965,54 €
Gesamt	2.065.292,77 €	2.096.190,37 €

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Die Stadtwerke Unna GmbH ist Dienstleisterin für rund 60.000 Einwohner des Versorgungsgebietes sowie für eine wachsende Zahl externer Kunden. Gesellschafter der Stadtwerke sind die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH mit einem Anteil von 76 Prozent sowie die Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH mit einem Anteil von 24 Prozent.

Als kommunaler Energiedienstleister bieten die Stadtwerke Unna GmbH mit seinem Produktportfolio den 32.500 Kunden einen maßgeschneiderten Service in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme. Die Breitbandversorgung wird als eine weitere wichtige Säule des Produktportfolios gesehen und entsprechend weiterentwickelt. Das Versorgungsnetz erstreckt sich über das gesamte Stadtgebiet von Unna. Den größten Teil der Energie beziehen die Stadtwerke Unna von Vorlieferanten, wobei ein Teil auch regenerativ vor Ort erzeugt wird. Um diese Aufgaben zu bewältigen, sind die Stadtwerke Unna GmbH an Erzeugungs- und Speicherkapazitäten und Handels- und Dienstleistungsgesellschaften beteiligt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts betrug der preisbereinigte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts für 2019 0,6 Prozent. Damit ist die deutsche Wirtschaft im zehnten Jahr in Folge gewachsen, hat aber im Vergleich zum Vorjahr an Schwung verloren (+2,5 Prozent in 2017 und +1,5 Prozent in 2018). Gestützt wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahr insbesondere von privaten Konsumausgaben. Diese stiegen preisbereinigt um 1,6 Prozent. Auch die Konsumausgaben des Staates, zu denen unter anderem soziale Sachleistungen und Gehälter der Mitarbeiter zählen, legten um 2,5 Prozent zu. Bei den Bruttoanlageinvestitionen wurde in Bauten (insbesondere im Tiefbau und im Wohnungsbau) investiert. Die Investitionen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge stiegen weniger dynamisch um nur 0,4 Prozent. Die preisbereinigten Bruttoinvestitionen, in die noch die Vorratsveränderungen einbezogen werden, gingen in Folge einer schwachen Industrieproduktion und gestiegenen Exporten in 2019 im Vorjahresvergleich um 1,7 Prozent zurück. Das Baugewerbe verzeichnete mit einem Plus von 4 Prozent den stärksten Zuwachs. Überdurchschnittlich entwickelten sich auch die Dienstleistungsbereiche Information und Kommunikation sowie die Finanz- und Versicherungsdienstleister mit jeweils 2,9 Prozent. Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau ging die Wirtschaftsleistung insbesondere durch die schwache Produktion in der Automobilindustrie um 3,6 Prozent zurück.

Der Export nahm im Jahresdurchschnitt 2019 nicht so stark wie in den Vorjahren um preisbereinigt 0,9 Prozent zu. Hingegen stiegen die preisbereinigten Importe um 1,9 Prozent.

Neben der konjunkturellen Entwicklung sind auch für die Geschäftsführung der Stadtwerke Unna GmbH die energiepolitischen Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Energiemärkte, die alle Wertschöpfungsstufen betreffen, von besonderer Bedeutung.

2. Energiepolitische Lage

Die energiepolitische Lage ist insbesondere durch die Gesetzgebung und Eingriffe des Regulators geprägt. Die EEG-Umlage sinkt leicht auf 6,405 ct/kWh bzw. um 5,7 Prozent. Laut dem IWR ist der Rückgang insbesondere auf die gestiegenen CO₂-Zertifikate im europäischen Emissionshandel und höhere Börsenstrompreise zurückzuführen. Dadurch sinkt die Differenz zwischen dem Marktpreis für Strom und dem Einspeisetarifen für Strom aus den regenerativen Energiequellen, die über die EEG-Umlagen ausgeglichen wird. Zum anderen ist ein deutlicher Überschuss auf dem EEG-Konto von mehr als vier Milliarden Euro vorhanden.

Mit Wirkung zum 29.12.2018 trat die 12. Änderung der Außenwirtschaftsverordnung in Kraft. Hier wurde die Schwelle von 25 Prozent auf 10 Prozent gesenkt, ab wann die Bundesregierung bei geplanten Unternehmensverkäufen durch Unternehmen aus Drittländern mitreden kann. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte sich insbesondere gegen das Interesse des chinesischen Staatskonzerns SGCC an dem Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz ausgesprochen. Mit der Herabsetzung der Schwelle sollen beispielsweise kritische Infrastrukturen, wie die Energieversorgung, vor der Einflussnahme ausländischer Investoren geschützt werden.

Im Jahr 2018 haben die beiden größten deutschen Energieversorger RWE und E.ON verkündet, sich komplett neu aufzustellen. RWE soll 76,8 Prozent ihrer Anteile an der innogy SE auf E.ON übertragen, nachdem zuvor das erneuerbare Geschäft aus der innogy rausgelöst wird und auf RWE übergeht. Daneben erhält RWE 1,5 Milliarden Euro und Aktien an E.ON von nominell 16,67 Prozent. RWE konzentriert sich damit auf die Erzeugung und E.ON auf die Bereiche Netz und Vertrieb. Diese Transaktion muss zunächst durch die europäische und auch die deutsche Fusionskontrolle. Am 22.1.2019 wurde die Phase 1 des Kartellprüfverfahrens eingeleitet. Die Europäische Kommission, Generaldirektion Wettbewerb, hat eine Marktbefragung gestartet, an der sich Energiemarktakteure, darunter fallen Wettbewerber und Abnehmer, bis zum 30.1.2019 beteiligen und Input zu den Auswirkungen der Fusion geben können. Am 26.2.2019 hat die Kommission bekannt gegeben, dass die Bündelung der Erzeugungskapazitäten durch RWE unbedenklich ist. Das Bundeskartellamt hat die Übernahme der 16,67 Prozent-Beteiligung an E.ON ebenfalls genehmigt. Da im Bereich Netze und Vertrieb hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem gemeinsamen Markt Bedenken bestehen, wird im Hauptprüfverfahren die geplante Übernahme der Netz- und Vertriebspartie der innogy durch E.ON geprüft. Nach mehreren Fristverlängerungen verkündete die Europäische Kommission am 17.9.2019, dass sie die Übernahme des Netz- und Vertriebsgeschäftes der innogy durch E.ON freigibt. Somit wird die vier Jahre alte innogy zerschlagen, E.ON zum größten Verteilnetzbetreiber und Endkundenversorger in Deutschland und RWE konzentriert die konventionelle und erneuerbare Erzeugung und wird mit 16,67 Prozent größter Aktionär bei E.ON.

Die von der Bundesregierung eingesetzte „Kohlekommission“ (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“) hat am 26.1.2019 ihren Abschlussbericht, der nicht bindende Vorschläge für die Politik enthält, vorgelegt. Als Maßnahme zum Klimaschutz wurde ein schrittweiser Ausstieg aus der Kohleverstromung vereinbart: von 2020 bis 2022 sollen sieben GW Kohlekraftwerkskapazitäten zusätzlich abgeschaltet werden. Bis zum Jahr 2030 sollen insgesamt dann noch 17 (von heute ca. 45) GW Kohlekraftwerksleistung am Netz verbleiben. Im Gegenzug sollen die Erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent ausgebaut und die jährlichen Ausbauziele entsprechend angepasst werden. Als Enddatum für die Kohleverstromung wurde das Jahr 2038 vorgesehen; dieses kann optional in 2032 auf 2035 vorgezogen werden.

Die neue elektronische Marktkommunikation im Stromsektor (MaKo 2020) soll bis zum 1.12.2019 an die Erfordernisse des Messstellenbetriebsgesetzes angepasst werden. Die neuen

Prozesse für GPKE, WiM, MPES sowie MaBiS sind zum 1.12.2019 und die aktualisierten Vorgaben für die Übertragung von EDIFACT-Nachrichten mittels Signatur und Verschlüsselung sind zum 1.4.2019 umzusetzen.

Das Bundeskartellamt hat die Objektivität von Vergleichsportalen in dem Abschlussbericht über die „Sektorenuntersuchung Vergleichsportale“ gerügt, da einige grundsätzliche Defizite bestehen, die den Verbraucherinteressen zuwiderlaufen.

Das OLG Frankfurt hat mit seinem Urteil vom 21.3.2019, Az. 6 U 190/17) entschieden, dass eine einseitige Änderung der Preisänderungsregelung unwirksam ist.

Seit 2005 untersucht die Monopolkommission alle zwei Jahre, wie sich der Wettbewerb in den deutschen Strom- und Gasmärkten entwickelt hat und erarbeitet auf dieser Grundlage wettbewerbspolitische Handlungsempfehlungen. Erstmals wurde in dem 7. Sektorgutachten 2019 „Wettbewerb mit neuer Energie“ neben Stromgroßhandels-, Regelenergie- und Ausschreibungsmärkte auch der Bereich des Ladesäulenaufbaus für E-Mobilität berücksichtigt. Die Kommission stellt fest, dass sich der Wettbewerb im Endkundenvertrieb mit Strom und Gas gut entwickelt. Beim Aufbau öffentlicher Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sieht die Kommission das Risiko, dass einzelne Betreiber von Ladesäulen regionale Monopolstellungen aufbauen und potenziell überhöhte Preise verlangen. Daraus folgt die Empfehlung an Kommunen mit möglichst unterschiedlichen Anbietern zusammenzuarbeiten. Die Kartellbehörden sollten einschreiten, wenn Kommunen den Aufbau marktbeherrschender Stellungen durch einzelne Ladeinfrastrukturanbieter begünstigen. Hier könnte auch die Öffnung der Ladeinfrastruktur zum Durchleitungswettbewerb etabliert werden.

Neben TelDaFax, FlexStrom, Care-Energy, Energieagenten, e:veen Energie eG, Deutsche Erdgas Versorgungs GmbH, DEG Deutsche Energie GmbH wurde am 16.10.2019 das Insolvenzverfahren für die Bayerische Energieversorgungsgesellschaft mbH (BEV) eröffnet. Das Amtsgericht Potsdam eröffnete am 1.12.2019 das Insolvenzverfahren über das Vermögen der natGas AG.

Die Übertragungsnetzbetreiber TenneT, Amprion, 50Hertz und TransnetBW veröffentlichten die neue EEG-Umlage für das Jahr 2020. Nachdem die EEG-Umlage in 2017 und 2018 gesenkt wurde, steigt sie wieder leicht an und beläuft sich für das Jahr 2020 auf 6,756 ct/kWh. Dies entspricht einem Anstieg von rund 5,5 Prozent.

Die neuen Bilanzierungsumlagen für den Zeitraum 01.10.2019 bis zum 01.10.2020 im Marktgebiet der NCG wurden von 1,20 EUR/MWh auf 0,10 EUR/MWh für SLP-Entnahmestellen und für RLM-Entnahmestellen von 0,60 EUR/MWh auf 0,10 EUR/MWh gesenkt. Gaspool senkt die SLP-Bilanzierungsumlage für denselben Zeitraum von 0,73 EUR/MWh auf 0,29 EUR/MWh und die RLM-Bilanzierungsumlage von 0,26 EUR/MWh auf 0,015 EUR/MWh.

Der BFH hat dem EuGH einen Vorlagebeschluss mit der Fragestellung vorgelegt, ob die deutsche Regelung zum steuerlichen Querverbund eine rechtswidrige Beihilfe darstellt. Der BFH sieht die gesetzliche Regelung des § 8 Abs. 7 S. 1 Nr. 2 KStG als eine rechtswidrige Beihilfe. Sollte der EuGH den Beihilfeverdacht bestätigen, schließt sich ein Prüfverfahren der Europäischen Kommission an.

3. Energiewirtschaftliche Lage

Der Energieverbrauch in Deutschland ging 2019 nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) um 2,1 Prozent auf 437,8 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE) zurück. Für den gesunkenen Energieverbrauch in Deutschland sind vor

allem die Verbesserungen bei der Energieeffizienz, Verschiebungen im Energiemix sowie ein konjunkturell bedingter Rückgang des Energieverbrauchs in der Industrie verantwortlich.

Die Bruttostromerzeugung verminderte sich nach vorläufigen Zahlen in Deutschland 2019 mit etwa 4,8 Prozent auf rund 612,4 Mrd. kWh etwas stärker als der Bruttostromverbrauch, der 579,7 Mrd. kWh betrug. Spürbar geändert hat sich erneut die Struktur der Stromerzeugung nach Energieträgern. Aus Erneuerbaren Energien insgesamt (+8,7 Prozent) sowie aus Erdgas (+10,3 Prozent) wurde 2019 deutlich mehr Strom gewonnen als im Vorjahr. Die Stromerzeugung aus Steinkohle (-30,6 Prozent) und Braunkohle (-21,8 Prozent) verminderte sich deutlich. Die Erneuerbaren Energien trugen mit insgesamt fast 244 Mrd. kWh und einem Anteil von knapp 40 Prozent vor der Braunkohle (18,6 Prozent), dem Erdgas (14,9 Prozent) und der Kernenergie (12,3 Prozent) sowie der Steinkohle mit 9,4 Prozent zur Stromerzeugung bei.

Der Kohlepreis (API#2 Rotterdam Coal Future 2020) fiel um über 30 Prozent von 87 US-Dollar/t auf unter 60 US-Dollar/t. Im Jahresdurchschnitt wurden die Lieferungen zu den ARA-Häfen inklusive Fracht und Versicherung mit 61 US-Dollar/t gehandelt. Der Grund hierfür liegt in der schwachen Auslastung der Kohlekraftwerke in Europa, Importbeschränkungen in China sowie die Reaktivierung japanischer Kernkraftwerke.

Nachdem sich die OPEC im Dezember 2016 geeinigt hatte, eine Förderkürzung umzusetzen, stiegen die Ölpreise bis 2018 nachhaltig über 70 US-Dollar/Barrel. Der Handelskrieg zwischen den USA und China führte zu einer geringeren Ölnachfrage. Die Notierungen der Sorte BRENT rutschte bis August auf 58 US-Dollar/Barrel ab. Die Fortsetzung der bestehenden Förderquoten bis zum 31.03.2020 reichte ebenfalls nicht, um eine Preiswendung herbeizuführen. Im September führte ein Drohnenanschlag auf die größte Rohölaufbereitungsanlage in Saudi-Arabien zu einem kurzen 10-prozentigen Preissprung. Gestützt durch den Brexit, die Einigung im Handelsstreit legten die Ölnotierungen weiter zu. Der Durchschnittspreis für das Barrel Rohöl lag in 2019 bei 62,40 US-Dollar/Barrel.

Die Notierungen der EUA Emissionszertifikate stiegen von den Tiefstständen im Februar (18,82 EUR/t) bis zum Juli auf 29,88 €/t. Im restlichen Jahresverlauf pendelte sich die Notierungen für EUA Dec19 mit einer Schwankungsbreite von 2 EUR/t auf 25 EUR/t ein. 2019 kostete eine Tonne CO₂ durchschnittlich 8 EUR mehr als 2018. Die neuen Regelungen, um den hohen Überschussbestand an Zertifikaten zu reduzieren, führte zu einer erhöhten Nachfrage.

Die Entwicklungen an den Brennstoff- und Emissionsrechtmärkten spiegeln sich auch in der Entwicklung der Stromgroßhandelspreise wider. Der Durchschnittspreis für Strom Base 2020 lag bei 48 EUR/MWh und damit 4 EUR/MWh höher als im Vorjahr.

4. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2019 verlief innerhalb der Erwartungen. Der Ergebnisanstieg gegenüber dem Vorjahr wurde bereits bei der Planung des Geschäftsjahres berücksichtigt. Im nächsten Jahr will die Stadtwerke Unna GmbH als Provider mit einem eigenen White-Label-Produkt auf den Markt eintreten. Hierfür wurden im Berichtsjahr die notwendigen Weichen gestellt. Der Ausbau kundenindividueller Energielösungen wie Fotovoltaik- und Heizungsanlagen wurde weiter erfolgreich vorangetrieben. Im Berichtsjahr wurde der Wandel im Bereich der Mobilitätsaktivitäten der Stadtwerke Unna GmbH vollzogen: die Erdgastankstelle wurde veräußert und der Fuhrpark wird sukzessive auf E-Mobilität umgestellt. Parallel wurde zur Kundenbindung für Privat- und Geschäftskunden eine Kooperation mit dem Smart-Center in Dortmund aufgebaut und auf die Stadtwerke gebrandete Smarts im Umlauf gebracht. Als großes strategisches Thema wurde

die Neuordnung der Wasserversorgung in der Kreisstadt Unna bearbeitet. Hierzu wurden in 2019 die notwendigen Beschlüsse zur Gründung einer gemeinsamen Tochtergesellschaft mit der Gelsenwasser AG getroffen. Die operative Integration erfolgt in 2020 und der Geschäftsbetrieb soll in 2021 starten.

5. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die Stadtwerke Unna GmbH schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss vor Gewinnsteuern von 4.504 T€ ab. Dies entspricht einer planmäßigen Erhöhung von rund 166 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Das gesteckte Wirtschaftsplanziel wurde erreicht. Die Gewinnabführung beträgt 3.082 T€ und vermindert sich damit um 516 T€. Weitergehende Erläuterungen werden in der Beschreibung der Ertragslage gegeben.

Die gesamten Umsatzerlöse des Berichtsjahres sind gegenüber 2018 um insgesamt 2,0 Mio. € auf 70,1 Mio. € gesunken.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Abgabemengen seit 2013 und die Veränderungen der Mengen und der dazugehörigen Umsatzerlöse in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr:

	Abgabemenge		Umsatzerlöse gem. GuV	
	2019	Änderung VJ	2019	Änderung VJ
Stromversorgung	123.444 MWh	-18 %	44.974 T€	-4 %
Erdgasversorgung	334.393 MWh	-11%	18.126 T€	-2 %
Wärmeversorgung	43.238 MWh	+6 %	3.814 T€	+4 %

Tabelle 1: Abgabemengen und Umsatzerlöse 2019

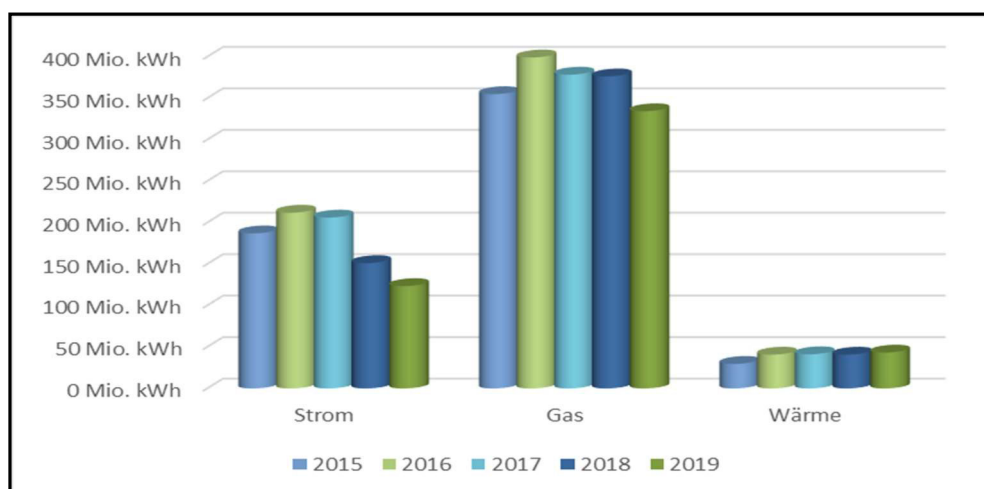


Abbildung 1: Entwicklung der Abgabemengen 2015 – 2019

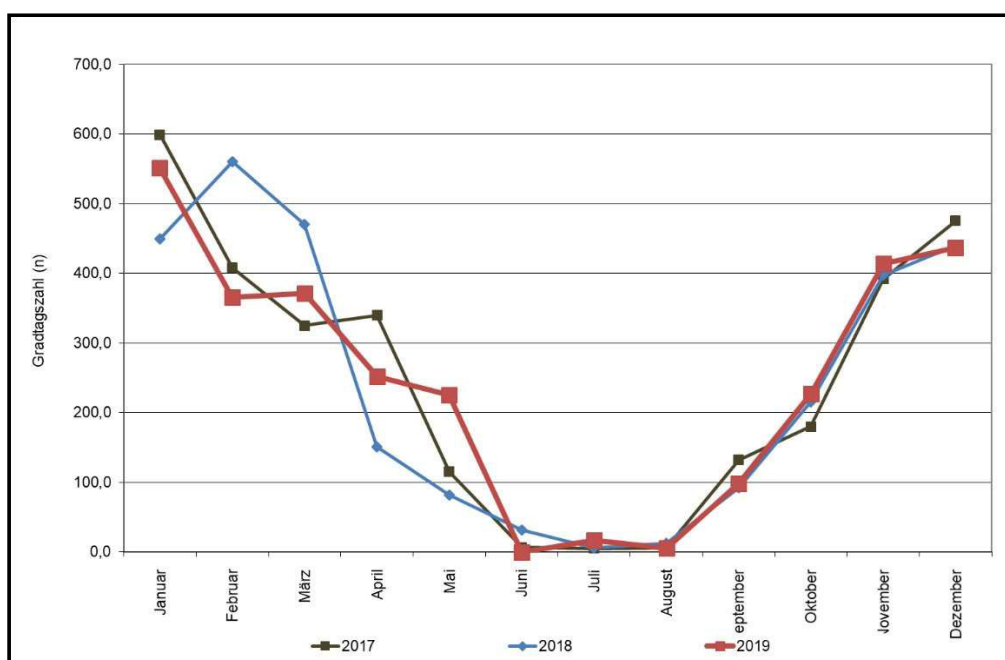


Abbildung 2: Gradtagszahlen 2017 - 2019

Im Tarifikundenbereich Strom sind die Absatzmengen konstant und die Umsatzerlöse leicht gestiegen. Die Gradtageszahlen des Geschäftsjahres 2019 liegen leicht über denen des Vorjahres. Die Mengen und Umsatzerlöse bei den Tarifikunden sind witterungsbedingt in den Sparten Gas und Wärme leicht gestiegen. Sondervertragskunden in den Sparten Strom und Gas sind aufgrund von Kundenverlusten stark rückläufig.

Ertragslage

Die Stadtwerke Unna realisierten ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 4.504 T€. Unter Berücksichtigung der Steuern entspricht dies einer Gewinnabführung von 3.082 T€. Die Gewinnabführung reduzierte sich um 516 T€ bzw. 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Steueraufwand erhöhte sich, da im Vorjahr Steuererstattungen aus Vorjahren enthalten waren. Das Vorsteuerergebnis entspricht den Erwartungen.

	2019	2018	Veränderung zum Vorjahr	
Betriebserträge	71.703 T€	73.318 T€	-1.615 T€	-2 %
Material- und Fremdleistungen	-46.548 T€	-48.946 T€	+2.398 T€	-5 %
Rohertrag	25.155 T€	24.372 T€	-783 T€	+3 %

Tabelle 2: Rohertrag

Der Rohertrag des Berichtsjahres ist gegenüber dem Vorjahr um 783 T€ gestiegen. Der Rückgang bei den Betriebserträgen konnte durch die Reduzierung der Materialaufwendungen überkompensiert werden.

	2019	2018	Veränderung zum Vorjahr	
Rohertrag	25.155 T€	24.372 T€	+783 T€	+3 %
Betriebsaufwendungen	-21.009 T€	-20.495 T€	-514 T€	+3 %
sonstige betriebliche Erträge	323 T€	199 T€	+124 T€	+63 %
Ordentliches Betriebsergebnis	4.469 T€	4.076 T€	+393 T€	+10 %

Tabelle 3: ordentliches Betriebsergebnis

Das ordentliche Betriebsergebnis von 4.469 T€ entspricht einer Erhöhung um 10 Prozent bzw. 393 T€ gegenüber dem Vorjahr. Die Steigerung des Rohertrages konnte die Erhöhung des Betriebsaufwandes deutlich kompensieren.

	2019	2018	Veränderung zum Vorjahr	
Erträge aus Beteiligungen	300 T€	484 T€	-184 T€	-38 %
Erträge aus Ausleihungen	614 T€	746 T€	-132 T€	-18 %
sonstige Zinsen	25 T€	43 T€	-28 T€	-42 %
Zinsaufwand	-904 T€	-1.011 T€	+118 T€	-11 %
Finanzergebnis	35 T€	262 T€	-227 T€	-87 %

Tabelle 4: Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ist wie im Vorjahr positiv, jedoch hat es sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 227 T€ verschlechtert. In den Erträgen aus Beteiligungen sind die ausgezahlten Gewinnanteile der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG und der Biogaspool II für Stadtwerke GmbH & Co. KG enthalten. In den Erträgen aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens sind die Zinserträge aus den ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG und die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, die insgesamt nicht liquiditätswirksam realisiert wurden, enthalten. Der Rückgang lässt sich auf die Tilgungsleistungen der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zurückführen. Der Zinsaufwand ist durch das niedrige Zinsniveau bei Neuaufnahmen oder Prolongationen und die vorangetriebene Entschuldung weiter rückläufig.

Finanzlage

Im Rahmen des Finanzmanagements der Stadtwerke Unna GmbH wird das Ziel einer langfristigen und stabilen Unternehmensfinanzierung sowie die Sicherstellung der kurzfristigen Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit unter Berücksichtigung der Kapitalkosten verfolgt. Dabei wird eine möglichst fristenkongruente Finanzierung des Vermögens angestrebt.

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird aus den Mittelzuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit und externe Finanzierungsquellen gedeckt. Das Innenfinanzierungspotenzial umfasste einen operativen Cashflow in Höhe von 4.561 T€ (Vorjahr: 6.453 T€). Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der Stadtwerke Unna GmbH Bankdarlehen und kurzfristige Kreditlinien zur Verfügung.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -1.693 T€ resultiert hauptsächlich aus der Gewinnabführung (3.599 T€) und Zins- (904 T€) sowie Tilgungszahlungen (3.667 T€). Zuflüsse lassen sich auf die Aufnahmen langfristiger Darlehen von 5.500 T€ zurückführen. Einzahlung der Gesellschafter in die Kapitalrücklage zur Stärkung des Eigenkapitals wie im Vorjahr erfolgten nicht.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2019	2018
Periodenergebnis	3.082 T€	3.599 T€
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.356 T€	3.188 T€
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-1.804 T€	1.498 T€
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-344 T€	-318 T€
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-557 T€	-1.679 T€
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	99 T€	925 T€
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	145 T€	2 T€
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	-625 T€	216 T€
- +/- Sonstige Beteiligungserträge	-300 T€	-484 T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3.052 T€	6.946 T€
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-291 T€	-309 T€
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0 T€	18 T€
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-7.848 T€	-6.108 T€
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen		-5 T€
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.216 T€	793 T€
+/- Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	0 T€	800 T€
+ Erhaltene Zinsen	1.529 T€	812 T€
+ Erhaltene Dividenden	300 T€	436 T€
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-5.094 T€	-3.563 T€
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0 T€	728 T€
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	5.500 T€	4.700 T€
- Auszahlungen Ergebnisabführung an Gesellschafter	-3.599 T€	-4.244 T€
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	977 T€	844 T€
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-3.667 T€	-4.762 T€
- gezahlte Zinsen	-904 T€	-1.001 T€
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.693 T€	-3.735 T€
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-3.735 T€	-352 T€
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.991 T€	2.343 T€
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-1.744 T€	1.991 T€

Tabelle 5: Kapitalflussrechnung

Vermögenslage

	2019	2018	Veränderung VJ	
Aktiva				
Anlagevermögen	71.599 T€	68.176 T€	+3.423 T€	+5 %
Umlaufvermögen, übrige Aktiva	18.565 T€	19.076 T€	-511 T€	-3 %
Bilanzsumme	90.164 T€	87.252 T€	+2.912 T€	+3 %
Passiva				
Eigenkapital	16.566 T€	16.566 T€	0 T€	0 %
langfristige Mittel	46.502 T€	45.707 T€	+809 T€	+2 %
kurzfristige Mittel	27.096 T€	24.979 T€	+2.117 T€	+8 %
Bilanzsumme	90.164 T€	87.252 T€	+2.926 T€	+3 %

Tabelle 6: Bilanzstruktur

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 3 Prozent erhöht.

Die Anlagenquote liegt im Berichtsjahr bei rund 79 Prozent und hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht von 78 Prozent erhöht. Das Investitionsvolumen betrug insgesamt 8.139 T€ (Vorjahr: 6.417 T€). Im Sachanlagevermögen betrafen 5.498 T€ Investitionen für Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom- und Gasnetz. Rund 1.126 T€ wurde in die Breitbandinfrastruktur investiert. Die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens betragen zum Bilanzstichtag 53.677 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 4.692 T€ reduziert.

Die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG hat im Berichtsjahr 1.216 T€ getilgt. An Zinsen wurden 427 T€ zurückgezahlt. Der neue Zinsanspruch aus Gesellschafterdarlehen beträgt 614 T€, wovon auf die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG 594 T€ und auf die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG 19 T€ entfallen.

Das gesamte Rückstellungsvolumen hat sich um 1.804 T€ auf 3.360 T€ reduziert, wovon 2.190 T€ auf Drohverluste entfallen.

Im Berichtsjahr 2019 wurden langfristige Darlehen in Höhe von 5.500 T€ aufgenommen. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 4.502 T€ erhöht. Insgesamt wurden Darlehen in Höhe von 4.480 T€ getilgt.

6. Berichterstattung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz

Die Stadtwerke Unna GmbH stellt Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Stromverteilung sowie Gasverteilung auf. Mit den Tätigkeitsabschlüssen 2018 erfüllt die Stadtwerke Unna GmbH die Berichtspflicht nach § 6b EnWG. In der Rechnungslegung führen wir nach § 6b EnWG je-

weils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Strom- und Gasverteilung sowie für andere Tätigkeiten. Für die Strom- und Gasverteilung erstellen wir darüber hinaus jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

Grundsätzlich werden die Kosten und Erlöse der jeweiligen Tätigkeiten direkt über Kostenstellen zugeordnet. Sofern dies nicht möglich ist oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand realisierbar wäre, erfolgt eine sachgerechte Aufteilung mittels Schlüsselung. Bei der Zuordnung und bei der Wahl der Kostenschlüssel wurde das Stetigkeitsgebot beachtet.

Der Gesamtumsatz der Stadtwerke Unna beträgt im Berichtsjahr 70.105 T€. Davon entfallen auf den Tätigkeitsbereich Stromverteilung 26.349 T€ sowie auf die Gasverteilung 9.248 T€.

Das jeweilige Ergebnis vor Gewinnabführung betrug für die Stromverteilung 1.845 T€ sowie für die Gasverteilung 1.184 T€.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2019 betrug die Bilanzsumme des Tätigkeitsbereichs Stromverteilung 35.494 T€ sowie des Tätigkeitsbereichs Gasverteilung 19.702 T€.

7. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung

Über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung der Stadtwerke Unna GmbH im Geschäftsjahr 2019 ist gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW sowie § 18 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Unna jährlich zu berichten.

Die öffentliche Zwecksetzung der Stadtwerke Unna GmbH ist im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben. Gegenstand ist die Energie- und Wasserversorgung, die Energieerzeugung, die Wassergewinnung sowie der Energiehandel und die Telekommunikation. Dazu gehören die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die sowohl der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme als auch der Entsorgung sowie der Telekommunikation dienen, sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte und Dienstleistungen. Gegenstand ist weiter die Übernahme von Betriebsführungsaufgaben für Einrichtungen der Kreisstadt Unna sowie für Gesellschaften, an denen die Kreisstadt Unna beteiligt ist. Die Stadtwerke Unna GmbH war im Berichtsjahr entsprechend ihrer Aufgabenstellung laut Gesellschaftsvertrag tätig und hat somit den öffentlichen Zweck gemäß GO NRW erfüllt.

8. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist. Daneben werden eine Reihe von weiteren Steuerungsgrößen definiert, um im Rahmen der Risikoberichterstattung auf wesentliche finanzielle Frühindikatoren reagieren zu können.

9. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Neben den finanziellen Leistungsindikatoren spielen nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Stadtwerke Unna GmbH.

So wird das Umweltmanagementsystem nach dem EU-Ökoaudit und der ISO 14001 jährlich zertifiziert. Was die einzelnen Aktivitäten der Stadtwerke und ihrer Kunden bewirken, wird trans-

parent auf der Homepage als sogenannter „Klimazähler“ dargestellt. Detailliert informiert die Umwelterklärung über die Ziele der Umweltpolitik, die Kennzahlen und die Maßnahmen.

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen im Mittelpunkt. Die betriebliche Ausbildung hat bei den Stadtwerken Unna traditionell einen hohen Stellenwert. Die fortschreitende Digitalisierung der Energiewirtschaft und der angestrebte Ausbau der Breitbandinfrastruktur macht es erforderlich, auch für einen mittelständischen Energieversorger neue Berufsbilder auszubilden. So wird neben dem klassischen Anlagenmechaniker (Versorgungstechnik) und Elektroniker (Betriebstechnik) auch die Ausbildung zum Informations- und Telekommunikationssystemelektroniker sowie zum Fachinformatiker Systemintegration angeboten. Die Nachwuchsförderung ist daher fest in den Unternehmenszielen verankert, so dass viele Mitarbeiter ihre Berufslaufbahn mit einer Ausbildung im Hause begonnen haben.

Neben der Ausbildung von Mitarbeitern muss dem beständig an Komplexität gewinnenden Arbeitsumfeld und dem Wandel der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Die Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zielgerichtet und umfassend den jeweils gegebenen Herausforderungen anzupassen. Hier investieren die Stadtwerke Unna gezielt in bedarfsgerechte Qualifizierungsmaßnahmen. Im Zuge des eingeleiteten Generationenwechsels insbesondere im technischen Bereich werden Mitarbeiter konsequent auf die neuen Führungsaufgaben vorbereitet. Der kontinuierliche Ausbau der Attraktivität als Arbeitgeber steht bei allen personalwirtschaftlichen Maßnahmen im Vordergrund.

Da die Mitarbeiter ein wichtiges Gut für die Stadtwerke Unna darstellen, ist die Arbeitssicherheit und das Gesundheitsmanagement ebenfalls ein wichtiger Baustein der personalwirtschaftlichen Arbeit. Neben sehr hohen Standards der Arbeitssicherheit haben die Stadtwerke Unna ein aktives sowie gleichsam facettenreiches und systematisches Gesundheitsmanagement eingeführt.

III. Chancen- und Risikobericht

Die Stadtwerke Unna GmbH hat seit dem Jahre 2002 ein Risikomanagementsystem, welches die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) erfüllt, implementiert. Dieses Risikomanagement ist kein statisches Berichtssystem, sondern unterliegt vielmehr einem ständigen kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb), denen das Unternehmen mit einer überarbeiteten Risikoberichterstattung begegnet. Neben dem allgemeinen Risikomanagementhandbuch für das Gesamtunternehmen wurden spezielle Risikomanagementhandbücher für die Strom- sowie die Gas- und Wärmebeschaffung im Unternehmen etabliert. Die Implementierung der Beschaffungsrisikohandbücher führt dazu, dass sich die Stadtwerke Unna GmbH den Anforderungen der marktorientierten Beschaffungsvorgänge leichter stellen kann. Aus den identifizierten Einzelrisiken wurde die nachfolgende Risikosystematik entwickelt:



Ziel des Risikomanagements ist einerseits die systematische Identifikation der Einzelrisiken, deren Bewertung hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit sowie ihrer Auswirkungen, um durch die frühzeitige Erkennung sowie Bewältigung bestandsgefährdender Entwicklungen deren Vermeidung oder Begrenzung zu gewährleisten sowie einen Risikotransfer zu ermöglichen.

Es soll die Steuerung der Risiken sowie der damit verbundenen Chancen im Rahmen einer ganzheitlichen Unternehmenssteuerung ermöglichen. Das Risikomanagement beinhaltet somit die Gesamtheit aller organisatorischen Maßnahmen, Regelungen und Reaktionen zur Risikorekennung, -erfassung, -analyse, -bewertung und -bewältigung sowie -akzeptanz.

Fair-Value-Risiken bestehen im Wesentlichen im Bereich der Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH. Beteiligungsrisiken werden durch eine enge Begleitung der erweiterten Geschäftsführung begegnet. In diesem Zusammenhang ist die wesentliche Beteiligung an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zu nennen. Im September 2015 erfolgte die verzögerte offizielle Inbetriebnahme des Windparks. Der Baubeginn der 40 Windenergieanlagen startete mit der Errichtung der Fundamentstrukturen und dem Setzen der Tripods im September 2011. Mit der Inbetriebnahme und Überführung der Anlagen in den Regelbetrieb erfolgt die Vergütung nun vollständig gemäß den Vergütungssätzen des EEG. Die Unsicherheiten hinsichtlich der Vermarktungserlöse nach Auslaufen der EEG-Vergütungen und der Risiken aus der Betriebsphase (Regelbetrieb) bestehen weiter. Die Produktion des Windparks lag im Jahr 2019 unter den Erwartungen. Es wurden 709 GWh Strom produziert. Die geringe Produktionsmenge ist insbesondere auf die Jahreswartung und Netzstörungen von Tennet im April zurückzuführen. Auch konnten Anlagen nach diesen Störungen nicht zeitnah wieder in Betrieb genommen werden. Seit dem Jahr 2018 hat die Gesellschaft begonnen, die ausgereichten Gesellschafterdarlehen zurückzuführen. Im Berichtsjahr betrug die erhaltene Tilgungsleistung 1.216 T€ Die Tilgung der von der Stadtwerke Unna GmbH ausgereichten Darlehen soll bis spätestens 2023 vollständig erfolgt sein. Die Bewertung der Beteiligung ist stark von den nach dem Auslaufen der EEG-Vergütung erzielbaren Vermarktungserlösen abhängig. Nominal erwirtschaftet die Gesellschaft eine positive Rendite und die ausgegebenen Gesellschafterdarlehen und das eingezahlte Eigenkapital fließen an die Gesellschafter zurück. Da der Abzinsungsfaktor einen erheblichen Einfluss auf den Barwert der Bewertungseinheit aus den abgezinsten Cash-Flows hat, bestehen zukünftig in der Bewertung der Bewertungseinheit erhebliche Risiken. Insgesamt ist die Beteiligung als werthaltig anzusehen.

Die Beteiligung an der Trianel Erdgasspeicher Epe GmbH & Co. KG stellt kein Fair-Value-Risiko dar, da über den abgeschlossenen Speichernutzungsvertrag die Ertragssituation der Gesellschaft gesichert ist. Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist sehr bemüht, die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft zu verbessern und so die Kosten auf Seiten der Speichernutzer zu reduzieren.

Die Kraftwerksgesellschaft Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG profitiert von der derzeitigen Marktentwicklung und sieht Chancen, ab 2022/2023 wieder positive Deckungsbeiträge zu erwirtschaften. Die derzeit bestehende Warmreserve wird durch Gesellschafterdarlehen abgesichert, so dass kein Abwertungsbedarf besteht.

Ausfallrisiken bestehen insbesondere im Bereich des Endkundengeschäfts und zwar sowohl im Vertriebsbereich als auch im Netzbereich durch den Ausfall von Transportkunden.

Die im Berichtsjahr 2013 vereinbarte und durchgeführte Eigenkapitalstärkung wurde bis auf weiteres ausgesetzt, so dass im Geschäftsjahr 2019 keine Einzahlungen in die Kapitalrücklage wie in den vergangenen Jahren durchgeführt wurde. Aufgrund des erhöhten Investitionsvolumens, welches unter anderem auf die geänderte Aktivierungspraxis zurückzuführen ist.

Die Fair-Value-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung unwahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos ein Volumen zwischen 580 T€ und 1.300 T€.

Cash-Flow-Risiken bestehen insbesondere im Bereich der Mengen- und Margenplanung. Aufgrund des Wettbewerbs und den effizienteren Einsatz von Energie gehen die Stadtwerke Unna von einem geringeren Mengen- und Umsatzvolumen aus.

Die derzeitige Situation an den Energiemärkten führt dazu, dass der Erdgasspeicher nicht profitabel bewirtschaftet werden kann. Die durch den Erdgasspeicher bereitgestellte mögliche energiewirtschaftliche Leistung wird im Erdgasmarkt nicht vergütet. Seit April 2013 erfolgt keine eigenständige Bewirtschaftung des Erdgasspeichers mehr, da das Arbeitsgasvolumen und die Ein- sowie Ausspeicherleistung verpachtet ist. Hier besteht das Risiko, dass der Speicherkunde die angepachteten Kapazitäten nach Ende der Vertragslaufzeit nicht mehr benötigt oder der Pachtzins deutlich unter den Erwartungen liegt. Um diesem Risiko zu begegnen, wurde ein Pachtvertrag mit einer Laufzeit bis 01.04.2022 abgeschlossen. Die Risikovorsorge für den Speichernutzungsvertrag bildet die gesamte Laufzeit des mit der Projektgesellschaft abgeschlossenen Speichernutzungsvertrages ab. Insgesamt wurden 1.890 T€ zurückgestellt.

Risiken aus der Umstrukturierung der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG bestehen nicht. Das Kraftwerk wird in Abhängigkeit der Marktentwicklung im Rahmen eines flexiblen Minimalbetriebs eingesetzt. Die Gesellschaft kann zur Finanzierung der Warmreserve Gesellschafterdarlehen bei den Gesellschaftern abrufen.

Zinsrisiken aus langfristigen Finanzierungen auf Basis variabler Zinssätze sind mit Zinsfestschreibungen begrenzt worden. Im Berichtsjahr wurden neue Kredite von insgesamt 5.500 T€ aufgenommen. Wenn es möglich ist, werden die bestehenden Kredite refinanziert, um das aktuell niedrige Zinsniveau mit Festzinsvereinbarungen zu sichern. Die gute Bonität der Stadtwerke Unna führt dazu, dass sie auch weiterhin ihren Kapitalbedarf durch Kredite decken kann.

Marktpreisrisiken im Strom- und Gasgeschäft werden durch eine strukturierte Beschaffung unter Zuhilfenahme von externen Anbietern begegnet. Hierfür werden verschiedene Techniken der Portfolioverwaltung angewendet. Die Preisentwicklung an der Strombörse für die Lieferjahre 2018 – 2024 schafft im Portfolio Risiken, da bereits beschaffte Mengen mit niedrigen Marktpreisen bewertet werden müssen. Im Berichtsjahr wurde für die Gasbeschaffung ebenfalls die strukturierte Beschaffung für die Lieferjahre 2021 und 2022 eingeführt und mit der Bewirtschaftung begonnen.

Die Cash-Flow-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 1.400 T€ und 3.500 T€.

Operationelle Risiken bestehen im Betrieb der technischen Anlagen, die das Risiko von Nichtverfügbarkeiten bergen. In den Verteilnetzen können ungeplante Versorgungsunterbrechungen auftreten, denen mit gezielten Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet wird. Die bestehenden Risiken können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die Gesellschaft lässt sich alle fünf Jahre nach dem Branchenstandard „Technisches Sicherheitsmanagement (TSM)“ zertifizieren.

Die operationellen Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 720 T€ und 1.600 T€.

Sonstige Risiken stellen vor allem das Regulierungsrisiko und das rechtliche/politische Risiko dar. Dem internen Regulierungsmanagement kommt in einer immer komplexer werdenden Regulierungspraxis eine besondere Bedeutung zu. Hier erfolgen ein hoher fachlicher Austausch mit anderen Netzbetreibern vergleichbarer Größe und eine energiewirtschaftliche und juristische Beratung. Rechtliche oder politische Risiken werden über die Verbände (insbesondere dem Verband kommunaler Unternehmen) beobachtet.

Aufgrund der unterjährig zufließenden Liquidität und der verfügbaren Kreditlinien konnten die Stadtwerke Unna ihren Mittelbedarf jederzeit decken. Die Liquiditätsplanung ist ein wesentliches Instrument, um weiterhin allen notwendigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Neben den dargestellten Risiken bieten sich den Stadtwerken Unna in diesem Marktumfeld Chancen im Bereich der Energiedienstleistungen und des Breitbandausbaus. Mit energieeffizienten Lösungen und maßgeschneiderten Produkten sowie zusätzlichen Dienstleistungen begegnen die Stadtwerke Unna den Herausforderungen des Marktes. So können neben der Energielieferung zusätzliche Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden.

Die sonstigen Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 130 T€ und 380 T€.

Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass bestandgefährdende Risiken, die den Fortbestand der Stadtwerke Unna GmbH gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2019 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2020 gegenwärtig erkennbar sind. Die derzeitige gesamtwirtschaftliche Lage vor dem Hintergrund der Covid-19 Pandemie zwingt die Stadtwerke Unna jedoch dazu, die eingesetzten Methoden des Risikomanagements ständig weiter zu entwickeln. Gerade solche Ereignisse zeigen auf, dass für die ausgesetzte Eigenkapitalzuführung eine Anschlusslösung mit den Gesellschaftern vereinbart werden muss, um die Stadtwerke Unna vor den weiteren zukünftigen Herausforderungen sicher aufzustellen. Dabei spielen Investitionen in zukunftssträchtige Geschäftsbereiche ebenfalls eine wesentliche Rolle.

V. Prognosebericht

Die Energiewende schafft einen Umbruch in den tradierten Unternehmensplanungen. Der Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien hat zu einem starken Druck auf die Börsennotierungen für Strom geführt. Nach dem massiven Preisverfall der letzten Jahre ist im Berichts-

jahr bereits eine Erholung eingetreten. Fraglich bleibt, in wie weit diese Erholung in den nachfolgenden Jahren fortgesetzt wird. Neben den wettbewerblichen Implikationen hat die zunehmende Regulierung wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung. Fraglich sind hierbei die Netzentgeltmodernisierung einschließlich der zunehmenden Anforderungen zur Wahrung der Systemstabilität und Versorgungssicherheit.

Die langfristige Strombeschaffung wird weiterhin die Ergebnislage der Stadtwerke Unna beeinflussen, da die fixierte Beschaffung für mögliche Preisreaktionen im Endkundenmarkt nicht die notwendige Flexibilität bereitstellt. Die eingetretene Markterholung wirkt dieser Entwicklung entgegen.

Die Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG wird für die Stadtwerke Unna GmbH auch zukünftig eine Herausforderung bleiben. Es wird weiter damit gerechnet, dass sich eine Trendwende, in der die energiewirtschaftliche Leistung wieder vergütet wird, am Erdgasmarkt mittelfristig nicht einstellen wird. Erst mit Auslaufen der Projektfinanzierung wird sich die Situation hinsichtlich der Fixkosten verbessern.

Für das gesamte Geschäftsjahr 2020 sieht die Wirtschaftsplanung ein erwartetes Jahresergebnis vor Ertragssteuern von 4.500 T€ vor. Die erwartete Gewinnabführung liegt bei 3.650 T€. Inwieweit dieses Planziel vor dem Hintergrund der Covid-19 Pandemie erreicht werden kann, kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht abschließend beurteilt werden, da insbesondere die weitere wirtschaftliche Entwicklung nicht eingeschätzt werden kann. Mengenrückgänge insbesondere bei den RLM-Kunden und Gewerbekunden sind ab Ende März erkennbar. Um den Risiken, die sich insbesondere für den operativen Betrieb und die personellen Ressourcen ergeben, zu begegnen, wurde in Analogie zum Krisenmanagement am 13.03.2020 ein Lenkungsstab eingerichtet, der sich täglich mit der aktuellen Lage befasst. Die derzeit eingeführten Maßnahmen und Vorkehrungen stellen sicher, dass der Geschäftsbetrieb in dieser besonderen Situation uneingeschränkt aufrechterhalten werden kann.

Unna, 15. Mai 2020

Stadtwerke Unna GmbH

Jürgen Schäpermeier

Logistikzentrum Ruhr Ost GmbH



3.2. Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@logistikzentrum-ruhrost.de Internet: www.logistikzentrum-ruhrost.de	Gesellschaftsvertrag vom: 12.10.2004 in der Fassung vom: 07.08.2006

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur durch Errichtung, Unterhaltung und Verpachtung von Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen in der Kreisstadt Unna und in der Gemeinde Bönen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	50,00	50.000,00
Gemeinde Bönen	50,00	50.000,00
	100,00	100.000,00

Beteiligungen der	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Logistikzentrum RuhrOst Betreibergesellschaft	25,10	12.550,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der Beteiligung der LZR verzichtet.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus folgenden Personen:

- Uwe Kutter
- Jürgen Schäpermeier

Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Kutter	0,00 €	0,00 €	11.450,00 €	11.450,00 €
Schäpermeier	0,00 €	0,00 €	11.450,00 €	11.450,00 €

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus sechs Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Michael Tietze	RM Volker König
2.	CDU	RM Erich Kreß	RM Franz Rottinger
3.		1. Bg Jens Toschläger (Verw.)	Dez. Matthias Immick (Verw.)

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 05.07.2019	N.N.	Dez. Matthias Immick (Verw.)
ab 05.07.2019	1. Bg Jens Toschläger (Verw.)	Dez. Matthias Immick (Verw.)

Anzahl der Mitarbeiter
Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2019, wie auch im Jahr 2018, mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über Dienstleistungsverträge geregelt.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	-
II. Sachanlagen	2.151.742	2.280.366	2.435.466
III. Finanzanlagen	12.550	12.550	12.550
Summe Aktiva	2.164.292	2.292.916	2.448.016
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	-	-	-
II. Forderungen	315.149	295.327	234.968
III. Kassenbestand	9.052	53.215	5.605
Summe Umlaufvermögen	324.201	348.542	240.573
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Aktiva	2.488.492	2.641.458	2.688.589
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
II. Kapitalrücklage	50.000	50.000	50.000
III. Gewinn-/Verlustvortrag	-	-	-
IV. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-	-
Summe Eigenkapital	150.000	150.000	150.000
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	246.969	276.312	305.655
C. Rückstellungen	128.400	230.400	105.127
D. Verbindlichkeiten	1.958.335	1.980.593	2.124.237
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.788	4.153	3.570
Summe Passiva	2.488.492	2.641.458	2.688.589

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	802.874	817.967	754.820
sonstige betriebliche Erträge	97.378	337.696	822.842
Materialaufwand	- 697.224	- 803.579	- 1.268.339
Personalaufwand	- 28.204	- 20.894	- 20.953
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 155.692	- 155.100	- 155.532
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 135.738	- 264.999	- 213.136
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 50.746	- 67.463	- 87.667
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-17.027	-14.320	2.901
Ergebnis nach Steuern	-184.380	-170.692	- 165.064
Sonstige Steuern	- 8.470	- 7.926	- 7.926
Erträge aus Verlustübernahme	192.850	178.618	172.990
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	-	-	-

Jahresergebnis 2019

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag sind festgestellte Verluste, soweit eine Deckung nicht anderweitig sichergestellt werden kann, durch die Gesellschafter, bemessen am Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile, auszugleichen. Dabei beschränkt sich die Verlustübernahme für jeden Gesellschafter auf jeweils den zweifachen Wert des jeweiligen Anteils am Stammkapital. Für die WBU bedeutet dies eine maximale Verlustübernahme von 100 T€ je Geschäftsjahr.

Das Jahresergebnis 2019 vor Verlustausgleich beläuft sich auf -192,9 T€. Entsprechend der Regelung im Gesellschaftsvertrag gleicht die WBU einen Betrag von 96 T€ (Vorjahr: 89 T€) aus.

Bürgschaften

Die Kreisstadt Unna hat für die LZR GmbH Bürgschaften mit einem Ursprungsbetrag von 5.177 T€ übernommen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2019 beläuft sich der verbürgte Restbetrag auf 1.151 T€ (Vorjahr: 1.355 T€). Hierfür hat die Gesellschaft der Kreisstadt Unna im Geschäftsjahr 2019 eine Avalprovision in Höhe 6.892,92 € gezahlt.

Ausleiherung

Die LZR weist zum Bilanzstichtag 31.12.2019 ein von der WBU gewährtes Darlehen in Höhe von 370 T€ (Vorjahr: 153 T€) aus.



**Lagebericht
der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019
der Logistikzentrum RuhrOst GmbH**

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Tätigkeitsschwerpunkte gemäß Gesellschaftsvertrag

Die Logistikzentrum RuhrOst GmbH errichtet, unterhält und verpachtet Umschlagterminals und Gleisanlagen in der Kreisstadt Unna und in der Gemeinde Bönen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

1.2 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen in Höhe von 27,1 T€ getätigt.

1.3 Operative Aktivitäten

Das operative Geschäft war im Verlauf des Geschäftsjahres im Bereich der Kranungen wieder besser als im Vorjahr. Die Anzahl der Kranungen waren zwar geringfügig niedriger (65.257; VJ 65.543), allerdings waren die Lagergelder höher als im Vorjahr. Die Umsatzerlöse im KV (Kombinierter Verkehr) -Terminal Bönen beliefen sich auf rund 456,7 T€ und lagen damit 9,2 T€ über den Vorjahreserlösen (Vorjahr: 447,5 T€). Der Kran im KV-Terminal Unna befindet sich weiterhin in einer Vorhaltefunktion (seit Anfang 2015). Bedingt durch den Verlust eines Eisenbahnverkehrsunternehmens (ab 01.03.2019) als Nutzer der Gleisinfrastruktur und einem weiteren Rückgang der Gleisnutzung sind die Umsatzerlöse beim Gleisverkehr in Bönen mit 152,1 T€ deutlich geringer ausgefallen als im Vorjahr (187,5 T€). Die Erlöse des Gleisverkehrs im Bereich Unna-Nord sind dagegen um 3,7 T€ zum Vorjahr angestiegen (44,0 T€; VJ: 40,3 T€). In Summe ist der Gleisverkehr zum Vorjahr deutlich niedriger ausgefallen (196,1 T€; VJ: 227,8 T€).

1.4 Personelle Ausstattung

Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2019 mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über Dienstleistungsverträge geregelt.

1.5 Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Logistikzentrum RuhrOst GmbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, die Unterhaltung und die Verpachtung der Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 192,9 T€ ab. Zum Vorjahresergebnis (- 178,6 T€ vor Verlustübernahme) bedeutet das eine Ergebnisverschlechterung (- 14,3 T€). Die Jahresergebnisse spiegeln das atypische (ungewöhnliche) Geschäftsmodell der LZR, Zuständigkeiten und Risikoverteilung zu Lasten der Besitzgesellschaft wider.

Die folgende Übersicht zeigt die wichtigsten Ertrags- und Aufwandspositionen:

	2018	2019	Veränderung
	TEUR	TEUR	Vorjahr
			TEUR
1. Umsatzerlöse	818,0	802,9	-15,1
2. sonstige betriebliche Erträge	377,7	97,4	-240,3
Betriebserträge	1.177,7	900,3	-255,4
3. Material- und Fremdleistungen	803,6	697,3	-106,3
4. Personalaufwendungen	20,9	28,2	7,3
5. Abschreibungen	155,1	155,7	-0,6
6. Sonstige Steuern	7,9	8,0	-0,1
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	265,0	135,7	129,3
Betriebsaufwendungen	1.252,5	1.025,4	226,1
Ordentliches Betriebsergebnis	-96,8	-125,1	-28,3
8. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67,5	50,8	-16,7
Finanzergebnis	-67,5	-50,8	16,7
Ergebnis vor Steuern	-164,3	-175,9	-11,6
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-14,3	-17,0	-2,7
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	-178,6	-192,9	-14,3

Bei den Umsatzerlösen handelt es sich im Wesentlichen um kranungsabhängige Erlöse aus der Verpachtung des KV-Terminals in Bönen. Des Weiteren wurden Erlöse aus Gleisnutzungsgebühren, aus der Vermietung einer gewerblichen Immobilie und aus der Stellflächenvermietung im KV-Terminal Unna erzielt. In Summe belaufen sich die Umsatzerlöse auf 802,9 T€ (VJ: 818,0 T€). Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten die erfolgswirksame ratierliche Auflösung des Zuschusses durch das Eisenbahnbundesamt (29,3 T€), die vertraglich vereinbarten Erträge als Instandhaltungsbeteiligung der Krananlage in Bönen seitens der Betreibergesellschaft (50,0 T€), eine Erstattung von 8,7 T€ seitens der Versicherung von der Spedition Zufall (Beschädigung der Außenwand am Gebäude „Otto-Hahn-Str. 22“) und verschiedene Weiterberechnungen.

In Summe beliefen sich die sonstigen betrieblichen Erträge auf 97,4 T€ (VJ 337,7 T€). Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge liegt wesentlich an dem einmaligen

Sondereffekt einer Versicherungserstattung für den Kran II in Bönen (187,5 T€).

Der Materialaufwand umfasst die Kosten für die Infrastrukturanschlussverträge mit der DB Netz AG und die Energiebezugsaufwendungen für die Lichtsignalanlagen der Bahnübergänge in Unna sowie die Instandhaltungsaufwendungen für das Terminal in Bönen. Zusätzlich zum gewöhnlichen Betriebs- und Unterhaltungsaufwand wurden auch geplante Sondermaßnahmen durchgeführt. Wesentliche Maßnahmen im Geschäftsjahr 2019 waren im Terminal Bönen die Generalüberholung eines Kabelradgetriebes (20,6 T€), Seilwechsel inklusive Erneuerung der Messbolzen an beiden Kränen (37,5 T€) und die GPS Kranvermessung von Kran II (7,1 T€). Im Bereich der Gleise kam es ebenfalls zu größeren Maßnahmen. Im Gleisnetz Bönen wurde eine Weiche erneuert (24,9 T€), es wurde ein Rangierweg beim Nebenschleifer Becker Stahl erstellt (15,8 T€) und es wurden defekte Gleisschwellen für 30,5 T€ ausgetauscht. Im Gleisnetz Unna-Nord wurden ebenfalls defekte Gleisschwellen erneuert (23,5 T€). Für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen im Jahr 2019 wurden zwei Rückstellungen für einen ordnungsgemäßen Betrieb des Terminals Bönen in einer Gesamthöhe von 73,8 T€ (Einstellung des Krans II und Erneuerung eines Umrichtermoduls von Kran II) gebildet. Insgesamt weist der Materialaufwand einen Betrag von 697,3 T€ aus. Der Materialaufwand macht deutlich, dass sich die sehr hohen Umschlagszahlen im Terminal Bönen auf die Materialintensität entsprechend auswirken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen Pachtaufwendungen für die Gleisanlagen in Bönen (33,0 T€), Grundbesitzabgaben (20,1 T€), Versicherungsbeiträge (18,9 T€), Prüfungs- und Beratungskosten (10,9 T€) und Aufwendungen für den Rufbereitschaftsdienst und die kaufmännische Betriebsführung (48,2 T€). In Summe beliefen sich diese Aufwendungen auf 135,7 T€ (Vorjahr: 265,0 T€). Der große Unterschied zum Vorjahr ist den Einmaleffekten Verpflichtung gegenüber den beiden Gesellschaftern aus Zuschuss-Überkompensation (111,4 T€) und Zuführung zur Fahrbahnoberflächensanierungsrückstellung (15,0 T€) geschuldet.

3. Finanzlage

Die Eigenkapitalquote der LZR ist im Berichtsjahr auf 6,0 % (Vorjahr 5,7 %) gestiegen. Die Fremdkapitalquote beträgt 94,0 % (Vorjahr 94,3 %).

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch ein Darlehen des Gesellschafters Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH gegeben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Ausfallbürgschaften der Gemeinde Bönen und der Kreisstadt Unna sowie einer Grundschuld gesichert.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2018	2019
	T€	T€
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	-179	-193
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	155	156
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	125	-102
sonstige zahlungswirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-) (operative Tätigkeit)		
- Auflösung Sonderposten für Zuschüsse	-29	-29
Veränderung des Saldos folgender Aktiva:		
Forderungen, Rechnungsabgrenzungsposten	-61	-20
Veränderung des Saldos folgender Passiva:		
Kurzfristige Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten	108	-63
Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	119	-251
Anlageninvestitionen lt. Anlagenspiegel		
Anlageninvestitionen (-)	0	-27
Mittelzufluss / -abfluss aus Investitionstätigkeit (2)	0	-27
Verlustübernahme (+) des Geschäftsjahres	179	193
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Teile, usw.) (+)	0	0
Darlehenaufnahme	741	217
Darlehensstilgung	-992	-176
Mittelzufluss / -abfluss aus Finanzierungstätigkeit (3)	-72	234
Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln (1) + (2) +(3)	47	-44
Finanzmittelbestand am 1.1.	6	53
Finanzmittelbestand am 31.12.	53	9

4. Vermögenslage

Im Sachanlagevermögen sind im Wesentlichen die Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücke, Gebäude und technische Anlagen enthalten (2.151,7 T€). Das Sachanlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr um die Abschreibungen von 155,7 T€ verringert.

Im Jahr 2006 wurde die LZR Betreibergesellschaft mbH gegründet. An dieser Gesellschaft ist die LZR mit 25,1 % (12,5 T€) beteiligt. Es handelt sich um die einzige Beteiligung im Finanzanlagevermögen.

Im Vergleich zum Vorjahr (348,5 T€) hat sich das Umlaufvermögen verringert. Zum Jahresende werden 324,2 T€ in der Bilanz als Umlaufvermögen ausgewiesen. Die Forderungen beinhalten u. a. die Forderung gegenüber den Gesellschaftern aus der Verlustübernahme in Höhe von 192,9 T€ (Vorjahr: 178,6 T€). Die Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einem geringeren Bankbestand.

Die Rückstellungen haben sich aufgrund geringerer Instandhaltungsrückstellungen um 102,0 T€ auf 128,4 T€ (VJ: 230,4 T€). reduziert.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.958,3 T€ sind mit Blick auf das Vorjahr rückläufig (Vorjahr: 1.980,6 T€). Im Geschäftsjahr wurde neben planmäßigen Tilgungen bei den Kreditinstituten das bestehende Darlehen bei den Wirtschaftsbetrieben der Stadt Unna GmbH erhöht.

5. Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2019 zeigt, dass eine Verbesserung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft in diesem volatilen Geschäftsfeld als herausfordernd zu bewerten ist.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Aufgabenbedingt werden in der Gesellschaft auch in den kommenden Jahren Verluste anfallen. In der mittelfristigen Unternehmensplanungsrechnung bis 2024 wird davon ausgegangen, dass aufgrund des defizitären Betriebs der Infrastruktur in der jetzigen Konstellation, trotz vielfältiger umgesetzter Optimierungsmaßnahmen, ein profitables Geschäftsmodell für die LZR nicht möglich sein wird. Solange dieser Umstand fortbesteht, werden die Gesellschafter auch in den kommenden Jahren Verluste in der Höhe auszugleichen haben, wie sie sich schon in den Vorjahren eingestellt haben.

Gleichwohl wird die LZR ihren vertraglichen Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung eines sicheren und ausfallarmen Betriebs der Kran- und Gleisanlagen vollumfänglich nachkommen.

Es werden vorausschauende Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen getätigt, so dass auch zukünftig eine hohe Verfügbarkeit der Anlagen dargestellt werden kann. In den Folgejahren wird beispielhaft das begonnene Programm zur Erneuerung der Bahnschwellen zielgerichtet fortgeführt.

Die Nachfrage nach logistischen Konzepten im Bereich Schiene/Straße ist stark konjunkturabhängig und steht ferner in einem starken Wettbewerb zu einem reinen LKW-Verkehr. Die LZR Betreibergesellschaft erwartet gleichwohl für das Jahr 2020 und für die Folgejahre allenfalls eine Beschäftigungslage auf dem Niveau des Jahres 2019.

Insgesamt bewegen sich die Angebote der LZR damit im Spannungsfeld zwischen standortpolitischen Zielsetzungen, konjunkturellen Einflüssen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Gesellschafter werden sich deshalb in den kommenden Monaten in aller Gründlichkeit mit der zukünftigen Ausrichtung des Unternehmens zu beschäftigen haben.

Für das Geschäftsjahr 2020 sieht die Wirtschaftsplanung einen erwarteten Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 194,9 T€ vor.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftsleitung definiert seit langem Risiken (strategische und operative) für die Gesellschaft. Die ermittelten 16 Einzelrisiken wurden bewertet (niedrig / mittel / hoch) und Maß-

nahmen zur Minimierung des Risikos festgelegt. Des Weiteren dienen das Rechnungswesen und die laufende Kontrolle des Geschäftsverlaufs zur rechtzeitigen Erkennung von bestandsgefährdenden Risiken. Die Geschäftsführung verfügt über eine adäquate Liquiditätssteuerung und kann über die im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages bei den Stadtwerken Unna angekauften Finanzierungs- und Finanzplanungssysteme gewährleisten, dass die Risiken für die Unternehmung sorgfältig beobachtet und gesteuert werden können.

Durch die erweiterte, regelmäßige und weitsichtige Sanierungsstrategie an den Infrastruktureinrichtungen hat sich gezeigt, dass der Betriebsaufwand in den kommenden Jahren planmäßig gesteuert werden kann. Es ist jedoch zu betonen, dass das Vorhalten einer funktionsfähigen logistischen Infrastruktur trotz aller Restrukturierungen in der jetzigen Betriebs- und Betreiberkonstellation nicht kostendeckend erfolgen kann. Dies hat zur Folge, dass bis zum Ablauf des Förderzeitraums für die Krananlagen in Bönen und Unna der Entscheidungsprozess der Gesellschafter abzuschließen ist, ob und wie mit dem Geschäftsmodell der Gesellschaft weiter verfahren wird.

Unna, 09. März 2020

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

gez. Jürgen Schäpermeier
Geschäftsführer

gez. Uwe Kutter
Geschäftsführer

Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH



3.3. Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH

Ostring 17a 59423 Unna	Telefon: 02303 2002-0 Fax: 02303 2002-59 E-Mail: redaktion@antenneunna.de Internet: www.antenneunna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 17.01.1991 in der Fassung vom: 23.04.2007
---------------------------	---	--

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Gesellschaft ist mit Gesellschaftsvertrag vom 17. Januar 1991 unter der Firma „Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG“ gegründet worden.</p> <p>Die Gesellschaft hat am 23. April 2007 einstimmig die Änderung der Firma in „Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG“ beschlossen; die Änderung der Firma wurde am 23. Oktober 2007 ins Handelsregister eingetragen.</p> <p>Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltungsgemeinschaft zur Verfügung zu stellen; (2) der Veranstaltungsgemeinschaft die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen; (3) für die Veranstaltungsgemeinschaft den in § 74 des Landesmediengesetzes genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen; (4) Hörfunkwerbung zu verbreiten. <p>Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.</p> <p>Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vornehmen.</p>

Kommanditisten	Anteile am Stammkapital in	
	€	%
Ruhr-Nachrichten Verlag & Co. KG	80.500,00	32,20
FUNKE MEDIEN NRW GmbH	48.600,00	19,44
Graphische Betriebe F. W. Rubens GmbH & Co. KG	44.825,00	17,93
Westfälischer Anzeiger Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG	13.575,00	5,43
Kreis Unna	12.362,63	4,95
Gemeinde Holzwickede	3.434,06	1,37
Gemeinde Bönen	3.434,06	1,37
Stadt Schwerte	6.181,33	2,47
Stadt Bergkamen	6.181,33	2,47
Stadt Lünen	8.928,57	3,58

Stadt Kamen	6.181,33	2,47
Stadt Fröndenberg	3.434,06	1,37
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	12.362,63	4,95
Summe	250.000,00	100,00

Komplementärin ohne Kapitaleinlage ist die Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH. Das Stammkapital der Komplementärin beträgt unverändert 26.000,00 €. Die Anteile an der Komplementärin werden von der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH Co. KG gehalten.

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführung Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Dipl. - Kfm. Marco Morocutti
Gem. § 14 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages werden die Geschäfte der Gesellschaft durch die Komplementärin, die Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH, wahrgenommen.

Gesellschafterversammlung								
Die Kreisstadt Unna wird in der Gesellschafterversammlung wie folgt vertreten:								
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Lfd. Nr.</th> <th>Fraktion</th> <th>Ordentliches Mitglied</th> <th>Stellvertretendes Mitglied</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1.</td> <td>SPD</td> <td>RM Anja Kolar.</td> <td>GF Jürgen Schäpermeier (SWU)</td> </tr> </tbody> </table>	Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied	1.	SPD	RM Anja Kolar.	GF Jürgen Schäpermeier (SWU)
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied					
1.	SPD	RM Anja Kolar.	GF Jürgen Schäpermeier (SWU)					

Anzahl der Mitarbeiter
Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2019 einen angestellten Verkäufer und zwei freie Handelsvertreter. Weiteres Personal (Verkauf, Marketing, Disposition/ Verwaltung) wurde von der Lokalfunk Dortmund Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG an die Berichtsgesellschaft weiterberechnet.

Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2019	2018
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.113,00	0,00
II. Sachanlagen	54.674,00	60.018,00
III. Finanzanlagen	26.189,23	26.189,23
Summe Aktiva	85.976,23	86.207,23
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	15.508,93	20.010,01
II. Forderungen	305.004,84	210.303,04
III. Kassenbestand	488.509,19	652.610,60
Summe Umlaufvermögen	809.022,96	882.923,65
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18.080,00	17.980,00
Summe Aktiva	913.079,19	987.110,88
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Kommanditeinlagen	250.000,00	250.000,00
II. Gewinnrücklagen	43.132,00	43.132,00
Summe Eigenkapital	293.132,00	293.132,00
B. Ausgleichsposten für aktivierte, eigene Anteile	26.189,23	26.189,23
C. Rückstellungen	154.720,00	163.407,00
D. Verbindlichkeiten	439.037,96	504.382,65
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe Passiva	913.079,19	987.110,88

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2019	2018
	in €	in €
Umsatzerlöse	2.343.782,22	2.313.753,08
sonstige betriebliche Erträge	7.425,91	12.181,71
Aufwendungen aus Kostenerstattungen	786.745,25	749.238,62
Personalaufwand	116.579,72	105.404,85
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	21.176,60	36.884,73
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.191.635,50	1.118.656,63
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	448,25	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14.015,00	22.956,51
Ergebnis vor Steuern	221.504,31	292.793,45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33.701,15	54.213,65
Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	187.803,16	238.579,80
Gutschrift auf den Gesellschafterkonten	187.803,16	238.579,80
Bilanzgewinn	0,00	0,00

Lagebericht 2019

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

a) Entwicklung der Branche

Nach der aktuellen Erhebung von The Nielsen Company stiegen die gesamten Werbeaufwendungen in Deutschland im Jahr 2019 um 1,9 % auf 32,60 Mrd. € und verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Mediengattungen:

Die Fernsehwerbung verbuchte 15,62 Mrd. €, was einem Plus von 0,6 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Das Werbevolumen der Tageszeitungen sank in diesem Zeitraum um 1,4 % auf 4,94 Mrd. €, wobei Rubriken Anzeigen in die Nielsen Statistik nicht mit einbezogen werden. Publikumszeitschriften verzeichneten bei einem Werbeumsatz von 3,22 Mrd. € ein Minus von 2,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Werbeeinnahmen mit Plakaten etc. stiegen um 5,8 % auf 1,60 Mrd. €. Fachzeitschriften verzeichneten ein Minus von 3,9 % auf 0,37 Mrd. €. Das Medium Kino verbuchte ein Plus seiner Bruttowerbeerlöse in Höhe von 16,2 % auf 0,16 Mrd. €. In 2019 erzielte Online (Internet + Mobile) Werbeeinnahmen in Höhe von 3,84 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg von 7,9 %. Die Werbeumsätze im Hörfunkmarkt sind im Jahr 2019 um 1,6 % auf 1,99 Mrd. € gestiegen. Der Radiomarktanteil im Umfeld der übrigen klassischen Mediengattungen ist mit 6,5 % gegenüber dem Vorjahr (6,4 %) leicht erhöht. Der Werbemarkt in NRW sank gegenüber dem Vorjahr um 3,3 %. Die Bruttowerbeerlöse von radio NRW sind jedoch im Vergleich zum Vorjahr nach der Statistik von The Nielsen Company um 0,8 % gewachsen. In Nielsen II ist der Marktanteil von 50,2 % auf 52,3 % gestiegen. Den um rund 2,6 % gestiegenen Umsatzerlösen von radio NRW standen im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegene Aufwendungen für Personal sowie für Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen gegenüber. Das operative Ergebnis der radio NRW GmbH stieg um 3,8 %.

b) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die im Berichtszeitraum von der Betriebsgesellschaft erzielten Umsatzerlöse verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Erlösarten:

	2019 T€	2018 T€	Differenz T€
lokale Spoterlöse	763	840	-77
Erlöse Verbundwerbung	577	556	21
Erlöse radio NRW	519	481	38
Erlöse Sponsoring	331	300	31
Provisionserstattungen Fremdsender	50	47	3
Erlöse Spotproduktion	45	42	3
Interneterlöse	23	8	15
Erlöse Sende- und Leitungskosten	14	14	0
Werbekostenzuschüsse radio NRW	11	15	-4
Kabelweiterleitung	6	6	0
Warenverkäufe	4	4	0
Vermittlungserlöse	1	1	0
	2.344	2.314	30

Die Umsatzerlöse sind insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 30 T€ gestiegen. Während die lokalen Spoterlöse um 77 T€ bzw. 9,2 % gesunken sind, haben die Erlöse radio NRW um 38 T€ bzw. 7,9 % sowie die Erlöse Sponsoring um 31 T€ bzw. 10,3 % zugenommen.

c) Investitionen

Die Investitionen des Geschäftsjahres beliefen sich auf 23 T€ für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Die Abschreibungen betragen 21 T€ im Geschäftsjahr.

d) Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2019 einen angestellten Verkäufer und zwei freie Handelsvertreter. Weiteres Personal (Verkauf, Marketing, Disposition/Verwaltung, Digital) wurde von der Lokalfunk Dortmund Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG an die Berichtsgesellschaft weiterberechnet.

2. Darstellung der Lage

a) Vermögenslage

Barentnahmen von den Privatkonten der Gesellschafter in Höhe von 260 T€ wurden im Juli 2019 an die Gesellschafter entsprechend ihrer Beteiligungsquoten verteilt.

b) Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2019 standen jederzeit ausreichende Finanzmittel zur Verfügung, Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit waren ständig gegeben. Der einfache Cashflow (Summe aus Jahresüberschuss und Abschreibungen) ist von 276 T€ in 2018 auf 209 T€ in 2019 gesunken. Die Liquidität II. Grades (Summe aus liquiden Mitteln und kurzfristigen Forderungen bezogen auf die kurzfristigen Verbindlichkeiten) hat von 129,2 % auf 133,7 % zugenommen.

c) Ertragslage

Der Jahresüberschuss hat von 239 T€ in 2018 um 21,3 % auf 188 T€ in 2019 abgenommen. Dieser Ergebnismrückgang ist hauptsächlich auf höhere sonstige betriebliche Aufwendungen sowie gestiegene Kostenerstattungen an die Veranstaltergemeinschaft zurückzuführen.

d) Kennzahlen

Folgende Kennzahlen dienen der weiteren Bewertung des Jahresabschlusses der Gesellschaft im Berichtszeitraum:

Bezeichnung	Formel	2019 %	2018 %
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Steuern} + \text{Finanzergebnis}}{\text{Bilanzsumme}}$	25,7	32,0
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Steuern}}{\text{Umsatzerlöse}}$	9,5	12,7
Rohergebnisquote	$\frac{\text{Rohergebnis}}{\text{Umsatzerlöse}}$	66,7	68,2

3. Zukünftige Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2019 lag die Gesamtausschüttung des Rahmenprogrammanbieters radio NRW an die Lokalstationen mit 23,59 Mio. € rund 3,2 % unter dem Vorjahr. Da die durchschnittliche Stundenreichweite von Antenne Unna in der ausschüttungsrelevanten Zielgruppe 14-49 mo-fr von 5,4 % im Vorjahr auf 8,6 % in der E.M.A. 2019 I gestiegen ist, hat sich der Anteil von Antenne Unna an der Ausschüttung im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Der Anteil von Antenne Unna an der Gesamtausschüttungssumme von radio NRW wird 2020 noch höher ausfallen als im Jahr 2019, da laut E.M.A. 2020 I die durchschnittliche Stundenreichweite in der Zielgruppe 14-49 mo-fr nunmehr auf 10,1 % gestiegen ist.

Nach Geschäftsjahresschluss wurde Antenne Unna, wie viele andere Unternehmen auch, von der Corona-Krise erheblich getroffen. Aufgrund der Auswirkungen der Maßnahmen von Bund und Ländern haben Kunden bereits bestehende Aufträge storniert bzw. war ein spürbarer Rückgang bei den Neuaufträgen festzustellen. Die ursprünglichen Erwartungen im Hinblick auf die Umsatzerlöse und das Ergebnis der Gesellschaft werden im Geschäftsjahr 2020 deutlich verfehlt werden.

Rechtliche Gefährdungspotenziale sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

Dortmund, den 7. Mai 2020

gez. Marco Morocutti
Geschäftsführer

4. Beteiligungen auf Kreisebene

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit anderen Städten und Gemeinden aus dem Kreis Unna an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH
- Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Die Unternehmen werden im vierten Kapitel dargestellt.

Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH



4.1. Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Friedrich-Ebert-Straße 32 59425 Unna	Telefon: 02303 28270 Fax: 02303 2827-99 E-Mail: info@ukbs.de Internet: www.ukbs.de	Gründung am: 19.08.1939 Letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages am: 02.09.2020

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen im Kreis Unna und in der Stadt Hamm. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	40,8	1.061.850,00
Kreisstadt Unna	14,7	381.150,00
Stadt Bergkamen	14,0	364.000,00
Stadt Kamen	11,0	286.000,00
Stadt Hamm	6,6	171.600,00
Stadt Fröndenberg	4,9	127.400,00
Gemeinde Bönen	3,0	78.000,00
Stadt Selm	3,0	78.000,00
Gemeinde Holzwickede	2,0	52.000,00
Gesamt:	100,0	2.600.000,00

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Matthias Fischer

Vergütung der Geschäftsführung

Nach Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB macht der Geschäftsführer, Herr Fischer, bezüglich der Geschäftsführerbezüge von der Schutzklausel Gebrauch.

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	Volker König	RM Gerhard Heckmann (CDU)
2.		BM Werner Kolter (Verw.)	1. Bg Jens Toschläger (Verw.)

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 05.07.2019	BM Werner Kolter (Verw.)	N.N.
ab 05.07.2019	BM Werner Kolter (Verw.)	1. Bg Jens Toschläger (Verw.)

Vergütung des Aufsichtsrates
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.
Der Jahresabschluss 2019 der UKBS weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 54.200,00 € aus. Eine individualisierte Auflistung erfolgt durch die UKBS nicht.

Gesellschafterversammlung			
Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2019	2018
Angestellte		
in Vollzeit	25	24
in Teilzeit	8	4
Auszubildende	2	2
Aushilfen	0	0
Gesamt	35	30

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	16.139	29.514	40.140
II. Sachanlagen	103.362.831	102.386.842	102.243.375
III. Finanzanlagen	4.160	4.160	4.160
Summe Aktiva	103.383.131	102.420.516	102.287.675
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	6.631.478	6.181.345	6.341.497
II. Forderungen	60.274	76.905	91.657
III. Kassenbestand	5.313.947	1.616.119	849.729
Summe Umlaufvermögen	12.005.699	7.874.369	7.282.883
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Aktiva	115.388.830	110.294.885	109.570.558
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000	2.600.000	2.600.000
II. Kapitalrücklage	-	-	-
III. Gewinnrücklage	23.564.589	21.259.425	20.970.439
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	-	-	-
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	917.184	944.960	912.986
Summe Eigenkapital	27.081.773	24.804.384	24.483.425
B. Rückstellungen	366.308	478.605	384.802
C. Verbindlichkeiten	87.685.181	84.735.030	84.404.168
D. Rechnungsabgrenzungsposten	255.568	276.865	298.163
Summe Passiva	115.388.830	110.294.884	109.570.558

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	18.115.204	18.157.575	17.878.071
Erhöhung des Bestandes	465.364	177.463	360.162
Andere aktivierte Eigenleistungen	457.702	291.239	270.214
sonstige betriebliche Erträge	2.279.552	262.621	234.946
Aufwendungen f. Hausbewirtschaftung	- 9.146.386	- 8.383.990	- 8.869.587
Personalaufwand	- 2.222.106	- 2.113.988	- 1.953.199
Abschreibung	- 3.544.847	- 3.556.493	- 3.536.635
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.124.518	- 1.213.843	- 1.225.399
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.337	1.094	872
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.644.470	1.582.312	- 1.478.150
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 168.928	- 175.732	- 66.546
Ergebnis nach Steuern	3.650.433	1.663.383	1.614.749
Sonstige Steuern	- 749.044	- 718.424	- 701.763
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	2.901.389	944.960	912.986
Bilanzgewinn nach Einstellung in andere Gewinnrücklage	917.184		

Verwendung des Jahresergebnisses 2019

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2019 der UKBS am 14.06.2020 festgestellt und beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn eine Gewinnausschüttung in Höhe von 624.000 € (= 24% der Stammeinlage) vorzunehmen und den Restbetrag in Höhe von 293.2 T€ in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen. Bezogen auf die Höhe der Stammeinlage hat die Kreisstadt Unna im Jahr 2019 einen Bruttobetrag von 91.476 € erhalten.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

Allgemein

Die deutsche Wirtschaft ist 2019 im zehnten Jahr in Folge gewachsen und verzeichnet damit die längste Wachstumsperiode im vereinten Deutschland. Allerdings hat das Wachstum 2019 deutlich an Schwung verloren.

Den stärksten Zuwachs verzeichnete das Baugewerbe mit einem Plus von 4,0 %, das damit, trotz vielfach beklagten Kapazitätsengpässen und Fachkräftemangel, so stark zulegen konnte wie seit fünf Jahren nicht mehr.

Im Jahr 2020 wird sich nach Meinung der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute die gespaltene Konjunkturentwicklung in Deutschland fortsetzen: Während die Wertschöpfung der binnenorientierten Dienstleistungsbereiche sowie der Bauunternehmen weiter zunimmt, befindet sich das verarbeitende Gewerbe in einer Rezession.

Trotz der anhaltenden Preissteigerung werden die Wohnungsbauinvestitionen auch 2020 Motor der Bauwirtschaft bleiben. Nach Schätzung der Institute dürften sie um rund 3,6% steigen.

Die konjunkturellen Eckpfeiler für den Wohnungsbau bleiben auch 2020 weiterhin positiv: Eine hohe Erwerbstätigkeit, reale Einkommenszuwächse, anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen sowie eine weiterhin hohe Zuwanderung in die Ballungsgebiete sorgen für solide Neubaunachfrage in den größten Städten und zunehmend auch ihrem Umland. Allerdings fällt die Dynamik dieser Impulse schwächer aus als in den Boomjahren. So ist 2020 mit einem hohen, aber leicht rückläufigen Genehmigungsvolumen im Wohnungsbau von 349.000 Wohneinheiten auszugehen. Dies entspricht einem Rückgang von 0,5%.

Wohnungsmarkt im Kreis Unna

Während des für die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen nach Einschätzung der Wohnungsmarkttakteure relativ unproblematisch ist, eine passende Wohnung in den Kommunen des Kreises Unna zu finden, so stellt sich die Situation für einkommensschwächere Haushalte sowie Haushalte, die auf eine barrierearme/-freie Ausstattung der Wohnung angewiesen sind (z. B. Ältere, Mobilitätseingeschränkte), anders dar. Für sie steht aktuell und perspektivisch nicht genug Wohnraum zur Verfügung.

Es ist davon auszugehen, dass der Bedarf an kleinen bzw. an barrierearmen/-freien Wohnungen im Zuge des demografischen Wandels wachsen wird.

Als ein wichtiges Instrument, nachhaltig für ausreichenden Wohnraum im Segment preisgünstigen (Miet-)Wohnungen zu sorgen, wird der öffentlich geförderte Wohnungsbau bewertet. Nach Einschätzung der Kommunen reicht der Bestand an öffentlich geför-

derden Wohnungen jedoch aktuell nicht aus. Zudem wird auch ein Defizit beim Neubau geförderter Wohnungen gesehen.

Wohnungsverwaltung

Die Vermietungssituation der UKBS hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2019

2.866	Wohnungen und
39	Büro- und sonstige Einheiten
	in insgesamt 411 Häusern
1	Parkhaus mit 81 Stellplätzen
467	Garagen

mit einer Gesamtwohn-/nutzfläche von 202.800,14 m² umfasst.



	Anzahl Wohnungen
Bergkamen	410
Bönen	254
Fröndenberg	187
Hamm	284
Holzwickede	184
Kamen	360
Selm	56
Unna	1.131
Gesamt	2.866

Für die Mieter bestand auch 2019 ein günstiges Preis-/Leistungsverhältnis. Die Mieten lagen auch in 2019 überwiegend unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Im Berichtsjahr waren 218 Mieterwechsel (2018: 252 Mieterwechsel) zu verzeichnen. Dies entspricht einer Fluktuationsrate von 7,1% (2018: 8,2 %).

Am Bilanzstichtag lag der Leerstand bei 63 Wohnungen (2018: 63 Wohnungen) mit einer Leerstandsquote in Höhe von 2,2 % (2018: 2,1%). Der modernisierungs-/abrissbedingte Leerstand davon betrug 23 Wohnungen (2018: 27 Wohnungen).

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 254,8 T€ (2018: 253,3T€). Von den Kosten entfallen 50,7 T€ (2018: 35,9T€) auf modernisierungs-/abrissbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 69,3 T€ (2018: 62,9 T€) Betriebskosten enthalten.

In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 85,4 T€ (2018: 94,2 T€) enthalten. Diese Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass viele Haushalte oft überschuldet sind, von Arbeitslosigkeit betroffen oder finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter erhalten. Die Rückzahlung ist oft nur in kleinen Raten und über einen längeren Zeitraum möglich.

Die Verbesserung unseres Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.915 T€ (2018: 3.592 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2019 in Relation zur Sollmiete rd. 32,0 % (Vorjahr: 29,3 %) verausgabt. Dies sind 18,90 € pro durchschnittliche m² Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 17,28€ pro durchschnittliche m²).

Neubautätigkeit

Bergkamen

Im Januar 2015 wurde ein 2.974 m² großes Grundstück in Bergkamen, Rathausplatz 4, erworben. Der Baubeginn erfolgte Ende 2017.

Es entsteht ein Wohngebäude mit 30 WE sowie 5 Gewerbeeinheiten. Die Fertigstellung ist geplant Ende 2. Quartal 2020.

Im Mai 2019 wurde ein 2.244 m² großes Grundstück in Bergkamen erworben. Geplant ist der Neubau einer Kindertagesstätte. Der Baubeginn erfolgt im 1. Quartal 2020. Die Fertigstellung ist geplant im 2. Quartal 2021.

Holzwickede

Errichtung von 2 Kindertagesstätten auf 2 Erbpachtgrundstücken. Der Baubeginn erfolgte jeweils im 4. Quartal 2019. Die Fertigstellung ist jeweils im 4. Quartal 2020 geplant.

Kamen

Im November 2018 wurde ein 5.405 m² großes Grundstück in Kamen, Wilhelm-Bläser-Str./Eilater Weg erworben. Es erfolgt eine Bebauung mit 30 WE sowie einer Tiefgarage. Die Fertigstellung ist geplant im 4. Quartal 2021.

Unna

Mit dem Anbau/Erweiterung einer Kindertagesstätte in Unna, Erlenweg, wurde im 4. Quartal 2019 begonnen. Fertigstellung ist geplant im 4. Quartal 2020.

Mit dem Neubau eines Wohngebäudes mit 8 WE in Unna, Vinckestraße, wurde im 4. Quartal 2019 begonnen. Fertigstellung ist geplant im 4. Quartal 2020.

In Bauvorbereitung befinden sich:

- Neubau einer Kindertagesstätte in Unna
- Neubauten von Bestandsobjekten in Bergkamen, Kamen, Selm und Unna.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen	in	2019	2018	2017
Gesamtkapitalrentabilität	%	4,1	2,4	2,2
Eigenkapitalrentabilität	%	11,3	4,5	4,0
Eigenkapitalquote	%	23,5	2,5	22,3
Fremdkapitalquote	%	69,5	70,2	69,6
Cashflow	T€	6.430	4.470	4.431
Durchschnittliche Sollmiete	€/m ² /mtl.	4,97	4,97	4,84
Modernisierung und Instandhaltung	€/m ²	18,90	17,28	18,96
Erlösschmälerungen Sollmiete	%	1,5	1,5	1,2
Fluktuationsquote	%	7,1	8,2	8,1
Leerstandsquote am Bilanzstichtag	%	2,2	2,1	1,5
- davon mod./abrissbed. Leerstand	%	0,8	0,9	0,0

Darstellung der Lage

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wird ein Jahresüberschuss von 2.901,4 T€ (2018: 945,0 T€) ausgewiesen. Dieser wurde im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

GuV-Analyse	2019 T€	%	2018 T€	%	Veränderung T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung (einschl. Bestandsveränderungen)	18.763	96,5	18.136	97,7	627
Andere aktivierte Eigenleistungen	458	2,4	291	1,6	167
Gesamtleistung	19.221	98,9	18.427	99,3	794
Andere betriebliche Erträge	220	1,1	124	0,7	96
Betriebsleistung	19.441	100,0	18.551	100,0	890
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	9.146	47,0	8.134	43,8	1.012
Personalaufwand	2.222	11,4	2.114	11,4	108
Abschreibungen	3.545	18,2	3.556	19,2	-11
Andere betriebliche Aufwendungen	1.001	5,1	907	4,9	94
Zinsaufwand	1.640	8,4	1.577	8,5	63
Sonstige Steuern	749	3,9	719	3,9	30
Aufwendungen für die Betriebsleistung	18.303	94,0	17.007	91,7	1.296
Betriebsergebnis	1.138	6,0	1.544	8,3	-406
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-4		-5		1
Neutrales Ergebnis	1.936		-418		2.354
Ergebnis vor Ertragsteuern	3.070		1.121		1.949
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-169		-176		7
Jahresüberschuss	2.901		945		1.956
Einstellung Andere Gewinnrücklage	1.984		0		1.984
Bilanzgewinn	917		945		-28

Das Altenwohn- und Pflegeheim in Unna wurde in 2019 an die AW-Versorgungsgesellschaft mbH zu einem Preis von 4.100 € verkauft. Der Aufsichtsrat hatte in seiner Sitzung vom 20.11.2019 beschlossen, den Buchgewinn in Höhe von 1.984,2 T€ in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den verbleibenden Liquiditätsüberschuss in Höhe von 4.036,6 T€ für die Neubautätigkeit zu verwenden.

Vermögens- und Finanzlage

Strukturbilanz	2019 T€	%	2018 T€	%	Veränderung T€
Vermögensstruktur					
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	16	0,0	30	0,0	-14
Sachanlagen	103.363	89,5	102.387	92,8	976
Finanzanlagen	4	0,00	4	0,0	0
	103.383	89,5	102.421	92,8	962
Umlaufvermögen					
<i>kurzfristig</i>					
Unfertige Leistungen und Vorräte	6.591	5,7	6.142	5,6	449
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	5.314	4,7	1.616	1,5	3.698
übrige Aktiva	101	0,1	116	0,1	-15
	12.006	10,5	7.874	7,2	4.132
Gesamtvermögen	115.389	100,0	110.295	100,0	5.094
Kapitalstruktur					
Eigenkapital (ohne Dividende)					
<i>langfristig</i>					
Stammkapital/Geschäftsguthaben	2.600	2,3	2.600	2,4	0
Kapitalrücklage	23.564	20,4	21.259	19,3	2.305
Ergebnisrücklagen/Bilanzgewinn	917	0,8	945	0,8	-28
	27.081	23,5	24.804	22,5	2.277
Fremdkapital/Rückstellungen/ Verbindlichkeiten					
<i>langfristig</i>					
Rückstellungen	171	0,1	166	0,1	5
Verbindlichkeiten	80.141	69,5	77.419	70,2	2.722
Rechnungsabgrenzungsposten	256	0,2	277	0,3	-21
	80.568	69,8	77.862	70,6	2.706
<i>kurzfristig</i>					
Rückstellungen	196	0,2	313	0,3	-117
Erhaltene Anzahlungen	6.563	5,7	6.534	5,9	29
übrige Verbindlichkeiten und RAP	981	0,8	782	0,7	199
	7.740	6,7	7.629	6,9	111
Gesamtkapital	115.389	100,0	110.295	100,0	5.094

Die Bilanzsumme beträgt am 31.12.2019 115,4 Mio. € (2018: 110,3 Mio. €).

Den Vermögenswerten des Anlagevermögens in Höhe von 103,4 Mio. € (2018: 102,4 Mio. €) standen langfristige Deckungsmittel aus Eigen- und Fremdkapital in Höhe von 107,7 Mio. € (2018: 102,7 Mio. €) gegenüber.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 89,5% (2018: 92,8%).

Die Eigenkapitalquote beträgt 23,5%.

Bei der z.Zt. vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Zweckerreichung

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2019 entsprochen.

Risikobericht

Risikomanagement

Wesentliche Elemente des von der Geschäftsführung entwickelten Risikomanagementsystems sind:

- Risikohandbuch
- Risikokennzahlen mit Festlegung kritischer Werte
- mehrjährige Finanz- und Ertragsplanung
- regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat

Risiken der künftigen Entwicklung

Ein wesentlicher Teil der derzeitigen Nachfragesituation richtet sich an 1- und 2-Zimmer-Wohnungen sowie bezahlbaren Wohnraum. Dieser Entwicklung werden wir u.a. dadurch Rechnung tragen, dass beim Neubau überwiegend kleinere Wohnungen errichtet werden.

Gerade als kommunales Unternehmen beobachten wir die Entwicklung in den verschiedenen Quartieren, in denen wir mit Wohnungen vertreten sind. Um eine langfristige Vermietung zu gewährleisten, ist es notwendig, zusammen mit anderen Partnern für die Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität zu sorgen.

Das Thema Neubau von Wohnraum ist verbunden mit der Entwicklung von Baukosten. Die Baukosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen und steigen weiter. Hinzu kommt, dass sich die Bauunternehmen aufgrund der Auftragslage zum Teil nicht mehr an Ausschreibungen beteiligen.

Die Erhaltung der Wirtschaftlichkeit von Bauprojekten und der Bezahlbarkeit von Wohnraum wird nicht nur für unser Wohnungsunternehmen eine Herausforderung sein. Daher wird die Finanzierung über den Kapitalmarkt eine wichtige Komponente sein. Daneben gilt es zu prüfen, ob serieller und modularer Wohnungsbau eine zukünftige Alternative wird.

Das Thema „Klimaschutz“ wird unser Unternehmen vor neue Herausforderungen stellen. In 2020 werden wir eine Klimastrategie erarbeiten, um die geforderten, klimapolitischen Ziele für 2030 und 2050 zu erreichen.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die Marktfähigkeit unseres Wohnungsbestandes bleibt auch zukünftig von hoher Bedeutung.

Auch im Jahr 2019 wurde durch die regelmäßigen Modernisierungen unseres Hausbestandes gewährleistet, dass unser Wohnungsangebot am Markt weiterhin Chancen haben wird.

Wir haben beschlossen, Objekte mit Ausstattungsstandards, die vom Markt langfristig nicht mehr akzeptiert werden, rückzubauen oder durch Neubauten zu ersetzen, damit langfristig die Wirtschaftlichkeit und Vermietbarkeit erhalten werden kann.

Grundsätzlich aber wollen wir die Attraktivität unseres Wohnungsbestandes erhalten und verbessern. Der zukünftige Schwerpunkt soll auf barrierefreien und -armen Maßnahmen liegen. Dazu gehört weiterhin die Schaffung eines ansprechenden Wohnumfeldes.

Ergänzt werden diese zeitgemäßen Optimierungen durch Service-Angebote rund um das Wohnen und die verschiedensten Projekte für alle Mietergruppen. Das Ziel der Gesellschaft wird es sein, den älteren Mietern durch verschiedenste Maßnahmen zu ermöglichen, so lange wie möglich in den eigenen 4 Wänden zu verbleiben.

Eine weitere Herausforderung sind die Anforderungen der Digitalisierung („Wohnungswirtschaft 4.0“). In diesem Zusammenhang haben und werden wir Projekte umsetzen. Wir beschäftigen uns mit den Möglichkeiten und Nutzen der Digitalisierung für unsere Mitarbeiter und unser Unternehmen.

Des Weiteren übernehmen wir eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sorgen als kommunales Wohnungsunternehmen durch eine moderate Mietzinspolitik dafür, dass qualitativer Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung auch künftig bezahlbar bleibt.

Finanzierungsmaßnahmen

Das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm konnte mit eigenen Mitteln durchgeführt werden.

Zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres besteht ein Finanzderivat (Zinsswap). Im Rahmen der Absicherung des Zinsänderungsrisikos wurde eine Bewertungseinheit nach § 254 HGB gebildet, bestehend aus dem variabel verzinslichen Darlehen (Grundgeschäft) und einem Zinsswap (Sicherungsgeschäft).

Forward-Darlehen zur Anschlussfinanzierung bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Ein Ausfallrisiko besteht nur bei einem Teil von Mietforderungen. Diesem Risiko wird durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Prognosebericht

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2020 stellt sich die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens weiterhin planmäßig dar. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 weist einen Bilanzgewinn in Höhe von 994 T€ aus.

Die Modernisierung und Wohnwertverbesserung des eigenen Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den nächsten Jahren von Bedeutung. Bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen werden die Ergebnisse des Portfoliomanagements und die Auswirkungen des demografischen Wandels einfließen.

Ein Bedarf an Wohnformen für Senioren (z.B. Mehrgenerationenwohnen, Betreutes Wohnen, Senioren-Wohngemeinschaften) ist weiterhin vorhanden. Bei der Planung von Neubauobjekten orientiert sich unsere Gesellschaft an den Bedürfnissen des Marktes sowie an den Interessen ihrer Gesellschafter.

Die Gesellschaft wird ihre Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung, einzustellen und um die Herausforderung des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.

Unna, den 24.02.2020

gez. Fischer

Geschäftsführer

Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH



4.2. Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Lünener Str. 13 59174 Kamen	Telefon: 02307 209-0 Fax: 02307 209-35 E-Mail: info@vku-online.de Internet: www.vku-online.de	Gründung im Jahr: 1907 Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom: 24. April 2017

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren (z.B. Bussen, Kleinbussen, Taxen), die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH	50,18	1.935.170,00
Stadt Lünen	16,39	632.050,00
Kreisstadt Unna	9,18	353.910,00
Stadt Kamen	8,07	311.320,00
Stadt Bergkamen	7,68	296.030,00
Stadt Werne	5,13	197.970,00
Gemeinde Bönen	1,38	53.220,00
Gemeinde Holzwickede	1,10	42.280,00
Stadt Selm	0,89	34.150,00
Gesamt	100,00	3.856.100,00

Beteiligungen der VKU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	14,29	316.360,00
Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH	3,57	1.000,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH verzichtet.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Aufsichtsrat

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns

Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Sachbezüge	Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
10.833,00 €	25.000,00 €	171.085,30 €	206.918,30 €
<p>Der Geschäftsführer erhält seine Bezüge von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH, welche die Geschäfte der Gesellschaft im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrages führt.</p> <p>Zugunsten Herrn Pieperjohanns wurde im Geschäftsjahr ein Betrag von 12.000,00 € in eine Unterstützungskasse sowie ein Betrag von 1.752,00 € in eine Direktversicherung eingezahlt. Weitere Altersversorgungszusagen bestehen gegenüber Herrn Pieperjohanns nicht.</p>			

Aufsichtsrat		
Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.		BM Werner Kolter (Verw.)

Vergütung des Aufsichtsrates	
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.	
Der Jahresabschluss 2019 der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 3.120,00 € aus.	
Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, Herrn Bürgermeister Kolter, ein Betrag in Höhe von 180,00 €.	

Gesellschafterversammlung		
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	RM Wolfgang Ahlers
2.		1. Bg Jens Toschläger (Verw.)

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied
bis 01.04.2019	1. Bg Karl-Gustav Mölle (Verw.)
ab 01.04.2019	N.N.
bis 05.07.2019	N.N.
ab 05.07.2019	1. Bg Jens Toschläger (Verw.)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2019	2018
Angestellte		
in Vollzeit	213	241
in Teilzeit	38	41
Auszubildende	5	5
Aushilfen	0	34
Gesamt	256	321

Hinweis: Die deutliche Veränderung der Mitarbeiterzahl resultiert aus der Verschmelzung der VKU-Verkehrsdienst GmbH auf die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) zum 01.01.2018.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	305.476	104.237	66.793
II. Sachanlagen	12.418.696	14.071.670	13.527.289
III. Finanzanlagen	336.925	337.414	360.961
Summe Aktiva	13.061.096	14.513.321	13.955.043
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	198.288	239.824	167.932
II. Forderungen	11.186.170	7.538.425	11.693.105
III. Kassenbestand	970.257	882.321	1.041.232
Summe Umlaufvermögen	12.354.715	8.660.570	12.902.269
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.595	513	429
Summe Aktiva	25.426.406	23.174.404	26.857.741
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.856.100	3.856.100	3.856.100
II. Kapitalrücklage	792.496	792.496	792.496
III. Gewinnrücklage	-	-	-
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	- 152.946	- 152.946	- 152.946
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-	-
Summe Eigenkapital	4.495.650	4.495.650	4.495.650
B. Rückstellungen	2.074.319	2.792.797	2.533.616
C. Verbindlichkeiten	18.846.231	15.574.435	19.422.414
D. Rechnungsabgrenzungsposten	10.205	311.522	406.061
Summe Passiva	25.426.405	23.174.404	26.857.741

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	33.177.741	31.192.468	29.494.212
sonstige betriebliche Erträge	657.084	400.237	398.522
Materialaufwand	- 16.337.809	- 18.139.329	- 18.767.248
Personalaufwand	- 13.437.208	- 9.634.274	- 7.629.899
Abschreibung	- 2.196.895	- 2.152.351	- 1.989.699
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.689.376	- 1.486.142	- 1.334.083
Erträge aus Beteiligungen	60	60	60
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	145	329	258
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 155.412	- 160.590	- 154.731
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
Ergebnis nach Steuern	18.330	20.410	17.392
Sonstige Steuern	- 18.330	- 20.410	- 17.392
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	0	0	0

Refinanzierungsvereinbarung

Zwischen dem Kreis Unna und den weiteren Gesellschaftern besteht eine Refinanzierungsvereinbarung, wonach der jährliche Fehlbedarf der VKU über den Kreishaushalt abgewickelt wird. Vom Fehlbetrag werden, nach Abzug der individuellen Abrechnungen für z.B. Ortslinien-, Regional- oder Schülerverkehre, 50% von den beteiligten Gemeinden nach einem Betriebsleistungsschlüssel erstattet.

Der Kreis Unna hat mit Schreiben vom 21.07.2020 den Kommunen die Aufwandsersatzleistungen in Rechnung gestellt. Der Anteil der Kreisstadt Unna für das Geschäftsjahr 2019 beträgt 872.788,23 € (Vorjahr: 717.851,84 €).

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Öffentliche Zwecksetzung

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft besteht in der Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten. Sie erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Omnibussen.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge und damit übt die Gesellschaft die Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung des Verkehrsgebietes aus.

Die Öffentliche Zwecksetzung wird durch diese Geschäftstätigkeit erfüllt.

2. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie mit dem Kreis Unna, der gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs trägt.

Grundlage der Betriebs- und Geschäftsführung ist Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag mit der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH, Münster (WVG).

Auf einer Linienlänge von rd. 2.000 km wird öffentlicher Linienverkehr gemäß § 42 und § 43 PBefG betrieben.

Bei der Angebots- und Tarifgestaltung ist die Gesellschaft in die Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe integriert.

Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit rd. 25 regionalen privaten Omnibusunternehmen, die ca. 49,4 % (Vorjahr: 49,9 %) der Gesamtleistung im Auftrag der VKU erbringen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland ist im Jahr 2019 nur leicht um 0,6 % gewachsen. Damit lag sie auf einem niedrigeren Niveau als in 2018 mit einem Wachstum von 1,5 % (statistisches Bundesamt). In der gesamten Eurozone betrug das Wachstum 1,2 % für 2019 und 1,9 % für 2018 (Eurostat). Die ÖPNV-Unternehmen im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dazu gehört auch die WVG Unternehmensgruppe, beförderten rd. 10,4 Mrd. Fahrgäste in 2019. Busse und Bahnen ersetzen lt. VDV damit jeden

Tag 20 Mio. Autofahrten auf deutschen Straßen. Die Erträge der VDV-Unternehmen betragen im Berichtsjahr inkl. Ausgleichszahlungen etwa 13,3 Mrd. EUR.

Die VKU verzeichnete im Berichtsjahr einen Anstieg der Fahrgastzahlen von 1,31 %. Bei den Erträgen erzielte das Unternehmen eine Steigerung von 2,62 %.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung stellt zwar einen Einflussfaktor für die Gesellschaft dar, weitaus bedeutender sind jedoch für die Entwicklung der VKU die branchenspezifischen Rahmenbedingungen im wettbewerblichen und rechtlichen Umfeld.

Seit 2011 gilt für den Kreis Unna die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 an die VKU als internen Betreiber. Mit der Direktvergabe wurde der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2020 sichergestellt.

2. Geschäftsverlauf

Weiterhin anhaltende Kostensteigerungen, insbesondere Tarifierungsanhebungen für Mitarbeiterentgelte, Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen sowie weiterhin rückläufige Schülerzahlen prägen den Geschäftsverlauf im Berichtsjahr.

Linienverkehrserlöse steigen gegenüber dem Vorjahr um 2,62 %. Nachzahlungen aus dem Einnahmenausgleich und Ausgleichsleistungen durch die Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG für Vorjahre waren positive Einflussfaktoren im Berichtsjahr.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-Ist-Vergleich überwacht.

Die VKU beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich rd. 251 Mitarbeiter und 5 Auszubildende. Davon waren 38 Teilzeitbeschäftigte. Das Unternehmen hat mit aufgestockten Budgets auch in diesem Berichtsjahr die Weiterbildung und die Gesundheit der Mitarbeiter zielgerichtet gefördert.

Als Mobilitätsdienstleister transportierte die VKU im Berichtsjahr rd. 14,9 Mio. Fahrgäste und leistet damit einen aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Weitere Projekte wie NimmBus im Rahmen des Kreisentwicklungsprogramms oder die Einführung von eTickets und deren Onlinevertrieb seit August 2019 über die fahrtwind-App nach dem Westfalentarif, CarSharing als Kooperationspartner, Fahrradbuslinien im Freizeitverkehr, AzubiAbo-Westfalen und Echtzeitinformation auf Kunden-Smartphones sind lediglich einige Beispiele dafür, wie sehr sich die VKU an den Kunden, deren Mobilität und Umweltschutz orientiert.

Das Unternehmen hat die bereits abgeschlossene Sanierung der IT-Infrastruktur weiter optimiert. In den Folgejahren wird die Harmonisierung der IT-Landschaft durch die Einführung eines ERP-Systems im Vertrieb und mit dem Projekt Digitalisierung 2.0 fortgesetzt.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Erträge im Linienverkehr gemäß Ertragsstatistik stiegen um 2,62 %. Während diese im Jedermannverkehr um rd. 3,91 % stiegen, blieb der Ausbildungsverkehr auf Vorjahresniveau.

Das Ergebnis des Berichtsjahres wurde durch nachträgliche Einnahmenezuschüsse (1.511 TEUR) sowie Abgeltungszahlungen gemäß §11 a (410 TEUR für Vorjahre) begünstigt. Hingegen belasten niedrigere Zuschüsse aus der Korrektur der Schwerbehindertenquote für die Jahre 2017 bis 2019 das Ergebnis mit rd. 1,4 Mio. EUR.

Die Betriebsleistung betrug im Berichtsjahr rd. 8.133 Tsd. km und blieb damit auf dem Vorjahresniveau.

Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkte sich der im Jahresvergleich gestiegene Unterhaltungsaufwand für Omnibusse negativ aus. Weiterhin gab es Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte, durchschnittlich höhere Beschäftigtenanzahl sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Die VKU unternahm auch in diesem Berichtsjahr wirksame Gegensteuerungsmaßnahmen (z. B. Fahr- und Dienstplanoptimierung), um die Gesamtkosten den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Im Berichtsjahr wird insgesamt ein Fehlbetrag von rd. 9,68 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen ausgewiesen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-Ist-Vergleich überwacht. Das Ergebnis des Berichtsjahres lag wegen außerordentlicher Belastungen durch niedrigere SGB-Zuschüsse für 2017 (480 TEUR), 2018 (490 TEUR) sowie 2019 (400 TEUR) u.a. um rd. 1,50 Mio. EUR über dem Planwert von 8,18 Mio. EUR (wesentlicher finanzieller Leistungsindikator).

b) Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Unternehmen gesichert. Das von den Zinseffekten der langfristigen Finanzierung geprägte Finanzergebnis als Saldo von Zinserträgen und Zinsaufwendungen hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der VKU stieg im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 2.252 TEUR auf 25.426 TEUR.

Das Anlagevermögen ging um 1.452 TEUR auf 13.061 TEUR zurück. Der Rückgang ist hauptsächlich durch planmäßige Abschreibungen auf Omnibusse sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung begründet.

Das Umlaufvermögen stieg um rd. 3.694 TEUR auf 12.355 TEUR. Ursache hierfür war im Wesentlichen Forderungen aus Ausgleichszahlungen gemäß ÖDLA gegenüber dem Aufgabenträger.

Das Eigenkapital blieb mit einem Betrag von 4.496 TEUR unverändert. Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 17,7 %.

Bei den Rückstellungen war ein Rückgang um rd. 719 TEUR auf 2.074 TEUR zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten stiegen um rd. 3.272 TEUR auf 18.846 TEUR. Ursache hierfür waren im Wesentlichen höhere Kassenhilfen. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2019 wurde ein Darlehen in Höhe von 1.850 TEUR ausgezahlt.

Das Anlagevermögen ist durch langfristiges Kapital finanziert.

4. Prognose, Chancen und Risiken

4.1 Prognose

Neben den bisher bekannten Rahmenbedingungen wie begrenzte Ertragssteigerungspotenziale, demografisch bedingter Schülerrückgang, noch nicht planbare Effekte aus dem Einnahmenausgleich sowie Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal stellt die sogenannte Corona-Pandemie seit März 2020 das Unternehmen vor neue Herausforderungen.

Bund und Länder verfügten gemeinsam Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (insb. Schulschließungen, Aufruf zum Verbleib zu Hause, umfangreiche Homeoffice-Vorgaben etc.). Es wird flächendeckend ein Rückgang der Fahrgeldeinnahmen im Barverkauf von bis zu 90% verzeichnet. Darüber hinaus wird mit großer Sorge die Entwicklung bei den bisherigen Stammkunden bzw. Abo-Kunden beobachtet (VDV Handlungsempfehlungen und Leitlinien zum Umgang mit den Auswirkungen der Corona-Virus Krise in Deutschland vom 01. April 2020).

Diese Maßnahmen wirken sich damit naturgemäß auf die Einnahmenseite der Unternehmen aus. Zwar reagieren die Verkehrsunternehmen hierauf wiederum vielerorts mit einer Anpassung der Fahrpläne (z. B. durch Umstellung auf Ferien oder Wochenend-Fahrpläne) bis hin zur teilweisen Einstellung ganzer Linien bzw. Streckenabschnitte. Die Kostensenkungen durch Leistungsreduzierungen und -anpassungen können die Einnahmenausfälle jedoch nicht kompensieren, da ein Großteil der Kosten unverändert auf dem Niveau des normalen Regelbetriebes bleibt. Dies betrifft insbesondere die Personalkosten, den Kapitaleinsatz oder auch die Overhead-Kosten. Eine kurzfristige Senkung dieser Kosten, wie in Fällen von klassischen Leistungsabbestellungen, ist nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich, da die nunmehr reduzierten Leistungen eben nicht dauerhaft abbestellt wurden, sondern spätestens mit Beendigung der Krise kurzfristig oder sukzessive wieder auf „Normalniveau“ erbracht und gewährleistet werden müssen.

Das Unternehmen plante für 2020 mit einem Defizit von rd. 8.988 TEUR vor Ausgleichsleistungen, angesichts der oben beschriebenen Situation werden diese planerischen Ergebnisse jedoch nicht zu halten sein. Das Unternehmen erwartet ein höheres Defizit. Durch den inzwischen aus einem Anfang 2020 erteilten vorl. SGB Bescheid erwartet das Unternehmen ergebniswirksam a. o. Erlöse im Abschluss 2020.

Mit der Direktvergabe ist der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2020 jedoch sichergestellt. Danach leisten die Gesellschafter aus dem kommunalen Umfeld dem Unternehmen für die erbrachten Verkehrsleistungen Aufwendersatz.

4.2 Risiken und Chancen

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2010 beschlossenen Direktvergabe ist die Grundlage für den Hauptzweck der VKU bis 2020 gesichert. Das Unternehmen erwartet, dass die neue Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 an das Verkehrsunternehmen als interner Betreiber ab 2021 erfolgreich abgeschlossen wird. Damit wäre die Grundlage für den Hauptzweck des Unternehmens weiterhin gesichert.

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG Unternehmensgruppe ermöglicht, Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und umzusetzen.

Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die interne Revision überwacht.

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2010 beschlossenen Direktvergaben für die VKU und die zwei anderen ÖPNV-Unternehmen der WVG-Gruppe, ist die Grundlage für den Hauptzweck der VKU und damit der Erhalt der Gruppenstruktur mit der synergetischen Erledigung von Managementaufgaben für die Gesellschafterunternehmen bis 2020 gesichert.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich die demografische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen

Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld „Ausbildungsverkehr“. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV-Unternehmen sowie die in den nächsten Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar. Diese Herausforderung liegt insbesondere in der rechtzeitigen, angemessenen und wirtschaftlichen Neubesetzung sowie Einarbeitung von neuen Mitarbeitern und Schaffung adäquater Vertretungsstrukturen.

Die Geschäftsführung sieht sowohl in Summe als auch im Einzelnen keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Liquidität der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Finanzmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Verkehrsunternehmen gesichert. Diese wird durch eine rollierende kurzfristige monatliche Liquiditätsplanung stetig überwacht.

Für die Fahrzeugförderung nach §11 Abs. 2 ÖPNVG gelten konkrete Fördervoraussetzungen. Danach müssen 50% der Fahrplankilometer (ohne Schülerverkehre) von Fahrzeugen erbracht werden, die nicht älter als 78 Monate sind. Wenn die Gesellschaft Investitionen nicht durchführen würde, wäre künftig diese Fördervoraussetzung nicht erfüllbar. Hier wird die VKU durch Anpassung des eigenen Investitionsprogramms und Verpflichtung der Anmietunternehmer, richtlinienkonforme Fahrzeuge einzusetzen, gegensteuern.

Wirtschaftliche Risiken aus der Planung, insbesondere für die Fahrgeldeinnahmen, bestehen darin, dass für die VKU auf Basis der Vorjahre und bekannter Entwicklungen Annahmen getroffen werden. Aufgrund unerwarteter Veränderungen bei den Fahrgastzahlen sind Abweichungen bei den künftigen Fahrgeldeinnahmen gegenüber den Erwartungen möglich. Insbesondere die im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen basieren z.T. auf vorläufigen Ergebnissen der Fremdnutzerzählungen und der Auswertung der Relationslisten für das Firmenabo sowie den Schulträgerkarten der Vorjahre, welche Unschärfen beinhalten könnten.

Kamen, den 20.05.2020

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

gez. Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

WFG 

The logo consists of the letters 'WFG' in a bold, black, sans-serif font, followed by a stylized blue graphic element composed of three horizontal bars of varying lengths and a vertical bar on the right, forming a shape reminiscent of a stylized 'U' or a modern logo.

Wirtschaftsförderung Kreis Unna

4.3. Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Kreishaus Unna Fr.-Ebert-Str. 19 59425 Unna	Telefon: 02303 27-1690 Fax: 02307 27-1490 E-Mail: post@wfg-kreis-unna.de Internet: www.wfg-kreis-unna.de	Gründung am: 21.07.1961 Letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages am: 08.09.2020

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten.</p> <p>Zur Erreichung dieses Ziels werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten • Standortmarketing für den Kreis Unna • Beschaffen und Verteilen von wirtschaftsrelevanten Informationen an die kreisangehörigen Kommunen und die Unternehmen • Fördern von Existenzgründungen und der Entwicklung des Unternehmensbestands • Wissens- und Technologietransfer in kleinen und mittleren Betrieben • Fördern der beruflichen Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung im Kreis Unna

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	40,00	1.213.000,00
Stadt Bergkamen	7,37	223.600,00
Gemeinde Bönen	3,05	92.500,00
Stadt Fröndenberg	3,31	100.300,00
Gemeinde Holzwickede	3,80	115.100,00
Stadt Kamen	5,56	168.500,00
Stadt Lünen	13,78	418.000,00
Stadt Schwerte	7,23	219.300,00
Stadt Selm	3,65	110.800,00
Kreisstadt Unna	8,11	245.800,00
Stadt Werne	4,14	125.600,00
Gesamt	100,00	3.032.500,00

Beteiligungen der WFG	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Technopark Kamen GmbH	24,00	25.200,00
LÜNTEC GmbH Lünen	24,00	122.710,05
Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH	16,00	8.320,00
Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	14,25	228.000,00
newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	10,00	55.900,00

Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Wirtschaftsförderung für den Kreis Unna GmbH verzichtet.

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Dr. Michael Dannebom

Vergütung der Geschäftsführung		
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.		
Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
135.000,00 €	0,00 €	135.000,00 €

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	Verw.	BM Werner Kolter	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Vergütung des Aufsichtsrates:
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.
Der Jahresabschluss 2019 der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 9.000,00 € aus.
Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, Herrn Bürgermeister Kolter, ein Betrag in Höhe von 600,00 €.

Gesellschafterversammlung			
Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Michael Tietze	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2019	2018
Angestellte		
in Vollzeit	20	19
in Teilzeit	3	3
Auszubildende	2	2
Aushilfen	0	0
Gesamt	25	24

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.905	5.068	8.476
II. Sachanlagen	2.926.399	3.014.496	3.167.843
III. Finanzanlagen	440.130	440.130	440.130
Summe Anlagevermögen	3.368.434	3.459.695	3.616.449
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte WFG-Grundstücke	33.493.399	31.576.339	39.413.409
II. Treuhandgrundstücke	8.781.972	10.633.784	12.587.877
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.447.541	6.153.513	11.572.792
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.138.159	1.526.317	298.527
Summe Umlaufvermögen	46.861.071	49.889.953	63.872.605
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.379	785	596
Summe Aktiva	50.230.883	53.350.433	67.489.650
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.032.500	3.032.500	3.032.500
II. Kapitalrücklage	7.215.441	7.215.441	7.215.441
III. Gewinnrücklage	2.200.000	2.200.000	2.200.000
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	121.108	70.644	-163.429
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	10.317	52.464	234.073
Summe Eigenkapital	12.579.366	12.569.049	12.518.585
B. Ausgleichsposten zu Grundstücken und Beteiligungen	9.142.202	10.994.014	12.948.107
C. Rückstellungen	869.583	2.096.388	1.479.077
D. Verbindlichkeiten	27.637.500	27.690.982	40.543.881
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.232	0	0
Summe Passiva	50.230.883	53.350.433	67.489.650

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2019	2018	2017
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	2.673.497	18.012.509	5.856.860
Erhöhung des Bestandes	1.917.060	- 7.837.070	28.869.205
sonstige betriebliche Erträge	599.264	731.985	570.680
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	- 3.363.868	- 9.994.235	- 32.968.884
Personalaufwand	- 1.847.013	- 1.752.018	- 1.628.195
Abschreibungen	- 179.736	- 168.670	- 87.780
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 522.102	- 553.625	- 561.675
Erträge aus Beteiligungen	15.105	8.004	10.630
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.628	23.380	5.372
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 87.612	- 170.351	- 39.235
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 26.157	- 2.115	- 1.753
Ergebnis nach Steuern	- 819.933	- 1.090.657	25.225
Sonstige Steuern	-7.550	- 9.379	- 9.305
Erträge aus Verlustübernahme	822.700	1.150.500	218.152
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	10.317	50.464	234.072

Verwendung des Jahresergebnisses

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2019 am 20.05.2020 festgestellt und beschlossen, das Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

A. Wirtschaftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die WFG hat gemäß Gesellschaftsvertrag den Auftrag, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises Unna insbesondere durch Industrieansiedlungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten zu verbessern. Aus diesem Auftrag entstand im Laufe der Zeit die folgende Vision, die die Arbeit der WFG bis heute prägt:

„Durch unsere Arbeit verbessern wir die Chancen und Perspektiven aller Menschen und Unternehmen im Kreis Unna und entwickeln diesen zu einem attraktiven und innovativen Wirtschaftsstandort.“

Im Rahmen des Ziel-Indikatoren-Systems der WFG wurden die Haupt- und Teilziele, Handlungsfelder und Indikatoren der Arbeit der WFG erarbeitet und vom Aufsichtsrat beschlossen. Die folgenden Hauptziele lauten:

- Stärkung der Wirtschaftsstruktur, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Unternehmen,
- Erhöhung der Qualität und Quantität des Erwerbspersonenpotenzials,
- Schaffung moderner Infrastruktur für Unternehmen,
- Stärkung der Position im Wettbewerb um Unternehmen und Fachkräften.

Die Ergebnisse der in den Zielen angesprochenen Indikatoren werden durch die Arbeit der WFG positiv beeinflusst. Noch viel entscheidender sind jedoch die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene sowie die Entwicklungen in den einzelnen Betrieben im Kreis Unna. Das Geschäftsjahr stand wieder im Zeichen einer bundesweit stabilen Konjunktur mit der Tendenz zur Stagnation in den Branchen Automotive und Maschinenbau. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes lag nach Angabe des Statistischen Bundesamtes 2019 mit 0,6 Prozent zwar unter dem Vorjahresniveau, sorgte aber weiterhin für ein hohes Wachstum bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Kreis Unna legte deutlich überproportional zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) am Arbeitsort stieg von 129.353 (Juni 2018) um 3.775 (+2,9 Prozent) auf 133.128 (Juni 2019), während die Zunahme im Bund und in NRW jeweils +1,6 Prozent bzw. +1,7 Prozent betrug (Quelle: Bundesagentur für Arbeit). Damit bieten die Unternehmen im Kreis Unna inzwischen 33,72 Prozent der Einwohner und 51,12 Prozent der Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Dem Ziel, diese Quote auf Landesdurchschnitt (38,90 Prozent bzw. 58,59 Prozent) anzuheben, kommt der Kreis Unna allerdings derzeit kaum näher.

Für die Wirtschaftsförderung ist jedoch neben diesem quantitativen Ziel auch die Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze extrem wichtig. Beides zu erreichen bleibt eine große Herausforderung und ist sicherlich kurzfristig nicht realisierbar, weil die Wirtschaft in den nächsten Jahren durch die Digitalisierung enorme Veränderungsprozesse durchlaufen wird. Dennoch weisen die hochqualifizierten Beschäftigten (Akademiker) im Kreis Unna mit einem deutlich überproportionalen Wachstum von 5,3 Prozent inzwischen einen Anteil an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 9,8 Prozent auf. Dieser Anteil betrug vor 10 Jahren

noch 7,98 Prozent bei einer deutlich niedrigeren Gesamtzahl an Beschäftigten (Quelle: Bundesagentur für Arbeit).

Die kreisweite Arbeitslosenquote im Dezember nahm im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich ab und lag bei 6,6 Prozent (Vorjahr 7,1 Prozent). Kreisintern stehen die größten Herausforderungen nach wie vor in Lünen (9,2 Prozent) und Bergkamen (8,0 Prozent) an, gegenüber den Bestwerten in Werne (4,5 Prozent) und Schwerte (4,9 Prozent) (Quelle: Bundesagentur für Arbeit). Vor dem Hintergrund einiger Insolvenzen (Hoesch Schwerter Profile, Brand Vital und RSA in Schwerte), der angekündigten Schließung von Caterpillar in Lünen und der o.g. konjunkturellen Eintrübung steht zu befürchten, dass sowohl das Wachstum der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch die Verbesserung der Arbeitslosenzahlen enden wird.

Die Ausbreitung des Corona-Virus (COVID-19) stellt nicht nur Deutschland, sondern die gesamte Welt vor eine bisher in diesem Maße nicht bekannte Herausforderung. Die in vielen Ländern beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus umfassen neben unmittelbaren medizinischen Entscheidungen insbesondere die Einschränkung der sozialen Kontakte („Kontaktsperr“). Dies hat zur Folge, dass das öffentliche Leben auch in Deutschland fast zum Erliegen gekommen ist. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist es nur sehr vage abschätzbar, wie lange die eingeleiteten Maßnahmen in Kraft bleiben, welche Auswirkungen dies auf die Wirtschaftsleistung in Deutschland und konkret für die WFG nach sich zieht.

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat in drei unterschiedlichen Szenarien die Auswirkungen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland für die Jahre 2020 / 2021 skizziert. Allen Szenarien ist gemein, dass der Rückgang der Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2020 als besonders heftig beurteilt wird und danach, in unterschiedlicher Dauer, eine Abmilderung und Erholungsphase einsetzt.¹

Mit den Kernaufgaben Immobilienentwicklung und Unternehmensservice, bestehend aus der Immobilienvermarktung, der Kontaktstelle Wirtschaft, der Förderberatung, der Existenzgründungsberatung, der Fachkräftesicherung und der Innovationsförderung hat die WFG zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

¹Sachverständigenrat: „Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie“, 20.03.2020

Immobilienentwicklung und Vermarktung

Die Entwicklung von neuen Industrie- und Gewerbegebieten im Kreis Unna zur Ansiedlung von Unternehmen und Investoren gehört seit Jahrzehnten zu den Hauptaufgaben der WFG. Dabei unterteilt sich der Entwicklungsprozess in die Disziplinen Schaffung von Planungsrecht, Ankauf von Grundstücksflächen, ggf. Baureifmachung und Erschließung.

Diese Aufgaben werden dabei sowohl im Rahmen bestehender Treuhandverträge als sogenannte „Treuhandprojekte“ als auch als „Eigenprojekte“ wahrgenommen. Beide Formen unterscheiden sich insbesondere hinsichtlich des wirtschaftlichen Risikogehalts für die WFG, der ausschließlich bei den „Eigenprojekten“ gegeben ist.

Im Geschäftsjahr 2019 konzentrierten sich die Aktivitäten der Immobilien- und Projektentwicklung im Wesentlichen auf Erschließungsarbeiten und die Überplanung von neuen Gewerbebeständen.

Im Fokus der Erschließungsarbeiten lag das Interkommunale Gewerbegebiet Unna/Kamen und das Gewerbegebiet Wandhofener Bruch in Schwerte. Beide Projekte werden bei der WFG als Eigenprojekte geführt. Im Interkommunalen Gewerbegebiet Unna/Kamen wurden die Erschließungsarbeiten für das Bebauungsplangebiet UN 87A bis auf kleine Restarbeiten zum Jahresende 2019 abgeschlossen. Die Erschließungsarbeiten für den Bebauungsplan UN 87C sind in 2019 gestartet und werden sich, wie bspw. der Kreuzungsausbaue auf der Kamener Straße, weit in das Jahr 2020 hineinziehen.

Unproblematisch und im geplanten Zeit- und Kostenrahmen verlief die Erschließung des neuen Gewerbebestandes „Wandhofener Bruch“ in Schwerte. In einer Bauzeit von rund sechs Monaten wurde das ca. 72.000 m² große Areal mit Entwässerungskanälen und der Baustraße erschlossen und der Vermarktung zugeführt. Es fehlt lediglich noch der Ankauf eines ca. 9.000 m² großen Grundstücks von Hoesch Schwerter Profile.

Planungsrechtlich neu geschaffen bzw. geändert wurden die Bebauungspläne der Abschnitte UN 87C und 87A im Interkommunalen Gewerbegebiet Unna/Kamen. Der Bebauungsplan UN 87C ist im Juli 2019 vom Rat der Stadt Unna als Satzung beschlossen worden. Neben dem Neuaufstellungsverfahren begleitete die WFG auch das 2. Änderungsverfahren zum B-Plan UN 87A und des Flächennutzungsplans (Umwidmung von privaten Grünflächen in gewerbliche Industrieflächen). Auch hierzu konnte dann im Dezember 2019 im Rat der Stadt Unna ein Satzungsbeschluss herbeigeführt werden.

Neue Gewerbegebietsprojekte wurden von der WFG in Schwerte „Am Dohrbaum“ und in Unna „Provinzialstraße“ angestoßen. Dabei wurde im Projekt „Am Dohrbaum“ in 2019 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb dem eigentlichen B-Planverfahren vorgeschaltet. Eine solche Vorgehensweise könnte beispielgebend für zukünftige Gebietsentwicklungen sein.

Im Bereich des Grunderwerbs wurden von der WFG im Jahr 2019 drei Verträge mit einem Ankaufvolumen von 7.313 m² abgeschlossen. Allerdings war die WFG in Sachen Grunderwerb in den Projekten „Gewerbegebiet Schürenfeld“, in Selm „An der Werner Straße“ und in Holzwickede „Rausinger Feld“ stark engagiert, indem die grundsätzliche Tausch- bzw. Verkaufsbereitschaft geklärt werden konnte. Mit entsprechenden Vertragsabschlüssen ist in 2020 zu rechnen.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden von der WFG 13 Ansiedlungsverträge (Vorjahr: 14) abgeschlossen und 185.362 m² (Vorjahr: 327.795 m²) Gewerbeflächen verkauft. Die größten Grundstücksverkäufe tätigte die WFG mit knapp 83.000 m² im neuen Gewerbegebiet „An der Werner Straße“ in Selm und mit rund 43.000 m² im Inlogparc in Bönen. Auch im neuen Gewerbegebiet „Wandhofener Bruch“ konnte kurz nach Fertigstellung der Erschließung ein 4.700 m² großes Grundstück vermarktet werden. Neben den Ansiedlungsverträgen wurden 5 sonstige Verträge für Straßenbauprojekte geschlossen, wie z. B. für den Neubau der L821n in Bergkamen-Oberaden. Hier konnte die WFG dem Landesbetrieb Straßen.NRW ein Schlüsselgrundstück zum Bau eines Kreisverkehrs auf der Lünener Straße zur Verfügung stellen. Neben den abgeschlossenen Ansiedlungsverträgen wurden zwei Ansiedlungsverträge aus den Vorjahren mit 30.246 m² rückabgewickelt.

Über die Immobilienbörse wurden 2019 10 Ansiedlungen (Vorjahr: 10) durch Vermittlungstätigkeit der WFG realisiert.²

Neben der Entwicklung von neuen gewerblichen Bauflächen als Infrastrukturangebot für Unternehmen arbeitet die WFG an der Planung und dem Bau moderner Breitbandverbindungen. Ein Ziel dabei ist es, alle Gewerbegebiete und Schulen im Kreisgebiet bis 2022 mit Glasfaseranschlüssen zu versorgen. 2025 sollen dann auch alle Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna auf Glasfaseranschlüsse zugreifen können. Um diese Ziele zu erreichen, wurden 2019 zahlreiche Förderanträge und -projekte durch den „Gigabitkoordinator“ bei der WFG bearbeitet und begleitet. Allein für die Glasfaseranbindung von 14 Schulen in Holzwickede, Werne, Kamen und Bergkamen wurden im Dezember 2019 Zuwendungsbescheide in Höhe von rund T€ 1.725 beschieden.³

Unternehmerservice

Neben der Ansiedlungspolitik kümmert sich die WFG vor allem um die Bestandsentwicklung und bietet mit diesem Service den Unternehmen ein passgenaues und bedarfsgerechtes Angebot. Dieses reicht von der klassischen Förderberatung über Innovationsberatung bis zur Hilfestellung als Behördenlotse, der spezifische genehmigungstechnische Probleme der Unternehmen vor Ort löst und natürlich der lokalen Bestandsentwicklung. Die WFG-Mitarbeiter nahmen im vergangenen Jahr zu rund 494 Unternehmen direkten Kontakt auf, um sie in diesen Belangen zu unterstützen (internes Reporting der WFG).⁴

Die WFG ist unter dem Dach des STARTERCENTER NRW eine wichtige Anlaufstelle für Gründungsinteressierte im Kreis Unna. Durch Partnercenter in den Technologie- und Gründerzentren Lünen, Kamen, Bönen und Schwerte wird eine hohe Beratungsdichte im Kreis Unna gewährleistet. Wiederkehrende Zertifizierungsverfahren garantieren einen hohen Beratungsstandard in der Existenzgründungsberatung.

² Internes Reporting der WFG, gesetzlich nicht geforderte Zusatzangabe im Lagebericht (nicht durch den Jahresabschlussprüfer geprüft)

³ Internes Reporting der WFG, gesetzlich nicht geforderte Zusatzangabe im Lagebericht (nicht durch den Jahresabschlussprüfer geprüft)

⁴ Quelle: Erfassung durch Beratungstool und eigene Erhebungen, gesetzlich nicht geforderte Zusatzangabe im Lagebericht (nicht durch den Jahresabschlussprüfer geprüft)

Im abgelaufenen Geschäftsjahr suchten 289 Gründungsinteressierte den Kontakt zum STARTERCENTER bei der WFG Kreis Unna⁵. Die Vor-Ort-Beratung in den Kommunen des Kreises Unna wurde kontinuierlich weiter ausgebaut.

Fachkräftesicherung

Unter dem Dach der WFG unterstützen die Stiftung Weiterbildung, die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet und das Kompetenzzentrum Frau und Beruf (Competentia) Unternehmen mit verschiedenen Projekten und einem umfassenden Beratungsangebot bei der Sicherung von Fachkräften. Wichtige Aspekte sind dabei z. B. die Qualifizierung von Mitarbeitenden, eine vorausschauende Personalentwicklung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation oder eine wirksame Ansprache von Fach- und Nachwuchskräften.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr führte das Team der Abteilung Fachkräftesicherung 522 Beratungen durch, von denen 361 Unternehmen sowie 161 Einzelpersonen profitierten. In erster Linie ging es dabei um die Weiterbildungsberatung oder die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Hinblick auf qualifiziertes Personal. Zur Förderung der beruflichen Weiterbildung wurden 424 Finanzierungsgutscheine ausgegeben.⁶

Mit der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet ermöglicht die WFG den Unternehmen aus dem Kreis Unna, von Landes-, Bundes-, oder EU-Fördermitteln zu profitieren. Ein Beispiel für den Berichtszeitraum ist hier das Ausbildungsprogramm NRW, mit dem Personalkostenzuschüsse für zusätzliche Ausbildungsplätze gefördert wurden.

In den Themenfeldern weibliche Fachkräfte und familienbewusste Unternehmensführung führte die WFG Veranstaltungen und Beratungen durch, die dazu beitrugen, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen eigene Strategien für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zur gezielten Rekrutierung und Bindung weiblicher Fachkräfte entwickeln konnten. Mit dem zdi-Netzwerk Perspektive Technik, dem Berufswahl-SIEGEL oder der AzuBo-Initiative kümmerte sich die WFG mithilfe der Stiftung Weiterbildung um die präventive Nachwuchssicherung. Die Bindung qualifizierter Fachkräfte und die Kooperation mit Hochschulen forcierte die WFG im Rahmen des Projektes "Wissen schafft Erfolg". Aufgrund der erfolgreichen Durchführung wurde für den Zeitraum September 2019 bis einschließlich Dezember 2022 hierzu ein Anschlussprojekt bewilligt.

Personalausstattung

Ende des Jahres 2019 waren bei der WFG inklusive Stiftung Weiterbildung 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 27) beschäftigt, davon befanden sich 2 Personen in Elternzeit. In der Personalentwicklung setzt die WFG weiterhin auf einen ausgewogenen Mix zwischen jungen und erfahrenen Mitarbeitern mit einem Altersdurchschnitt von nahezu 43 Jahren.

⁵ Quelle: Internes Reporting der WFG, gesetzlich nicht geforderte Zusatzangabe im Lagebericht (nicht durch den Jahresabschlussprüfer geprüft)

⁶ Quelle: Internes Reporting der WFG, gesetzlich nicht geforderte Zusatzangabe im Lagebericht (nicht durch den Jahresabschlussprüfer geprüft)

Berichterstattung nach §108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, die der Verwirklichung der Zwecke der Gesellschaft dienen und die ebenfalls das Ziel der Strukturverbesserung verfolgen. Im Jahre 2012 wurde die WFG vom Kreis Unna im Rahmen eines Betrauungsaktes mit diesen Tätigkeiten betraut. Die in diesem Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass die WFG dieser öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

Ertragslage

Die WFG schloss im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem negativen Betriebsergebnis nach Steuern von T€ - 820 (Vorjahr: T€ - 1.091) ab. Hierin sind die sonstigen Steuern von T€ 8 (Ertrag; Vorjahr: T€ 9 Steueraufwand) und die Verlustabdeckung des Kreises in der Höhe von T€ 823 (Vorjahr: T€ 1.150) noch nicht enthalten. Unter Berücksichtigung der WFG Immobilie und der damit verbundenen Trennrechnung ergab sich mit dem Jahresüberschuss von T€ 10 (Vorjahr: T€ 50) ein Bilanzgewinn von T€ 131 (Vorjahr: T€ 121).

Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass der Gesellschafter Kreis Unna den Verlustausgleich bis zu einer Höhe von maximal 50 Prozent des Stammkapitals leistet. Die Bemessungsgrundlage des abzudeckenden Betrages ist gemäß Betrauungsakt mit dem Kreis Unna der Jahresfehlbetrag abzüglich des mit der Bewirtschaftung der Immobilie verbundenen Ergebnisses. Es ist erklärter Wille und geübte Praxis der Vergangenheit, die Tätigkeiten der WFG, die allen Kommunen gleichermaßen zuteilwerden, über die Kreisumlage den Kommunen entsprechend ihres Umlageanteils anzulasten. Dies ist ein sehr guter Weg, die Solidargemeinschaft und die interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna zu stärken.

Die Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG gründeten, bestanden aus den Umsatzerlösen (T€ 2.673; Vorjahr: T€ 18.624), den Erträgen aus Zuschüssen (T€ 573, Vorjahr: T€ 616) und den sonstigen Erträgen (T€ 26, Vorjahr: T€ 116). Somit betragen die Erlöse aus diesen Positionen T€ 3.272 (Vorjahr: T€ 19.356). Nachdem 2018 die Umsatzerlöse aus dem Verkauf der Grundstücksflächen im WFG-eigenen Projekt Unna/Kamen deutlich angestiegen waren, haben sie sich in 2019 wieder normalisiert. Die Erlöse wurden insbesondere bei den Projekten HansasträÙe und Wandhofener Bruch erzielt.

Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 3.364 (Vorjahr: T€ 9.994) stellen Investitionen in Grundstücke und Erschließungsmaßnahmen in WFG-eigene Projekte dar. Im Jahr 2019 wurden keine größeren Grundstücksflächen angekauft. Die Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus den getätigten Erschließungsmaßnahmen bei den Projekten Unna/Kamen und Schwerte Wandhofen.

Aufgrund höherer aktivierungsfähiger Aufwendungen im Zuge der Erschließung und Entwicklung der Grundstücke als der Abgänge auf Grund des Verkaufs von Flächen sind die Bestandsveränderungen des Jahres 2019 mit T€ 1.917 positiv (Vorjahr: T€ -7.837).

Der im Wirtschaftsplan 2019 prognostizierte „Jahresverlust vor Verlustabdeckung“ des Kreises Unna von T€ 769 wurde um T€ 43 überschritten. Dies steht insbesondere im Zusammenhang mit der handelsrechtlichen Bewertungssystematik im Zusammenhang mit der Bilanzierung der WFG-eigenen Grundstücke.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken von T€ 554 auf T€ 522 und können somit als nahezu konstant bezeichnet werden. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf einen reduzierten Aufwand im Bereich der Verwaltungskosten zurückzuführen. Die Abschreibungen erhöhten sich vor dem Hintergrund der erfolgten Investitionen (z.B. Photovoltaikanlage auf der WFG eigenen Immobilie) auf T€ 180 (Vorjahr: T€ 169). Die Zinsaufwendungen nahmen aufgrund von Tilgungen verschiedener Darlehen, die im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücksflächen standen, gegenüber dem Vorjahr von T€ 170 auf T€ 88 im Geschäftsjahr 2019 deutlich ab. Die Personalaufwendungen erhöhten sich zwar durch die Tarifsteigerungen um ca. 5 Prozent bzw. T€ 95, jedoch deutlich geringer als im Wirtschaftsplan vorgesehen.

Im Hinblick auf die Ziele der WFG bleibt es bei der Feststellung, dass sich der Erfolg der struktur- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten, insbesondere in der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlägt und nur bedingt im Jahresabschluss der WFG. Wirtschaftsförderung kann grundsätzlich nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sein, sondern auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit auf die Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Region Kreis Unna.

	2019 in T€	2018 in T€	Veränderung in T€
1. Umsatzerlöse	2.673	18.624	- 15.951
2. Erhöhung des Bestands	1.917	- 7.837	9.754
3. Erträge aus Zuschüssen	573	616	- 43
4. Sonstige Erträge	27	116	- 89
5. Betriebserträge (Summe 1 bis 4)	5.190	11.519	- 6.329
6. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	- 3.364	- 9.994	6.630
7. Rohergebnis	1.826	1.525	301
8. Personalaufwand	- 1.847	- 1.752	- 95
9. Abschreibungen	- 180	- 169	- 11
10. Sonstige Steuern	8	- 9	17
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 522	- 554	32
12. Betriebsaufwendungen (Summe 6 - 11)	- 5.905	- 12.478	6.573
13. Ordentliches Betriebsergebnis (Differenz 5 und 12)	- 715	- 959	244
14. Erträge aus Beteiligungen	15	8	7
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	23	- 21
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 88	- 170	82

17. Finanzergebnis (Differenz 14-16)	- 71	- 139	68
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 26	- 2	- 24
19. Ergebnis vor Verlustübernahme (Summe 13+17+19)	- 812	- 1.100	288

Finanzlage

Der Liquiditätsspielraum der WFG entspricht dem Eigenkapital. Das Eigenkapital der WFG beträgt T€ 12.579. Es steht in erster Linie für Investitionen in die Treuhandprojekte sowie für Investitionen in die WFG-eigenen Projekte zur Verfügung und fließt in weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten ein. Ein Betrag von T€ 440 ist durch Finanzbeteiligungen gebunden.

Die Zahlungsfähigkeit der WFG war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Posten Grundstücke im Umlaufvermögen sowie Forderungen aus Ansiedlungen bestimmt. Beim Vergleich der Bilanz von zwei aufeinanderfolgenden Stichtagen zeigen insbesondere diese Bilanzposten deutliche Veränderungen. Der Bestand an WFG-eigenen Grundstücken sank zum Bilanzstichtag 31.12.2019 durch die Grundstücksverkäufe im Geschäftsjahr um T€ 1.917 auf insgesamt T€ 33.493. Während die Anschaffungskosten aufgrund der erfolgten Veräußerungen sowie unter Berücksichtigung der handelsrechtlichen Bilanzierung auf T€ 27.745 (Vorjahr: T€ 28.848) abnahmen, erhöhten sich die darauf aktivierten Erschließungskosten zum 31.12.2019 auf T€ 5.748 (Vorjahr: T€ 2.728). Die kommunalen Grundstücke in Treuhänderschaft der WFG betragen zum 31.12.2019 mit T€ 8.782 (Vorjahr: T€ 10.634) und die Forderungen aus Ansiedlungen T€ 1.265 (Vorjahr: T€ 5.563). Diese Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus den Verkäufen von Treuhandgrundstücken. Der in den letzten Jahren im Umlaufvermögen zu beobachtende Trend mit der sukzessiven Verschiebung der Struktur des Grundstücksbestandes von den Treuhandprojekten zu den WFG-eigenen Projekten setzt sich weiter fort. Damit verbunden ist eine deutliche Steigerung des Fremdkapitalbedarfes, da die WFG diese Projekte nicht mehr aus dem Eigenkapital finanzieren kann. Bei der Umsetzung der WFG-eigenen Projekte sind somit die Finanzierungskosten mit zu erwirtschaften.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen um T€ 814 auf T€ 842 und die Forderungen gegen Gesellschafter nahmen um T€ 221 auf T€ 74 ab. Die sonstigen Vermögensgegenstände sind auf T€ 266 (Vorjahr T€ 268) minimal gesunken. Sie bestehen zum größten Teil aus Ansprüchen aus Projektzuschüssen. Der Kassenbestand erhöhte sich auf T€ 2.138 (Vorjahr: T€ 1.526).

Die Bilanzsumme sank um T€ 3.119 auf T€ 50.231.

Das Eigenkapital in Höhe von T€ 12.579 (Vorjahr: T€ 12.569) nahm ergebnisbedingt zu. Aufgrund der Reduzierung der Bilanzsumme erhöhte sich die Eigenkapitalquote auf 25,0 Prozent (Vorjahr: 23,5 Prozent). Die Fremdkapitalquote sank entsprechend auf 75,0 %. Die als Sonderposten bilanzierten Ausgleichsposten (T€ 9.142; Vorjahr: T€ 10.994) veränderten

sich entsprechend dem Abbau des korrespondierend ausgewiesenen Vorratsvermögens (Treuhandgrundstücke). Die Rückstellungen reduzierten sich von T€ 2.096 zum Vorjahresstichtag auf T€ 870 zum 31.12.2019. Diese bestehen im Wesentlichen aus der bilanziellen Abbildung der prognostizierten Kosten für die Erschließung von veräußerten Grundstücksflächen.

Bei den Gesamtverbindlichkeiten konnte durch den Grundstücksverkauf gegenüber dem Vorjahresstichtag eine leichte Reduzierung um T€ 53 auf T€ 27.638 erreicht werden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 3.587, Vorjahr: T€ 6.658) reduzierten sich durch Tilgungen der Darlehen für die Treuhandprojekten signifikant. Diese Tilgungen erfolgten teilweise durch eine Umfinanzierung durch den Kreis Unna, so dass die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern auf insgesamt T€ 23.546 (Vorjahr T€ 20.815) zum Bilanzstichtag zunahmen.

Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die im Geschäftsjahr 2019 realisierten Grundstücksverkäufe sowie die durchgeführten Maßnahmen führten im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2019 zu einer deutlich veränderten Ertragslage der WFG. Dabei belastet der Auftrag, den Kreis Unna soziokulturell und wirtschaftlich fortzuentwickeln, die Aufwandspositionen über das erwartete Maß, so dass das Jahresergebnis vor der Verlustübernahme nochmals um rd. T€ -43 vom Wirtschaftsplan abweicht. Ferner erfolgt aufgrund der handelsrechtlichen Bewertungsrestriktionen eine Realisierung der in den entwickelten Grundstücken innewohnenden Ertragsposten auch erst mit dem Verkauf dieser bzw. der vollständigen Abwicklung von Projekten.

Die Ausrichtung auf die Realisierung von Eigenprojekten führt zwangsläufig zu stark schwankenden Ergebnissen, die sich auch nur eingeschränkt in einem noch so präzisen geplanten Wirtschaftsplan prognostizieren lassen. Die mit der Aufgabenerfüllung verbundenen Ausgaben konnten keinesfalls auch nur annähernd durch Grundstücksverkäufe oder andere Einnahmen gedeckt werden. Dennoch lässt sich konstatieren, dass die umfassenden Aufgaben und erhebliche Investitionen in Projekte und Initiativen Wirkungen erzielen, die sich positiv im Sinne des Gesellschaftszwecks auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur im Kreis Unna (wie z. B. die gesunkene Arbeitslosenquote oder der Anstieg der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) auswirken und sich in der Zukunft nachhaltig auszahlen werden.

Zusammenfassend lässt sich für 2019 sowohl die Finanz- und Vermögenslage als auch die Ertragslage als befriedigend bezeichnen.

B. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt. Im Bereich Immobilienentwicklung wird in den kommenden Jahren die Hauptaufgabe darin bestehen, die Gewerbeflächenpotenziale im Kreis Unna bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu optimieren. Dies gilt sowohl für den lokalen Bedarf in den Kommunen, für die interkommunalen Standorte, als auch für die Kooperationsstandorte. Es wird keinesfalls einfach werden, da der Regionalplan nur wenige neue Gewerbeflächenpotenziale liefern wird und mit dem interkommunalen Gewerbegebiet Unna/Kamen bereits ein Kooperationsstandort im Wesentlichen

im Jahr 2018 vorzeitig vermarktet wurde. Die Flächenvermarktung muss zukünftig noch optimaler auf die Anforderungen der Unternehmen und den Klimaschutz ausgerichtet und durch geeignete Maßnahmen des Marketings begleitet werden.

Aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Gewerbegrundstücken in den letzten Jahren ist zwar mit einem Anstieg der Anzahl aber nicht des Volumens der Grundstücksverkäufe zu rechnen. Zukünftig werden die zu verkaufenden Grundstücke allein schon aufgrund der verfügbaren Flächen kleiner ausfallen müssen und die Grundstückspreise deutlich steigen.

Aus den wirtschaftlichen Rahmendaten ergeben sich neben den klassischen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen im Bereich der Immobilienentwicklung vor allem die Schwerpunkte aus den Bereich Unternehmensservice und Fachkräftesicherung wie Förderung von Existenzgründungen, Bildung und Innovationen im Unternehmensbestand. Diese Aktivitäten hat die WFG bereits z. T. im Rahmen ihrer Möglichkeiten und des politisch gewünschten Umfangs offensiver ausgebaut, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im Kreis Unna zu verbessern. Die dafür vorgenommenen Neueinstellungen in 2018 werden gemeinsam mit den Unternehmen in den nächsten Jahren im Rahmen der Digitalisierung und des Klimaschutzes große Herausforderungen zu bewältigen haben. Parallel dazu wird die Geschäftsführung das beschlossene Ziel- und Indikatorensystem ständig evaluieren und auf Konsistenz prüfen. Das bestehende Ziel- und Indikatorensystem wird in 2020 für 2021 ff. überprüft und überarbeitet werden. Es werden die Ziele für die kommenden Jahre festgelegt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde zudem deutlich, dass auf die WFG weitere strukturwirksame Aufgaben durch die Schließung der Steinkohlekraftwerke zukommen werden. Die absehbar zu beschließenden Gesetze zum Kohleausstieg und zur Strukturstärkung werden erhebliche Auswirkungen auf die Tätigkeit der WFG haben, strukturelevante Projekte zu entwickeln und den Prozess im Kreis Unna zu koordinieren.

Für das Wirtschaftsjahr 2020 wird laut Wirtschaftsplan ein Jahresfehlbetrag von T€ 897 vor Verlustübernahme des Kreises Unna erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung der Finanzierung ist sichergestellt, dass die Gesellschaft den beschriebenen Aufgabenbereich langfristig wahrnehmen kann. Darüber hinaus verfügt sie über ein Liquiditäts-, Finanzierungs- und Finanzplanungssystem, das gewährleistet, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln optimal und sparsam gewirtschaftet wird. Notwendige Anpassungs- und Verbesserungsvorschläge werden laufend in das System integriert. Die Geschäftsführung hat mit Hilfe einer Software ein Risikomanagement eingerichtet. In diesem System werden u. a. Risiken, ihre Auswirkungen und Eintrittswahrscheinlichkeiten, Gegenmaßnahmen sowie die Risikoverantwortlichen festgelegt. Um die Risiken strukturiert darzustellen, wurden rund 58 Einzelrisiken in fünf Risikokategorien bzw. 22 Subkategorien eingeteilt. Risiken, die sich im Rahmen des Risikomanagements als besonders bedeutsam herausgestellt haben, stehen vor allem in engem Zusammenhang mit den WFG-eigenen Projekten, Zinsänderungsrisiken, abnehmenden Liquiditätsreserven durch langfristige Kapitalbindung oder Risiken aus der Grundstücksbevorratung. Die WFG ist im Bereich der Risikoanalyse gut aufgestellt und sorgt somit dafür, dass unliebsame Überraschungen weitgehend vermieden werden können oder sehr früh erkannt werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zudem Maßnahmen für eine Digitalisierungsstrategie ergrif-

fen, mit der die WFG zukunftsfähig gemacht wird, indem Geschäftsprozesse verschlankt und Kosten eingespart werden.

Ein erstes Projekt „der digitale Rechnungslauf“ wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr projiziert und wird Anfang 2020 realisiert.

Durch die Vorfinanzierung der Grundstücke und Erschließungsanlagen und der damit verbundenen Kapitalbindung besteht die Gefahr, dass ein Zahlungsengpass entstehen könnte, wenn keine Grundstücke verkauft werden. Jedoch mindern regelmäßige Liquiditätskontrollen im Rahmen der Liquiditätsplanung dieses Risiko deutlich.

Auch die WFG kann von den Auswirkungen der COVID-19 Pandemie betroffen sein. Insbesondere folgende Risiken sind zum derzeitigen Zeitpunkt zu identifizieren:

- Die erbrachten Dienstleistungen werden von Mitarbeitern der WFG erbracht. Sowohl vorbeugende Maßnahmen als auch ein möglicher Ausbruch können die Leistungsfähigkeit signifikant beeinflussen.
- Die Vermarktung der WFG-eigenen Grundstücke hängt von der Investitionsbereitschaft und den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Unternehmen ab. In Abhängigkeit von der Dauer der aktuell bestehenden Maßnahmen bzw. Beschränkungen sowie der derzeit nicht planbaren Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation könnten Neuanstellungs- und Erschließungsprojekte verschoben bzw. aufgegeben werden.
- Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der COVID-19 Pandemie können mittelfristig auch Auswirkungen auf die erzielbaren Erlöse im Zusammenhang mit der Vermarktung der WFG-eigenen Grundstücke zur Folge haben.

Die Entwicklung des Geschäftsjahres 2020 bis zur Erstellung dieses Berichtes entsprach den Erwartungen der Geschäftsleitung bzw. dem Wirtschaftsplan. Nach Einschätzung der Geschäftsleitung sind bei einer weiterhin stabilen Geschäftsentwicklung in 2020 zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes keine wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, zu erkennen. In dieser Prognose sind deutliche Einflüsse auf die wirtschaftliche Aktivität der WFG und damit das Ergebnis der Gesellschaft auf Grund der nicht einzuschätzenden Auswirkungen aus der Weiterverarbeitung und Bekämpfung des Corona-Virus und damit einhergehender Einflüsse nicht enthalten.

Die Prognosen sind in Anbetracht des ungewissen Ausgangs der Corona-Krise mit deutlich höheren Unsicherheiten behaftet als in den vorherigen Jahren. In Abhängigkeit vom weiteren Verlauf der Pandemie und den zu ergreifenden Maßnahmen kann eine ungünstigere Entwicklung der wirtschaftlichen Lage unserer Gesellschaft nicht ausgeschlossen werden.

Unna, 17.04.2020

gez. Dr. Michael Dannebom, Geschäftsführer

5. Sparkasse UnnaKamen



Im Sinne der Gemeindeordnung NRW ist die Mitgliedschaft in einem Sparkassenzweckverband mit einem Erinnerungswert zu bilanzieren und entsprechend mit in den gemeindlichen Gesamtabschluss bzw. Beteiligungsbericht einzubeziehen. Hingegen ist das Kreditinstitut einschließlich seiner Beteiligungen nicht mit einzubeziehen. In den Fällen, in denen die Gemeinde zusammen mit der Sparkasse an einem Unternehmen beteiligt ist, ist die Beteiligung in den Gesamtabschluss bzw. Beteiligungsbericht mit aufzunehmen.

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit dem Kreis Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede Mitglied im Sparkassenzweckverband. Dieser ist Träger der Sparkasse UnnaKamen.

Im fünften Kapitel werden die allgemeinen Gesellschaftsdaten folgender Beteiligungen dargestellt:

- Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede
- Sparkasse UnnaKamen

5.1. Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede

Öffentlicher Zweck
Der Verband hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder zu fördern. Die zu diesem Zweck errichtete Sparkasse führt den Namen Kreis- und Stadtparkasse UnnaKamen, Zweckverbandssparkasse des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede. Der Verband ist ihr Träger.

Organe des Sparkassenzweckverbandes
Verbandsversammlung
Verbandsvorsteher

Vertreter der Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung			
Die Verbandsversammlung besteht aus insgesamt 21 Vertretern der Verbandsmitglieder. Davon entsendet die Kreisstadt Unna 9 Vertreter, die Stadt Kamen 4 Vertreter, der Kreis Unna und die Gemeinde Holzwickede jeweils 3 Vertreter und die Stadt Fröndenberg 2 Vertreter.			
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Renate Nick	RM Susanne Herzog
2.	SPD	RM Anja Kolar	RM Heike Gutzmerow
3.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Sebastian Laaser
4.	CDU	RM Christa Gosing	RM Rainer Engel
5.	CDU	RM Erich Kreß	RM Franz Rottinger
6.	Grüne	RM Charlotte Kunert	RM Michael Sacher
7.	FLU	RM Franz-Josef Klems	RM Jörg Hißnauer (fraktionslos)
8.	FDP	RM Andreas Tracz	sB Michael Baumhoff
9.		BM Werner Kolter (Verw.)	StK Achim Thomae (Verw.)

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 01.11.2019	RM Werner Kleinhans	RM Rainer Engel
ab 01.11.2019	N.N.	RM Rainer Engel
bis 16.12.2019	N.N.	RM Rainer Engel
ab 16.12.2019	RM Christa Gosing	RM Rainer Engel
bis 05.07.2019	BM Werner Kolter (Verw.)	N.N.
ab 05.07.2019	BM Werner Kolter (Verw.)	StK Achim Thomae (Verw.)

Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder der allgemeinen Vertreter oder leitenden Bediensteten (§ 16 Abs. 1 GkG) der Verbandsmitglieder den **Verbandsvorsteher** und seinen Stellvertreter. Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte des Verbandes.

Verbandsvorsteher	Erster BG Karl-Gustav Mölle (Kreisstadt Unna) bis 4/2019 Erster BG Jens Toschläger (Kreisstadt Unna) ab 12/2019
Stellvertreter	Stadtkämmerer Ralf Tost (Stadt Kamen)

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Laut Satzung sind die Jahresüberschüsse, die dem Verband von der Sparkasse zugeführt werden, an die Mitglieder nach dem folgenden Verhältnis aufzuteilen:

Kreisstadt Unna	44,7 %
Kreis Unna	14,9 %
Stadt Kamen	17,5 %
Stadt Fröndenberg	8,0 %
Gemeinde Holzwickede	14,9 %

Die verteilten Jahresüberschüsse sind grundsätzlich von den Mitgliedern zur Erfüllung der gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

5.1.1. Sparkasse UnnaKamen

Anschrift	Kontakt
Bahnhofstraße 37 59423 Unna	Telefon: 02303 104-0 Fax: 02303 104-268 E-Mail: info@sparkasse-unnakamen.de Internet: www.sparkasse-unnakamen.de

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die Kreis- und Stadtsparkasse UnnaKamen mit Sitz in Unna entstand am 01.01.2013 aus der Vereinigung der Kreis- und Stadtsparkasse Unna, gegründet 1839, und der städtischen Sparkasse Kamen, gegründet 1857.

Zum 01.01.2017 wurden die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen und die Sparkasse Fröndenberg vereinigt. Das Vermögen der Sparkasse Fröndenberg ist durch Gesamtrechtsnachfolge auf die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen übergegangen.

Im Geschäftsverkehr führt sie die Kurzbezeichnung „Sparkasse UnnaKamen“.

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziels

Die Sparkasse UnnaKamen ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen.

Die Sparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Rechtsform

Die Sparkasse UnnaKamen ist eine dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin, angeschlossen.

Träger der Sparkasse Unna Kamen

Träger der Sparkasse ist der **Sparkassenzweckverband** des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede.

Organe der Sparkasse UnnaKamen

Vorstand
Verwaltungsrat

Beteiligungen der Sparkasse UnnaKamen

Die Sparkasse UnnaKamen ist an der Gelsenwasser AG, am Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG beteiligt. Zudem hält sie 100 % der Anteile der S-Projekt UnnaKamen GmbH. Auf eine Darstellung der Beteiligungen wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

Vorstand
Der Vorstand besteht aus den folgenden vier Personen: Sparkassendirektor Klaus Moßmeier (Vorsitzender) Sparkassendirektor Frank Röhr Sparkassendirektor Jürgen Schneider Sparkassendirektor Bernd Wenge

Vergütung des Vorstandes				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung (Vorstand) im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge in TEUR	Sonstige Vergütung in TEUR	Erfolgsunabhängige Bezüge in TEUR	Gesamtbezüge in TEUR
Moßmeier	40	12	405	457
Röhr	40	10	368	418
Schneider	40	11	368	419
Wenge	40	12	320	372
Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeiten im Vorstand einen Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Entsprechend werden jährlich Beträge der Pensionsrückstellung zugeführt.				
Mitglied	Im Jahr 2019 der Pensionsrückstellung zugeführt in TEUR			
Moßmeier	553			
Röhr	390			
Schneider	466			
Wenge	630			

Verwaltungsrat			
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Verwaltungsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	BM Werner Kolter	
2.	SPD	RM Volker König	RM Susanne Herzog
3.	CDU	RM Rainer Engel	RM Erich Kreß
4.	FLU	RM Franz-Josef Klems	RM Klaus Göldner
5.	FDP	RM Andreas Tracz	sB Michael Baumhoff
6.	Fraktionslos	RM Ingrid Kroll	RM Gudrun Friese-Kracht

Vergütung des Verwaltungsrates

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates (Verwaltungsrat) und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2019 der Sparkasse UnnaKamen weist für die Tätigkeit des Verwaltungsrates Gesamtbezüge in Höhe von 97.000 € aus.

Davon entfallen auf die Mitglieder der Kreisstadt Unna folgende Beträge:

Werner Kolter	13.300,00 €
Rainer Engel	7.800,00 €
Franz-Josef Klems	3.200,00 €
Volker König	2.700,00 €
Ingrid Kroll	2.400,00 €
Andreas Tracz	2.700,00 €
Michael Baumhoff	300,00 €
Erich Kreß	300,00 €

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand)	2019	2018
Angestellte		
in Vollzeit	245	266
in Teilzeit	135	130
Auszubildende	21	23
Aushilfen	0	0
Gesamt	401	419

Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2019	2018
	in €	in T€
Aktiva:	-	-
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	25.102.076,04	20.034
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	78.361.501,80	21.092
2. Schuldtitel	0	0
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	0	12.721
b) andere Forderungen	5.002.666,67	5.003
4. Forderungen an Kunden	2.168.967.679,07	2.106.353
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere	0	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	157.488.618,09	178.022
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	246.520.974,78	232.038
7. Beteiligungen	34.411.952,02	34.412
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	100.000,00	100
9. Treuhandvermögen	1.186.438,93	1.499
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	0	0
11. Immaterielle Anlagewerte	46.661,00	38
12. Sachanlagen	14.168.249,55	14.291
13. Sonstige Vermögensgegenstände	4.191.224,86	6.715
14. Rechnungsabgrenzungsposten	358.334,48	555
Summe Aktiva	2.735.906.377,29	2.632.873

	2019	2018
	in €	in T€
Passiva:		
1. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	355.447.110,88	407.357
2. Verbindlichkeiten ggü. Kunden	2.011.706.320,99	1.862.794
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0
4. Treuhandverbindlichkeiten	1.186.438,93	1.499
5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.541.504,01	1.468
6. Rechnungsabgrenzungsposten	1.411.291,13	1.869
7. Rückstellungen	47.475.184,26	43.845
8. weggefallen		
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	6.176.568,40	6.929
10. Genussrechtskapital	0	0
11. Fond für allg. Bankrisiken	167.950.000,00	146.250
12. Eigenkapital		
a) Gezeichnetes Kapital	0	0
b) Kapitalrücklage	0	0
c) Gewinnrücklagen	160.862.365,90	158.793
d) Bilanzgewinn	2.149.592,79	2.069
Summe Passiva	2.735.906.377	2.632.873.290
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0	0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	47.944.502,66	38.237
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0	0
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0	0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	126.554.362,87	173.444

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2019	2018
	in €	in T€
1. Zinserträge	55.037.993,48	56.900
2. Zinsaufwendungen	- 12.152.514,72	- 12.866
3. Lfd. Erträge aus Aktien, Beteiligungen	5.939.956,67	5.614
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften	0	0
5. Provisionserträge	19.616.366,80	19.800
6. Provisionsaufwendungen	- 1.765.842,38	- 1.458
7. Nettoerträge aus Handelsbeständen und sonstigen betrieblichen Erträgen	0	0
8. Sonstige betriebliche Erträge	964.768,18	2.725
9. weggefallen		
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 39.874.379,33	- 41.335
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte	- 1.548.491	- 1.513
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.629.655,09	- 3.476
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere sowie Forderungen	0	0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	10.805.946,90	5.198
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	0	0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen	0	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0
18. Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken	- 21.700.000,00	- 22.550
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	12.694.149,51	7.041
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 10.420.302,05	- 4.882
Sonstige Steuern	- 124.254,67	- 89
Jahresüberschuss	2.149.592,79	2.069
Bilanzgewinn	2.149.592,79	2.069

Lagebericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2019

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen mit Sitz in Unna entstand am 1. Januar 2013 aus der Vereinigung der Kreis- und Stadtsparkasse Unna, gegründet 1839, und der Städtischen Sparkasse Kamen, gegründet 1857.

Zum 01.01.2017 wurden die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen und die Sparkasse Fröndenberg gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen vereinigt.

Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung "Sparkasse UnnaKamen".

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Hamm unter der Nummer A2364 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von dem Kreis Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Unna und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, die angrenzenden Gemeindegebiete und die an die Stadt Fröndenberg angrenzenden Kreise. Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenverband SVWL und über dessen Sparkassenstützungsfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“).

Die Sparkasse bietet als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Privatkunden, Unternehmen und Kommunen Finanzdienstleistungen und -produkte an, soweit das Sparkassengesetz oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Der im Sparkassengesetz verankerte öffentliche Auftrag verpflichtet die Sparkasse, mit ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft - insbesondere des Mittelstands - und der öffentlichen Hand mit Bankdienstleistungen sicherzustellen.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2019 gegenüber dem Vorjahr um 4 % auf 401 verringert, von denen 245 vollzeitbeschäftigt, 135 teilzeitbeschäftigt sowie 21 in Ausbildung sind. Der Rückgang ist erneut Folge einer natürlichen Fluktuation.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2019

Wirtschaftsentwicklung

Während sich das globale Wachstum (ohne Euroraum) im ersten Halbjahr 2019 verlangsamte, waren zum Jahresende hin erste Anzeichen einer Stabilisierung erkennbar. Nachdem das Wachstum Mitte 2018 weltweit einen Höchststand erreicht hatte, folgte anschließend eine Schwächephase, die sich bis in die erste Hälfte des Jahres 2019 fortsetzte und mit der geringsten Wachstumsdynamik seit der weltweiten Finanzkrise einherging.

Die Wachstumsverlangsamung zeichnete sich international durch eine verhaltene Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe und bei den Investitionen aus. Erschwerend kam die zunehmende politische Unsicherheit hinzu, die der wiederholten Zuspitzung der Handelsspannungen und mit dem Brexit verbundenen Entwicklungen geschuldet war.

Die jüngsten Daten deuten indes auf eine Stabilisierung der globalen Wirtschaftstätigkeit auf allerdings niedrigem Niveau hin. So stieg das reale BIP in den Vereinigten Staaten und in Japan weiter stetig an, während sich das reale Wachstum im Vereinigten Königreich erholte. In den USA wurde die Wirtschaft im dritten Quartal abermals durch einen soliden Arbeitsmarkt und hohe Konsumausgaben sowie durch günstige Finanzierungsbedingungen gestützt. Wichtigster Wachstumsmotor in Japan war derweil eine solide Inlandsnachfrage. Im Vereinigten Königreich zeichneten eine unerwartet starke Zunahme der Nettoexporte und ein solider Anstieg der privaten Konsumausgaben für das schnellere Wachstum verantwortlich. Auf Basis der Daten für das dritte Quartal schwächte sich die chinesische Wirtschaft allmählich ab, was durch eine geringere Investitionstätigkeit bedingt war. In den anderen Schwellenländern stabilisierte sich unterdessen das Wachstum.

Der Welthandel hat sich im Verlauf dieses Jahres vor dem Hintergrund wiederholter Verschärfungen im Handelsstreit und einer nachlassenden Industriekonjunktur deutlich abgeschwächt. Nachdem der internationale Handel in der ersten Jahreshälfte 2019 gesunken war, lassen die jüngsten verfügbaren Daten auf eine Stabilisierung im restlichen Jahresverlauf schließen – diese dürfte allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau stattfinden. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verzeichnete der Handel im dritten und vierten Quartal 2019 eine Rückkehr zu moderat positiven Wachstumsraten.

Der Inflationsdruck ist weltweit nach wie vor verhalten. In den Mitgliedstaaten der OECD belief sich die am Verbraucherpreisindex (VPI) gemessene jährliche Gesamtteuerungsrate im Oktober 2019 auf 1,6 %. Die Energiepreise hatten erneut eine dämpfende Wirkung auf die Gesamtinflation und gaben weiter nach.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung bleibt überwiegend mit Abwärtsrisiken behaftet, wenngleich sich die Risiken insgesamt etwas abgeschwächt haben. Eine weitere Zuspitzung der Handelskonflikte würde dem internationalen Handel und dem Weltwirtschaftswachstum schaden und zu Störungen in den globalen Lieferketten führen. Darüber hinaus könnte ein ungeordneter Brexit vor allem in Europa stärkere negative Übertragungseffekte entfalten. Auch dürfte es schwieriger werden, einem deutlich langsameren Wachstum in China wirksame politische Stützungsmaßnahmen entgegenzusetzen, was sich wiederum als Herausforderung für die laufende wirtschaftliche Neuausrichtung des Landes erweisen könnte. Eine

Neubewertung an den Finanzmärkten könnte die Risikobereitschaft auf internationaler Ebene verringern, während sich eine weitere Verschärfung der geopolitischen Spannungen womöglich ebenfalls negativ auf die Weltwirtschaft und den Welthandel auswirken würde. Chancen bestehen in Bezug auf eine schnellere Erholung des globalen Handels und eine günstigere Auflösung der aktuellen politischen Unsicherheiten.

Das Wachstum im Euroraum setzte sich im dritten Quartal 2019 in moderatem Tempo fort und wurde dabei durch die robuste Binnennachfrage gestützt. Die Außenwirtschaft bremste hingegen erneut die Dynamik im Eurogebiet, was sich im leicht negativen Außenbeitrag widerspiegelte. Mit Blick auf die nähere Zukunft lassen die aktuellen Daten auf ein moderates Wachstum schließen, wenngleich damit gewisse Abwärtsrisiken verbunden sind.

Die Risiken für die Wachstumsaussichten des Eurogebiets, die mit geopolitischen Faktoren, zunehmendem Protektionismus sowie Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften zusammenhängen, sind nach wie vor abwärtsgerichtet, haben sich aber etwas abgeschwächt.

In Deutschland ist der langanhaltende Aufschwung vorerst zu einem Ende gekommen. Bislang ist jedoch nicht von einer breiten und tiefgehenden Rezession auszugehen. Im Jahr 2019 ist das reale Inlandsprodukt jedoch merklich weniger stark gewachsen als in den Vorjahren. Nach 1,5 % im vergangenen Jahr erfolgte für 2019 ein Anstieg des realen Inlandsprodukts von 0,6 %. Ursächlich ist eine zweiteilige Entwicklung der deutschen Konjunktur. Während sich die Industrie im Abschwung befindet, erweist sich die Binnenwirtschaft bislang als robust. Von der länderübergreifenden Schwäche der Industrie ist Deutschland mit seiner hohen Integration in die Weltwirtschaft und seiner Spezialisierung auf Investitionsgüter besonders betroffen. Dagegen stärken die anhaltend kräftigen Lohnsteigerungen sowie die günstigen Finanzierungsbedingungen die Bauinvestitionen und den privaten Konsum.

Wie bereits in den Vorjahren ist der private Konsum ein wesentlicher Stabilisator der deutschen Konjunktur. Vor allem die gute Arbeitsmarktlage und die damit verbundenen Zuwächse der verfügbaren Einkommen stützen die Konsumnachfrage. Der Beschäftigungsanstieg hat sich im Zuge der konjunkturellen Abkühlung deutlich verlangsamt. Nach Angaben des Sachverständigenrates gibt es Anzeichen dafür, dass der Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre an sein vorläufiges Ende kommt.

Auch die Konjunktur in Westfalen-Lippe hat sich im Jahr 2019 weiter abgekühlt. Die unverändert robuste Binnenkonjunktur dürfte jedoch das Abgleiten in eine Rezession verhindern. Ursächlich für die weitere Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung sind in erster Linie die wirtschaftspolitischen Risiken aus dem internationalen Umfeld. Die Handelskonflikte der USA mit China und der EU sowie der lange Zeit unklare Ausgang des Brexit, haben die wirtschaftliche Unsicherheit erhöht und dämpfen die unternehmerische Investitionstätigkeit weltweit. Die auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisierten Industrieunternehmen in Deutschland sind hiervon in besonderer Weise betroffen. Dies signalisieren auch die eingetrübten Exporterwartungen der hiesigen Industrie. Im Herbst 2019 rechneten ein Drittel der im Rahmen der Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern befragten Unternehmen in Westfalen-Lippe mit schlechteren Geschäften auf den internationalen Märkten.

Zinsentwicklung

Im Zuge der konjunkturellen Abkühlung beschloss der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) im September 2019 eine Reihe expansiver Maßnahmen. So wurde der Einlagesatz um 0,1 Prozentpunkte auf –0,5 % gesenkt; der Hauptrefinanzierungssatz sowie der Spitzenrefinanzierungssatz blieben unverändert bei 0 % bzw. 0,25 %.

Die EZB kündigte an, dass die Leitzinsen solange nicht angehoben werden, bis die Inflationserwartungen nahe bei dem Inflationsziel von knapp unter 2 % liegen und sich dies auch in der Kerninflationsrate widerspiegelt. Bislang hatte die EZB eine Zinswende frühestens nach der Jahresmitte 2020 in Aussicht gestellt. Damit hängen die Hinweise, wann mit einer ersten Anhebung der Leitzinsen zu rechnen ist, nicht mehr von einem vorher kommunizierten Zeitpunkt, sondern nur noch von einem vorab definierten Zustand ab.

Ein weiterer geldpolitischer Beschluss ist die Wiederaufnahme der Nettoankäufe von Wertpapieren. So sind die im Dezember 2018 zunächst beendeten Nettoankäufe seit November 2019 mit einem monatlichen Umfang von 20 Mrd. Euro wieder angelaufen.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2019

Aktualisierter SREP-Bescheid

Mitte 2016 hatte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) begonnen, die ersten Entwürfe der Anordnungsbescheide an die Sparkassen zu übersenden. Der SREP-Bescheid zu den zusätzlichen Eigenmittelanforderungen unterteilt sich in die Bausteine Zinsänderungsrisiko und weitere wesentliche Risiken. Die Sparkasse UnnaKamen hat in 2019 einen aktualisierten individuellen SREP-Bescheid erhalten und berücksichtigt den Zuschlag in Höhe von 0,5 Prozentpunkten.

Neuberechnung der Eigenmittelzielkennziffer

Im Rahmen des fortlaufenden aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) wird neben der jährlichen Prüfung, ob gegenüber einem Institut zusätzliche Eigenmittelanforderungen nach § 10 Abs. 3 Satz 1 und 2 Nr. 1 KWG anzuordnen sind, für diese Institute auch eine institutsspezifische aufsichtliche Eigenmittelzielkennziffer zur Abdeckung von Risiken in Stresssituationen ermittelt. Die Sparkassen erhielten in 2019 aktualisierte Bescheide. Die Neuberechnung der Eigenmittelzielkennziffer war erforderlich, da die Ergebnisse des institutsübergreifenden Auskunftersuchens „Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld 2019“ zugrunde gelegt wurden und die Methodik modifiziert wurde. Der Eigenmittelbetrag soll zusätzlich zu den im SREP-Bescheid angeordneten Eigenmittelanforderungen vorgehalten werden, um einer Gefährdung der den Instituten anvertrauten Vermögenswerte auch in Stresssituationen weitestgehend begegnen zu können. Nach Verrechnung des Kapitalerhaltungspuffers beträgt die Netto-Eigenmittelzielkennziffer für die Sparkasse UnnaKamen 0,0 Prozent.

Trilog Verhandlungen über Vorschläge der EU-Kommission zur Überarbeitung der europäischen Bankenregulierung

Am 16. April 2019 hat das Plenum des Europäischen Parlaments ein umfassendes Gesetzspaket zur Bankenregulierung angenommen. Vorangegangen war der legislativen Verabschiedung eine Einigung am 21. März 2019 zwischen dem Rat der Europäischen Union, der

Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament im Rahmen der sogenannten Trilog Verhandlungen. Das Paket setzt dabei unter anderem die Vorgaben von Basel III auf europäischer Ebene um. Im Einzelnen wurde unter anderem die Eigenkapitalverordnung und -richtlinie (CRR/CRD) angepasst. Weiter wurde die Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) überarbeitet, wonach auch künftig die Banken Vorsorgeinstrumente aufbauen müssen, damit im Falle eines Bankenausfalls zunächst auf Mittel der Banken zugegriffen wird und Abwicklungen nur mit minimalen Kosten für die Steuerzahler verbunden sind.

3. Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren

Die Kennziffern Verwaltungsaufwand¹, Cost-Income-Ratio (CIR)², Betriebsergebnis vor Bewertung³, Wachstum Durchschnittsbilanzsumme (DBS)⁴ sowie Gesamtkapitalquote nach CRR⁵, die der internen Steuerung dienen und in die Berichterstattung einfließen, wurden als bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren definiert.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

	Bestand		Veränderung Mio. EUR	Veränderung %	Anteil in % der Bilanzsumme %
	2019 Mio. EUR	2018 Mio. EUR			
Bilanzsumme	2.735,9	2.632,9	+ 103,0	+ 3,9	100,0
Geschäftsvolumen ¹	2.813,6	2.703,3	+ 110,3	+ 4,1	
Forderungen an Kreditinstitute	5,0	17,7	- 12,7	- 71,8	0,2
Forderungen an Kunden	2.170,2	2.107,9	+ 62,3	+ 3,0	79,3
Wertpapieranlagen	404,0	410,1	- 6,1	- 1,5	14,8
Anteilsbesitz	34,5	34,5	-	-	1,3
Sachanlagen	14,2	14,3	- 0,1	- 0,7	0,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	336,6	408,9	- 72,3	- 17,7	12,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.011,7	1.862,8	+ 148,9	+ 8,0	73,5
Rückstellungen	47,5	43,8	+ 3,7	+ 8,4	1,7
Eigenkapital	331,0	307,1	+ 23,9	+ 7,8	12,1

¹Geschäftsvolumen = Bilanzsumme zuzüglich Avalkredite sowie Wertberichtigungen und Vorsorgereserven

¹ Verwaltungsaufwand = Personal- und Sachaufwand gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs der Sparkassenorganisation (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

² Cost-Income-Ratio = Verwaltungsaufwand in Relation zum Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

³ Betriebsergebnis vor Bewertung = Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

⁴ Wachstum Durchschnittsbilanzsumme = in der Abgrenzung des Betriebsvergleichs

⁵ Gesamtkapitalquote nach CRR = Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)

4.1. Bilanzsumme und Durchschnittsbilanzsumme

Entgegen dem im Vorjahr erwarteten Anstieg von 2,5 % ist das Wachstum der Bilanzsumme von 3,9 % auf die Steigerung des Kundenkreditgeschäfts und der Kundeneinlagen zurückzuführen.

Die durchschnittliche Bilanzsumme ist um 4,7 % auf 2.725,9 TEUR gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Damit ist die DBS deutlich stärker angestiegen als prognostiziert.

4.2. Aktivgeschäft

4.2.1 Forderungen an Kreditinstitute

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute ist vor allem auf den stichtagsbedingten Rückgang der unterhaltenen Liquiditätsreserven zurückzuführen.

Der Bestand entfällt vollständig auf eine Darlehensforderung gegenüber einem anderen Kreditinstitut.

4.2.2 Kundenkreditvolumen

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich fast ausschließlich im langfristigen Bereich.

Insbesondere unsere Privatkunden nutzten die im langfristigen Vergleich nach wie vor günstigen Konditionen und bevorzugten weit überwiegend langfristige Kreditlaufzeiten für Baufinanzierungen.

Bei den gewerblichen Kreditkunden waren vor allem im langfristigen Bereich infolge der weiterhin vorhandenen Investitionsbereitschaft hohe Zuwächse zu beobachten.

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr 2019 neue Kredite in Höhe von insgesamt 361,9 Mio. EUR zugesagt (Vorjahr 489,5 Mio. EUR). Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr um 19,9 % auf 174,7 Mio. EUR.

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 3,0 % leicht oberhalb der Planung von 2,7 %.

4.2.3 Wertpapiereigenanlagen

Für den Rückgang war insbesondere die Abnahme der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 20,5 Mio. EUR aufgrund von Fälligkeiten maßgeblich. Im Geschäftsjahr 2019 haben wir in Folge einer angepassten Anlagestrategie vorwiegend Kapitalaufstockungen von Immobilienspezialfondsanteilen getätigt.

4.2.4 Anteilsbesitz

Im Geschäftsjahr 2019 betrug das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen unverändert 34,5 Mio. EUR und entfiel mit 33,5 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 0,9 Mio. EUR auf die indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG. Trotz der prognostizierten Erwartung, wonach Abschreibungen auf Beteiligungen nicht auszuschließen sind, waren Abschreibungen auf Beteiligungen nicht vorzunehmen.

4.2.5 Sachanlagen

Die technischen und baulichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung unseres Geschäftsstellenkonzepts und die Erweiterung des Selbstbedienungsangebots bildeten einen Schwerpunkt der Investitionen.

4.3. Passivgeschäft

4.3.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden deutlich abgebaut. Die Sparkasse hat neben langfristigen Refinanzierungsgeschäften insbesondere die kurzfristigen Verbindlichkeiten zurückgeführt.

4.3.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Zunahme des Mittelaufkommens von Kunden resultiert weitgehend aus der Entwicklung der Sichteinlagen. Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie dem weiterhin niedrigen Zinsniveau, bevorzugten unsere Kunden liquide Anlageformen. Der Zuwachs wurde überwiegend von der privaten Kundschaft bewirkt. Die Privatkunden erhöhten ihre bilanziellen Einlagenbestände um 154,3 Mio. EUR, während die Unternehmen ihre Bestände um 45,2 Mio. EUR zurückführten.

Die im Vorjahr geäußerten Erwartungen zur Bestandsentwicklung der Kundeneinlagen (leichte Steigerung) wurden erheblich übertroffen.

4.4. Dienstleistungsgeschäft

Zahlungsverkehr

Der Bestand an Girokonten konnte nahezu konstant gehalten werden, während sich die Anzahl der vermittelten Kreditkarten gegenüber dem Vorjahr um 182 Stück auf 1.610 verringerte.

Vermittlung von Wertpapieren

Im Wertpapiergeschäft lag der Schwerpunkt bei den Investmentanteilen. Die Wertpapierumsätze nahmen gegenüber dem Vorjahr um 15,6 % ab und erreichten einen Wert von 154,9 Mio. EUR.

Immobilienvermittlung

Aufgrund der großen Nachfrage in der Region wird das Angebot an gebrauchten Immobilien immer enger. Trotz dieser Marktlage wurden insgesamt 86 Objekte vermittelt, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 21,1 % bedeutet.

Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 403 Bausparverträge mit einer durchschnittlichen Bausparsumme von 70 TEUR und einem Volumen von insgesamt 28,3 Mio. EUR abgeschlossen, was eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 1,9 % bedeutet.

An Sach-, Leben- und Rentenversicherungen konnten 1.827 Verträge mit einer Versicherungssumme von 17,4 Mio. EUR vermittelt werden, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 5,9 % bedeutet.

4.5. Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienen ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

4.6. Investitionen

Im Jahr 2019 wurden für die Modernisierung von Geschäftsstellen 1.255 TEUR aufgewendet.

5. Darstellung und Analyse der Lage

5.1. Vermögenslage

Trotz des Anstiegs des Kundenkreditvolumens hat sich dessen Anteil an der gestiegenen Bilanzsumme von 80,1 % auf 79,3 % verringert. Demgegenüber hat sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aufgrund der hohen Zuwächse von 70,8 % auf 73,5 % erhöht.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2018. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2019 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 163,0 Mio. EUR (Vorjahr 160,9 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 21,7 Mio. EUR auf 168,0 Mio. EUR erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote nach CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) übertrifft am 31. Dezember 2019 mit 17,86 % (im Vorjahr: 17,59 %) den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich SREP-Zuschlag und Kapitalerhaltungspuffer sowie Stresspuffer (Eigenmittelzielkennziffer) deutlich.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich.

Der für 2019 prognostizierte Wert der Gesamtkapitalquote konnte erreicht werden.

Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2024 ist eine gute Kapitalbasis für die geplante zukünftige Geschäftsausweitung und die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden.

5.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 137 % bis 170 % oberhalb des seit dem Jahr 2018 zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %. Die LCR-Quote lag zum 31. Dezember 2019 bei 147 %. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Kredit- und Dispositionslinien bestehen bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Hessen-Thüringen. Darüber hinaus haben wir an einem gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäft (GLRG II) der Europäischen Zentralbank (EZB) teilgenommen. Die Sparkasse nahm 2019 am elektronischen Verfahren „Kreditforderungen - Einreichung und Verwaltung (KEV)“ der Deutschen Bundesbank zur Nutzung von Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten teil. Die gemeldeten Kreditforderungen dienen durch eine generelle Verpfändungserklärung als Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank.

Die Zahlungsbereitschaft ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

5.3. Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung

Die wesentlichen Erfolgskomponenten lt. Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2019 Mio. EUR	2018 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung %
Zinsüberschuss	48,8	49,6	- 0,8	- 1,6
Provisionsüberschuss	17,9	18,3	- 0,4	- 2,2
Nettoergebnis des Handelsbestandes	0,0	0,0	0,0	-
Sonstige betriebliche Erträge	1,0	2,7	1,7	- 63,0
Personalaufwand	27,2	29,5	- 2,3	- 7,8
Anderer Verwaltungsaufwand	12,6	11,9	0,7	5,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4,2	5,0	- 0,8	- 16,0
Ergebnis vor Bewertung und Risikovor- sorge	23,6	24,4	- 0,8	- 3,3
Aufwand aus Bewertung und Risikovor- sorge	10,8	5,2	5,6	107,7
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankri- siken	21,7	22,6	- 0,9	- 4,0
Ergebnis vor Steuern	12,7	7,0	5,7	81,4
Steueraufwand	10,5	5,0	5,5	110,0
Jahresüberschuss	2,2	2,1	0,1	4,8

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1-4
 Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
 Sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8,9,20

Sonstige betr. Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11,12,17,21
Ertrag bzw. Aufwand aus
Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13-16

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,01 % (Vorjahr 1,09 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2019. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 1,00 % wurde leicht übertroffen.

Dies gilt auch für die als weitere bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung definierte Größe Cost-Income-Ratio. Im Jahr 2019 hat sich diese wie folgt entwickelt:

Die Cost-Income-Ratio verschlechterte sich von 58,2 % auf 59,2 %. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 60,3 % konnte aufgrund von zusätzlichen Kosteneinsparungen unterschritten werden.

Im Geschäftsjahr hat sich der absolute Zinsüberschuss spürbar besser entwickelt als erwartet. Mit 49,4 Mio. EUR konnte das Vorjahresniveau erneut erreicht werden. Gekennzeichnet ist diese Entwicklung durch einen stärkeren Rückgang der absoluten Zinsaufwendungen, der wiederum durch ein höheres negatives Derivateergebnis kompensiert wurde.

Demgegenüber fiel der Provisionsüberschuss um 0,8 Mio. EUR auf 17,8 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Das Ziel 2019 lag bei 18,9 Mio. EUR. Er lag insbesondere aufgrund geringerer Erträge aus dem Wertpapiergeschäft und aus der Vermittlung von Versicherungen und Immobilien 4,3 % unter dem Vorjahreswert.

Die Personalaufwendungen verringerten sich insbesondere infolge von Kostenentlastungen aufgrund der verringerten Anzahl an Mitarbeitern für 2019 um 2,6 % auf 26,5 Mio. EUR. Im Vorjahr war ein unveränderter Personalaufwand prognostiziert worden.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich unter anderem aufgrund gesteigener Aufwendungen für sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Bauten bzw. -teile um 6,4 % auf 13,3 Mio. EUR. Der Sachaufwand ist erwartungsgemäß gestiegen.

In Summe ist der Verwaltungsaufwand mit 39,8 Mio. EUR deutlich geringer ausgefallen als prognostiziert.

Aus der Verrechnung von Abschreibungen und Wertberichtigungen mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) ergab sich ein positiver Ergebnisbeitrag von 10,8 Mio. EUR (Vorjahr -

11,5 Mio. EUR). Neben dem merklich positiven Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft ergab sich ebenfalls ein positives Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen aufgrund hoher Zuschreibungen. Ursache hierfür ist insbesondere die Entwicklung der Aktienmärkte im Jahr 2019.

Der Sonderposten nach § 340 g HGB wurde deutlich um 21,7 Mio. EUR aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2019 war ein um 5,5 Mio. EUR auf 10,4 Mio. EUR gesteigener Steueraufwand auszuweisen. Die Entwicklung beruhte in erster Linie auf dem gestiegenen Ergebnis vor Steuern.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der anhaltenden Niedrigzinsphase ist die Sparkasse mit der Entwicklung der Ertragslage im Jahr 2019 sehr zufrieden. Die Prognosen sind überwiegend eingetroffen. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Ertragslage als günstig beurteilt.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2019 0,08 %.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewerten wir die Geschäftsentwicklung als erfreulich günstig. Mit der Entwicklung des Jahres 2019 konnten wir an das zufriedenstellende Betriebsergebnis vor Bewertung des Vorjahres anknüpfen. Neben vorgenannten Ausführungen war auch das positive Bewertungsergebnis für das gute Jahresergebnis verantwortlich, so dass eine die Prognose überschreitende, deutliche Stärkung unseres wirtschaftlichen Eigenkapitals möglich war.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Risikobericht

1. Risikomanagements

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Die Risikoinventur umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen. Basis der Risikoinventur bilden die relevanten Risikoarten bzw. -kategorien.

Auf Grundlage der für das Geschäftsjahr 2019 durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiken	Zins und Spread
	Aktien
	Immobilien
Beteiligungsrisiken	
Liquiditätsrisiken	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
Operationelle Risiken	

Der Ermittlung der periodischen Risikotragfähigkeit liegt ein Going-Concern-Ansatz zu Grunde, wonach sichergestellt ist, dass auch bei Verlust des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen erfüllt werden können. Am Jahresanfang hat der Vorstand für 2019 ein Gesamtlimit von 71,0 Mio. EUR bzw. ab dem zweiten Quartal 73,0 Mio. EUR bereitgestellt, das unterjährig stets ausreichte, um die Risiken abzudecken. Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurde das Konfidenzniveau auf 95,0 % und eine rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung einheitlich festgelegt. Die Risikotragfähigkeit wird vierteljährlich ermittelt. Wesentliche Bestandteile des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials sind das geplante Betriebsergebnis nach Steuern des laufenden Jahres, die Vorsorgereserven nach §340f, der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und die offenen Rücklagen.

Das auf der Grundlage des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials eingerichtete **Limit-system** stellt sich zum 31. Dezember 2019 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit	Anrechnung	
		TEUR	TEUR	%
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft	16.000	9.855	61,6
	Eigengeschäft	2.000	1.087	54,3
Marktpreisrisiken	Zins und Spread	14.000	7.920	56,6
	Aktien	26.500	11.935	45,0
	Immobilien	8.000	3.241	40,5
Beteiligungsrisiken		5.000	4.399	88,0
Operationelle Risiken		1.500	971	64,7

Die zuständigen Abteilungen steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft.

Stresstests werden regelmäßig durchgeführt. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei dem Stressszenario mit der höchsten Belastung „Immobilienkrise“ die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Um einen möglichen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2024. Dabei wurden Annahmen

über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen, wie z. B. rückläufige Betriebsergebnisse, unerwartet hohe Zuwächse der Risikoaktiva und den Eintritt des Stressszenarios „Immobilienkrise“. Für den im Rahmen der Kapitalplanung vom 31.03.2019 betrachteten Zeitraum bis zum Jahr 2024 können die Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei adversen Entwicklungen vollständig eingehalten werden. Es besteht ein ausreichendes internes Kapital (einsetzbares Risikodeckungspotenzial), um die Risikotragfähigkeit im Betrachtungszeitraum unter Going-Concern-Aspekten sicherstellen zu können.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen dienen die Einrichtung von Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen sowie insbesondere die Tätigkeit der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der funktionsfähigen Internen Revision.

Das Risikocontrolling, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren und die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Es unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird durch die Mitarbeiter der Abteilung Vorstandssekretariat wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Leiter der Abteilung Vorstandssekretariat. Unterstellt ist er dem Überwachungsvorstand.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

Das Reportingkonzept umfasst die regelmäßige Berichterstattung sowohl zum Gesamtbankrisiko als auch für einzelne Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen.

Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Gesamtrisikoberichts informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risikoarten

2.1 Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenausfallrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist.

Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners erfolgt.

Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, da aufgrund der Bonitätseinstufung ein höherer Spread gegenüber der risikolosen Kurve berücksichtigt werden muss.

Das Länderrisiko setzt sich zusammen aus dem bonitätsinduzierten Länderrisiko und dem Ländertransferrisiko. Das bonitätsinduzierte Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein Schuldner sein, der nicht selbst ein öffentlicher Haushalt ist, aber seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

2.1.1 Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldiensttragfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- Interne Richtwerte für Kreditobergrenzen (Obligo- und Blankovolumen) dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenzen überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung und regelmäßiger Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung der Adressenausfallrisiken für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell
- „Credit Portfolio View“
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Kreditnehmergruppen: Das Firmenkunden-/Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte	
	31.12.2019 Mio. EUR	31.12.2018 Mio. EUR
Firmenkundenkredite	1.029,1	979,3
Privatkundenkredite	759,0	741,9
Weiterleitungskredite	236,6	232,3
Darunter: für den Wohnungsbau	(950,7)	(915,8)
Kommunalkredite und kommunalverbürgte Kredite	169,1	179,4
Gesamt:	2.193,8	2.132,9

Quelle: Bilanzierung, Aktiva 4, vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven (Brutto)

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden mit 30,1 % die Ausleihungen an das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie mit 15,7 % an öffentliche Haushalte. Darüber hinaus entfallen 6,7 % auf das verarbeitende Gewerbe.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts, 41 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 0,5 Mio. EUR. 32 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG betreffen eine Vielzahl von Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 7,5 Mio. EUR.

Die Adressenrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten⁶. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Zum 31. Dezember 2019 ergibt sich im Kundengeschäft folgende Ratingklassenstruktur:

Ratingklasse	Volumen in %	Anzahl in %
1 bis 9	93,8	91,9
10 bis 15	5,3	7,1
16 bis 18	0,9	1,0

Quelle: Adressenrisikobericht zum 31.12.2019

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31. Dezember 2019 2,8 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

⁶ Die Auswertung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverband geht über den § 19.2 KWG-Verband hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar. Die Ratingnoten basieren auf der DSGV-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgenden Bereichen: Größenkonzentrationen bei kommunalen Kreditnehmern, Branchenkonzentrationen bei den Branchen Öffentliche Haushalte und im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie im verarbeitenden Gewerbe. Zudem wurden Risikokonzentrationen in Form eines Größenklassenrisikos bei Engagements mit einem Kreditvolumen ab 10,0 Mio. EUR (ohne Kommunen) sowie bei acht Einzelkreditnehmern mit einem gemäß CPV gemessenen hohen Gesamtrisikobetrag identifiziert.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert.

Risikovororgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovororgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Entwicklung der Risikovororgemaße:

Art der Risikovororgemaße	Anfangsbestand per 01.01.2019	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2019
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Einzelwertberichtigungen	9.131	2.895	2.637	810	8.579
Rückstellungen	57	10	-	-	67
Pauschalwertberichtigungen	2.120	-	1.120	-	1.000
Gesamt	11.308	2.905	3.757	810	9.646

Quelle: Bilanz

2.1.2 Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft

Die Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft umfassen die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche einerseits aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultiert, andererseits aus der Gefahr entsteht, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners innerhalb der Ratingklassen 1 bis 16 (gemäß Sparkassenlogik) ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungsrisiko und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenausfallrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten. Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Eigengeschäfts erfolgt ent-

sprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen
- Berechnung des Adressenausfallrisikos für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag einen Kurswert von 423,5 Mio. EUR. Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (163,3 Mio. EUR), Wertpapierspezialfonds (193,3 Mio. EUR) und sonstige Investmentfonds (66,9 Mio. EUR).

Die von der Sparkasse direkt und über Spezialfonds gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Externes Rating Moody's / Standard & Poor's	Aaa / AAA	Aa1 bis Baa3 / AA+ bis BBB-	Ba1 bis B2 / BB+ bis B	B3 bis C / B- bis C	Default / D	Ungeratet
31.12.2019	25,0	21,0	-	-	-	54,0
31.12.2018	27,6	22,2	-	-	-	50,2

Quelle: SimCorp Dimension (Angaben in % der Kurswerte)

Bei den Emittenten ohne Rating handelt es sich zu 59 % um Investmentfonds-Anteile und zu 41 % um Rentenwerte (100 % öffentliche Emittenten).

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken, die zum Jahresende rund 40,4 Mio. EUR ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, von denen 99,7 % auf Gesellschaften der Sparkassenfinanzgruppe entfallen. Zudem wurden Risikokonzentrationen im Bereich der Aktienfonds (ETF) bezogen auf Anlageklassen und Investmentfondsbestände identifiziert.

2.2 Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds.

2.1.2 Marktpreisrisiken aus Zinsen (Zinsänderungsrisiken)

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. Ferner ist die Gefahr einer unerwarteten Rückstel-

lungsbildung bzw. -erhöhung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 zu berücksichtigen. Im Sinne dieser Definition werden alle zinstragenden Positionen des Anlagebuchs betrachtet. Ebenso Teil des Zinsänderungsrisikos ist das Risiko, dass der geplante Zinskonditions- bzw. Strukturbeitrag unterschritten wird.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung, Überwachung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs mittels der IT-Anwendung Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus mittels Simulationsverfahren auf Basis verschiedener Risikoszenarien (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %). Die größte negative Auswirkung (Summe der Veränderung des Zinsüberschusses und des zinsinduzierten Bewertungsergebnisses bis zum Jahresende) im Vergleich zum Planszenario stellt das Szenario dar, welches auf das Risikotragfähigkeitslimit angerechnet wird.
- Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ermittlung des Verlustrisikos (Value-at-Risk) für den aus den Gesamtzahlungsströmen errechneten Barwert auf Basis der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die negative Abweichung der Performance innerhalb der nächsten 250 Tage (Haltedauer) von diesem statistisch erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Absicherungen (u. a. durch Swapgeschäfte).
- Aufbereitung der Cashflows für die Berechnung von wertorientierten Kennzahlen zu Risiko und Ertrag sowie des Zinsrisikokoeffizienten gemäß § 25a Abs. 2 KWG und BaFin-Rundschreiben 6/2019
- Regelmäßige Überprüfung, ob bei Eintritt des unterstellten Risikoszenarios eine Rückstellung gemäß IDW RS BFA 3 n. F. zu bilden wäre

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung wurden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten in Form langfristiger Refinanzierungen auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 6/2019(BA) der BaFin vom 12. August 2019 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch) haben wir zum Stichtag 31. Dezember 2019 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 BP)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	- 38.253	+ 5.395

2.2.2 Marktpreisrisiken aus Spreads

Das Spreadrisiko wird allgemein definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread der Aufschlag auf eine risikolose Zinskurve verstanden. Der ist spreadunabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Im Sinne dieser Definition ist also eine Spread-Ausweitung, die sich durch eine Migration ergibt, dem Adressenausfallrisiko zuzuordnen. Implizit enthalten im Spread ist auch eine Liquiditätskomponente.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus verzinslichen Positionen mittels Szenarioanalyse (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %)
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimit

2.2.3 Aktienkursrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Aktien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Aktien mittels Szenarioanalyse für den entsprechenden Aktienindex (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %)
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimit

Aktien werden in Höhe der strategischen Aktienzielquote in Aktienfonds gehalten. Direktanlagen in Aktien bestehen in geringem Umfang.

2.2.4 Immobilienrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Immobilien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Immobilienpreisen ergibt. Hier werden sowohl eigengenutzte Immobilien als auch Immobilieninvestitionen betrachtet.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Immobilieninvestitionen (Immobilienfonds) nach dem Benchmarkportfolioansatz
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimit

Immobilien im Immobilienfonds werden in Höhe der strategischen Immobilienzielquote gehalten. Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar. Das Immobilienrisiko wird daher als vertretbar eingestuft.

2.3. Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus einer Beteiligung (Beteiligungsrisiko) umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung an sich.

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen. Die Beteiligungen beziehen sich überwiegend auf Beteiligungen an der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie. Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Verbands für die Verbundbeteiligungen
- Ermittlung des Beteiligungsrisikos anhand kritisch gewürdiger Expertenschätzungen
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert TEUR
Strategische Beteiligungen	34.498
Funktionsbeteiligungen	0
Kapitalbeteiligungen	14

Konzentrationen bestehen im Beteiligungsportfolio in folgendem Bereich: Konzentration aufgrund der Bündelung strategischer Verbundbeteiligungen im Rahmen der Pflichtbeteiligungen am SVWL.

2.4. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungsrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl negative Effekte aus veränderten Marktliquiditätsspreads als auch aus einer adversen Entwicklung des eigenen Credit-Spreads maßgeblich. Zum anderen beschreibt es die Gefahr, dass negative Konsequenzen in Form höherer Refinanzierungskosten durch ein Abweichen von der erwarteten Refinanzie-

rungsstruktur eintreten. Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR i. V. m. der delVO 2015/61
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ermittlung des Refinanzierungsrisikos in Form des zur Abdeckung eines mittels Szenarioanalyse ermittelten Liquiditätsbedarfs über den Risikohorizont resultierenden Aufwands
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtrefinanzierung

Die Sparkasse hat einen Refinanzierungsplan aufgestellt, der die Liquiditätsstrategie und den Risikoappetit des Vorstands angemessen widerspiegelt. Der Planungshorizont umfasst den Zeitraum bis zum Jahr 2024. Grundlage des Refinanzierungsplans sind die geplanten Entwicklungen, die im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung, der strategischen Ziele und des wirtschaftlichen Umfelds zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus wird auch ein Szenario unter Berücksichtigung adverser Entwicklungen durchgeführt.

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird. An liquiditätsmäßig engen Märkten ist die Sparkasse nicht investiert.

Im Risikofall beträgt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag 7 Monate.

Die Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR beträgt zum 31. Dezember 2019 147 %; sie lag im Jahr 2019 zwischen 137 % und 170 %.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

2.5. Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken versteht die Sparkasse die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten können.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung Risiko-landkarte
- Regelmäßiger Einsatz einer Schadensfalldatenbank zur Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle
- Regelmäßige Messung operationeller Risiken mit der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“ auf der Grundlage von bei der Sparkasse sowie überregional eingetretenen Schadensfällen
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Konzentrationen bestehen bei den operationellen Risiken in folgenden Bereichen:

Aufgrund der ausschließlichen Nutzung von IT-Anwendungen des Sparkassenverbands bzw. der S-Rating und Risikosysteme GmbH bestehen hohe Abhängigkeiten im Falle eines Ausfalls der IT. Zudem besteht auf Grund des Bezuges von Dienstleistungen im Bereich der Wertpapierverarbeitung eine Konzentration durch die dwpbank.

3. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden. In 2019 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Gesamtkreditlimit war am Bilanzstichtag mit 54,0 % ausgelastet. Die Risikotragfähigkeit war und ist in der periodenorientierten Risikotragfähigkeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung vom 31.03.2019 ist bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen. Die Corona-Pandemie kann zu einer Veränderung der Risikolage der Sparkasse im Jahr 2020 führen.

E. Chancen- und Prognosebericht

1. Chancenbericht

Unser „Chancenmanagement“ ist in den jährlichen Strategieüberprüfungsprozess integriert.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur, insbesondere aufgrund der regen Nachfrage nach Investitionsdarlehen und Baufinanzierungen. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

Chancen sehen wir darüber hinaus auch in der Neuausrichtung unserer Vertriebsstruktur. Positive Impulse für unser Wachstum und die Ergebnisbeiträge erwarten wir dabei aus dem Aufbau weiterer Kompetenzcenter für das beratungsintensive Geschäft.

Chancen erwarten wir aus unseren Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien.

Chancen wollen wir nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik die digitalen Vertriebskanäle ausbauen.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

2. Prognosebericht

2.1. Rahmenbedingungen

Am Jahresanfang 2020 wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) noch eine allmähliche Belebung der Weltkonjunktur im Jahr 2020 erwartet (Anstieg des Welthandels um 2,9 %). Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute rechneten für das Jahr 2020 mit einem etwas höheren Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (+0,9 %) als im Jahr 2019 (+0,5 %). Der deutsche Arbeitsmarkt wurde als in der Gesamtbetrachtung weiterhin sehr robust bezeichnet. Für die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland wurde mit +1,6 % ein etwas stärkerer Anstieg als im Jahr 2019 prognostiziert. In der Eurozone erwartet die EZB einen Anstieg um +1,1 % in 2020, sowie +1,4 % bzw. +1,6 % in den Folgejahren.

Die im I. Quartal 2020 zunehmende Ausbreitung des Coronavirus und die damit verbundene Pandemie wird negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben. Im März 2020 wurde vom Gesetzgeber ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abfedern soll. Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schützen und Unternehmen zu unterstützen. Die Bundesregierung betonte jedoch in diesem Zusammenhang auch, dass die Tragweite, die die Pandemie auf die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland haben wird, nicht seriös beschrieben werden könne, weil aussagekräftige Konjunkturindikatoren erst mit einiger Verzögerung vorliegen werden.

Auf den Kapitalmärkten waren jedoch bereits deutliche Reaktionen feststellbar. So hatte der Deutsche Aktienindex (DAX) nach seinem historischen Höchstwert am Jahresbeginn in den ersten Monaten des Jahres 2020 erhebliche Einbußen zu verzeichnen. Deutsche Staatsanleihen wurden dagegen stark nachgefragt, so dass deren in den meisten Laufzeitbereichen negativen Renditen nochmals deutlich sanken.

Vor diesem Hintergrund sind sowohl alle gesamtwirtschaftlichen Prognosen für das Jahr 2020 zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prognoseberichts mit erhöhten Unsicherheiten behaftet. Daher können auch die möglichen Auswirkungen auf die unternehmensindividuellen Prognosen für das Geschäftsjahr 2020 noch nicht umfassend beurteilt werden. Negative Abweichungen von unseren Planungen können bei den wesentlichen finanziellen Leistungs-

Indikatoren jedoch nicht ausgeschlossen werden. Im besonderen Maße dürfte dies für die Bewertung unserer Wertpapieranlagen sowie die notwendige Kreditrisikovorsorge gelten.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Nachstehende Prognosen zur Geschäfts-, Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage wurden vor dem Aufkommen der Coronavirus-Pandemie aufgestellt. Ihre Aussagekraft ist insofern mit erhöhten Unsicherheiten behaftet, als dass die möglichen Auswirkungen der Pandemie noch nicht beurteilt und seriös in der Prognose beschrieben werden können.

2.2. Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2019 rechnen wir mit einem weiteren moderaten Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft, vorrangig aus dem Darlehensgeschäft mit unseren Firmenkunden.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Für 2020 erwarten wir ein leichtes Wachstum der Kundeneinlagen.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen leichten Anstieg. Dies gilt ebenso für die durchschnittliche Bilanzsumme des Jahres 2020.

2.3. Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Für das Jahr 2020 ist die Modernisierung einer weiteren Geschäftsstelle geplant.

2.4. Ertrags- und Vermögenslage

Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen rechnen wir aufgrund der weiterhin flachen Zinsstrukturkurve in Verbindung mit dem anhaltend niedrigen Zinsniveau insbesondere aufgrund von weiter rückläufigen Konditionsbeiträgen aus dem Kundengeschäft mit einem um 1,4 Mio. EUR verringerten Zinsüberschuss.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem leichten Anstieg um 0,8 Mio. EUR aus, wofür insbesondere steigende Erträge aus dem Wertpapiergeschäft und der Vermittlung von Versicherungen verantwortlich sind.

Trotz unseres stringenten Kostenmanagements wird der Verwaltungsaufwand um bis zu 2,8 % steigen. Die tendenziell steigenden Personalkosten wollen wir durch ein stringentes Per-

sonalmanagement in Grenzen halten. Sachkostenoptimierungen werden uns auch im kommenden Jahr begleiten.

Insgesamt ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2020 ein sinkendes Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,94 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 2,75 Mrd. EUR.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft haben wir nach den Auflösungen der Risikovorsorgemaßnahmen im Vorjahr trotz einer weiterhin verstärkt risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik vor dem Aufkommen der Coronavirus-Pandemie ein insgesamt deutlich negatives Bewertungsergebnis erwartet.

Aus den eigenen festverzinslichen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Spezialfonds und Aktienfonds rechneten wir aufgrund der hohen Unsicherheiten an den Kapitalmärkten bereits mit einem per Saldo im Gegensatz zum Vorjahr deutlich negativen Bewertungsergebnis.

Mit Blick auf die in den Rahmenbedingungen beschriebene hohe Unsicherheit bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die konjunkturelle Entwicklung und die Kapitalmärkte können negative Abweichungen von diesen Planungen in der Kreditvorsorge und bei der Bewertung unserer Wertpapieranlagen nicht ausgeschlossen werden.

Für das sonstige Bewertungsergebnis erwarten wir eine Belastung in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Bei der CIR erwarten wir für 2020 ein Verhältnis von 61,2 %.

Die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage ermöglicht eine weitere Stärkung der Eigenmittel. Die Gesamtkapitalquote von zurzeit 17,86 % wird nach unseren Prognosen spürbar ansteigen und überschreitet damit weiterhin den aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach der CRR von 8,0 % zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers und des SREP-Zuschlags von insgesamt 3,0 Prozentpunkten deutlich.

Insbesondere bei einer konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen, Meldewesen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

3. Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2020 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht. Daneben werden auch die Auswirkungen aus der Corona-Krise deutlich messbar sein.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2020 beurteilen wir in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch zufriedenstellend.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtsrechtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Unna, 07.04.2020

Der Vorstand

Klaus Moßmeier

Frank Röhr

Jürgen Schneider

Bernd Wenge

Information

nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
bei Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person

<p>Verantwortliche/r <i>(Fachbereich/Bereich/Abteilung, Anrede, Name, Funktion, Telefon, Email)</i></p>	<p>Kreisstadt Unna Der Bürgermeister Bereich Finanzmanagement Frau Julia Heer Rathausplatz 1 59423 Unna Telefon: 02303 103 – 374 Fax: 02303 103 – 208 info@stadt-unna.de</p>
<p>Vertreter/in <i>(Fachbereich/Bereich/Abteilung, Anrede, Name, Funktion, Telefon, Email)</i></p>	<p>Kreisstadt Unna Der Bürgermeister Bereich Finanzmanagement Herr Michael Strecker Rathausplatz 1 59423 Unna Telefon: 02303 103 – 666 Fax: 02303 103 – 208 info@stadt-unna.de</p>
<p>Datenschutzbeauftragte/r <i>(Anrede, Name, Telefon, Email; Postanschrift bei externer/-m DSB)</i></p>	<p>Herr Janzen, Tel. 0151 54322710, datenschutz@stadt-unna.de</p>
<p>Zweck/e der Datenverarbeitung <i>(Nennung der Hauptaufgaben; z.B. Erteilung und Entzug von Fahrerlaubnissen)</i></p>	<p>Gemäß § 117 Gemeindeordnung NRW i. V. m. § 53 Kommunalhaushaltsverordnung NRW hat die Kreisstadt Unna einen Beteiligungsbericht zu erstellen und vom Rat beschließen zu lassen. Darüber hinaus wird nach dem Public Governance Kodex der Kreisstadt Unna die jahresbezogene Vergütung der Geschäftsführungen, Betriebsleitungen und der Vorstände sowie der Mitglieder der Aufsichtsräte und Gesellschafterversammlungen abgebildet.</p>
<p>Wesentliche Rechtsgrundlage/n <i>(sowohl materiell-rechtlich wie auch verfahrens- und datenschutzrechtlich)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> - § 117 Gemeindeordnung NRW - § 53 Kommunalhaushaltsverordnung NRW - Public Corporate Governance Kodex der Kreisstadt Unna
<p>Empfänger und Kategorien von</p>	<p>Die personenbezogenen Daten werden im Beteili-</p>

Empfängern der Daten <i>(im Regelfall)</i>	gungsbericht abgebildet und dieser wird veröffentlicht. Die Daten sind daher öffentlich.
Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen <i>(aus rechtlichen Bestimmungen wie z.B. Kassen-, Handels-, Steuerrecht oder KGSt-Empfehlungen)</i>	Die Daten werden im Ratsinformationssystem dauerhaft gespeichert.
Rechte der betroffenen Person <i>(allgemeine Aufzählung, Voraussetzungen)</i>	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind: <ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Recht auf Akteneinsicht nach den verfahrensrechtlichen Bestimmungen • Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung • Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände • Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen
Zuständige Aufsichtsbehörde <i>(Bezeichnung, Postanschrift, Telefon, Email, Homepage)</i>	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Kavalleriestr. 2-4 40213 Düsseldorf Telefon: 0211/38424-0 Fax: 0211/38424-10 Email: poststelle@ldi.nrw.de Internet: www.ldi.de